DER SPIEGEL

Nr. 11 / 12.3.2016
Deutschland €4,60
4 190700 704608 11

DIE GETEILTE NATION

DEUTSCHLAND 2016: REICH WIRD REICHER, ARM BLEIBT ARM

Flüchtlingskrise
Merkel verliert ihre Macht in Europa

Kind statt Karriere
Die Rückkehr der Hausfrau

Mohammed
Wie viel Gewalt steckt in den Wurzeln des Islam?

Österreich € 5,10 Schweiz sfr 7,– BeNelux € 5,20 Dänemark dkr 48,– Finnland € 7,40 Frankreich € 6,– Griechenland € 6,50 Hongkong HK$ 88,– Italien € 6,– Japan Yen 1800,– (+tax) Lettland € 5,60 Norwegen NOK 72,– Polen (ISSN 0387452) Zl 29,– Portugal (cont) € 6,– Slowakei € 6,20 Slowenien € 5,90 Spanien € 6,– Spanien/Kanaren € 6,30 Thailand Baht 450,– Tschech. Republik Kc 175,– Türkei TL 23,– Ungarn Ft 2.170,– Printed in Germany

UNSER HIGHSPEED-NETZ MACHT KÜCHEN ZUM HOME OFFICE

Flexibel von überall arbeiten – mit dem weltweit größten LTE-Netz und der Kabel-Glasfaserpower von Vodafone.

vodafone.de/ready

Besuchen Sie uns auf der **CeBIT** Pavillon P32

Computer Bild Ausgabe 22/2015 DAS BESTE NETZ

in der Kategorie ZUVERLÄSSIGSTES TELEFONNETZ vodafone

connect GUT Vodafone Mobilfunknetztest Heft 1/2016 www.connect.de/netztest

Stiftung Warentest test GUT (2,5) Im Test: Mobilfunknetze Ausgabe 11/2015 www.test.de 15SN35

CHIP Beste LTE-Verfügbarkeit Netztest 2016 CHIP 01/2016 Vodafone Unabhängige Tests seit 1978 chip.de/CC151339

Vodafone Kabel Deutschland liefert Produkte in 13 Bundesländern über ein Netz aus Koaxial- und Glasfaserkabel aus. Verfügbarkeit prüfen auf vodafone.de, die Produkte sind in immer mehr Kabel-Ausbaugebieten von Vodafone und mit modernisiertem Hausnetz verfügbar. Im deutschen Wettbewerbsvergleich bietet Vodafone seinen Kunden mit 74 Partnerländern das größte länderübergreifende LTE-Netzwerk auf der Welt (http://www.vodafone.de/privat/service/4g-roaming.html, 29.01.16). Die Telekom unterhält vertragliche Bindungen zu 61 LTE-Partnerländern weltweit (https://www.t-mobile.de/roaming/infos-zum-roaming/0,27639,29100-_,00.html?seite=laendergruppen, 29.01.16).

Vodafone
Power to you

DER SPIEGEL
Das deutsche Nachrichten-Magazin

Hausmitteilung

Betr.: Titel, Kuba, Benn, DEIN SPIEGEL

Vom Berliner Regierungsviertel in den Soldiner Kiez sind es mit der S-Bahn keine zehn Minuten, und doch ist die Gegend dort für SPIEGEL-Redakteur Alexander Neubacher geprägt von Armut und Perspektivlosigkeit – und es ist nicht der einzige Ort des Niedergangs. Ein Team von Redakteuren hat in den vergangenen Wochen zahlreiche Gegenden der Republik besucht, in denen sich jene gesellschaftliche Spaltung studieren lässt, die jetzt einer der prominentesten Ökonomen des Landes zum Thema macht: Die tiefe Kluft zwischen Arm und Reich gefährde nicht nur den sozialen Frieden im Land, sondern bedrohe auch den Wohlstand aller Bürger, behauptet Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. **Seite 10**

SVEN CREUTZMANN / DER SPIEGEL

Cuervo, Gutsch in Havanna

Kuba ist nicht mehr Kuba. Das Land macht zurzeit den dramatischsten Wandel seit der Revolution im Jahr 1959 durch. SPIEGEL-Reporter Jochen-Martin Gutsch kennt solche Prozesse und Auflösungen – Gutsch wuchs in Ostberlin auf, zu DDR-Zeiten. Während seiner Kuba-Recherchen besuchte Gutsch auch die Redaktion der „Granma“, größte Tageszeitung des Landes und vor allem „Offizielles Organ der Kommunistischen Partei“. Chefredakteur Pelayo Cuervo empfing Gutsch aufs Freundlichste und erklärte ihm, warum man bei der „Granma“ noch immer an den Sozialismus und die Revolution glaubt. Dennoch ändert sich die Welt auch hier: Gutsch bekam den Tipp, sich doch mal das Theaterfestival in Havanna anzuschauen, eine Performance mit dem Titel „La Revolución“. Gutsch fürchtete einen sozialistischen Theaterabend mit einer Unzahl an Che Guevaras, wurde aber überrascht: Er erlebte eine glitzernde Show mit Striptease-Nummern und singenden Transvestiten. „Noch ist der Sozialismus auf Kuba nicht tot“, sagt Gutsch. **Seite 60**

Florian Illies schrieb zwei Bestseller: „Generation Golf“, ein Porträt der Siebziger- und Achtzigerjahre, dann „1913“, eine historische Rekonstruktion. Daneben hat Illies eine weitere Leidenschaft: das Werk des Dichters Gottfried Benn. Für den SPIEGEL untersucht Illies den wohl wichtigsten Briefwechsel des von ihm verehrten Poeten, und er stößt dabei am Ende auf eine kleine Sensation: Der Arzt Benn erhielt wahrscheinlich von seiner Frau Sterbehilfe. **Seite 122**

Nichts ist tragischer als der Tod eines Kindes; und Unfälle im Straßenverkehr sind bei Kindern die häufigste Todesursache. DEIN SPIEGEL erklärt, worauf Schüler achten müssen, um sich sicher auf der Straße zu bewegen. Außerdem: Warum stranden so viele Wale vor der Nordseeküste? DEIN SPIEGEL, das Nachrichten-Magazin für Kinder, war bei Forschern zu Besuch, die genau das herausfinden wollen. Und: Kinder fragen den Schachweltmeister Magnus Carlsen, ob man durchs Schachspiel womöglich besser in der Schule wird. DEIN SPIEGEL erscheint am kommenden Dienstag.

Magnesium-Diasporal® 400 EXTRA direkt, Direktgranulat. Nahrungsergänzungsmittel mit Süßungsmittel (Sorbit) zur Unterstützung der Magnesiumversorgung. Ohne Zucker. Magnesium trägt zu einer normalen Muskelfunktion und zu einer normalen Funktion des Nervensystems bei. Protina Pharm. GmbH, D-85737 Ismaning

BERND VON JUTRCZENKA / DPA

Armut kommt teuer

Sozialpolitik In Deutschland wächst die Ungleichheit. Arm und Reich fallen auseinander; Aufstieg wird für viele zum leeren Versprechen. Das ist nicht nur ungerecht, sondern gegen die wirtschaftliche Vernunft. Studien zeigen: Zu viel Ungleichheit verhindert Wachstum. **Seite 10**

SVEN CREUTZMANN / DER SPIEGEL

Der Untergang

Revolutionen 57 Jahre lang gab es auf Kuba nichts außer Fidel, Raúl und Che. Nun markiert der Besuch des US-Präsidenten und Klassenfeinds am 21. März symbolisch den Untergang des Sozialismus auf der Insel – und bald kommen auch noch die Rolling Stones. Höchste Zeit, noch einmal hinzufahren. **Seite 60**

LEMRICH / DER SPIEGEL

Traumjob Hausfrau

Gleichberechtigung Sie sind jung, Akademikerinnen, bestens ausgebildet, Firmen werben um sie. Doch sie bleiben lieber daheim, kümmern sich um Haus und Kinder – und beklagen den Druck, arbeiten zu sollen. Über das Comeback eines tot geglaubten Lebensmodells. **Seite 44**

AFP / GETTY IMAGES

Strategen des Terrors

Libyen Zwei Regierungen und diverse Milizen bekriegen sich, westliche Staaten überlegen einzugreifen. Denn im Chaos erobern 6000 Kämpfer des „Islamischen Staats“ wichtige Regionen und greifen die Ölanlagen an. Das Land kann zu einem zweiten Syrien werden. **Seite 86**

 Titelbild: Montage DER SPIEGEL; Fotos: Getty Images (12), dpa, Bildagentur-Online / Begsteiger (2)

Titel

Sozialpolitik Warum die Kluft zwischen Arm und Reich das Wachstum bremst 10

Deutschland

Leitartikel Der große Sieger des EU-Flüchtlingsdeals ist der türkische Präsident Erdoğan 6
Meinung Kolumne: Im Zweifel links / So gesehen: Warum ein einzelner Claqueur nicht reicht 8
Schlampige Aufsicht in französischen AKW / Kein Bundestagsausweis für Ex-RAF-Terrorist / Initiative gegen digitalen Hausfriedensbruch 18
Europa Die Entmachtung von Kanzlerin Angela Merkel 22
Justiz Minister Heiko Maas plädiert im SPIEGEL-Gespräch für einen EU-Beitritt der Türkei und verteidigt die Flüchtlingspolitik der Koalition 26
Recht Die Chefs zweier Sicherheitsbehörden rebellieren gegen die Regierung 30
Asyl Weil die Registrierung nicht funktioniert, können sich Flüchtlinge viele Identitäten zulegen 32
Haushalt Warum ein Sozialdemokrat der wichtigste Helfer für Finanzminister Wolfgang Schäuble ist 35
Pflege In Tausenden Haushalten betreuen osteuropäische Frauen deutsche Senioren – oft unter haarsträubenden Bedingungen 36
Wahlen Wie weit rechts stehen die AfD-Kandidaten in den Ländern? Sechs Porträts aus der zweiten Reihe 38
Schulen Die CDU kämpft für Schweinefleisch in Schulkantinen – es wird dort immer seltener angeboten 41
Rheinland-Pfalz Das Obere Mittelrheintal ist Weltkulturerbe – der Region geht es trotzdem mies 42
Gleichberechtigung Das Comeback der Hausfrau 44
Ernährung Deutschlands oberster Risikoschützer warnt vor zu viel Chemiehysterie 50
Tierschutz Der niedersächsischen Regierung fällt es schwer, einen Wolf zu erschrecken 54

Gesellschaft

Früher war alles schlechter: Alphabetisierung / Wie klatscht man unauffällig? 58
Eine Meldung und ihre Geschichte Eine 106-Jährige besucht Präsident Obama im Weißen Haus 59
Revolutionen Kann Kuba Kapitalismus? 60
Gender Mann oder Frau war gestern – Facebook bietet 60 Geschlechter zur Auswahl 65
Kolumne Leitkultur 70

Wirtschaft

VW-Affäre: Was wusste Garcia? / Mehr Bahnkunden im Fernverkehr / Energiekonzerne rechnen sich Atomausstieg schön 71
Geldanlage Junge Finanzfirmen buhlen um Privatkunden – indem sie Kleinanlegern automatisierte Vermögensverwaltung anbieten 74
Analyse Warum die Aufklärung des VW-Skandals nur mit neuem Personal gelingt 77
Konsum SPIEGEL-Gespräch mit Sozialforscherin Wednesday Martin über die wohlhabenden Frauen der New Yorker Upper East Side und deren Sorgen 78
Digitalisierung Mithilfe neuer Start-ups können Nutzer ihre Daten im Netz demnächst zu Geld machen 82

Ausland

Brutaler Vergewaltigungsfall empört Indien / Camerons neue Alliierte in Schottland 84
Libyen Im Chaos des Bruderkriegs breitet sich der „Islamische Staat“ aus 86
Analyse Warum sich die eigenen Leute gegen Frankreichs Präsident Hollande wenden 90
Israel Premier Benjamin Netanyahu treibt sein Land ins Abseits 92
Essay Amerikas Medien haben Donald Trump groß gemacht 96
Global Village Eine Nebenwirkung der Flüchtlingskrise – in Athen boomt die Branche der Passfälscher 98

Sport

Frauen-Rugby-Teams testen in Rio für die Rückkehr zu Olympia / Sportwissenschaftler für Einführung der Vier-Punkte-Regel 99
Fußball Der 28-jährige Trainer Julian Nagelsmann will die TSG Hoffenheim vor dem Abstieg retten 100
Doping Tennisstar auf Modedroge – der Fall Marija Scharapowa macht den Wirkstoff Meldonium weltbekannt 103

Wissenschaft

Künstliche Befruchtung klappt bei Depressiven schlechter / Wie Schüler leichter lernen / Kommentar: Wider das Kükenschreddern 104
Religionen Allah, aufgeklärt – Wissenschaftler erforschen die Wurzeln des Islam 106
Medizin Wie Superrechner in Zukunft Ärzten bei der Diagnose helfen 112
Automobile Die stärkste Limousine der Welt (900 PS) stammt aus deutscher Fertigung 113

Kultur

Jüdischer Weltkongress entsetzt über Ministerin Grütters / Cranach-Gemälde unter Fälschungsverdacht / Kolumne: Zur Zeit 114
Debatte Ein Loblied von Nils Minkmar auf den Liberalismus 116
Autorinnen Johanna Adorján, Antonia Baum und Ronja von Rönne erzählen vom Jungsein 120
Dichter Florian Illies über Gottfried Benns legendäre Korrespondenz 122
Literatur Ein Projekt in Liverpool zeigt die heilsame Wirkung des Lesens 128
Theaterkritik Das Bühnenereignis der Saison – Edgar Selge in „Unterwerfung“ 131

Bestseller 119
Impressum, Leserservice 132
Nachrufe 133
Personalien 134
Briefe 136
Hohlspiegel / Rückspiegel 138

Wegweiser für Informanten: **www.spiegel.de/investigativ**

DINA LITOVSKY / REDUX / DER SPIEGEL

Wednesday Martin

Sie lebte sechs Jahre an der schicken Upper East Side in New York. Und konnte die dortige Schickeria studieren – Mütter in High Heels etwa. In ihrem Buch schildert sie diese ebenso gepolsterte wie exzentrische Welt. **Seite 78**

WERNER SCHUERING / DER SPIEGEL

Heiko Maas

Er erklärt im SPIEGEL-Gespräch die Verhandlungen mit der Türkei. Der Bundesjustizminister mahnt: Jeder Flüchtling, der es nach Europa schaffe und Asyl beantrage, habe auch das Recht auf ein Verfahren. **Seite 26**

ABIR SULTAN / AP/DPA

Benjamin Netanyahu

Er hat, wie kein anderer Politiker Israels, sein Land nach rechts gerückt. Eine Zwei-Staaten-Lösung wird immer unrealistischer, fast täglich gibt es Anschläge. Aber: All das scheint dem Premier nicht zu schaden. **Seite 92**

DER SPIEGEL
Das deutsche Nachrichten-Magazin

Leitartikel

Gebückte Haltung

Merkels Flüchtlingspolitik stärkt den Autoritarismus des türkischen Präsidenten Erdoğan.

Europa hat einen neuen besten Freund, sein Name ist Recep Tayyip Erdoğan. Ausgerechnet der türkische Präsident, der mit aller Macht daran arbeitet, sein Land in eine Autokratie nach dem Vorbild des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu verwandeln, ist der große Sieger des EU-Sondergipfels in dieser Woche. Das ist eine schlechte, eine besorgniserregende Nachricht.

Weil die Europäische Union sich von Erdoğan eine Art Wunderlösung für die Flüchtlingskrise verspricht, bekommt er voraussichtlich fast alles, was er will: Milliarden Euro für die Betreuung der Flüchtlinge, EU-Beitrittsgespräche und Visafreiheit für türkische Bürger, die in die EU reisen wollen. Und obendrein versagt sich Europa Kritik am undemokratischen Gebaren des Präsidenten.

Wenige Tage vor dem Gipfel hatte Erdoğan demonstrativ zu einem neuen Schlag gegen die Pressefreiheit ausgeholt – als ob er den Europäern zeigen wollte, dass er sich alles erlauben kann. Er ließ die größte Zeitung des Landes, die oppositionelle „Zaman“, unter Zwangsaufsicht stellen und von der Antiterrorpolizei besetzen. Diese Woche widerfuhr der Nachrichtenagentur Cihan dasselbe.

Zuvor war Can Dündar, Chefredakteur der regierungskritischen Zeitung „Cumhuriyet“, inhaftiert worden. Das Verfassungsgericht ließ ihn schließlich frei, doch der Präsident machte klar: Das Urteil akzeptiere er nicht. Zurzeit wird gegen fast 2000 Menschen wegen „Präsidentenbeleidigung“ ermittelt. Und nun will die Regierung auch noch die Immunität von Abgeordneten der prokurdischen Partei HDP aufheben.

Erdoğan-Plakat

UMIT BEKTAS / REUTERS

Weder Angela Merkel noch die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini noch Ratspräsident Donald Tusk haben es gewagt, den türkischen Präsidenten deutlich zu kritisieren. Zu bieten hatten sie nur wachsweiche Formulierungen. Doch wenn Europa sich in eine derart gebückte Haltung begibt, setzt es seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Mit welchem Recht kann es noch die Einschränkung der Pressefreiheit in Ländern wie Ungarn kritisieren – oder Putins „gelenkte Demokratie“?

Solch unappetitliche Deals werden gern mit der sogenannten Realpolitik gerechtfertigt: Im Dienste eines höheren Wohls müsse man moralisch unerfreuliche Dinge tun. Doch die Konsequenzen sind nicht nur moralischer, sondern praktischer Art. Das bedeutet für die Türkei: die Opposition zu schwächen, die sich Erdoğans Griff nach der ganzen Macht widersetzt. Die EU ebnet dem Präsidenten den Weg, die Verfassung zu ändern und die demokratischen Institutionen zu schwächen. Erdoğan hat zudem den Konflikt mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK neu entfacht, die Armee hat im Südosten ganze Städte eingekesselt und im Kampf mit kurdischen Militanten in Trümmer gelegt. Der Präsident destabilisiert mit seiner Politik das eigene Land und die Region.

Europa will sich einem launischen Autokraten ausliefern, dem ohne Weiteres zuzutrauen ist, dass er bald Nachforderungen stellt. Eine nachhaltige Lösung ist das nicht. Hinzu kommt: Niemand weiß, ob der Deal wie erhofft funktionieren wird. Lassen sich Flüchtlinge wirklich davon abhalten, die Ägäis zu überqueren, wenn die Schnelldeportation in die Türkei droht? Kann Europa Massenabschiebungen durchführen, obwohl sie der Genfer Flüchtlingskonvention widersprechen? Wird die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei funktionieren? Werden Migranten in Zukunft nicht einfach auf die Route über Libyen und das Mittelmeer ausweichen?

Die Einigung mit der Türkei verschafft den europäischen Regierungschefs, die wie Merkel innenpolitisch unter Druck stehen, zwar vorübergehend Erleichterung. Es ist aber entwürdigend, dass die EU wie eine verzweifelte Bittstellerin auftritt. Das ist allein ihrer Zerstrittenheit geschuldet. Die Europäer machen sich von der Türkei abhängig, weil sie sich nicht auf Lösungen einigen können, die sie allein beschließen könnten – beispielsweise auf eine Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Europas.

Viele Druckmittel hat die EU in Bezug auf die Türkei tatsächlich nicht mehr. Ernsthaft aufnehmen wollte die EU sie nie, heute will auch Erdoğan nicht mehr ernsthaft in die EU. Für den türkischen Präsidenten ist die Aufnahme von Beitrittsgesprächen vor allem aus innenpolitischen Prestigegründen wichtig.

Und dennoch hat die EU ein großes Pfand in der Hand, mit dem sie selbstbewusster agieren sollte: Die Visafreiheit für türkische Bürger, die nun in Aussicht gestellt wird, wäre für Erdoğan ein enormer innenpolitischer Erfolg. Sie muss deshalb an strenge Bedingungen gebunden werden – dazu gehört die Achtung der Pressefreiheit und der Menschenrechte. Einen solchen Sieg kann sie Erdoğan nicht schenken, sie muss beim erneuten Gipfel nächste Woche einen Preis dafür verlangen. Wenn die EU ihre Grenzen für türkische Staatsbürger öffnen soll, muss sie sich trauen, Erdoğan zu kritisieren – und den ganzen Einfluss ausüben, der ihr noch bleibt. Mathieu von Rohr

Twitter: @mathieuvonrohr

Lesen, was gesund macht.

- **Zeckenschutz:** Welche Maßnahmen gegen die Blutsauger am besten helfen
- **Smartphone-Diät:** Warum es sich lohnt, öfter mal aufs Handy zu verzichten
- **Auto und Gesundheit:** Wie Fahrassistenz-Systeme für Sicherheit sorgen
- **Bionik:** Was wir von den Vorbildern in der Natur für die Medizin lernen können
- **Schönheits-Tricks:** Kosmetik-Profis stellen die effektivsten Pflege-Klassiker vor

INHALTS-VERZEICHNIS

Jetzt NEU in Ihrer Apotheke.

Meinung

Jakob Augstein Im Zweifel links

Wir sind der Staat

Er wolle sich bei allen Flüchtlingen bedanken, hat Gregor Gysi vor ein paar Tagen gesagt: „Seit Jahren fordern wir mehr bezahlbare Wohnungen, mehr LehrerInnen und eine bessere Versorgung. Nun wird dies endlich mal diskutiert!“ Eine absurde Wendung: Die Ärmsten erinnern uns an unseren Reichtum und daran, ihn zu nutzen. Und eine bittere Wahrheit: Ohne die Flüchtlinge würde uns dafür der Mut fehlen.

Die Beratungen für den Bundeshaushalt 2017 haben begonnen. SPD-Chef Sigmar Gabriel hat sich nach vorn gewagt. Er will einen Solidarpakt für Deutschland. Die Leute sollen nicht denken: „Für die macht ihr alles, für uns macht ihr nichts.“ Das gab Ärger. Gabriel spaltet Flüchtlinge und Deutsche, hieß es. Dabei wäre der Gedanke nicht abwegig. Das ist die Schuld der Deutschen, die sich jahrelang mit so wenig zufriedengegeben haben. Wir sitzen in unserer eigenen Schuldenfalle und scheuen notwendige Ausgaben selbst dann, wenn Geld da ist. Es fehlt ja überall im Land. Straßen, Brücken, Schulen, Lehrer, Polizisten, Bürokratie, was man eben so braucht im Staat. Jeder weiß das. Und langsam traut man sich wieder, es auszusprechen.

Was wir gerade erleben, nennt man einen Paradigmenwechsel. Auf einmal erinnern wir uns: Der Staat, das sind ja wir selbst. Es ist das Ende der deutschen Variante der neoliberalen Revolution. Sie hatte 1982 begonnen, mit dem berühmten Tietmeyer-Papier. Ihr Ziel war eindeutig: „Festlegung und Durchsetzung einer überzeugenden marktwirtschaftlichen Politik in allen Bereichen staatlichen Handelns mit einer klaren Absage an Bürokratisierung.“ Damals begannen die Begriffe ihre Bedeutung zu verändern: Reform bedeutete Rückbau. Eigeninitiative meinte Entsolidarisierung. Inzwischen haben die Leute begriffen, was Privatisierung bedeutet: Etwas, das vorher allen gehörte, wird plötzlich zum Privateigentum. Und sie haben begriffen, dass der schlanke Staat der magere Staat ist.

Die Leute wären jetzt so weit. Aber in Gabriel haben sie einen, auf den sie nicht bauen können. Der SPD-Chef wäscht sich nur, wenn er nicht nass wird. Seine Idee vom Solidarpakt war nicht schlecht: keinen „Flüchtlingswohnungsbau“ und keine „Flüchtlings-Kitas“, sondern bezahlbare Wohnungen und ausreichende Kinderbetreuung für alle. Kritik verdient er nicht für den Vorstoß, sondern für den Rückzug. Gabriel hätte den Populismusvorwurf aushalten müssen. Hat er aber nicht. „Weder sind Steuererhöhungen nötig noch neue Schulden“, versicherte er artig. Den Kampf gegen die magische „schwarze Null“, den ausgeglichenen Haushalt, wagt der SPD-Chef nicht.

Es sind also eine Million Menschen gekommen, aber alles geht weiter wie bisher? Es kommen noch mehr, und wir zahlen das aus der Portokasse? Keine Zumutungen, keine Wahrheiten? Das ist der wahre Populismus.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein, Markus Feldenkirchen und Jan Fleischhauer im Wechsel.

Kittihawk

Kitzler, Lacher, Schluchzer

So gesehen *Was Heiko Maas von Pariser Theatermachern lernen kann*

Seit der „Anne Will“-Sendung letzten Sonntag weiß die Bundesregierung, wo die Grenzen ihrer Nudging-Strategie verlaufen. Es ist eben doch nicht so leicht, den Bürgern einen „kleinen Stups in die richtige Richtung“ (Verbraucherminister Heiko Maas) zu geben.
Wann immer Maas in der Talkshow das Wort ergriff, klatschte sich sein Pressesprecher im Publikum die Hände wund. Alter Theatertrick. Doch der Funke wollte nicht überspringen. Nicht ein einziger Zuschauer klatschte mit. Gibt es etwas, das peinlicher ist als ein einsamer Claqueur? „Begrüßen wir auch noch mal den Sprecher von Herrn Maas, der hier immer am lautesten klatscht“, sagte irgendwann die Moderatorin Anne Will mit gequältem Lächeln, und die Bildregie blendete den Mann in Großaufnahme ein. Der wäre wohl am liebsten in einem Loch im Boden versunken. Sein Minister sah so aus, als käme er gleich mit.
Die Theatermacher im alten Paris wussten: Wenn das Stück nicht viel taugt, ist ein bezahlter Claqueur zu wenig. Es braucht auch den Chatouilleur (Kitzler), der positive Bemerkungen einstreut, den Rieur (Lacher), den Pleureur (Schluchzer) und den Bisseur, der lautstark Zugaben verlangt. Wo waren am Sonntag eigentlich die anderen Mitarbeiter der Ministeriumspressestelle? Bis zu fünf Begleiter darf ein Politiker in die Talkshow mitbringen. Beim nächsten Mal sollte Maas sein Kontingent auf der Gästeliste besser ausschöpfen.

Alexander Neubacher

ANZEIGE

Eine wichtige Nachricht für die Aktionäre von WINCOR NIXDORF

Handeln Sie jetzt mit Ihren Aktien – bis zum 22. März 2016*

GESTALTEN SIE DIE ZUKUNFT DES BARGELDS

Diebold, Inc. und die Wincor Nixdorf AG planen einen Zusammenschluss, um die Zukunft von Bank- und Handelslösungen neu zu gestalten. Wenn Sie Aktien an Wincor Nixdorf halten, informieren Sie sich jetzt, die Annahmefrist endet am 22. März 2016*.

Verpassen Sie nicht Ihre Chance

Rufen Sie an: 00 800 3816 3816

diebold.com/dieboldwincor

DIEBOLD®

* Im Anschluss an die Annahmefrist läuft unter Umständen eine gesetzliche weitere Annahmefrist. WICHTIGE INFORMATIONEN FÜR INVESTOREN UND AKTIONÄRE: Dieses Dokument stellt weder ein Angebot zum Verkauf noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf von Wincor Nixdorf- oder Diebold-Aktien dar. Im Zusammenhang mit dem geplanten Unternehmenszusammenschluss hat Diebold bei der U.S. Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (U.S. Securities and Exchange Commission, „SEC") unter Verwendung des Formulars S-4 ein wirksames Registrierungsformular eingereicht, das einen Prospekt der Diebold im Zusammenhang mit dem Angebot beinhaltet. Darüber hinaus hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin") am 4. Februar 2016 die Veröffentlichung einer deutschen Angebotsunterlage, die ebenfalls einen Prospekt der Diebold im Zusammenhang mit dem Angebot beinhaltet, gestattet. Diebold hat die deutsche Angebotsunterlage am 5. Februar 2016 veröffentlicht. Das Angebot erfolgt ausschließlich auf Basis dieser Dokumente. INVESTOREN UND AKTIONÄRE WERDEN AUSDRÜCKLICH DARAUF HINGEWIESEN, DEN PROSPEKT, DIE ANGEBOTSUNTERLAGE UND WEITERE DOKUMENTE ZU LESEN, DIE IN ZUSAMMENHANG MIT DEM GEPLANTEN UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS UND DEM ANGEBOT BEI DER SEC ODER DER BAFIN EINGEREICHT WURDEN UND WERDEN UND AUF DER HOMEPAGE VON DIEBOLD (WWW.DIEBOLD.COM) UNTER DER RUBRIK INVESTOR RELATIONS VERÖFFENTLICHT SOWIE ZUM KOSTENLOSEN VERSAND DURCH DIE DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT, TAUNUSANLAGE 12, 60325 FRANKFURT AM MAIN, DEUTSCHLAND (ANFRAGEN PER TELEFON AN +49 69 910 38794 ODER PER E-MAIL AN dct.tender-offers@db.com) AN ALLE WINCOR-NIXDORF-AKTIONÄRE BEREITGEHALTEN WURDEN UND WERDEN, WEIL DIESE DOKUMENTE WICHTIGE INFORMATIONEN ENTHALTEN. Außer in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Rechtsordnungen, in denen ein Angebot erfolgt, wird kein öffentliches Angebot von Wertpapieren vorgenommen werden. Diese Anzeige enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Erwartungen von Diebold beruhen und Risiken und Unsicherheiten beinhalten; folglich könnten die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von denen abweichen, die in diesen Aussagen ausgedrückt oder impliziert werden. Für den Inhalt dieser Anzeige ist ausschließlich Diebold verantwortlich.

Das Schattenreich

Sozialpolitik Die Deutschen sind stolz auf ihren Wohlfahrtsstaat, doch die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer. Wenigen gelingt der Aufstieg aus der Unterschicht. Eine Studie zeigt: Die Spaltung gefährdet Wachstum und Wohlstand.

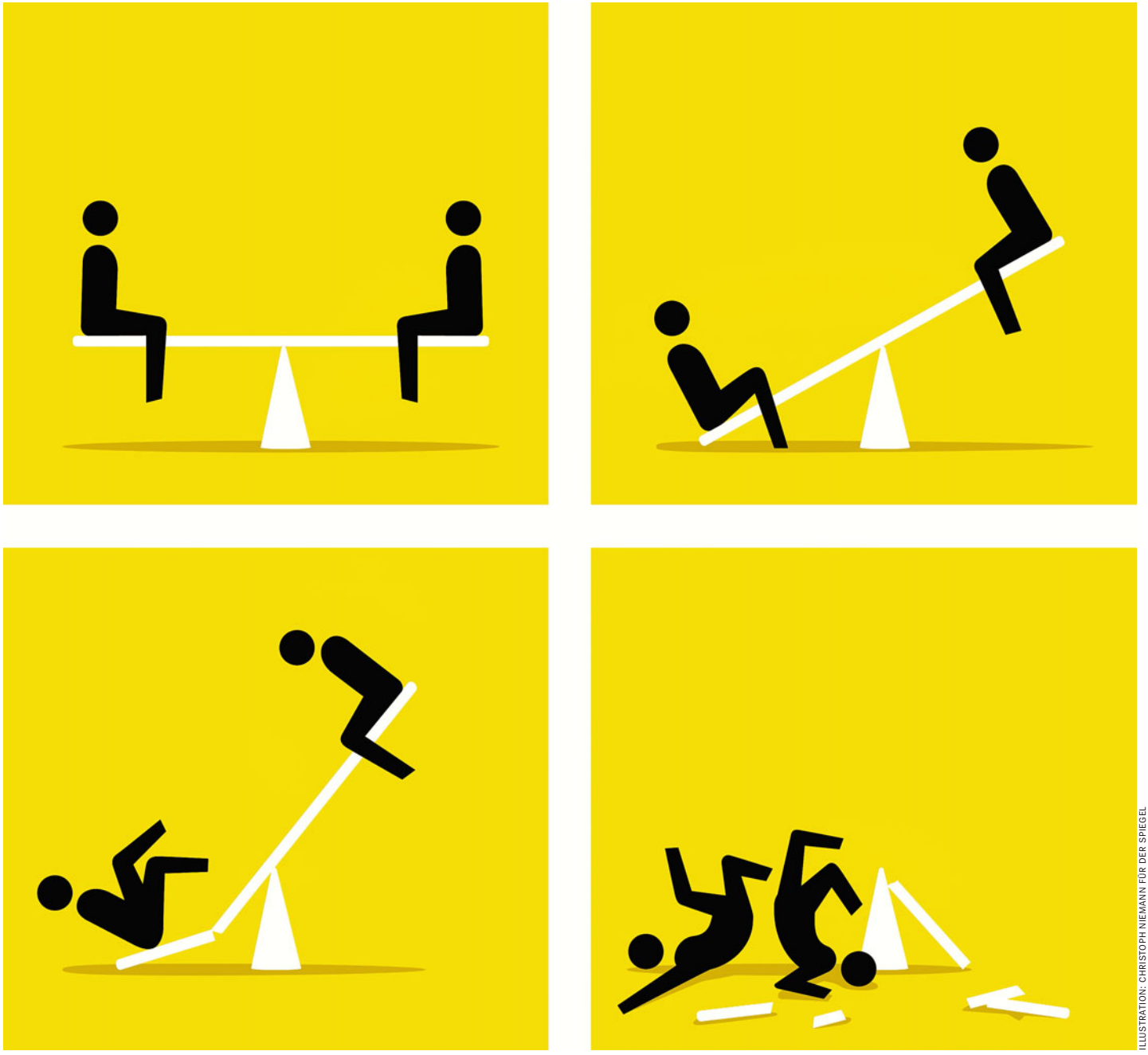


ILLUSTRATION: CHRISTOPH NIEMANN FÜR DER SPIEGEL

Wer wissen will, warum manche Menschen früh sterben und andere spät, muss ihre Kindheit erforschen. In Deutschland ist das die Aufgabe des Robert-Koch-Instituts. Hier sitzt Thomas Lampert in einem schmucklosen Büro in der Berliner General-Pape-Straße, vor sich ein Computer, darin die Daten von mehr als 17 000 repräsentativ ausgewählten Kindern und Jugendlichen. Geburtsgewicht, Impfstatus, Blutwerte, Sprachentwicklung: Vor den Forschern bleibt nichts geheim. Vier Teams des Robert-Koch-Instituts reisen derzeit durchs Land, um die Daten auf dem neuesten Stand zu halten.

Die Ergebnisse haben Lampert und Kollegen kürzlich im „Bundesgesundheitsblatt“ veröffentlicht. Sie sind ein erschütternder Beleg für die Zweiteilung der deutschen Gesellschaft. Lampert weist nach, dass Kinder und Jugendliche, die das Pech haben, aus einer niedrigen Statusgruppe zu kommen, viel öfter krank werden als Kinder aus der Mittel- und der Oberschicht. Sie leiden etwa doppelt so oft an Magersucht oder Fettleibigkeit, erkranken häufiger an Masern, Angina und Asthma bronchiale, werden Opfer von Gewalt.

Ihre Zähne sind deutlich öfter von Karies befallen als bei ihren gut situierten Altersgenossen. Und auch im Krankenhaus sind die Kinder aus armen Familien überrepräsentiert: Sie müssen etwa doppelt so oft stationär behandelt werden – und sie bleiben im Durchschnitt auch noch zwei Nächte länger.

Lampert fasst die Ergebnisse seiner Studien so zusammen: „Je niedriger der soziale Status, desto eher treten Gesundheitsprobleme auf“, oder in der nüchternen Sprache der Statistik: Die Lebenserwartung von Mädchen aus der Unterschicht liegt um rund acht Jahre unter der ihrer besser gestellten Altersgenossinnen, bei den Jungen sind es sogar zehn Jahre.

Weil du arm bist, musst du früher sterben: Befunde wie die der Berliner Gesundheitsexperten lösen hierzulande noch immer ungläubiges Staunen aus. Unterhält die Bundesrepublik nicht eines der teuersten Sozialsysteme der Welt? Ist das Land nicht berühmt für seine umfassende öffentliche Gesundheitsversorgung, die starken Gewerkschaften, für Schulen und Hochschulen auf Topniveau?

Und hat die Kanzlerin nicht recht, wenn sie als Erfolge ihrer Amtszeit die „hohen sozialen Standards“ nennt, eine „Arbeitslosigkeit unter drei Millionen“ sowie seit „sechs Jahren steigende Nettolöhne“? In ihrer Regierungszentrale hat Angela Merkel sogar eine eigene Abteilung eingerichtet, deren Aufgabe darin besteht, ihrer Politik ein Manufaktum-Logo anzukleben: ein „gutes Leben“, und zwar für alle.

Das Problem ist, dass die Formel für einen wachsenden Teil der Bevölkerung nicht mehr aufgeht. Mit dieser Einschätzung meldet sich jetzt nicht etwa die Linkspartei oder der Sozialverband Deutschland zu Wort, sondern einer der renommiertesten Ökonomen der Republik. Für Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), ist das schöne Bild vom mustergültigen Wohlfahrtsstaat Deutschland nicht mehr als „eine Illusion“.

In seinem neuen Buch zeichnet er jenen „Verteilungskampf“ nach, der das Gesicht der Republik in den vergangenen 25 Jahren verändert hat. „Deutschlands soziale Marktwirtschaft existiert nicht mehr“, schreibt Fratzscher, stattdessen habe sich die Bundesrepublik in eines „der ungleichsten Länder der industrialisierten Welt“ verwandelt, das die Angehörigen der Mittelschicht „zu Verlierern“ stempele und statt „Wohlstand für alle nur noch Wohlstand für wenige“ produziere.

Fratzscher widerspricht damit nicht nur den Gesundbetern aus Merkels Regierungsapparat, sondern auch den Wirtschaftsweisen, die Deutschland als „stabile Mittelschichtgesellschaft“ rühmen. Und er führt für seine These eine Kette von Beweisen an.

Während die Löhne der gut situierten Schichten in den vergangenen 20 Jahren deutlich zugelegt haben, sind die Verdienste der unteren 40 Prozent geschrumpft. Den reichsten zehn Prozent der Deutschen gehören rund zwei Drittel aller Fabriken, Immobilien und Wertpapiere im Land. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung dagegen besitzt so gut wie nichts oder hat Schulden. Und was am schlimmsten ist: In kaum einem anderen Industrieland gelingt es so wenigen Niedrigverdienern, in höhere Einkommensklassen aufzusteigen.

Wer hat, dem wird gegeben; und wer nichts hat, der wird auch nichts.

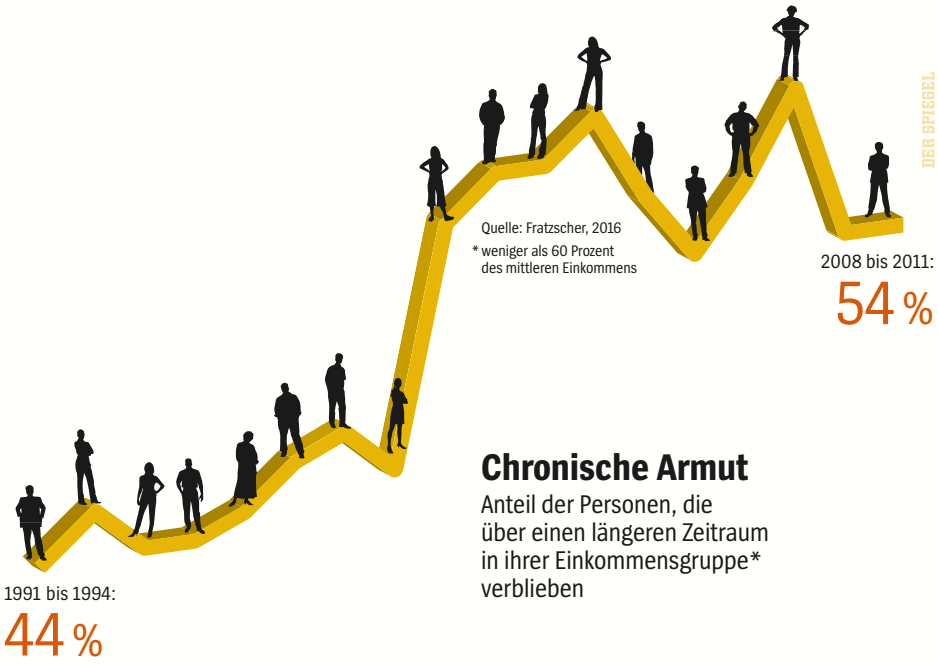
Einst gehörte es zum politischen Programm der Nachkriegsrepublik, Arbeiterkindern den Weg an die Universität zu weisen. Heute sind die sozialen Verhältnisse derart erstarrt, dass Kritiker von „Neofeudalismus“ sprechen.

Dabei wendet Deutschland riesige Beträge auf, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu überbrücken. Mehr als 540 Milliarden Euro zieht der Staat an Steuern und Abgaben der reicheren Hälfte der Gesellschaft ab, um es als Wohngeld, Sozialhilfe oder Hartz-IV-Leistung an die unteren Schichten weiterzuleiten.

Doch ein Großteil des Geldes wird nach dem Prinzip „rechte Tasche, linke Tasche“ in der Mittelschicht verteilt. Und was unten ankommt, reicht nicht mehr aus, die zunehmende Drift der Lohn- und Kapitaleinkünfte auszugleichen. Wer auflistet, was den Haushalten nach Steuern und Transfers in der Kasse bleibt, stellt fest: Auch bei den sogenannten verfügbaren Einkommen ging die Schere zwischen Arm und Reich auseinander. Der DIW-Chef spricht von einer „sehr ineffizienten Verteilungspolitik“, der es zunehmend weniger gelinge, der „Gesellschaft als Ganzes zu nutzen“.

Ein Fehler, so Fratzscher, denn er ist davon überzeugt: Wer gegen Ungleichheit kämpft, setzt sich nicht nur für mehr Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt ein. Er sorgt auch dafür, dass die Wirtschaft ihr Potenzial ausschöpft und der Kuchen für alle größer wird. Verteilungspolitik, so ließe sich folgern, ist die beste Wachstumspolitik.

Müssen also Millionäre und Multimillionäre mit neuen Reichen- und Vermögensteuern zur Kasse gebeten werden, wie es die Linkspartei oder der Fundi-Flügel der Grünen fordert? Hat SPD-Chef Sigmar Gabriel recht, wenn er bessere Renten und



Chronische Armut
Anteil der Personen, die über einen längeren Zeitraum in ihrer Einkommensgruppe* verblieben

GORDONWELTERS.COM / DER SPIEGEL

Gewerkschafter Beiderwieden: Planmäßige Ausbeutung ganzer Berufs- und Beschäftigtengruppen

mehr Leistungen für arme Deutsche verlangt? Und was bewirkt der Flüchtlingszustrom für das soziale Klima im Land? Sind weitere Milliarden für Integrationskurse und sozialen Wohnungsbau fällig?

Vor einem Vierteljahrhundert setzten die Jünger von Ronald Reagan und Margaret Thatcher darauf, dass sich Einkommensgewinne bei den Reichen über kurz oder lang auch bei den unteren Schichten niederschlagen. Doch das „Trickle-down" hat in Deutschland nicht funktioniert, so weist Fratzscher nach: Was in den vergangenen zwei Jahrzehnten an Wohlstandszuwachs erzeugt wurde, kam nahezu ausschließlich dem oberen Bevölkerungsdrittel zugute. In den übrigen Einkommensklassen ist dagegen jene „fragmentierte Gesellschaft" entstanden, von der etwa der Kasseler Soziologe Heinz Bude berichtet: Auf der einen Seite stehen die gut verdienenden Angestellten und Facharbeiter der exportorientierten Auto-, Chemie- oder Maschinenbauindustrie.

Auf der anderen sind die Beschäftigten des expandierenden Niedriglohnsektors zu finden, der nach Einschätzung von Organisationen wie der OECD oder dem Internationalen Währungsfonds inzwischen zum Wachstumshindernis geworden ist.

Die Ungleichheit bremst die Konjunktur, weil in der Zweiklassenökonomie zu wenig konsumiert und zu viel gespart wird. Zudem werden ganze Gesellschaftsgruppen von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt: Pizzabäcker, Putzfrauen oder Paketboten, die keine Aussicht auf steigende Gehälter oder beruflichen Aufstieg haben; Hartz-IV-Familien, die in der zweiten oder dritten Generation von staatlicher Stütze leben; Migrantenkinder, die im hiesigen Bildungssystem oft bestenfalls als „praktisch begabt" gelten.

So führt die Republik selbst den Fachkräftemangel herbei, den sie so wortreich beklagt. Sie nimmt ganzen Bevölkerungsteilen jenen Leistungs- und Aufstiegswillen, dem sie ihren Wohlstand verdankt. Und sie zieht eine Unterschicht heran, in der sich das Gefühl verfestigt, nicht die gleichen Chancen zu haben.

Kaum jemand weiß das besser als Ulrich Beiderwieden, der sich im Berliner Estrel Center auf ein kantiges Sitzmöbel aus dunklem Leder gesetzt hat, das unbequem, aber hip ist. In den riesigen Hotelhallen trifft sich ein Wachstumszweig des deutschen Niedriglohnsektors zu der Branchenshow, der Call Center World. Unter den vielen jungen Männern mit Gelfrisur und dunklem Anzug fällt Beiderwieden in Tweedjackett und brauner Cordhose auf. Der Gewerkschafter stammt aus einer anderen Welt. Einer Welt, in der es Tarifverträge gibt.

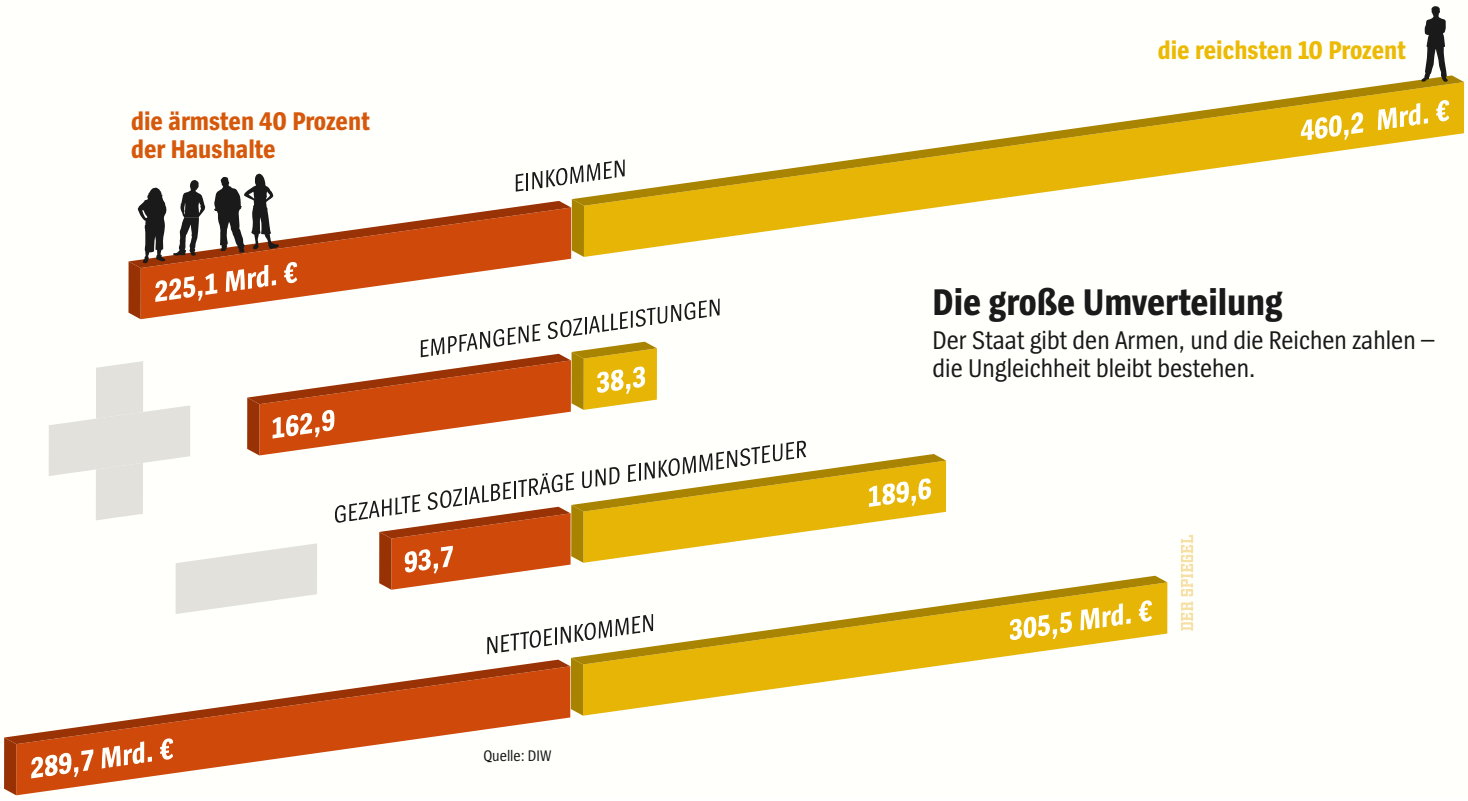
Schon optisch könnte Beiderwieden als naher Verwandter des Ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske durchgehen. Er ist Fachgruppenleiter bei der Dienstleistungsgewerkschaft und kämpft mit seinen Kollegen für die Arbeitnehmer all jener Branchen, die schon aus Tradition die niedrigsten Löhne in Deutschland zahlen – von den Callcentern über das Friseurhandwerk bis zum Wach- und Sicherheitsgewerbe. Eine Tradition, die auch damit zu tun hat, dass viele Beschäftigte sich den Gewerkschaftsbeitrag lieber sparen und dass sich auf der anderen Seite viele Unternehmen standhaft weigern, Tarifverträge abzuschließen. Das Problem beginnt schon damit, dass es keinen Arbeitgeberverband gibt, mit dem Beiderwieden verhandeln könnte.

In Halle zwei der Call Center World hat er mit seinen Kollegen einen Stand aufgebaut. „Arbeitgeberverband gründen – jetzt!" steht darüber. Beiderwieden ist gekommen, um für ein Abkommen mit den Arbeitgebern zu werben. 520 000 Beschäftigte arbeiten in den rund 6900 Unternehmen der Branche, aber nur ein einziger unabhängiger Callcenter-Dienstleister hat mit Ver.di einen Tarifvertrag abgeschlossen. Entsprechend niedrig sind die Verdienste. Wer im Callcenter arbeitet, bekommt selten mehr als den Mindestlohn. An kaum einem anderen Wirtschaftszweig lässt sich besser ablesen, was ein Niedriglohnsektor für die Menschen bedeutet.

Inzwischen arbeitet jeder vierte Deutsche in jenem Schattenreich des Arbeitsmarkts, in dem die Beschäftigten weniger als zwei Drittel eines mittleren Stundenlohns verdienen.

Zwar hat die schwarz-rote Koalition im vergangenen Jahr einen Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt, der auch für die Callcenter-Branche gilt. Allerdings wird er die Lage nicht für alle Beschäftigten verbessern. So haben viele Unternehmen den höheren Grundlohn jetzt mit Leistungszuschlägen für die Mitarbeiter verrechnet.

Ver.di-Mann Beiderwieden steht nun vor einem neuen Problem: Die Callcenter sind wieder weit davon entfernt, einen Arbeitgeberverband zu gründen und einen



Die große Umverteilung

Der Staat gibt den Armen, und die Reichen zahlen – die Ungleichheit bleibt bestehen.

branchenweiten Tarifvertrag auszuhandeln. „Seit es den Mindestlohn gibt, ist ihr Interesse gleich null“, sagt er.

Kein Wunder, dass viele Niedriglöhner nicht mehr an den Aufstieg glauben. Von einer „Verschwendung von Talenten und Fähigkeiten, die letztlich das ökonomische Potenzial eines Landes verringern“, spricht Joachim Möller, Direktor des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Man kann das im Ökonomenjargon der OECD als Verschwendung von „Humankapital“ bezeichnen. Oder man kann in den Lebenslauf von Holger Heimes schauen.

Sein Leben lang hat er Neues ausprobiert. Er hat eine Lehre zum Tischler gemacht und dann eine zum Systemgastronomen. Er war Geschäftsführer in einem Restaurant und hat später sein eigenes Lokal eröffnet. Als er nach zehn Jahren das Café Heimes in der Dortmunder Innenstadt schließen musste, heuerte er als Callcenter-Agent an. Er war arbeitssuchend, wollte nicht herumsitzen, es sollte ein Übergang sein. Jetzt ist Heimes 38 Jahre alt, er hat sich arrangiert.

Seine „Komfortzone“, wie er das selbst nennt, will er nur ungern noch einmal verlassen. Jedenfalls nicht zu jedem Preis. Das Arbeitsklima ist gut, sagt er. Er mag die Kollegen und den Job.

Was er nicht mag, ist die Bezahlung.

Vor fünf Jahren stieg Heimes bei einem der ganz Großen in der Branche ein. Sein Gehalt hat sich seither nur wenig erhöht. 1250 Euro brutto standen im Januar 2012 als Grundlohn auf seiner Gehaltsabrechnung, dazu addierten sich fast 300 Euro an Provisionen. Im Januar 2016 lag sein Grundgehalt bei 1480 Euro, dem Mindestlohn sei Dank. Dafür waren die Provisionen gesunken.

Beim Niedriglohnsektor scheiden sich die Geister. Die einen erkennen in ihm eine besonders boshafte Spielart des Kapitalismus, eine planmäßige Ausbeutung ganzer Berufs- und Beschäftigtengruppen. Die anderen sehen in ihm einen Weg, wie Joblose wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen und später in höhere Gehaltsklassen wechseln können. Das Problem ist nur: Der Aufstieg gelingt den wenigsten. Von „Verharrungstendenzen“ sprechen die Experten.

DIRK HOPPE / NETZHAUT / DER SPIEGEL

Callcenter-Agent Heimes
Gefangen im Niedriglohn

Die Leidtragenden sind Teilzeitbeschäftigte, Leiharbeiter und Minijobber. Es trifft Geringqualifizierte, aber auch ausgebildete Floristen, Friseure oder Verkäuferinnen, die früher zur Mittelschicht zählten. Vor allem: Lohnarmut ist ein weibliches Phänomen. 62 Prozent aller Niedriglöhner sind Frauen.

Einmal Niedriglohn, immer Niedriglohn, so lautet das Prinzip auf dem deutschen Arbeitsmarkt, auf dem noch eine zweite, nicht weniger deklassierende Regel gilt: Wer in eine Geringverdiener-Familie hineingeboren wird, hat hierzulande beste Aussichten, selbst ein Geringverdiener zu werden.

Wie eng der Zusammenhang ist, zeigt die „Great-Gatsby-Kurve“, eine Formel, die Ökonomen nach dem berühmten Roman des US-Schriftstellers F. Scott Fitzgerald benannt haben. Sein Held, Jay Gatsby, stieg in den Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts aus einfachen Verhältnissen zum Millionär auf. In Deutschland dagegen werden Kinder, deren Väter dem unteren Einkommensviertel entstammen, mit einer Wahrscheinlichkeit von fast 75 Prozent später ebenfalls der Unterschicht angehören. Kein Gatsby, nirgends, heißt es in der von Kanzlerin Merkel ausgerufenen „Bildungsrepublik Deutschland“, und: Armut ist erblich.

Dabei sollen eigentlich die Schulen und Hochschulen des Landes dafür sorgen, dass jedes Mitglied der nachfolgenden Generation, ob arm, ob reich, möglichst die glei-

GORDONWELTERS.COM / DER SPIEGEL

Schüler mit Lehramtsstudent bei Nachhilfe in Berlin: „Verlorenes Gebiet“

chen Chancen hat. Doch diesem Anspruch wird das deutsche Bildungswesen nicht gerecht.

Noch immer gibt die Bundesrepublik weniger Geld für das Erziehungswesen aus als viele Nachbarländer. Und ein Gutteil der Mittel fließt nicht den Bedürftigen zu, sondern den Angehörigen der Mittel- und Oberschicht.

Es geht schon im Kindergarten los. Vor acht Jahren startete die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen den flächendeckenden Kita-Ausbau im Land. Nur: An vielen Unterschichtsfamilien ging die Initiative vorbei. Die staatlich finanzierte Kinderbetreuung werde „häufiger von Eltern mit hohem Schulabschluss bzw. ohne Migrationshintergrund in Anspruch genommen“, heißt es im Bildungsbericht der Bundesregierung. Bildungsferne Eltern bringen ihre Kinder im Durchschnitt erst mit knapp drei Jahren in die Kita, der Nachwuchs der höheren Bildungsschichten dagegen wird im Durchschnitt schon mit zwei Jahren außerhalb der Familie betreut.

Viele Unterschichtseltern schämen sich, weil sie den Kita-Platz nicht bezahlen können, und behalten ihr Kind etwas länger zu Hause. Mitunter blocken auch die Kita-Betreiber, wie Kathrin Bock-Famulla von der Bertelsmann Stiftung berichtet. Viele kirchliche Kitas lehnten Kinder mit Migrationshintergrund ab. Und in einigen Einrichtungen erhielten vor allem jene Eltern einen Betreuungsplatz, die sich gut präsentieren könnten. „Mittelschichtorientierung“ nennt Bock-Famulla das.

Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz war zwar eine gute Idee, sagt Birgit Riedel, Expertin für frühkindliche Bildung beim Deutschen Jugendinstitut, aber: „Es haben genau die Falschen davon profitiert.“

So ist es in Krippe und Kita, und so bleibt es, wenn die Unterschichtskinder in die Schule kommen. Wer aus einem Hartz-IV- oder Migrantenviertel stammt, hat bei den Lehrern oft schlechte Karten, weil er nur mäßig Deutsch spricht und es manche Eltern lästig finden, wenn sich ihr Sprössling für den Unterricht interessiert. Er bekommt keine Nachhilfe und keinen Musikunterricht. 15 Prozent der Migrantenkinder verlassen die Schule ohne Abschluss.

So auch im Soldiner Kiez im Berliner Bezirk Mitte. Wer aus dem Regierungsviertel dorthin fahren will, benötigt mit der S-Bahn keine zehn Minuten. Doch es ist wie eine Reise in eine andere Welt, von der Machtelite ins Elend, von ganz oben nach tief unten. Die Gegend rings um den Bahnhof Gesundbrunnen zählt zu den ärmsten Vierteln der Hauptstadt. Etwa 70 Prozent aller Kinder leben hier mit ihren Familien von staatlicher Unterstützung. Die Berliner Polizei spricht von einem „verlorenen Gebiet“.

Im Politikunterricht von Herbert Weber geht es deshalb oft nur langsam voran. An der Herbert-Hoover-Schule, Migrantenkinderanteil über 90 Prozent, gilt die Regel, dass in der Klasse und in den Pausen nur Deutsch geredet werden soll. Doch einige Kinder können sich kaum ausdrücken; bei anderen zeigen sich tiefe Bildungslücken. Hat Hitler vor den Dinosauriern gelebt? Oder danach?

Weber macht sich keine Illusionen. Ohne zusätzliche Förderung werden es nur wenige aus der Klasse bis zum mittleren Abschluss oder Abitur schaffen. Wenn er seinen Schülern erklärt, wie das politische System in Deutschland funktioniert, komme er sich mitunter wie ein Schwindler vor. Das staatliche Versprechen auf Mitbestimmung und Teilhabe hält der Lebenswirklichkeit der Kinder nicht stand. Viele seiner Schüler sähen kaum eine Chance, dem Gesundbrunnen-Viertel zu entkommen.

Es ginge auch anders. Vor einiger Zeit hat Weber den Weddinger „Medienhof“ mitgegründet, eine Nachhilfeeinrichtung für Schüler aus der Unterschicht. An vier Tagen in der Woche können sich die Kinder und Jugendlichen von Lehramtsstudenten der Berliner Universitäten helfen lassen, etwa wenn sie Probleme bei den Hausaufgaben haben. Für die

Kinder und ihre Eltern ist das Angebot kostenlos. Ungefähr 120 Kinder kommen regelmäßig vorbei, weitere 180 Kinder werden von den Medienhof-Studenten nachmittags in den umliegenden Schulen betreut.

Der 17-jährige Alikan hat es dank der Nachhilfe geschafft, den mittleren Schulabschluss zu bestehen. Er hatte befürchtet, beim mündlichen Teil zu versagen. Doch die Studenten im Medienhof halfen ihm durch die Prüfung. Alikans Vortrag, er hatte sich das Thema „Grippeviren“ ausgesucht, klappte reibungslos.

Der Bonner Wirtschaftswissenschaftler Armin Falk hat kürzlich eine Studie veröffentlicht, wonach sich die Bildungschancen von Grundschülern aus der Unterschicht deutlich verbessern, wenn sie einen Mentor haben. Bereits bei einem Jahr Betreuung erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit, aufs Gymnasium zu gehen, um elf Prozentpunkte.

Man sollte glauben, ein Erfolgsprojekt wie der Medienhof würde von der Berliner Politik angemessen gewürdigt. Doch das ist nicht der Fall. Seit Jahren kämpft Weber gegen die drohende Schließung. Es fehlt an Geld. Die Gesamtkosten für die Lehramtsstudenten, sie bekommen 10 Euro brutto pro Stunde, Projektleitung und Miete lagen zuletzt bei knapp 130 000 Euro im Jahr und wurden mal von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie und mal von einem großzügigen Mineralwasserhersteller aufgebracht. Der Berliner Senat stellt erst jetzt einen Zuschuss in Aussicht.

In den Bildungsinstituten der Exportsupermacht Deutschland spiegelt sich jene Zweiklassenwelt, die auch den Arbeitsmarkt beherrscht, so zeigte eine vom Bundesbildungsministerium herausgegebene Studie: „Noch immer haben Jugendliche aus der Oberschicht ungefähr dreimal so hohe Chancen, ein Gymnasium anstelle einer Realschule zu besuchen, wie Jugendliche aus Arbeiterfamilien“, hieß es dort, und zwar „auch dann, wenn man nur Schülerinnen und Schüler mit gleicher Begabung und gleichen Fachleistungen vergleicht“. Während 77 Prozent der Kinder aus Akademikerfamilien ein Studium beginnen, so zeigt es die letzte Sozialerhebung des Studentenwerks, sind es in Nichtakademikerfamilien nur 23 Prozent.

Bildung wäre das beste Mittel, um sozial aufzusteigen. Sie dient auch als Schutz gegen Arbeitslosigkeit, wie eine Studie des Münchner Bildungsökonomen Ludger Wößmann zeigt. Bei Personen mit Hochschulabschluss liegt die Arbeitslosenquote bei 2,5 Prozent. Mit abgeschlossener Lehre sind es 5 Prozent. Bei Personen ohne Berufsabschluss hingegen sind 20 Prozent ohne Job. „Bildung steigert die Produktivität der ganzen Volkswirtschaft“, sagt Wößmann.

Wie die Chancen sich verteilen, sieht Marcus Braunert, wenn er die Bewerbungen für Ausbildungsplätze sichtet. Über seine Trainingscenter in Berlin und Heidelberg stellt der Energietechnikkonzern ABB in jedem Jahr fast 400 Lehrlinge ein, und Braunert führt hier die Geschäfte. Das sei kein Beruf, sondern eine Berufung, findet er. Aber eine Berufung, die beständig anspruchsvoller wird. „Es wird von Jahr zu Jahr schwieriger, gute Bewerber zu finden“, sagt er.

Für Ausbildungskandidaten hat Braunert einen eigenen Test entwickeln lassen. Es geht darum, ein paar Mathematikaufgaben zu lösen, Verben zu konjugieren oder die Position eines 3-D-Würfels zu erkennen. Doch schon an einfachen Additionsaufgaben scheitern viele Kandidaten heute. Vor knapp zehn Jahren lag der Notendurchschnitt im Mathetest noch bei 2,3. Inzwischen ist er auf 2,9 abgerutscht.

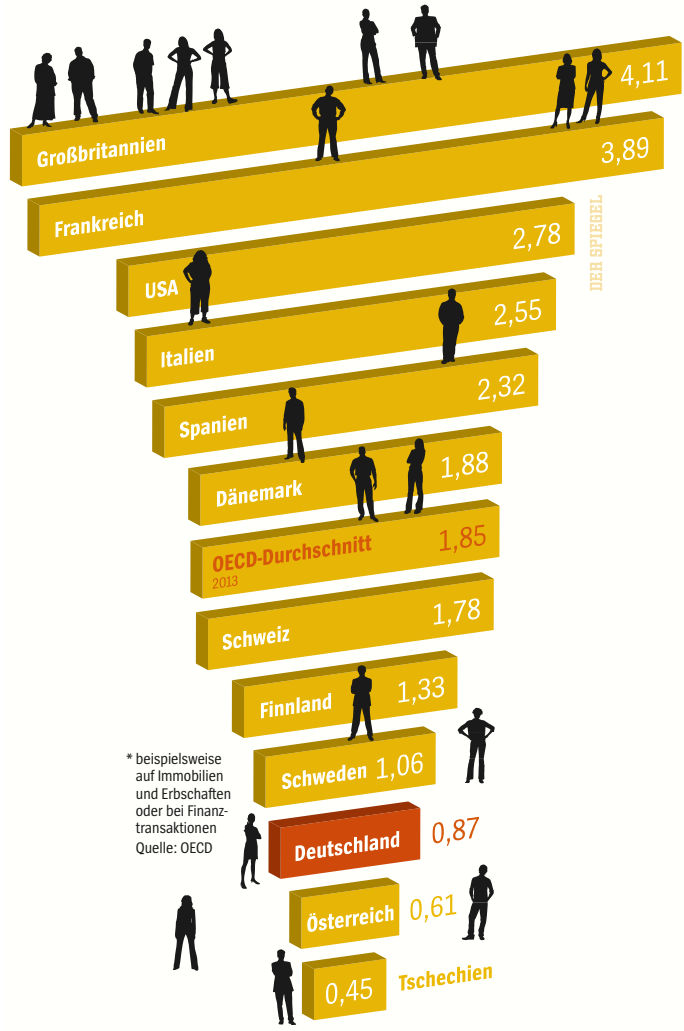
„Ich kann einen Hauptschüler heute nicht mehr in einem Elektroberuf ausbilden“, sagt Braunert. Das scheitere meist schon an den Rechenkünsten. Die Realschüler wiederum stünden oft unter immensem Druck ihrer Elternhäuser, weiterzulernen – und vielleicht doch irgendwann zu studieren. Deswegen zeichnet sich für die Zukunft ein Loch in der Mitte ab – bei den ganz normalen Industriefacharbeitern.

Am Ende geht es nicht nur um eine besetzte Stelle mehr oder weniger. Es gehe um viel mehr, es gehe auch um den Wohlstand. „Der Mehrwert dieses Landes beruht auf seinem technischen Entwicklungsstand. Aber was ist, wenn wir keine Leute mehr für technische Berufe gewinnen können?“, fragt Braunert. Den Facharbeitermangel von morgen sieht er heute schon kommen.

Im Februar 2016 zählte die Bundesagentur für Arbeit insgesamt 614 000 offene Stellen. Das waren 18,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Über 38 000 Verkaufsfachleute werden gesucht, rund 41 000 Mechatroniker und Elektroniker sowie 19 000 Verkehrs- und Logistikexperten. Und das ist erst der Anfang.

Die ökonomischen Thinktanks überbieten sich seit Jahren mit Schreckensprognosen eines Landes, dem die Erwerbstätigen ausgehen. Das Prognos-Institut prophezeit bis zum Jahr 2030 eine Lücke von 3,5 Millionen Erwerbstätigen, die Unternehmensberatung Boston Consulting Group rechnet mit 5,8 bis 7,7 Millionen fehlenden Arbeitskräften und nachhaltigen Folgen. Das Wirtschaftswachstum könnte von durchschnittlich 1,3 in den vergangenen Jahren auf nur noch 0,5 Prozent im Jahr sinken. Was harmlos klingt, bedeutet eine mächtige Größenordnung: Die wirtschaftlichen Einbußen könnten im Jahr 2030 im schlimmsten Fall bis zu 550 Milliarden Euro betragen, konstatieren die Berater.

Der Mechanismus ist offensichtlich: „Wenn Unternehmen nicht die Arbeitskräfte finden, die sie für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen benötigen, ist damit zu rechnen, dass sie Ausweichstrate-



Steuern auf Vermögen*
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 2014

gien entwickeln – mit nachhaltig negativen Folgen für Deutschlands Volkswirtschaft“, warnte die Bundesagentur für Arbeit schon 2011 in einer Fachkräftestudie. Die Unternehmen könnten ihre Investitionen im Lande kürzen, auf Innovationen verzichten und noch mehr Maschinen einsetzen, die von wenigen Hochqualifizierten gebaut und bedient werden. Die Arbeitsmarktchancen von Geringqualifizierten würden dann noch weiter sinken.

Kein Wunder, dass die Kluft zwischen Arm und Reich mittlerweile auch die Wirtschaftsforscher umtreibt. Die ökonomische Theorie, wonach Ungleichheit zum Wesen einer funktionierenden Marktwirtschaft gehöre, ist ins Wanken geraten. Zwar gilt ein gewisser Abstand zwischen Oben und Unten noch immer als Voraussetzung für Leistungsbereitschaft und damit für Fortschritt, Wachstum und Innovation. Doch inzwischen wächst bei vielen Ökonomen die Einsicht, dass es für die Wirtschaft schädlich ist, wenn die Ungleichheit zu groß wird.

Weil Reiche einen größeren Anteil ihres Einkommens auf die hohe Kante legen, kann die Wirtschaft aus der Balance geraten, wenn sich die Einkommen allzu sehr auf die oberen Schichten konzentrieren. Es wird dann zu viel gespart in der Wirtschaft, die Fabriken der Konsumgüterhersteller sind nicht ausgelastet, und allzu viel Kapital fließt ins Ausland ab, weil sich innerhalb der eigenen Grenzen nicht genügend Investitionsmöglichkeiten bieten.

Genau so wurde die deutsche Konjunktur über lange Jahre gebremst, sind viele Fachleute überzeugt. So wuchs der Konsum in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts nur etwa halb so schnell wie das Sozialprodukt; Ungleichheit sei für die Konjunktur eine „hoch problematische Entwicklung“, findet Gustav Horn, der Chef des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Hinzu traten die Wachstumseinbußen, die Fachkräftemangel und fehlende Aufstiegsdynamik mit sich brachten.

Und so kommt es, dass viele Ökonomen die zunehmende Arm-Reich-Diskrepanz hierzulande und in anderen Industriestaaten zur Wachstumsbremse erklären. Erst stellte der Internationale Währungsfonds in einer Studie von über hundert Industrie- und Schwellenländern fest, dass „steigende Ungleichheit mit geringerer Produktionszunahme“ verbunden ist. Dann bezifferte die Industrieländer-Organisation OECD die dadurch verursachten Wohlstandseinbußen allein in der Bundesrepublik auf sechs Prozent des Sozialprodukts. Und schließlich stimmten sogar diejenigen in den Chor der Kapitalismuskritiker ein, von denen man es am wenigsten erwartet hätte: internationale Finanzkonzerne.

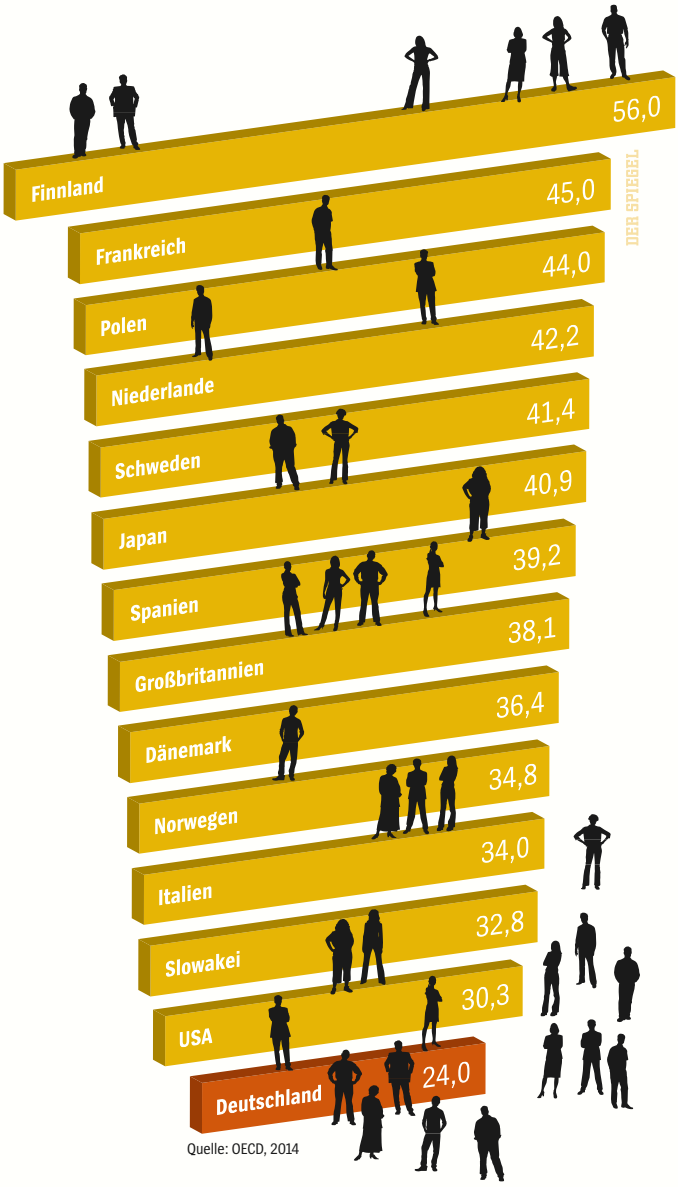
So legten die Volkswirte der US-amerikanischen Großbank Morgan Stanley im vergangenen Herbst eine Analyse vor, nach der auch Geldanleger gut beraten seien, auf das „Ungleichheit-Problem“ in vielen Volkswirtschaften „zu achten“. Werde die Kluft zwischen Oben und Unten zu groß, heißt es in der Studie, könne dies „die soziale und wirtschaftliche Substanz eines Landes zersetzen“.

Für besonders groß halten die Experten die Gefahr offenbar in Deutschland, wo sich nicht nur Löhne und Einkünfte in den vergangenen Jahren stark auseinanderentwickelt haben. Es verschlechterten sich auch zahlreiche weitere Indikatoren, die nach Einschätzung der Morgan-Stanley-Experten wichtig für den sozialen Zusammenhalt sind: der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsleistungen, die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, die Verschuldung privater Haushalte.

Unterm Strich belegte die Bundesrepublik in der Ungleichheit-Rangliste der Großbank unter 20 Industrieländern Platz 15, weit abgeschlagen hinter den skandinavischen Nationen, Polen oder Frankreich. Für „besorgniserregend“ hält es Morgan-Stanley-Chefvolkswirtin Elga Bartsch insbesondere, dass „in Deutschland die Bildungschancen von Kindern stark vom Bildungsniveau der Eltern abhängen“. Schließlich seien „gerade Bildungschancen in einer Zeit der Globalisierung und Digitalisierung entscheidend“.

So sieht das auch DIW-Chef Fratzscher. Sinke das Bildungsniveau einer Gesellschaft, so schrumpfe auch ihre Produktivität. Das habe der Bundesrepublik zwischen 1990 und 2010 „immense Verluste“ beschert, rechnet der Volkswirt vor. Insgesamt habe Deutschland dadurch 160 Milliarden Euro verloren, eine vierköpfige Familie habe 8000 Euro eingebüßt. In anderen Worten: Die Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik hätte um ein Fünftel höher liegen können, wenn die Spaltung zwischen Arm und Reich nicht so weit vorangeschritten wäre. Auch in Zukunft wird das Wachstum geringer ausfallen, prognostiziert der Ökonom. „Die Verluste setzen sich so lange fort“, schreibt Fratzscher, „wie die Ungleichheit auf jetzigem Niveau verbleibt.“

Es ist das Verdienst des DIW-Chefs, dass er den Scheinwerfer auf eines der zentralen Problemfelder der Republik richtet. Tatsächlich ist die ökonomische Stagnation am unteren Ende der Gesellschaft heutzutage nicht nur eine soziale, sondern auch eine wirtschaftliche Fra-



Mobilität in der Bildung

Anteil der Erwachsenen, die einen höheren Bildungsstand haben als ihre Eltern, in Prozent

RETO ZIMPEL

Luxusmeile Maximilianstraße in München: „Wird die soziale Kluft zu groß, kann dies die Substanz eines Landes zersetzen“

ge – selbst wenn die Kanzlerin und ein Teil der Ökonomen versuchen, die Lage zu beschönigen.

Die gewachsene Spaltung zwischen Arm und Reich bremst die Konjunktur, sie raubt Hunderttausenden den Glauben an wirtschaftlichen Aufstieg und Entwicklung, und sie führt dazu, ganze Bevölkerungsteile von jenen Wirtschaftszweigen abzukoppeln, in denen die Zukunft liegt: die blühenden Zweige der deutschen Exportindustrie sowie die entstehende digitale Dienstleistungswirtschaft. So verschwendet das Land seine Talente und schöpft, um es in der kalten Sprache der Ökonomie auszudrücken, sein Produktionspotenzial nicht aus.

Was also ist zu tun, um die gefährliche Schieflage in der deutschen Gesellschaft zu überwinden?

Einfache Umverteilungsrezepte nach dem Motto „den Reichen nehmen, den Armen geben“ werden den Patienten kaum gesünder machen. Schon heute sind Steuern und Abgaben hierzulande so hoch wie in wenigen anderen industrialisierten Ländern. Sie weiter anzuheben hieße jene findigen Unternehmer und spezialisierten Facharbeiter zu entmutigen, die für einen Großteil des ökonomischen Erfolgs in Deutschland verantwortlich sind.

Wer mehr Gerechtigkeit schaffen will, sollte stattdessen jene Privilegien abbauen, mit denen der Staat heute Vermögende begünstigt. So werden auf Zinseinkünfte niedrigere Steuern fällig als auf Arbeitseinkommen, und wer einen Firmenanteil erbt, kommt heutzutage häufig ohne jeglichen Zahlungsbefehl vom Fiskus davon.

Zudem zeigen die Analysen des DIW-Chefs, dass der Kern der Misere nicht im staatlichen Umverteilungssystem zu suchen ist, sondern bei den lange Zeit schrumpfenden Löhnen am unteren Ende der Verdienstskala. Die Hartz-Reformen waren richtig, um Millionen Arbeitslose in Jobs zu bringen. Nun sollte es darum gehen, möglichst viele prekäre Minijobs und fragwürdige Werkverträge wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu verwandeln, mit Verdiensten jenseits des Mindestlohns.

Vor allem aber müssen die Regierenden all jene staatlichen Einrichtungen auf den Prüfstand stellen, die heute dazu beitragen, dass oben meist oben und unten meist unten bleibt: ein Bildungssektor, der Unterschichtskinder pauschal zu Verlierern stempelt. Eine Ausländerpolitik, die Migranten ausgrenzt, statt sie zu integrieren. Eine Arbeitsverwaltung, die Beschäftigten zu wenig Chancen auf Qualifizierung bietet. Zur Wahrheit gehört auch: Wenn ein solches Programm zusätzlich zur Integration Hunderttausender Flüchtlinge auf den Weg gebracht werden soll, so wird das Milliarden kosten, die ohne neue Schulden kaum aufzubringen sind (siehe Seite 35).

Doch das wäre ein verkraftbares Übel. Schließlich würde es sich auf vielfache Weise auszahlen, wenn es den Deutschen gelänge, mehr Angehörigen der Unterschicht den Weg nach oben zu bahnen. Es wäre ein Projekt, das beides zugleich bewirken kann: mehr Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Fortschritt. „Soziale Marktwirtschaft“ hieß das bei Ludwig Erhard. „Inklusives Wachstum“ nennt es die moderne Verhaltensökonomie.

Wenn Deutschland seine Zukunft sichern will, darf sich das Land nicht allein um die Modernisierung seiner erfolgreichen Exportindustrien kümmern. Es muss auch eine Strategie entwickeln, wie das untere Drittel der Gesellschaft an der ökonomischen Entwicklung beteiligt sowie für Aufstieg, Bildung und Eigenverantwortung gewonnen werden kann.

„Steigt die Chancengleichheit, profitiert nicht nur der Mensch, der seine Fähigkeit nutzen kann“, schreibt Fratzscher. „Es profitieren auch alle anderen Bürger, denn höhere Chancengleichheit verbessert die Wettbewerbsfähigkeit und sichert das Funktionieren von Gesellschaft und Demokratie.“

Ann-Katrin Müller, Alexander Neubacher, Michael Sauga, Cornelia Schmergal

Video: Wie Ungerechtigkeit der Wirtschaft schadet

spiegel.de/sp112016wachstum
oder in der App DER SPIEGEL

Schaltraum im AKW Fessenheim

MARIO FOURMY / REDUX / LAIF

Kernenergie

Echt schwierig

Die zuständige französische Behörde hat keinen Überblick über AKW-Zwischenfälle.

Die französische Atomaufsicht hat größere Informationslücken über den Zustand der dortigen Kernkraftwerke als bislang bekannt. Auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Sylvia Kotting-Uhl erklärte die Behörde in Straßburg, man könne über die Jahre 2006 bis 2010 für den Meiler in Cattenom und zwischen 2005 und 2010 im Fall des AKW Fessenheim gar nicht angeben, in welchem Reaktorblock sich Zwischenfälle zugetragen hätten. Diese Zuordnung sei „schwierig“, entschuldigte sich die Behörde. Vergangene Woche waren Vorwürfe laut geworden, dass das Amt bereits einen Störfall im grenznahen Atomkraftwerk Fessenheim im April 2014 in seiner Dimension falsch bewertet habe. Die Grünen wundert das angesichts der schlampigen Kontrolle nicht. „Würde die französische Aufsichtsbehörde nicht ständig beide Augen zudrücken, wären beide Meiler schon lange stillgelegt“, sagt Kotting-Uhl. gt

Germanwings

Neue Vorwürfe

Die Ermittlungsakten zum Absturz des Germanwings-Airbus vor einem Jahr werfen heikle Fragen an die Flugmediziner der Lufthansa auf. Der Kopilot Andreas Lubitz, der die Maschine in Selbstmordabsicht in die französischen Alpen steuerte, war offensichtlich nicht von einer schweren Depression mit Selbstmordgedanken geheilt, unter der er während seiner Ausbildung gelitten hatte – und er hätte demnach eigentlich nicht Pilot werden können. Im Juli 2009 hatte ein Psychiater des flugmedizinischen Dienstes der Lufthansa nach einer Untersuchung geurteilt, Lubitz habe seine schwere Depression überstanden. Er könne „einen Pilotenschein der Klasse 1“ empfehlen. Möglicherweise eine Fehleinschätzung, denn Lubitz schrieb in einem Eintrag in eine Krankheitschronik, den er selbst auf den „22.12.2009“ datierte: „Ich möchte wieder gesund werden … lieber Herrgott im Himmel … gib mir die Kraft, die bösen Gedanken zu vertreiben.“ In seiner Pilotenlizenz war die psychiatrische Vorerkrankung zwar vermerkt, jedes Jahr musste sich Lubitz in der Flugmedizin vorstellen. Doch bei den insgesamt fünf Untersuchungen bis zum Absturz am 24. März 2015 ließ die Lufthansa den Piloten nicht von einem Psychologen oder Psychiater begutachten. In den 6000-seitigen Ermittlungsakten zum Absturz von Flug 4U9525 findet sich keine Unterlage, die auf entsprechende medizinische Kontrollen hinweisen würde. Bei den Check-ups hatten ihn die Mediziner lediglich gefragt, ob er psychische oder neurologische Probleme habe. Dies hatte Lubitz stets verneint. Bei Lufthansa sieht man keine Versäumnisse. Weil Lubitz als geheilt galt, habe man ihn auch nicht zu einem Psychiater geschickt. Er habe die Pflicht gehabt mitzuteilen, wenn sich sein Gesundheitszustand verschlechtert, heißt es aus dem Konzern. gt

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel

AfD

„Knall“-Thema

Die AfD hält die Themen Asyl und Euro für „verbraucht“ und will bei der Vermarktung ihres neuen Programms voll auf Islamkritik setzen. Das zeigen interne E-Mails des Parteivorstands, die dem SPIEGEL und dem Recherchezentrum Correctiv.org vorliegen. Darin schreibt AfD-Vizechefin Beatrix von Storch an Vorstandskollegen, dass „der Islam das brisanteste Thema des Programms überhaupt“ und für die „Außenkommunikation“ am besten geeignet sei. „Asyl und Euro sind verbraucht, bringen nichts Neues“, so Storch weiter. „Die Presse wird sich auf unsere Ablehnung des politischen Islams stürzen wie auf kein zweites Thema des Programms.“ Vor der AfD-Basis wollte Storch diese Strategie aber geheim halten. Zum Ärger vieler Parteifreunde waren entsprechende Passagen nicht in den Unterlagen enthalten, die für eine interne Umfrage an die Mitglieder versandt worden waren. Storchs Vorstandskollege Albrecht Glaser berichtete ihr per E-Mail, dass „die Zahl der Beschwerden“ über die starken Eingriffe in die Umfrage „nicht abreißt“. Storch hielt dagegen: „Wir müssen das Thema Islam mit einem Knall öffentlich machen! Wenn wir das – noch dazu in unverbindlicher Fragemanier – vorwegnehmen, machen wir einen kommunikativen Fehler.“ ama

Bundestag

Kein Hausausweis für Ex-RAF-Mann Klar

Der Linken-Abgeordnete Diether Dehm will vorerst keinen Bundestagshausausweis mehr für den Ex-RAF-Terroristen Christian Klar beantragen. Dehm teilte nach eigenen Angaben Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) mit, dass es derzeit keinen Bedarf hierfür gebe. Klar, der wegen neunfachen Mordes von 1982 bis 2008 im Gefängnis saß, kümmert sich als selbstständiger Webdesigner um den Internetauftritt Dehms. Als er kürzlich einen Ausweis haben wollte, mit dem er sich frei im Parlament bewegen könnte, lehnte die Polizei des Bundestags dies aus Sicherheitsgründen ab. Dehm protestierte: Klar habe sich „nach seiner Haftentlassung nicht das Geringste zuschulden kommen lassen“. Der Bundestag prüft auch wegen eines weiteren Streitfalls nun grundsätzlich, wann Abgeordnetenmitarbeitern ein Hausausweis verwehrt werden kann. Dieses Ergebnis wolle er abwarten, sagt Dehm. wow

Salem

„Fehler gemacht“

Im Streit um die künftige Ausrichtung des Prestige-Internats Salem rügen wichtige Gremien den Stil von Aufsichtsratchef Robert Leicht. Der ehemalige Chefredakteur der „Zeit“ hatte Mitte Februar auf einen kritischen Text eines Ehemaligen über die in Salem beschlossenen Strukturreformen mit einem Forumsbeitrag bei Cicero.de reagiert und die „Seriosität des Autors“ infrage gestellt. Der Exschüler habe „wirtschaftlich versagt“, eine Kreditauskunftei warne vor ihm, schrieb Leicht in einem mittlerweile gelöschten Kommentar. Daraufhin distanzierte sich der Schulvorstand „deutlich von den Äußerungen des Vorsitzenden“, ebenso das Präsidium der Altsalemer Vereinigung. Seit der Entscheidung, die Unterstufe in die Mittelstufe zu integrieren (SPIEGEL 53/2015), versuche man, „Verhaltensweisen, die unter der Gürtellinie sind, abzustellen“. Leicht räumt ein: „Ich habe einen Fehler gemacht.“ Er habe aber keine Kreditauskunft eingeholt und niemanden beauftragt, eine solche einzuholen. Der ehemalige Schüler hat Strafanzeige gestellt. fri

Beschlagnahmtes Waffenlager eines Sportschützen

DPA

Waffenrecht

Mord statt Sport

Nach Recherchen der Initiative „Keine Mordwaffen als Sportwaffen!“ wurden seit 1990 in Deutschland mindestens 234 Menschen mit Schusswaffen von Sportschützen getötet – zuletzt Mitte Februar ein 65-jähriger Mann im Allgäu, der von seinem 88-jährigen Vater erschossen wurde. Die von der Bundesregierung im Juli 2014 genannte Zahl von 18 Todesopfern durch Sportschützen seit 2000 sei „grotesk“, kritisiert der Sprecher der Initiative, Roman Grafe. Sogar nach dem Schulmassaker von Winnenden im März 2009 seien mit Waffen von Sportschützen mehr als 60 Menschen erschossen worden, trotz der „angeblichen Verschärfungen“ des Waffenrechts, wie einer Anhebung des Mindestalters für das Schießen mit großkalibrigen Waffen und strikteren Vorschriften zur Aufbewahrung. Auch die von der EU-Kommission geplante Novellierung würde „am Privileg privater Mordwaffen wenig ändern“, so Grafe; danach wäre etwa der Besitz halbautomatischer Schusswaffen, die wie vollautomatische Kriegswaffen aussehen, für Privatleute verboten. Grafe: „Daran, dass Sportschützen mit tödlichen Waffen schießen, ändert sich damit aber nichts.“ hip

Computerkriminalität

Digitaler Hausfriedensbruch

Die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann will eine Gesetzesinitiative gegen das Kapern fremder Computer für Botnetze starten. In diesen Netzen sind oft Tausende, mitunter Hunderttausende infizierter Computer miteinander verbunden, ohne dass deren Besitzer etwas davon ahnen. Häufig dienen die Netze dazu, Massen von Spam-Mails zu versenden. Kriminelle können die geballte Rechenkraft der Computer aber auch dazu nutzen, Firmen oder Computersysteme von Versorgungsbetrieben und Krankenhäusern lahmzulegen. Auch Millionen Passwörter und Bankdaten wurden nach Ermittlungen der europäischen Polizeibehörde Europol bereits mithilfe von Botnetzen erbeutet. Die dazu nötigen Schadprogramme, Bots genannt, werden häufig versteckt in E-Mail-Anhängen verbreitet. Die hessische Ministerin will mit einem neuen Gesetz gegen „digitalen Hausfriedensbruch“ bereits das Infizieren der Computer mit solchen Programmen unter Strafe stellen. Dagegen gebe es bislang keinen ausreichenden strafrechtlichen Schutz. In besonders schweren Fällen, etwa bei der Gefährdung öffentlicher Versorgungssysteme, soll eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren drohen. Den Gesetzentwurf will Kühne-Hörmann noch im Frühjahr im Bundesrat einbringen. mab

IMAGO / MAUERSBERGER

Nato

„Ordnung und Kontrolle an der EU-Grenze“

Verteidigungsministerin **Ursula von der Leyen,** 57 (CDU), über den Nato-Einsatz in der Ägäis und die Entscheidung der Uni Hannover, ihr den Doktortitel zu belassen

SPIEGEL: Ist der Nato-Mitgliedstaat Türkei in der Flüchtlingskrise mehr Partner oder mehr Problem?

Von der Leyen: Eindeutig mehr Partner. Um in der Flüchtlingskrise zu Lösungen zu kommen, brauchen wir die Türkei. Aber auch Erdoğan hat die Erfahrung machen müssen, dass er Unterstützer benötigt. Eine gute Zusammenarbeit ist für beide Seiten existenziell. Deswegen ist es richtig, die Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei jetzt weiterzubringen. Verhandlungen bedeuten, dass sich die Türkei an europäische Standards annähern muss – nicht die EU an den Bewerber. Dieser Prozess wird über Jahre laufen und ist auch für die Menschen in der Türkei gut.

SPIEGEL: Um Europas Außengrenze zu sichern, hat die Nato einen Einsatz in der Ägäis begonnen. Ist das auch eine Methode, die Türkei zu überwachen?

Von der Leyen: Die Türkei ist Nato-Partner. Der Einsatz schafft Transparenz. Wir erfahren etwas über Aktivitäten der Schlepperbanden. Und wir sehen, wie die Küstenwachen agieren. Nur so können wir etwas gegen die Schlepper unternehmen und deren Infrastruktur zerstören. Das Ziel ist Ordnung und Kontrolle an der Außengrenze der EU.

SPIEGEL: Bisher galt die Regel, dass Grenzschutz Sache der Polizei ist. Soll das nun dauerhaft eine Aufgabe des Militärs werden?

Von der Leyen: Küstenschutz bleibt eine Hauptaufgabe der Polizei. In der Ägäis schafft militärische Aufklärung zusätzliche Transparenz. Die Nato selbst hat keine Eingriffsbefugnis.

SPIEGEL: Die Türkei drängt auf eine Flugverbotszone im syrisch-türkischen Grenzgebiet, um Flüchtlingen aus der Region einen Schutzraum zu bieten. Eine gute Idee?

Von der Leyen: Ich bin zunächst froh, dass wir zu bestimmten Gebieten Zugang haben und Hilfspakete liefern können. Wenn sich daraus stabile humanitäre Korridore entwickeln, ist das ein weiterer begrüßenswerter Schritt.

SPIEGEL: Kann daraus eine Flugverbotszone werden?

Von der Leyen: Eines Tages kann man über das Modell eines humanitären Korridors hinausdenken. Dieses Szenario setzt aber voraus, dass alle beteiligten Mächte von den USA über Russland und Syrien bis zur Türkei dahinterstehen müssen. Das ist ein weiter Weg.

SPIEGEL: Die Medizinische Hochschule Hannover hat entschieden, dass Sie Ihren Doktortitel behalten dürfen. Sind Sie froh?

Von der Leyen: Ich bin erleichtert. Ich habe damals Fehler gemacht. Aber es ist gut, dass die Universität und die Gutachter anerkannt haben, dass die Arbeit wissenschaftlich relevant und keine Täuschungsabsicht im Spiel war.

SPIEGEL: Würden Sie im bemängelten Teil der Arbeit heute anders vorgehen?

Von der Leyen: Mit dem Wissen von heute würde ich das selbstverständlich anders machen. gor

Abgeordnete

Kontakte nach rechtsaußen

Bundestagsabgeordnete der CDU haben Verbindungen zu einem deutsch-russischen Verein, in dem auch Rechtsextreme aktiv sind. So hielt Bernhard Kaster, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion und Vorsitzender der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe, im Januar dieses Jahres auf einer Veranstaltung des umstrittenen Berliner Tolstoi-Instituts e. V. eine Rede. Bereits 2015 hatte sein Parteikollege Johannes Selle den „deutsch-russischen Freundschaftspin“ von demselben Institut erhalten. Der kremlnahe Verein, gegründet 2014, will nach eigener Aussage dem angelsächsischen Einfluss „etwas Deutsch-Russisches entgegensetzen“ und „auch politisch Position beziehen und tätig werden“. Dabei greift er auch auf ein Umfeld zurück, das politisch rechtsaußen angesiedelt ist. So ist der Schatzmeister Günter Czichon ein Bundesvorstandsmitglied und Landesvorsitzender der „Bürgerbewegung pro Deutschland“. Ein weiterer Vereinsfunktionär trat in der Vergangenheit zur Wahl für die rechtsextreme Partei an. Unionsmann Selle sagt, ihm sei dies damals nicht bekannt gewesen. Sein Fraktionskollege Kaster teilt mit, außerhalb der russischen Botschaft habe er keine Veranstaltungen des Instituts besucht. Er nehme „auch keine öffentliche Bewertung des Instituts vor“. mba

TTIP

Positionen geräumt

EU-Verordnungen und -Richtlinien sowie US-amerikanische Bundesgesetze sollen im Rahmen des Handelsabkommens TTIP bereits im Entstehen „so früh wie möglich“ der jeweils anderen Seite vorgelegt werden. Wie das geschehen soll, steht in einer bisher geheim gehaltenen EU-Verhandlungsposition zur Zusammenarbeit mit den USA. „Wir fürchten, dass die Großkonzerne hier heftig in den Gesetzgebungsprozess eingreifen“, sagt Max Bank von LobbyControl. Doch die EU-Kommission hat auch einige in Europa besonders umstrittene Positionen geräumt. So will sie keinem transatlantischen Regulierungsrat mehr zustimmen. Ursprünglich sollte dieses Gremium Gesetze und Verordnungen in Europa überwachen. Der entsprechende Paragraf wurde gestrichen. Außerdem wurde die Kooperation mit den Amerikanern bei Gesetzen auf nationaler Ebene eingeschränkt. Diese ursprünglich vorgesehene Möglichkeit eines Einspruchs hatte auch im Bundestag für Empörung gesorgt. pau

Familien

Mehr Kinder

Die Deutschen würden gern mehr Kinder bekommen – wenn ihre Lebensumstände anders wären. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung auf Basis von Befragungen unter 40-jähriger Frauen und Männer ergeben eine gewünschte statistische Kinderzahl von 2,26 bei „idealen Lebensumständen“. Wenn die Befragten aber ihre tatsächlichen Lebensumstände mit berücksichtigen sollten, lag der Durchschnitt rechnerisch bei nur 1,77 Kindern. Dies geht aus der Antwort des Familienministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor. Deren Abgeordnete Doris Wagner glaubt, dass die Politik tätig werden muss: „Deutschland überaltert, wir brauchen mehr Kinder. Bessere Vereinbarkeit, flexiblere Arbeitszeiten und bessere Kita-Qualität sind notwendige Schritte in die richtige Richtung.“ bs

ADAC

„Der ADAC Unfallschutz hilft schnell und unbürokratisch. Das kann ich bestätigen.“

Andreas Baller
ADAC Mitglied seit 2006

Der ADAC Unfallschutz.

Ob im Haushalt, beim Sport oder im Verkehr: Vertrauen Sie nach einem Unfall auf die kompetente Hilfe des ADAC Betreuungsteams sowie auf wertvolle finanzielle Leistungen.

Jetzt abschließen: in jeder ADAC Geschäftsstelle, auf www.adac.de/us oder telefonisch unter 0 800 3 31 00 44 31 (Mo. – Sa.: 8:00 – 20:00 Uhr)

Ab 6,08 Euro pro Monat. Exklusiv für ADAC Mitglieder!

ADAC-Schutzbrief Versicherungs-AG

Die Entmachtung

Europa Angela Merkel hat sich mit ihrer Flüchtlingspolitik isoliert wie kein deutscher Regierungschef zuvor. Gegen ihren Willen wurde die Schließung der Balkanroute abgesegnet. Den Türkeiplan der Kanzlerin halten EU-Partner für Traumtänzerei.

Es gab Zeiten, da sah der Umgang zwischen der deutschen Kanzlerin und Donald Tusk so aus: Wenn Angela Merkel den Konferenzsaal des EU-Ratsgebäudes betrat, beugte sich der Pole tief herunter und ergriff die Hand Merkels. Dann hauchte er so innig einen Kuss darauf, dass selbst Merkel, die sonst Demutsgesten aller Art gewohnt ist, seltsam verwirrt auf das gesenkte Haupt Tusks blickte.

Am vergangenen Mittwoch lernte Merkel einen neuen Tusk kennen. Wieder sandte er einen Gruß an Merkel, nur benutzte der EU-Ratspräsident nicht seine Lippen, sondern den Kurznachrichtendienst Twitter. Er dankte den Ländern des westlichen Balkans dafür, dass sie die Grenzen für Flüchtlinge geschlossen haben. Damit setzten sie den Willen aller 28 EU-Mitglieder um.

Es war nicht eben ein galanter Zug von Tusk. Schon seit Wochen wehrt sich Merkel gegen die Abriegelung der Balkanroute, es könne nicht sein, dass Europa Griechenland mit den Verzweifelten aus dem syrischen Bürgerkrieg allein lasse. Nachdem der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann vor drei Wochen mit der Ankündigung, sein Land werde nur noch Tageskontigente aufnehmen, die Kaskade der Grenzschließungen ausgelöst hatte, wiegte die Kanzlerin besorgt ihr Haupt. Dies sei „nicht hilfreich“.

Und nun Tusk. Der Mann, der nur mit ihrer Hilfe zum Ratspräsidenten aufstieg, fällt ihr in den Rücken.

Zu besichtigen ist: die Entmachtung Angela Merkels. Die Kanzlerin hat in Brüssel

DIMITAR DILKOFF / AFP

Flüchtlinge in Idomeni
Endstation Grenzzaun

Merkel ist sich treu geblieben, so viel muss man ihr lassen. Sie hat dem Druck widerstanden, dem Druck der CSU, dem Druck der Orbáns und Faymanns, auch dem Druck der Wahlkämpfer, die für die CDU bei den Landtagswahlen wenig Gutes erwarten. Wenn man Politiker daran misst, ob sie bei ihrer Linie bleiben, auch wenn es umgemütlich wird, dann hat Merkel in den vergangenen Wochen eine beeindruckende Leistung abgeliefert.

Aber was Merkels Leute als Haltung bezeichnen, empfindet der Rest Europas als den Versuch, die Kosten einer gesinnungsethischen Verirrung auf die Schultern der Gemeinschaft zu verteilen. Die Zäune, die nun überall in Europa stehen, sollen nicht nur die Flüchtlinge abhalten. Sie sind auch das Symbol des Widerstands gegen eine anmaßende Politik.

Als Merkel in der Nacht zum Dienstag nach dem EU-Gipfel vor die Presse trat, sprach sie von einem „Durchbruch“ in der Flüchtlingskrise. Aber das war schon die nächste Provokation. Denn dieselbe Merkel, die mit großer moralischer Geste eine Politik des Stacheldrahts geißelt, ist gleichzeitig bereit, sich abhängig zu machen von einer türkischen Regierung, die das Land Stück für Stück zu einer Autokratie umbaut.

Nichts offenbart Merkels Scheinheiligkeit mehr als ihr Umgang mit der Schließung der Balkanroute. Merkel ist zwar die größte Profiteurin dieser Politik, nur noch wenige Hundert Migranten pro Tag schafften es zuletzt nach Deutschland. Aber es ist eben die Politik ihrer Gegner. Beim Gipfel in Brüssel am vergangenen Montag nun sollte diese auch noch den Segen der EU erhalten. Tusk schlug für das Abschlusskommuniqué den Satz vor: „Diese Route ist nun geschlossen.“ Der Satz ist zwar korrekt. Aber Merkel wollte ihn dennoch nicht unterschreiben, weil er einem Offenbarungseid gleichgekommen wäre.

Es entfaltete sich ein zäher Streit um Worte. Als am Sonntagnachmittag die Botschafter der EU zusammenkamen, um den Gipfel vorzubereiten, protestierte der deutsche Vertreter Reinhard Silberberg. Doch Tusks Kabinettschef Piotr Serafin sei hart geblieben, kabelte Silberberg am Sonntagabend in einem Bericht (VS – Nur für den Dienstgebrauch) nach Berlin. Die betroffenen Länder auf der Balkanroute „erwarteten vom informellen Europäischen Rat ein deutliches Zeichen der Unterstützung“.

Als die Staats- und Regierungschef am Montag in Brüssel eintrafen, war der Streit nicht ausgeräumt. Frankreichs Präsident François Hollande sagte, bevor er das Brüsseler Ratsgebäude betrat: „Diese Route ist geschlossen.“ Später kam es zum Streit zwischen Merkel und Faymann. Ein Eklat konnte nur mit einer Kompromissformel abgewendet werden. „Bei den irregulären Migrationsströmen entlang der Westbalkanroute ist nun das Ende erreicht“, heißt es schließlich im Abschlusskommuniqué. Das klingt so, als hätten höhere Mächte die Flüchtlinge aufgehalten.

Der Preis für die kosmetische Korrektur war hoch. Die Osteuropäer erreichten im Gegenzug, dass ihnen keine neue Verpflichtung auferlegt wird, Flüchtlinge aufzunehmen – weder aus Griechenland noch aus der Türkei. Für Merkel ist das keine gute Botschaft.

Denn sie beharrt weiter darauf, dass nicht Grenzschließungen die Flüchtlingskrise lösen, sondern ein Abkommen mit der Türkei. Dafür reiste vergangene Woche

eine wechselvolle Karriere hingelegt. Sie begann als ungelenke Novizin, arbeitete sich dann in der Eurokrise zur machtvollsten Frau Europas empor und hat nun Deutschland in der EU isoliert wie kein Kanzler zuvor.

Deutschland hatte in Europa immer eine Sonderrolle. Helmut Kohl machte sich in Brüssel klein, um die Furcht der Partner vor der Dominanz des wiedervereinigten Deutschlands zu dämpfen. Merkel hatte keine Angst zu führen, in der Eurokrise setzte sie ihre Vorstellung einer rigiden Sparpolitik durch. Aber am Ende schreckte sie davor zurück, Griechenland gegen den Willen Frankreichs und anderer Südländer aus dem Euro zu werfen.

Nun geht der Riss quer durch den Kontinent. Deutschland und Frankreich haben sich entfremdet, die Osteuropäer schließen sich mit Österreich zu einem Bündnis gegen Merkel zusammen, EU-Ratspräsident Tusk ist übergelaufen in das Lager ihrer Gegner.

EMMANUEL DUNAND / AFP

Kanzlerin Merkel in Brüssel: Der Glaube, dass Humanität ansteckend wirkt

der türkische Premierminister Ahmet Davutoğlu nach Brüssel, schon am Sonntagabend traf er sich in der türkischen EU-Vertretung mit Merkel und dem niederländischen Premierminister Mark Rutte, der im Moment die EU-Ratspräsidentschaft innehat.

Das Treffen war schon ungewöhnlich genug, bei vielen Partnerländern stieß Merkels Sonderdiplomatie auf Unverständnis. Als aber bekannt wurde, dass die Türken bei der vertraulichen Unterredung einen völlig neuen Vorschlag präsentierten, machten schnell Gerüchte die Runde, Merkel versuche, die anderen EU-Länder zu übertölpeln.

Spaniens Premierminister Mariano Rajoy erfuhr erst nach seiner Landung auf dem Brüsseler Flughafen von dem Papier der Türken. Als es zu Beginn des Gipfels verteilt wurde, fotografierte es Luxemburgs Premier Xavier Bettel mit seinem Handy und schickte es seinen Beamten, damit diese es noch schnell prüfen konnten.

Entsprechend gereizt war die Stimmung, als sich die Regierungschefs gegen 15 Uhr zu einem verspäteten Mittagessen zusammensetzten. Die meisten machten klar, dass sie ohne ausführliche Prüfung der türkischen Vorschläge dem Deal nicht zustimmen könnten. Schnell machte der Verdacht die Runde, nicht die Türken, sondern Merkels Europaberater Uwe Corsepius habe das Papier verfasst. Merkel dementierte das scharf. Aber es zeigt, wie tief das Misstrauen gegen die Deutschen sitzt.

Für Merkel war der neue Plan der Türken ein Coup. Erstmals sagten diese zu, alle Flüchtlinge wieder zurückzunehmen, die es über die Ägäis nach Griechenland schaffen. Im Gegenzug muss sich die EU verpflichten, Syrer aus der Türkei aufzunehmen, zunächst über einen komplizierten Schlüssel, später über ein festes Kontingent. Außerdem sollen die Türken drei Milliarden Euro zusätzlich erhalten, daneben Visafreiheit möglichst schon ab Ende Juni und die Zusage, das EU-Beitrittsverfahren voranzutreiben.

Ob der Plan umgesetzt wird, steht in den Sternen. Merkel brauchte dazu das Vertrauen ihrer europäischen Kollegen, aber das hat sie in den vergangenen Monaten arg strapaziert. Auf dem Gipfel in Brüssel wandte sich Frankreichs Präsident Hollande nur deshalb nicht gegen die Vorschläge der Türken, weil er einen offenen Streit mit der Kanzlerin vermeiden wollte.

Für Frankreich ist es allerdings ausgeschlossen, dass schon im Sommer die Visapflicht für die Türkei aufgehoben wird. „Das werden wir hier nicht durchbringen“, sagt ein Berater Hollandes. Bislang haben die Türken nur die Hälfte der 72 Bedingungen erfüllt, die für die Erteilung der Visafreiheit von Brüssel gefordert werden. So weigert sich Ankara hartnäckig, die Pässe des EU-Mitglieds Zypern anzuerkennen. Außerdem dürfen nur Reisende mit einem biometrischen Pass visafrei in die EU einreisen. In der Türkei gibt es bislang aber keine Ausweise, die den strengen Kriterien der EU genügen.

Widerstand gegen die Visaliberalisierung regt sich nicht nur in Paris. „Wir können nicht die Flüchtlingswelle durch eine Visawelle eintauschen“, sagt CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer. „Sonst kommen wir vom Regen in die Traufe.“ „Meine Fraktion ist sehr skeptisch gegenüber einer völligen Visafreiheit für türkische Bürger“, sagt auch Manfred Weber, Chef der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament. „Es wird keinen Flüchtlingsrabatt geben.“

THIERRY MONASSE / POLARIS / STUDIO X

Merkel-Gegner Orbán (3. v. l.): Riss durch den Kontinent

Noch komplizierter als die Visafrage ist die Beschleunigung der EU-Beitrittsverhandlungen. Zypern lehnt die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel kategorisch ab. Der nördliche Teil der Mittelmeerinsel wurde von der Türkei besetzt, und die erkennt die Republik Zypern nicht als souveränes Land an. Ohnehin kommt die Annäherung an die Türkei zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Pünktlich zum Gipfel ließ Ankara eine regierungskritische Zeitung stürmen.

Auch der Kernpunkt des Türkeiplans ist juristisch heikel. Es widerspricht europäischem und internationalem Recht, jeden Migranten, der es über die Ägäis schafft, einfach wieder zurück in die Türkei zu bringen. Er darf nur in ein Land zurückgeschickt werden, wenn dort ein faires Asylverfahren garantiert ist. Auch Bundesjustizminister Heiko Maas sagt: „Die Türkei gilt bei uns bislang weder als sicheres Herkunftsland noch als sicherer Drittstaat für Asylbewerber“ (siehe Seite 26). Jetzt sieht die Lösung wohl so aus, dass Griechenland die Türkei zu einem sicheren Drittstaat erklärt. Dann könnten die meisten Flüchtlinge zurückgeschoben werden.

Etliche EU-Partner sähen es mit Freude, wenn Merkel scheitert. Für sie sind die Grenzschließungen auf der Balkanroute handfeste Politik und die Türkeidiplomatie der Kanzlerin politische Traumtänzerei. „Wir können den Türken nicht trauen“, heißt es im Élysée-Palast.

Merkel, das muss man ihr lassen, hat versucht, Europa menschlicher zu machen. Wenn Deutschland Flüchtlinge aufnimmt, dann wird diese Großzügigkeit auch auf andere Länder überspringen. Hinter ihrer Politik stand der Glaube, dass Humanität ansteckend wirkt. Es war eine schöne Idee, und sie war nicht abwegig: Selbst wenn sich die Hälfte der syrischen Bevölkerung auf den Weg gemacht hätte: für eine Gemeinschaft von 500 Millionen Europäern wäre das verkraftbar gewesen.

Das Drama von Merkels Flüchtlingspolitik bestand in ihrer Ungleichzeitigkeit. Als sie die Grenzen öffnete, stand sie in Deutschland im Zenit ihrer Macht. In Europa dagegen hatte sie mit ihrer Sparpolitik schon viele Länder gegen sich aufgebracht, und nun verordnete sie dem Kontinent auch noch die Willkommenskultur, eine spezielle Melange aus protestantischem Pfarrhaus und deutscher Befindlichkeit.

Merkel hat es versäumt, rechtzeitig zu erkennen, was sie Europa zumuten kann. Der Preis für ihre Politik ist nicht nur der Aufstieg einer neuen rechtspopulistischen Partei und eine deutsche Gesellschaft, die so gespalten und hysterisch ist wie seit Jahren nicht mehr. Sie schuf auch ein Europa, das nicht mehr zueinanderfindet.

Julia Amalia Heyer, Peter Müller, Ralf Neukirch, Christoph Pauly, René Pfister, Christoph Schult

RENAULT
Passion for life

Renault TALISMAN

Kontrolle ist gut. 4CONTROL ist besser.

Ab **199,– €** monatlich[1]

5 Jahre Garantie[2]

Der Renault TALISMAN mit 4CONTROL[3], der dynamischen Allradlenkung von Renault.

[1] Renault Talisman Life ENERGY dCi 110 (ohne 4CONTROL): Fahrzeugpreis[4] 24.846,– €. Bei Finanzierung: nach Anzahlung von 4.620,– € Nettodarlehensbetrag 20.226,– €, 60 Monate Laufzeit (59 Raten à 199,– € und eine Schlussrate: 11.207,– €), Gesamtlaufleistung 50.000 km, eff. Jahreszins 3,49 %, Sollzinssatz (gebunden) 3,44 %, Gesamtbetrag der Raten 22.948,– €. Gesamtbetrag inkl. Anzahlung 27.568,– €. Ein Finanzierungsangebot für Privatkunden der Renault Bank, Geschäftsbereich der RCI Banque S. A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Gültig bis: 30.04.2016.

Renault Talisman ENERGY dCi 110: Gesamtverbrauch innerorts/außerorts/kombiniert (l/100 km): 4,0/3,4/3,6; CO_2-Emissionen kombiniert (g/km): 95. Renault Talisman: Gesamtverbrauch kombiniert (l/100 km): 5,8 – 3,6; CO_2-Emissionen kombiniert (g/km): 130 – 95 (Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007).

[2] 3 Jahre Renault Neuwagengarantie und 2 Jahre Renault Plus Garantie (Anschlussgarantie nach der Neuwagengarantie) für 60 Monate bzw. 100.000 km ab Erstzulassung gemäß Vertragsbedingungen. [3] Je nach Version serienmäßig oder optional (gegen Aufpreis), verfügbar ab Ausstattungsniveau Intens. [4] Abbildung zeigt Renault Talisman Intens mit Sonderausstattung. Renault Deutschland AG, Postfach, 50319 Brühl.

Renault empfiehlt elf

renault.de

WERNER SCHUERING / DER SPIEGEL

Minister Maas, Flüchtlinge an der griechisch-mazedonischen Grenze: „Nicht ein humanitäres Drama mit dem anderen vergleichen“

GEORGI LICOVSKI / DPA

„Den Menschen die Wahrheit sagen“

SPIEGEL-Gespräch Bundesjustizminister Heiko Maas, 49, über harte Entscheidungen in der Flüchtlingskrise, die Rechtmäßigkeit der deutschen Regierungspolitik und den geplanten Deal mit der Türkei

SPIEGEL: Herr Maas, können Sie als Justizminister garantieren, dass die deutsche Flüchtlingspolitik nach Recht und Gesetz abläuft?

Maas: Das kann ich, sogar aus voller Überzeugung.

SPIEGEL: Viele Juristen widersprechen da vehement. Erst diese Woche haben Menschenrechtler den geplanten Deal der EU mit der Türkei kritisiert: Bald sollen praktisch alle Flüchtlinge, die in Griechenland ankommen, gleich wieder in die Türkei zurückgeschickt werden. Das widerspricht dem Völkerrecht und europäischem Recht.

Maas: Nein. Bereits in der Vereinbarung soll ausdrücklich klargestellt werden, dass wir europäisches und internationales Recht selbstverständlich nicht infrage stellen. Jeder Flüchtling wird nach Recht und Gesetz behandelt.

SPIEGEL: Wie soll das gehen? Sollen Flüchtlinge von der Türkei aus Asyl in der EU beantragen?

Maas: Die Details werden zurzeit noch verhandelt. Die Rechtslage ist eindeutig: Wer in einem europäischen Land ankommt und einen Asylantrag stellt, der hat Anspruch auf ein Verfahren nach entsprechenden Standards.

SPIEGEL: Dann müsste aber Griechenland jeden Fall prüfen und könnte erst abschieben, wenn das Verfahren abgeschlossen ist. In Wahrheit ist aber das Ziel doch, möglichst viele Flüchtlinge ohne lange Verfahren loszuwerden.

Maas: Entscheidend ist, dass die Türkei erstmals bereit ist, Menschen zurückzunehmen. Bisher wurden diese einfach durchgewinkt, teils nicht einmal registriert. Zum ersten Mal bietet sich die Chance zu einer nachhaltigen Lösung der Flüchtlingskrise. Wenn die Menschen damit rechnen müssen, schnell wieder zurück in der Türkei zu sein, dann brauchen sie sich gar nicht mehr auf den Weg zu machen. Viele hätten keinen Grund mehr, ihr letztes Geld zu opfern, um nach Europa zu kommen. Schleppern und Schleusern könnten wir damit ihre Geschäftsgrundlage entziehen.

SPIEGEL: Die Strategie der Bundesregierung wechselt also von „Refugees welcome“ zum Prinzip Abschreckung?

Maas: Es geht darum, den Menschen die Wahrheit zu sagen. Wer in Europa keinen Aufenthaltsstatus bekommt, der muss möglichst früh wissen, woran er ist. Für diese Menschen macht es keinen Sinn, auf der Flucht hierher ihr Leben zu riskieren. Dies ehrlich auszusprechen ist ein Teil der Lösung des Flüchtlingsproblems.

SPIEGEL: Die Türkei ist alles andere als ein Hort der Menschenrechte. Wieso haben Sie kein Problem damit, Flüchtlinge dorthin zurückzuschicken?

Maas: Das Uno-Hilfswerk hat in der Türkei viel für die Flüchtlinge erreicht, und die EU hilft jetzt mit Milliardensummen. Aber es stimmt, die Türkei gilt bei uns bislang weder als sicheres Herkunftsland noch als sicherer Drittstaat für Asylbewerber.

SPIEGEL: Die Türkei fordert für ihre Unterstützung in der Flüchtlingskrise schnellere Beitrittsverhandlungen und Visafreiheit für ihre Bürger. Müssen wir jetzt in der Not unsere Werte verkaufen?

Maas: Nein. Im Gegenteil. Die Türkei ist wichtig, aber wir sind nicht erpressbar, erst recht nicht, wenn es um Menschenrechte oder Rechtsstaatlichkeit geht. Das muss bei jedem Dialog mit der Türkei eine zentrale Rolle spielen, insbesondere in den Verhandlungen über einen EU-Beitritt.

SPIEGEL: Sie befürworten den Beitritt der Türkei zur EU?

Maas: Grundsätzlich ja. Aber wir sollten einen möglichen Beitritt der Türkei nicht mit der Flüchtlingskrise vermengen. Die EU führt bereits lange Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Ich bin dafür, dass die Kapitel Justiz und Menschenrechte endlich eröffnet werden. So kommen wir in belastbare Gespräche zu diesen Themen. Dann muss die Türkei liefern, etwa bei Pressefreiheit und rechtsstaatlicher Justiz.

SPIEGEL: Sie trauen nicht nur der Türkei, sondern auch Griechenland viel zu in der Flüchtlingskrise. Dabei schickt Deutschland seit Jahren wegen menschenrechtlicher Bedenken keine Flüchtlinge mehr dorthin zurück. Gilt das jetzt nicht mehr?

Maas: Wir arbeiten innerhalb der Europäischen Union mit vereinten Kräften daran, dass die Bedingungen für Flüchtlinge in Griechenland besser werden.

SPIEGEL: An der mazedonischen Grenze harren Tausende Flüchtlinge in erbärmlichem Zustand aus. Warum lässt die Bundesregierung sie nicht nach Deutschland, so wie die Flüchtlinge aus Ungarn im vergangenen September?

Maas: Die Zustände an der griechisch-mazedonischen Grenze sind furchtbar. Sie müssen uns Ansporn sein, umso entschlossener für europäische Lösungen zu kämpfen. Obwohl das lange aussichtslos schien, stehen wir jetzt kurz davor. Eine solche Möglichkeit gab es damals nicht. Ungarn gab den Flüchtlingen nicht einmal Wasser und Brot. Premier Viktor Orbán drohte, die Flüchtlinge mit Gewalt zu evakuieren …

SPIEGEL: Mazedonische Polizisten haben auch Tränengas und Knüppel eingesetzt.

Maas: Das billigen wir auch keinesfalls.

SPIEGEL: Aber anders als im September nehmen Sie es jetzt hin. Warum ist jetzt falsch, was damals richtig war?

Maas: Leider kommen wir nicht weiter, wenn wir das eine humanitäre Drama mit dem anderen vergleichen. Auch jetzt arbeiten wir an einer Lösung. Deutschland ist der EU-Staat, der seit Monaten am intensivsten und engagiertesten auf eine humanitäre und europäische Antwort auf die Flüchtlingsfrage dringt. Und: Wir haben unseren Teil dazu beigetragen, indem wir bereits weit über eine Million Menschen aufgenommen haben. Rein formal wären wir hierzu zumindest nicht gezwungen gewesen.

SPIEGEL: Im Gegenteil: Im deutschen Asylgesetz steht, dass wir Flüchtlinge aus sicheren Drittstaaten sogar hätten abweisen müssen.

Maas: Wer an unserer Grenze steht und einen Anspruch auf Asyl geltend macht, dessen Rechte müssen wir grundsätzlich erst einmal prüfen. Wir dürfen Flüchtlinge nicht einfach abweisen, ohne zu wissen, woher sie kommen. Die Genfer Flüchtlingskonvention, das europäische Recht und das deutsche Grundgesetz können wir nicht einfach außer Kraft setzen.

SPIEGEL: Die Syrer, Afghanen oder Afrikaner, die zu uns kommen, sind in aller Regel nicht „politisch verfolgt“ im Sinne des Grundgesetzes, und sie kommen alle über „sichere Drittstaaten“ zu uns, was einen Asylanspruch ausschließt. Wieso sind wir verpflichtet, sie aufzunehmen?

Maas: Auch hier gelten internationale Regeln. Deutschland kann von seinem sogenannten Selbsteintrittsrecht nach der Dublin-Verordnung Gebrauch machen. Danach kann ein eigentlich unzuständiger Staat das Asylverfahren selbst durchführen.

SPIEGEL: Dieses Selbsteintrittsrecht ist als Ausnahme gedacht. Aber die Bundesregierung hat sie zur Regel gemacht, sie über Monate praktiziert und seit September auf dieser Grundlage Hunderttausende Menschen aufgenommen. Ist es rechtlich zulässig, eine Ausnahme zur Regel zu machen?

Maas: Wir haben eine Ausnahme genutzt, weil wir uns unstreitig in einer humanitären Ausnahmesituation befanden. Solange

Vorausschauen. Für Ihre Gesundheit.

Mein Hautscreening –
BEZAHLT VON DER
DAK-GESUNDHEIT

DFSI Deutsches Finanz-Service Institut GmbH
IM 5 JAHRESZEITRAUM
LANGZEIT-SIEGER
nach Gesamtpunkten 2011-2015
FOCUS-MONEY 21/15
GKV-Studie: Deutschlands größter Kunden-Leistungsvergleich

DAK Gesundheit

wir sie nicht dauerhaft und nachhaltig nutzen, sehe ich da kein Problem. Wir machen uns schon lange dafür stark, dass Asylanträge wieder dort gestellt und bearbeitet werden, wo ein Flüchtling erstmals den Boden eines EU-Mitglieds betritt.

SPIEGEL: Gegen die Regeln des Dublin-Verfahrens wird ständig verstoßen: Flüchtlinge werden nicht wie vorgeschrieben registriert und durchlaufen ihre Asylverfahren nicht in den zuständigen Staaten.

Maas: Ja. Deswegen ist es wichtig, dass wir zum Regelfall zurückkehren. Das wird nur gelingen, wenn alle Mitgliedstaaten mitmachen. Europa kann sein Versprechen der offenen Grenzen nur halten, wenn es an den EU-Außengrenzen systematische Kontrollen gibt. Nur so kann es gelingen, zu geordneten Verfahren zurückzukehren. Flüchtlinge müssen bei der Einreise in die EU registriert werden.

SPIEGEL: EU-Staaten wie Ungarn sagen, dass Angela Merkels Flüchtlingspolitik zu viele Menschen anzieht, dass diese Massen sie praktisch und rechtlich überfordern.

Maas: Viele Menschen fliehen aus existenzieller Not. Sie fliehen vor Krieg, Folter und Gewalt, nicht, weil sie Frau Merkel so toll finden. Insofern halte ich diese Argumente für vorgeschoben. In Wirklichkeit will Viktor Orbán doch nur keine muslimischen Flüchtlinge aufnehmen.

SPIEGEL: Die meisten Flüchtlinge wollen gar nicht nach Ungarn.

Maas: Niemand darf sich aussuchen, wo er in Europa Asyl bekommt. Wir gewähren Schutz, keine freie Wahl des Wohnsitzes.

SPIEGEL: Unter den vielen Menschen, die zu uns kommen, sind Armutsflüchtlinge aus Afrika, Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien und politisch verfolgte Menschen aus Iran. Machen wir über das Asylrecht jetzt Migrationspolitik?

Maas: Dass Menschen erst einmal alle gleich behandelt werden, schreibt unser Grundgesetz ausdrücklich vor. Wir können doch nicht an der Grenze nach Nationalität oder ethnischer Abstammung selektieren.

SPIEGEL: Natürlich nicht. Aber das Grundgesetz schreibt auch vor, dass Ungleiches unterschiedlich behandelt werden soll. Ist für Sie jeder Mensch in Not ein Flüchtling, der einen Aufnahmestatus verdient?

Maas: Nein, das habe ich nie behauptet. Entscheidend ist, dass die rechtsstaatlichen Verfahrensregeln für alle gleich sind. Wenn ein Armutsflüchtling von uns abgelehnt wird, wird er zurückgeführt.

SPIEGEL: Das stimmt nicht. Viele Flüchtlinge, die ausreisen müssten, werden gar nicht oder erst nach Jahren abgeschoben.

Maas: Deswegen arbeiten wir daran, verstärkt auch mit Staaten, mit denen wir bisher noch keine Rückführungsabkommen haben, solche Vereinbarungen abzuschließen. Abschiebungen von Menschen, die kein Recht haben, bei uns zu bleiben, dür-

WERNER SCHUERING / DER SPIEGEL

Maas, SPIEGEL-Redakteurinnen*
„Eine missliebige Politik juristisch aushebeln“

fen nicht länger an formalen Hindernissen scheitern.

SPIEGEL: Ist die Flüchtlingspolitik hinreichend demokratisch legitimiert?

Maas: Selbstverständlich. Sie spielen auf den Ruf nach Volksabstimmungen über Flüchtlinge an. In unserer repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes gab es auch über die deutsche Einheit kein unmittelbares Volksvotum. Unser Parlament ist für vier Jahre dafür gewählt, den Volkswillen auszuüben. Jeder kann sich ein Bild machen, wo die Parteien stehen, und entscheiden, welche Bedeutung er der Flüchtlingsdebatte bei seiner Wahlentscheidung gibt.

SPIEGEL: Sie haben vorhin gesagt, dass die Bundesregierung ohne rechtlichen Zwang entschieden hat, die Flüchtlinge aufzunehmen. Das Parlament war an dieser fundamentalen Frage nicht beteiligt.

Maas: Im Deutschen Bundestag wurde über das Thema wahrhaftig viel diskutiert. Überall dort, wo es neuer Gesetze bedurfte, waren die Abgeordneten beteiligt. Die Entscheidung über das Selbsteintrittsrecht

„Es gibt ein Recht auf Schutz für Flüchtlinge, aber keine freie Wahl des Wohnortes.“

gehört formal eindeutig zum Kompetenzbereich der Regierung. Wir dürfen doch jetzt nicht – über die Regeln hinweg – mal eben neue Zuständigkeiten für den Bundestag erfinden.

SPIEGEL: Eine Gruppe von Anwälten hat Verfassungsbeschwerde eingereicht. Sie sagen, dass ihr Teilhaberecht als Wähler verletzt ist, wenn die vom Parlament geschaffenen Gesetze überdehnt werden und die Regierung über Ausnahmeklauseln regiert.

Maas: Es ist nicht meine Aufgabe als Bundesjustizminister, dem Bundesverfassungsgericht in irgendeiner Weise vorzugreifen. Jeder hat das Recht zu klagen.

SPIEGEL: Dann fragen wir ganz abstrakt: Wird nicht der Wählerwille missachtet, wenn Gesetze über ihren Sinn hinweg überdehnt werden?

Maas: Ich möchte den Juristen sehen, der mir überzeugend definiert, an welchem Punkt eine zulässige Ermessensentscheidung der Regierung plötzlich unter Parlamentsvorbehalt steht. Im Grunde geht es doch darum, dass hier versucht wird, eine missliebige Politik juristisch auszuhebeln.

SPIEGEL: Der ehemalige Verfassungsrichter Udo Di Fabio argumentiert, dass Länder und Kommunen durch die Flüchtlingspolitik des Bundes überfordert sind. Das sei ein Verstoß gegen die Bundestreue im föderalen System. Mit Di Fabios Gutachten könnte Bayern in Karlsruhe klagen.

Maas: Es ist völlig unbestritten, dass die Länder und Kommunen mit Blick auf die Flüchtlingspolitik sehr gefordert sind und immense Leistungen erbringen. Ich sehe aber nirgends einen Zusammenbruch von Verwaltungsstrukturen in unserem Land.

SPIEGEL: Entscheidend ist doch, ob eine Kommune in einem bestimmten Bereich nicht mehr in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen. Viele mussten etwa für die Flüchtlinge ihre Mittel aus anderen sozialen Projekten abziehen.

Maas: Die Länder und Kommunen wurden durch den Zustrom von mehr als einer Million Menschen vor riesige Herausforderungen gestellt. Genau deshalb hat der Bund jetzt weitere Mittel zu gesagt.

SPIEGEL: Helmut Kohl hat 1992 den Staatsnotstand ausgerufen. Da stand die Zahl der Asylanträge bei 438 000.

Maas: Gott sei Dank haben wir uns seitdem etwas weiterentwickelt.

SPIEGEL: In einem Zeitungsbeitrag haben Sie geschrieben, es habe „verheerende Folgen, wenn Legitimität und Legalität des Regierungshandelns notorisch bestritten werden“. Wollen Sie damit Kritikern das Wort verbieten?

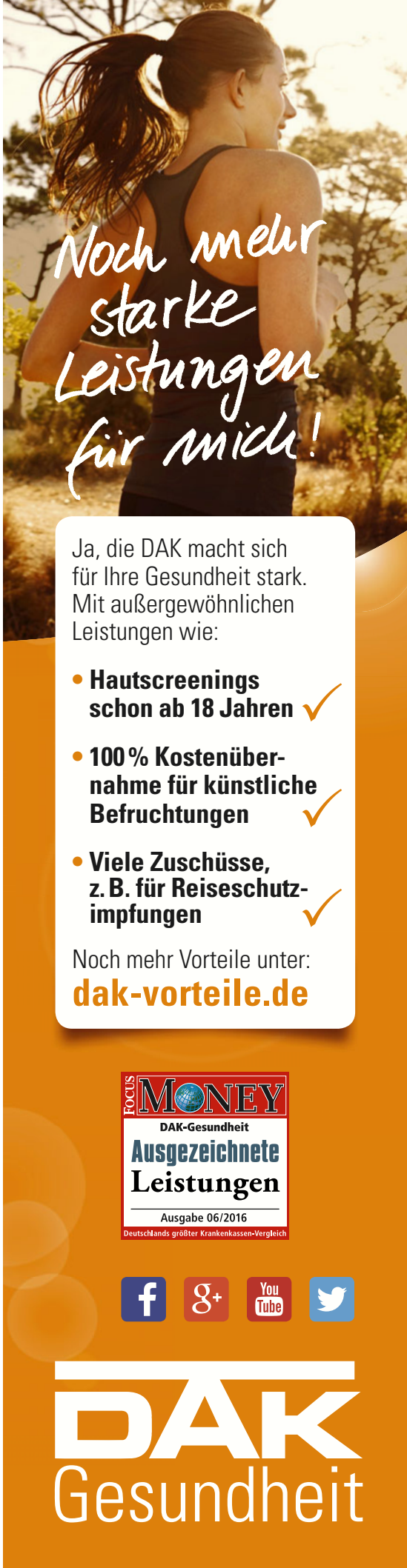
Maas: Nein. Auf gar keinen Fall. Über die richtige Flüchtlingspolitik darf und muss gestritten werden. Allerdings sollten wir den Boden der Sachlichkeit nicht verlassen. Wer sich mit Begriffen wie „Staatsnotstand“ positioniert, muss sich bewusst sein, dass ihn auch die Populisten hören und im schlimmsten Fall für die eigenen Zwecke instrumentalisieren.

SPIEGEL: Gilt dieser Appell auch für Horst Seehofer und seine „Herrschaft des Unrechts“?

Maas: Wer Andersdenkende mit politischen Kampfbegriffen in die Nähe des Unrechts rückt, der verweigert sich der demokratischen Debatte. Mit Horst Seehofers Wort von der „Herrschaft des Unrechts“ ist ein Tiefpunkt erreicht. Diese verbale Radikalisierung erschwert leider jede sachliche Auseinandersetzung.

SPIEGEL: Herr Maas, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Melanie Amann und Christiane Hoffmann in Berlin.



MICHAEL KAPPELER / DPA

Verfassungsschutzchef Maaßen, Bundespolizeipräsident Romann in Berlin-Kreuzberg: „Schaffen wir das?“

Maulkorb light

Recht Hinter den Kulissen machen die Chefs von Verfassungsschutz und Bundespolizei Stimmung gegen den Flüchtlingskurs der Kanzlerin. Die Regierung ruft die Beamten zur Ordnung – aber nur ein bisschen.

Es war ein ungewöhnlicher Ort für einen Auftritt der obersten Ordnungshüter Deutschlands. Mitte Februar besuchten Bundespolizeipräsident Dieter Romann und der Chef des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen das Betahaus in Kreuzberg, einen der hipperen Tagungsorte in Berlin. Dorthin, wo sonst Start-up-Unternehmer bei Club-Mate Internetprojekte aushecken, hatte an jenem Montag die Deutsche Presseagentur mehr als hundert Chefredakteure und andere Medienmacher aus der ganzen Republik eingeladen.

Am Nachmittag stießen Romann und Maaßen dazu. An einem Stehtischchen mit Selters sollten sie die wichtigste Frage in der Flüchtlingskrise beantworten: „Schaffen wir das?“

Schon Romanns grimmiger Blick machte deutlich, dass er Zweifel hat. Er hätte schon im September die Grenze zu Österreich gern geschlossen, auf 30 Seiten hatte er den Plan dafür ausgearbeitet. Offen fordern kann er das aber nicht, weil es der Linie von Kanzlerin Angela Merkel widerspricht. Und so betonte er nach seinem Auftritt pflichtschuldig in einem Interview: Grenzschließungen seien „zuvorderst eine politische Entscheidung“.

Doch zugleich ist klar: Die Spitzen der beiden Sicherheitsbehörden halten den Willkommenskurs der Kanzlerin für gefährlich. Zwar nimmt man dort mit Genugtuung zur Kenntnis, dass derzeit ein Balkanland nach dem anderen die Grenzen schließt – und so die Zahl der Migranten, die in Deutschland ankommen, deutlich sinkt.

Das aber reicht nach ihrer Auffassung nicht aus. Die Bundesregierung muss auch die deutschen Grenzen dichtmachen, so argumentieren sie, sonst würden die Flüchtlinge neue Wege in die Bundesrepublik finden. „Das hätten wir schon vor einem halben Jahr haben können“, soll Romann seinen Leuten anvertraut haben, als er von den jüngsten Blockaden auf der sogenannten Balkanroute erfuhr.

Nun verschärfen die Behörden, die für den Schutz von Grenze und Grundgesetz zuständig sind, ihren Konfrontationskurs zur Regierung. Der Zustrom Hunderttausender unregistrierter Migranten birgt für sie ein unkalkulierbares Risiko, weil niemand weiß, wer sie sind und was sie wollen. In einem vertraulichen Papier von Anfang März warnen Sicherheitsbeamte aus Bund und Ländern vor den Gefahren „der deutlich gesteigerten Zuwanderung für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung“. Sie prognostizieren eine Zunahme der Kriminalität – von Migranten und gegen Migranten – sowie einen „Motivationsverlust bei Polizeikräften“. Ein hochrangiger Beamter sagt: „Wir können die Sicherheit in Deutschland nicht mehr gewährleisten.“

Vor allem Bundespolizeichef Romann lässt seit Monaten kaum Zweifel daran, dass er von Merkels Flüchtlingspolitik wenig hält. Ende vergangenen Jahres präsentierte er Abgeordneten der Großen Koalition in vertraulichen Runden seine Vorstellungen. Zumindest für einige Tage könnte die Bundespolizei ohne langen Vorlauf die Grenze zu Österreich abriegeln und die ankommenden Migranten zurückweisen, berichtete er.

Eine erste Linie von Beamten würde alle 62 Übergänge und Brücken dichtmachen. Eine zweite sollte all jene Flüchtlinge aufhalten, die womöglich durch Donau und Inn schwimmen. Und im Hinterland wären

Hubschrauber unterwegs, um die Migranten aufzugreifen, die es durch die ersten beiden Reihen geschafft haben. Notfalls müsse man Wasserwerfer einsetzen, glaubt Romann. Das würde zwar hässliche Bilder produzieren, aber ein notwendiges Signal der Abschreckung aussenden.

An einem Montagabend Ende November 2015 sprach Romann vor Unionsabgeordneten in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung am Berliner Tiergarten. Auch hier hielt er mit seinen Ansichten nicht hinterm Berg. Manchem Innenpolitiker gefielen die deutlichen Worte. Vertreter der Merkel-Linie empören sich dagegen noch heute über den Auftritt des Bundespolizeichefs. „Das war Populismus pur“, sagt ein CDU-Bundestagsabgeordneter. „Ein Beamter soll informieren, nicht agitieren.“

Die Auftritte wurden vom Kanzleramt und vom Bundesinnenministerium aufmerksam registriert. Ressortchef Thomas de Maizière (CDU) machte Romann bei nächstbester Gelegenheit deutlich, dass er solche Auftritte vor Parlamentariern lieber lassen solle. Auch Bundesverfassungsschutzchef Maaßen, so heißt es, sei an seine Loyalitätspflicht erinnert worden.

Öffentlich werden die Differenzen heruntergespielt. Dass die Bundespolizei Pläne zur Grenzschließung ausarbeite, sei ganz normal, so ist aus de Maizières Ministerium zu hören: „Die Sicherheitsbehörden müssen sich immer auf denkbare Szenarien einstellen“, dazu gehöre, sich „abstrakt hypothetisch“ mit „fiktiven Maßnahmen“ zu beschäftigen. Schnörkeliger kann man kaum bestätigen, dass es handfesten Krach gibt.

Im Kern geht es auch um einen juristische Dissens. Derzeit können alle Migranten nach Deutschland einreisen, die an der Grenze „Asyl“ sagen, selbst wenn sie keinen Pass haben; nur wer so ungeschickt

„Wir können die Sicherheit in Deutschland nicht mehr gewährleisten“, warnt ein Beamter.

ist, von den hohen deutschen Sozialleistungen zu schwärmen oder den Beamten anzuvertrauen, dass er nach Schweden weiterwill, kommt nicht ins Land. Während Bundesjustizminister Heiko Maas überzeugt ist, es liege im Ermessen der Regierung, so großzügig zu verfahren (siehe Seite 26), ist in Sicherheitsbehörden eine andere Sicht verbreitet: Eine Zurückweisung von Migranten, die unerlaubt über sichere Drittstaaten wie Österreich einreisen, sei zwingend geboten.

Aber auch von den neuen Plänen aus dem Kanzleramt, Flüchtlinge aus Griechenland zurück in die Türkei zu verfrachten, hält man in der Bundespolizei aus rechtlichen Gründen wenig. Die Führung hat den beiden Booten „Uckermark“ und „Börde“, die bei der EU-Mission Frontex in der Ägäis aushelfen, eine klare Anweisung erteilt: Sie dürften sich auf keinen Fall an Rückführungen von Flüchtlingen aus griechischem Seegebiet oder gar vom Festland in die Türkei beteiligen.

In der Bundesregierung wurde über das Thema auf Arbeitsebene schon mehrmals hitzig debattiert. In diesem Fall hielt die Rechtsabteilung des Innenressorts das Vorhaben für heikel, da es den Menschen ihr Recht auf ein ordentliches Asylverfahren verwehren könnte. Aus dem Kanzleramt aber wurde ein knappes Gutachten vorgelegt, dass die erzwungene Rückkehr in die Türkei durchaus machbar sei.

Mit Romann und Maaßen begehren zwei Behördenchefs auf, die rund 20 Jahre lang selbst dem Regierungsapparat angehört haben. Beide sind konservative Juristen, die im Innenministerium Karriere machten, Anfang der Neunzigerjahre fingen sie dort an. Romann kümmerte sich unter anderem um Ausländerextremismus. Maaßen war lange als Referatsleiter für Ausländerrecht zuständig. Dass zentrale Asylregeln nun faktisch außer Kraft gesetzt seien, so heißt es in innenpolitischen Kreisen, kränke ihn in seiner Juristenehre.

Der Graben zwischen Regierung und Teilen des Sicherheitsapparats könnte kaum tiefer sein. Insbesondere Romann geht bei seinen Auftritten hinter den Kulissen bis an die Grenze dessen, was Beamten erlaubt ist. Vor Abgeordneten schilderte er voller Ironie, wie Migranten dem „Engel des Lichts“ huldigten – gemeint war Angela Merkel. Ein Affront.

Rausschmeißen aber kann die Bundesregierung ihn schlecht. Das würde die Stimmung in der Polizei zum Kippen bringen. Viele Beamte, die an der Grenze seit Monaten Flüchtlinge in Empfang nehmen, sehen die Dinge wie ihr Chef. Auch für die Rechtspopulisten der AfD wäre es ein gefundenes Fressen, wenn ein merkelkritischer Spitzenbeamter abgesetzt würde.

Also versucht es Innenminister de Maizière mit einem Maulkorb light. Neulich hatte der Bund Deutscher Kriminalbeamter zu den „Berliner Sicherheitsgesprächen“ in die Landesvertretung des Saarlands eingeladen, um mit Repräsentanten von Behörden und Regierung die Flüchtlingsfrage zu diskutieren. Der Gastgeber bemerkte launig, Bundespolizeipräsident Romann könne bestimmt eine Menge über einen möglichen Plan B zur Grenzsicherung erzählen. Das könnte Romann wohl, erwiderte de Maizière. Er möge sich aber diesmal zurückhalten.

Jörg Diehl, Matthias Gebauer, Martin Knobbe, Andreas Ulrich, Wolf Wiedmann-Schmidt

Wir machen den Weg frei.

VR-BankingApp
So haben Sie Ihre Bank immer in der Tasche: Über die VR-BankingApp können Sie sämtliche Bankgeschäfte mit Ihrem Smartphone erledigen. Wie genau, erklären wir Ihnen auf **vr.de/immer-ueberall**. Oder Sie lassen sich wie gewohnt in einer unserer über 12.700 Filialen persönlich beraten.

Volksbanken Raiffeisenbanken

STEFAN PUCHNER / DPA

Polizisten in Erstaufnahmeeinrichtung Ellwangen: Kriminelle Gruppen nutzen das System aus

Untertauchen leicht gemacht

Asyl Die Registrierung der Flüchtlinge funktioniert immer noch nicht. Wenn Migranten es darauf anlegen, können sie sich viele Identitäten zulegen und durch Europa touren.

Der Mann, der am 7. Januar durch die Schüsse französischer Polizisten in Paris starb, hatte viele Namen. In Frankreich nannte er sich Hale Mohamed und stammte angeblich aus dem Irak. In Schweden war er der Georgier Nika Khechuashvili. In Luxemburg war er bekannt als Mohammed Salah aus Marokko. Und in Deutschland führten ihn die Behörden als Walid Salihi aus Syrien oder auch als Walid Esalihi aus Marokko – wenn er sich nicht gerade als Georgier ausgab.

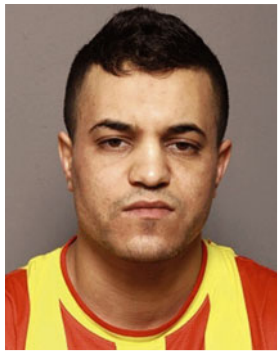
Zwanzig Identitäten und sechs Nationalitäten hatte der 24-Jährige angegeben, der zuletzt in einer Flüchtlingsunterkunft im nordrhein-westfälischen Recklinghausen lebte. In Wahrheit hieß er Tarek Belgacem, geboren am 28. März 1991 im tunesischen Ouled Chamekh. Am Jahrestag des „Charlie Hebdo"-Anschlags stürmte er mit einem Beil und einer Bombenattrappe auf eine Polizeistation zu und schrie „Allahu akbar". Die Beamten töteten ihn.

Anschließend machten sich Staatsschützer des Düsseldorfer Landeskriminalamts (LKA) auf die Suche nach Hintermännern des Attentäters. Sie fanden keine. Was sie über Belgacems Vergangenheit zusammentrugen, war trotzdem alarmierend: Der Mann hatte nahezu mühelos Behörden in ganz Europa über seine Identität getäuscht und Schwachstellen im Asylsystem für seine kriminellen Zwecke genutzt.

Ohne Aussicht, in Europa bleiben zu dürfen, konnte sich Belgacem fünf Jahre lang frei durch die EU bewegen und Straftaten begehen. Das war möglich, weil die Registrierung von Flüchtlingen und der Datenaustausch bis heute nicht richtig funktionieren, nicht einmal innerhalb Deutschlands. Noch immer herrscht ein Nebeneinander von Verfahren und Dateien, aus technischen und rechtlichen Gründen können Behörden oft nicht einmal die wichtigsten Informationen austauschen.

Weil die Bundesländer noch mit unterschiedlichen Systemen arbeiten, können Flüchtlinge sich in mehreren Unterkünften unter verschiedenen Namen registrieren, sich neue Papiere mit unterschiedlichen Identitäten ausstellen lassen und auch mehrfach Taschengeld erhalten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) will im Laufe dieses Jahres zwar ein einheitliches Verfahren mit einer zentralen Datenbank einführen, aber Schwachpunkte werden bleiben. Im Fall Belgacem konnten die LKA-Beamten das Registrierungschaos bis zum 31. Januar 2011 zurückverfolgen. An diesem Tag beantragte der Tunesier im rumänischen Temeschwar Asyl. Bevor die Behörden über Belgacems Antrag entscheiden konnten, reiste er nach Österreich weiter, wo er als Mohamed Ben Kalifa aus Suwara in Libyen am 8. April 2011 ebenfalls Asyl begehrte. Die Österreicher nahmen seine Fingerabdrücke, stellten daraufhin fest, dass er auch in Rumänien registriert war, und schickten ihn dorthin zurück. In Rumänien wurde sein Asylantrag abgelehnt, die Behörden schoben ihn im Juli 2011 nach Tunesien ab.

Damit hätte Belgacems Asylbewerbergeschichte eigentlich zu Ende sein müssen. Tatsächlich begann sie erst richtig.



AP / DPA

Attentäter Belgacem
20 Namen angegeben

Drei Monate später, im Oktober 2011, landete er mit einem Schiff in der sizilianischen Hafenstadt Trapani. 2013 reiste er in die Schweiz ein, wurde nach Italien zurückgeschickt und zog weiter nach Frankreich. Im Juli 2013 soll er im französischen Sainte-Maxime einen Raubüberfall begangen und drei Monate später als Räuber in Luxemburg zugeschlagen haben. Verhaftet wurde er

nicht. Stattdessen reiste er am 10. Dezember 2013 nach Deutschland. Beamte der Bundespolizei griffen ihn am Aachener Hauptbahnhof auf. Papiere hatte er nicht.

Die deutschen Beamten nahmen seine Fingerabdrücke und suchten danach in der europäischen Flüchtlingsdatenbank Eurodac. Dort waren die Abdrücke seit 2011 gespeichert. Doch um die Daten der Asylbewerber zu schützen, warf das System den Beamten keine Namen aus, sondern lediglich das Geschlecht und den Tag der Einreise in EU-Staaten.

Die Polizisten wussten nun, dass der Mann, der sich als Salihi ausgab, bereits in Rumänien, Österreich, der Schweiz und in Italien erfasst worden war. Mehr nicht. Sie konnten nicht erkennen, dass Rumänien ihn als Asylbewerber abgelehnt und abgeschoben hatte. Sie wussten nicht, dass er unter anderem Namen erneut in die EU eingereist war. Und sie erfuhren auch nicht, dass ihm vorgeworfen wurde, in Frankreich und Luxemburg schwere Straftaten begangen zu haben. Um diese Informationen zu erhalten, hätten die Beamten in den einzelnen Ländern umständlich um Rechtshilfe bitten müssen.

So konnte Belgacem in Deutschland bleiben und erneut einen Asylantrag stellen. Die deutschen Beamten fragten in Rumänien nach, ob ein Esalihi, wie er sich jetzt nannte, dort Asyl beantragt hatte. Auf dem üblichen Rechtsweg dauert es oft Wochen oder Monate, bis man mit einer Antwort rechnen kann. In diesem Fall hörten die Deutschen gar nichts aus Rumänien, denn der Fall galt dort seit der Abschiebung 2011 als erledigt. Bukarest ging davon aus, dass Esalihi alias Salihi alias Belgacem nicht in der EU war, sondern in Tunesien.

Belgacem lebte aber in Recklinghausen und fiel wiederholt bei den Behörden auf. In knapp 20 Fällen verdächtigte ihn die Polizei, Straftaten begangen zu haben: gefährliche Körperverletzung, Drogenhandel, Schwarzfahren, Ladendiebstahl, Beleidigung, Bedrohung. Am 9. Februar 2014 soll er mit Freunden in einer Kölner Diskothek mehrere Frauen begrapscht haben. Verhaftet wurde er nie, aber die Staatsanwaltschaft ermittelte gegen ihn.

Den deutschen Behörden entzog sich Belgacem im März 2015 mit dem Versuch, als Georgier in Schweden Asyl zu bekommen. Er blieb vier Monate lang, dann hatten die Schweden herausgefunden, dass er zuvor in Deutschland Asyl beantragt hatte, und brachten ihn nach Deutschland zurück. Hier kam er dann für einige Wochen ins Gefängnis. Nach seiner Freilassung blieb er in der Bundesrepublik – bis er sich zum Anschlag in Paris entschloss.

Wie unkompliziert es für Asylbewerber ist, in Deutschland an verschiedene Identitäten zu kommen, wissen die Ermittler auch aus anderen Fällen: Am 19. Januar, zwei Wochen nach Belgacems Tod, rückten 400 Polizeibeamte in zwei Flüchtlingsunterkünften im westfälischen Ahlen ein. Initiiert hatte diese Razzia der Landrat des Kreises Warendorf, Olaf Gericke.

Er habe sich gewundert, sagt Gericke, dass aus den bis dahin friedlichen Unterkünften plötzlich schwere Vorfälle gemeldet wurden, Schlägereien, Diebstähle, Alkoholexzesse. Kurz zuvor seien etwa 230 Asylbewerber aus Nordafrika dort eingezogen, überwiegend junge Männer. Da habe es ganz offensichtlich einen Zusammenhang gegeben, so der Landrat.

Das Ergebnis der Razzia: Ein großer Teil der 230 Nordafrikaner war schon nach wenigen Tagen wieder verschwunden, Aufenthaltsort unbekannt. Von den 138, die noch angetroffen wurden, hätten 66 Papiere vorgelegt, auf denen ein anderer Name stand als der, den die Polizisten in der Fingerabdruckkartei im Polizeicomputer fanden. „Fast die Hälfte der Leute hatte also mehrere Identitäten“, sagt Gericke. Bei vier der Durchsuchten seien zudem Papiere gefunden worden, die auf mindestens zwei verschiedene Namen lauteten.

Diese Papiere, „Bümas“ genannt, dienen Asylsuchenden in Deutschland zunächst als Ersatzausweis. In der Regel wird die „Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender“ bei der Erstregistrierung ausgestellt. Es ist ein Blatt Papier mit Foto und Angaben zu Namen und Herkunft. Die Bümas sollen eine Übergangslösung sein, bis ein formeller Asylantrag beim Bamf gestellt werden kann. Das dauert zurzeit häufig viele Monate.

In Nordrhein-Westfalen sei es ziemlich risikolos, einen Fantasienamen anzugeben, sagt Gericke. Denn dort würden bei der Erstregistrierung in Flüchtlingsunterkünften keine Fingerabdrücke genommen, die man mit anderen Datenbanken abgleichen könnte. „Da kann man im Grunde sagen, was man will“, sagt der Landrat, „dann geht man in eine andere Unterkunft und lässt sich eine Büma auf einen anderen Namen ausstellen.“ Während der Silvesterübergriffe in Köln sollen Kontrollierte nach Angaben eines Polizisten ihre Bümas zerrissen haben. Einer habe gesagt: „Ich hole mir morgen eine neue.“

Bei seinen Angeklagten seien fünf bis sieben verschiedene Identitäten „nicht selten“, sagte der Kölner Amtsrichter Amand Scholl, als am dortigen Gericht am Mittwoch drei Täter aus der Silvesternacht zu Bewährungsstrafen verurteilt wurden.

Nach der Razzia in Ahlen ermittelt die Polizei nun in 97 Fällen, etwa wegen Urkundenfälschung, Drogendelikten, Diebstahl und Leistungsbetrug. Mehrere Asylsuchende sollen sich mit ihren Bümas in verschiedenen Unterkünften das monat-

Mit meinem Architekten geplant. Mit WeberHaus gebaut.

Form und Funktion, Idee und Umsetzung, Wohnen und Leben zu einer ästhetischen Einheit verschmelzen. Das ist unsere Vorstellung von frei geplanten Architektenhäusern. Und Ihre?
weberhaus.de

Branchenbester bei Servicequalität im Hausbau

WeberHaus
Die Zukunft leben

THOMAS SCHMIDT

Ministerpräsidentin Dreyer in Registrierungsstelle in Ingelheim: Mühsames Verfahren

liche Taschengeld von gut 140 Euro mehrfach erschlichen haben.

Manche Bundesländer nehmen, anders als Nordrhein-Westfalen, zwar Fingerabdrücke bei der Erstregistrierung. Aber sie arbeiten mit unterschiedlichen Computerprogrammen, die keinen Datenaustausch erlauben. So können Fingerabdrücke im baden-württembergischen Registrierungssystem „Migvis“ gespeichert werden, aber schon in den Nachbarländern Rheinland-Pfalz oder Hessen sind diese Informationen nicht mehr abrufbar. Auch mit der Fingerabdrucksammlung des Bundeskriminalamts oder von Eurodac können die Erstregistrierer in den Ländern normalerweise ihre Daten nicht abgleichen.

Nach Erkenntnissen der Ermittler gibt es kriminelle Gruppen, die das löchrige System gezielt ausnutzen; ihnen gehe es nicht um Asyl in Deutschland, sondern um schnelles Geld. Von „gewerbsmäßigen Dieben“ spricht ein leitender Polizist der inzwischen aufgelösten Ermittlungsgruppe „Silvester“ am Polizeipräsidium Stuttgart. Die Beamten dort haben die Spuren junger Männer verfolgt, die, ähnlich wie in Köln, in der Neujahrsnacht auf dem Stuttgarter Schlossplatz Frauen begrapscht und bestohlen hatten.

Bisher sind 21 Tatverdächtige ermittelt, die rund 30 Handys gestohlen haben sollen. Der größte Teil der Verdächtigen kommt aus Nordafrika, ein Algerier verkaufte in der Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen mehrere der gestohlenen Handys. Der Mann hatte sich fünfmal in diversen Unterkünften als Asylbewerber registrieren lassen, jeweils unter anderem Namen. Er sitzt inzwischen wegen eines Diebstahls in Untersuchungshaft.

Bei einer Polizeiaktion in der Unterkunft in Ellwangen sollte die Identität von 60 Männern geklärt werden, die dort wiederholt Ärger gemacht hatten. Viele hatten sich geweigert, Fingerabdrücke abzugeben oder sich gesundheitlich untersuchen zu lassen. Als die Beamten eintrafen, war knapp ein Drittel der Männer nicht aufzufinden. 20 weitere wurden polizeilich gesucht. Bei 7 der Asylsuchenden stießen die Beamten auf Mehrfachidentitäten, fünf hatten bereits in anderen EU-Ländern Asylanträge gestellt.

Man dürfe die jungen Männer aus dem Maghreb keinesfalls alle für Betrüger halten, sagt der Leiter der Ellwanger Einrichtung, Berthold Weiß. Aber er beobachte bei einigen der allein eingereisten Nordafrikaner hohe kriminelle Energie. Die Ermittlungsgruppe „Silvester“ stellte fest, dass manche der Männer gezielt durch Deutschland reisten, um mehrfach Taschengeld abzugreifen oder von den Unterkünften aus auf Raubzüge zu gehen.

„Es kann nicht sein, dass wir nicht wissen, wer sich alles bei uns im Land aufhält“, sagt Malu Dreyer (SPD), die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin. Ende vergangenen Jahres gab sie den Auftrag, die Registrierung zu beschleunigen. Die Staatskanzlei schickte einen Boten zum Bamf nach Nürnberg, um sich 19 Laptops und Fingerabdruckscanner des Bundes auszuleihen. Mit diesen Geräten können Flüchtlinge seit Dezember bei ihrer ersten Registrierung in der zentralen Asylbewerberdatei „Maris“ des Bundesamts erfasst werden. So sei etwa sichergestellt, dass die Fingerabdrücke sofort mit den Daten der Polizei und mit Eurodac abgeglichen werden können, sagt Dreyer.

Seit Mitte Februar versuchen die Rheinland-Pfälzer auch, jene Flüchtlinge nachträglich zu registrieren, die mit einer einfachen Büma in die Kommunen weiterverteilt worden sind. Rund 18 000 sind das der Landesregierung zufolge.

Das Verfahren ist mühsam. Immer wieder müssen die Finger der Flüchtlinge über das grüne Licht des Scanners gerollt werden, weil das System einen Fehler meldet. Mitunter hängen sich die Computer auf, oft gibt es Unklarheiten bei der Schreibweise der Namen. Bis zu einer halben Stunde sitze sie an einer einzigen Registrierung, sagt eine Beamtin in Ingelheim am Rhein, wo die Nachregistrierung bei der Kreisverwaltung stattfindet.

Inzwischen drückt auch der Bundesinnenminister aufs Tempo. Im Dezember hatte Thomas de Maizière (CDU) den Prototyp eines einheitlichen „Ankunftsnachweises“ vorgestellt, der das Sammelsurium der Registrierungssysteme und Büma-Papiere ablösen soll. Bei der Ausstellung des Ausweises werden Fingerabdrücke und Passbild in einer Zentraldatei beim Bamf gespeichert. Auf diese Datenbank sollen künftig die wichtigen Behörden in Bund, Ländern und Kommunen zugreifen können, um Doppelerfassungen und Missbrauch zu verhindern.

Das System wird seit einigen Wochen in Berlin, Heidelberg, Herford, Zirndorf und Bielefeld erprobt, die Erfahrungen seien „durchweg positiv“, heißt es beim Bamf. Bis zu 1500 Registrierstationen mit Fingerabdruckscannern, Kameras, Passprüfgeräten und Ausweisdruckern sollen in der ganzen Republik aufgebaut werden.

Doch bis das System überall einsatzbereit ist, werden Monate vergehen. Das Bamf versichert, bis Ende Juni seien alle Geräte aufgebaut. In den Ländern glauben manche Experten allerdings ebenso wenig an den Zeitplan wie an die Aussage des Bundesamts, die Registrierung eines Flüchtlings lasse sich mit dem neuen System in zehn Minuten abwickeln.

Praktiker halten eine halbe Stunde für realistischer. Denn das Bamf-System verlangt ein Foto und bis zu 13 Fingerabdruckbilder pro Flüchtling: zehn Finger einzeln, zwei Scans von jeweils vier Fingern einer Hand und noch einmal die beiden Daumen zusammen. Zudem müssten die Namen nach einheitlicher Systematik eingegeben werden. Das sei ohne die Hilfe von Dolmetschern oft nicht möglich. „In den Erstaufnahmeeinrichtungen haben wir es mit 30 verschiedenen Sprachen zu tun“, so eine leitende Beamtin. „Müssen wir jetzt für jede Registrierungsstelle so viele Dolmetscher einstellen?“

Selbst wenn die Registrierung in Deutschland in einigen Monaten klappen sollte, bleiben die Probleme mit Eurodac: „Der europäische Informationsaustausch gehört dringend auf den Prüfstand“, fordert der Düsseldorfer LKA-Chef Uwe Jacob nach den Ermittlungen im Fall Belgacem. Es sei unverständlich, warum in der Datenbank keine Namen und aufenthaltsrechtlichen Informationen hinterlegt werden dürften. Die Hürden für die Landespolizei, auf die Daten zugreifen zu dürfen, seien zu hoch. Datenschutz sei ein hohes Gut, sagt Jacob, aber der Fall Belgacem lasse die Frage zu, ob die Regelungen noch zeitgemäß seien. Jacob fragt: „Wen schützen wir hier eigentlich vor wem?“

Matthias Bartsch, Jörg Diehl, Jan Friedmann

Im Auftrag des Herrn

Haushalt Ausgerechnet ein Sozialdemokrat kämpft erbittert für die schwarze Null – gegen seinen Parteivorsitzenden.

Der Mann müsste eigentlich zerrissen wirken. Jemand wie Werner Gatzer, 57, gerät in Zeiten wie diesen leicht in den Verdacht, Diener zweier Herren zu sein. Als Haushaltsstaatssekretär im Bundesfinanzministerium hat er sich dem Ziel seines Ministers Wolfgang Schäuble (CDU) verschrieben, nicht nur im kommenden Jahr, sondern bis 2020 ohne neue Schulden im Bundesetat auszukommen. Gleichzeitig ist er Mitglied der SPD, deren Chef Sigmar Gabriel genau dieses Ziel infrage stellt.

Wer Gatzer derzeit erlebt, und das sind vor allem seine Kollegen aus den SPD-geführten Ministerien, mit denen er über ihre Ausgabewünsche streitet, der erkennt, wem seine Loyalität gehört: Der Mann ist im Auftrag seines Dienstherrn unterwegs.

Die Politik der schwarzen Null hält er für ökonomisch vernünftig und politisch geboten, gerade wegen der Alterung der Gesellschaft. „Ich bin ein zutiefst einfach denkender Mensch“, sagt Gatzer gern über sich selbst. „Ich finde, der Staat sollte mit dem Geld auskommen, das er einnimmt.“

Von einem schuldenfinanzierten „Solidarpaket“ zur Beglückung der heimischen Bevölkerung, wie es Gabriel fordert, hält er nichts. Niemandem fehle etwas, weil Flüchtlinge zu versorgen seien. Die Politik dürfe nicht beim ersten Gegenwind von der schwarzen Null abweichen, findet Gatzer, zumal die Jahr für Jahr steigenden Steuereinnahmen Spielraum schafften, ohne neue Schulden auszukommen.

Hartnäckig widersetzt er sich deshalb in den aktuellen Etatgesprächen jedem Wunsch nach höheren Ausgaben, und das auch noch mit gutem Gewissen. Sein Motto lautet: „Erst das Land, dann die Partei.“

Gut zehn Milliarden Euro muss er zusammenkratzen, um die Flüchtlingskosten 2017 ohne neue Kredite zu stemmen. Doch das hält seine Genossen nicht davon ab, mehr zu wollen. Deren Extrawünsche summieren sich auf über fünf Milliarden Euro.

Familienministerin Manuela Schwesig will den gebührenfreien Kindergarten einführen. Das kostet im ersten und zweiten Jahr 750 Millionen Euro, danach doppelt so viel, bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahr 2020 also insgesamt 4,5 Milliarden Euro. Bauministerin Barbara Hendricks verlangt für 2017 1,3 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau, Arbeitsministerin Andrea Nahles rund eine halbe Milliarde Euro mehr für die Integration von Flüchtlingen im Arbeitsmarkt.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier hält rund eine Milliarde Euro für erforderlich, um Fluchtursachen in Krisenländern zu bekämpfen. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel verlangt es nach milliardenschweren Subventionen für Elektroautos. Und natürlich wollen auch Unionsminister noch ein bisschen mehr.

Die Begehrlichkeiten fallen höher aus als früher, haben Gatzer und seine Leute festgestellt. Sie schieben das auf den Rekordüberschuss aus dem vergangenen Jahr von gut zwölf Milliarden Euro. Viele Minister denken, der Bund schwimme im Geld. Gabriel wirft seinem Kabinettskollegen Schäuble sogar vor, er „bunkere“ die Milliarden.

Dabei sind die längst verplant. Dieses und nächstes Jahr stellt Schäuble jeweils sechs Milliarden Euro aus dem Plus zur Verfügung, um die Flüchtlingskosten zu finanzieren. Für ein weiteres Solidarpaket bleibt da nicht viel, es sei denn, es wird mit neuen Schulden finanziert. Doch davon ist Gabriel schon wieder vorsichtig abgerückt, wohl auch, weil Kanzlerin Angela Merkel den Kurs Schäubles stützt.

Bei seinen Genossen macht sich Gatzer mit seiner Kompromisslosigkeit nicht nur Freunde. Kürzlich griff ihn Familienministerin Schwesig bei einem Treffen mit SPD-Ministern wegen seiner Knauserigkeit an. Es sei kein Widerspruch, SPD-Mitglied und sparsam zu sein, verteidigte sich Gatzer. Er sei 33 Jahre in der SPD. „Und sechs Jahre davon unter einem CDU-Finanzminister“, warf Schwesig schnippisch ein.

Das ging dann selbst Vizekanzler Gabriel zu weit. „Ich bin froh“, sagte Gabriel nach Aussagen von Teilnehmern, „dass du da bist, wo du bist.“ Das wird noch eine Zeit lang so bleiben. Schäuble macht keine Anstalten, seinen letzten sozialdemokratischen Spitzenbeamten, den er von Vorgänger Peer Steinbrück (SPD) übernommen hat, loszuwerden – was er jederzeit könnte. Vor Jahren wollte Gatzer einmal in die Wirtschaft wechseln, Schäuble bekniete ihn zu bleiben. Er brauche ihn, um den Etat schuldenfrei zu bekommen. Das haben die beiden nun schon zweimal geschafft, gemeinsamer Erfolg verbindet.

Als sich Gatzer vor Kurzem für einen Vorstandsposten bei der Bundesagentur für Arbeit interessierte, hätte Schäuble ihn ziehen lassen, doch der Wechsel scheiterte an der fehlenden Unterstützung der Genossen. Es hat für Sozialdemokraten eben doch einen Preis, jahrelang unter einem CDU-Minister zu arbeiten.

Rückschläge ist ein Haushälter gewohnt, und dass Gatzer ein inniges Verhältnis zum Leiden pflegt, lässt die Wahl seines Fußballvereins erkennen. Der gebürtige Rheinländer ist Anhänger des notorisch erfolglosen 1. FC Köln. Selbst den Dienstwagen nutzt er als mobile Bekenntnisfläche zu Herkunft und Heimat. Das Auto fährt mit Kölner Kennzeichen durch Berlin, neben dem Nummernschild pappt ein Aufkleber seines Lieblingsklubs.

Dort, in der alten Heimat, lockt auch der Traumjob. „Präsident des FC“, bekannte er einmal, „das würde ich sofort machen.“

Christian Reiermann

THOMAS TRUTSCHEL / PHOTOTHEK

Staatssekretär Gatzer: „Der Staat soll mit dem Geld auskommen, das er einnimmt“

UTE GRABOWSKI / PHOTOTHEK

2,6 Mio.
Pflegebedürftige lebten 2013 in Deutschland, davon

1,7 Mio.
zu Hause.

616 000
von ihnen wurden von einem ambulanten Pflegedienst betreut.

PROGNOSE
3,5 Mio.
Pflegebedürftige werden für das Jahr 2030 erwartet.

Quellen: Destatis, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Omas hilflose Betrojerinkis

Pflege Tausende osteuropäische Frauen betreuen in Privathaushalten deutsche Senioren. Rund um die Uhr, ohne Pausen. Die Politik toleriert den Missbrauch.

Seit vier Jahren findet Katharina in der Nacht keine Ruhe. Wenn es dunkel wird, lauscht sie auf die Klingel, die neben ihrem Bett liegt. Es ist ein Zustand im ständigen Dazwischen, irgendwo zwischen Wachen und Traum. „Ich schlafe, aber ich schlafe nicht“, sagt Katharina. Sie hat Angst, sie könnte etwas überhören.

Das ältere Paar, das ihr anvertraut wurde, ruht ein Stockwerk tiefer im Erdgeschoss. Wenn die Senioren Hilfe brauchen – und sei es nur auf dem Weg zur Toilette –, dann drücken sie einen Knopf auf ihrem Nachttisch. Selbst in der Nacht ist Katharina im Dienst.

24 Stunden, rund um die Uhr, kümmert sie sich um die beiden, die sie „Oma und Opa“ nennt. Oma ist 87, Opa 86 Jahre alt. Katharina wäscht sie am Morgen und zieht sie an für den Tag, sie kocht am Mittag Gulasch und bringt sie am Abend zu Bett. Sie kennt keinen freien Tag in der Woche, auch keinen Sonntag, sie kennt nur diese eine freie Stunde: Jeden Donnerstagnachmittag kommt der Pflegedienst. Mehr Pausen sind für Katharina nicht vorgesehen. Jedenfalls nicht hier in Deutschland.

Alle zwei Monate fährt sie in ihr anderes Zuhause, nach Polen. Dorthin, wo die beiden Teenagersöhne und ihr Mann warten. Es ist nicht so, dass Katharina dann gleich wieder durchschlafen könnte. Die Anspannung bleibt, auch ohne die Klingel. „Wenn ich zu Hause bin, brauche ich eine Woche, bis ich abschalten kann“, sagt sie. „Ich treffe niemanden, ich sitze einfach nur da.“

Es dauert, bis sie sich wieder an ihr altes Leben gewöhnt. Und wenn sie endlich ganz angekommen ist, auch mit der Seele, dann ist es an der Zeit, in den Bus zu steigen: zurück zu Oma und Opa.

Das doppelte Leben, das Katharina führt, hat einen Namen. Wissenschaftler reden von „Live-Ins“, die für mehrere Wochen oder Monate mit den Pflegebedürftigen zusammenwohnen. Vor allem osteuropäische Frauen übernehmen diese 24-Stunden-Pflege, sehr viele kommen aus Polen. Oft findet ihre Arbeit im Graubereich der Legalität statt – als Scheinselbstständige, Pro-forma-Beschäftigte polnischer Vermittlungsagenturen oder schlicht als Schwarzarbeiterinnen. Auch Katharina arbeitet ohne Steuerkarte. Ihren echten Namen will sie im SPIEGEL daher nicht gedruckt sehen.

Die Frauen nennen sich in Internetforen selbstironisch die „Betrojerinkis“. Wie viele dieser Betreuerinnen in deutschen Haushalten arbeiten, weiß niemand genau. Schätzungen sprechen von 100 000 bis 300 000 Frauen. Sicher ist nur das eine: Ausgerechnet in Deutschland, einem der reichsten Länder weltweit, genießen die Pflegearbeiterinnen wenig Schutz – sogar dann, wenn sie mit einem ganz normalen Arbeitsvertrag angeheuert werden.

Die deutsche Politik toleriere die Missstände nicht nur, so das harsche Urteil des Frankfurter Sozialethikers Bernhard Emunds, sie habe sie wissentlich mitverursacht. In der nächsten Woche erscheint sein Buch „Damit es Oma gut geht: Pflege-Ausbeutung in den eigenen vier Wänden“*. Darin wirft er der Bundesregierung nichts weniger als einen Verfassungsbruch vor: „Die deutschen Pflegepolitiker wissen um das menschenrechtswidrige Arbeitszeitregime der ‚24-Stunden-Pflege‘, gehen aber in keiner Weise dagegen vor“, schreibt Emunds.

Seine Analyse ist bedrückend. Der Markt ist kaum reguliert und entzieht sich dort, wo ihm Grenzen gesetzt werden, der Kontrolle. Die Einhaltung des Mindestlohnes kann der Staat in Privatwohnungen nur schwer überwachen. Gesetzliche Pausen sind für die häusliche Rund-um-die-Uhr-Betreuung ausgesetzt. „Wenn es um die Arbeitszeiten in der ‚24-Stunden-Pflege‘ geht, kommt die Bundesregierung ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag, das Recht auf körperliche Unversehrtheit zu schützen, nicht nach“, so Emunds.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verschwanden die Dienstboten aus den Haushalten. Nun kehre der Feudalismus zurück, dieses Mal jedoch in ganz normale Einkommensklassen, wie Emunds in seinen Studien beobachtet hat. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit macht es seit 2011 leicht möglich: Vor allem in Westdeutschland ist es üblich, sich „eine Polin zu holen“. Weil „die“ was wegschafft. Weil „die“ so häuslich ist. Vermittlungsagenturen werben mit solchen Stereotypen. Sie leben davon, dass der Druck auf beiden Seiten groß ist.

Westlich der Oder scheuen Senioren den Einzug ins Pflegeheim und die gefühlte Entmündigung. Was aber tun, wenn die Kinder ihre Berufe nicht aufgeben können – oder in einer anderen Stadt wohnen?

Östlich der Oder kämpfen Frauen jenseits der 50 mit kleinen Einkommen, Arbeitslosigkeit oder Minirenten. Frauen wie Katharina oder ihre Kollegin Eva, die in Deutschland einen Krebskranken pflegt.

„Wir haben keine Wahl“, sagt Eva.

„Mit 50 bist du in Polen als Frau tot“, sagt Katharina.

Lieber ziehen sie nun in das kleine Dorf weit im Westen. 1600 Euro verdient Katharina hier im Monat, bar auf die Hand. Für polnische Betreuerinnen ist das ein fast üppiges Salär. Im Durchschnitt, so schätzen Gewerkschaftsexperten, liegt das Einkommen zwischen 1100 und 1300 Euro. Von einem Achtstundentag ist dabei keine Rede. De facto stemmen viele Pflegerinnen einen Dreischichtenjob.

Ein deutscher Pflegedienst müsste für einen professionellen 24-Stunden-Einsatz 6000 bis 8000 Euro in Rechnung stellen. Unbezahlbar für einen Normalverdienerhaushalt. Selbst in der höchsten Pflegestufe überweist die gesetzliche Versicherung heute nur rund 2000 Euro im Monat. Wer Angehörige zu Hause betreuen will, stößt auch finanziell schnell an Grenzen.

Selbst polnische Helferinnen können sich viele Familien nur leisten, weil das Gefühl aufkommt, man könne sie unbegrenzt einsetzen. Normalerweise schreibt das Arbeitszeitgesetz vor, dass an Einzeltagen maximal zehn Stunden gearbeitet werden darf oder dass für Einsätze an

* Bernhard Emunds: „Damit es Oma gut geht: Pflege-Ausbeutung in den eigenen vier Wänden“. Westend-Verlag, Frankfurt am Main; 224 Seiten; 17,50 Euro. Erscheint am 17. März.

Sonntagen ein voller Ruhetag gewährt werden muss. Allerdings gilt das nicht für Beschäftigte, die „in häuslicher Gemeinschaft mit ihnen anvertrauten Personen“ leben. Diese Ausnahme war 1994 für die SOS-Kinderdorf-Mütter eingefügt worden. Jetzt meinen Juristen, dass sie auch für die 24-Stunden-Pflege gelte.

Erst im Frühjahr 2013 hat die damalige Bundesregierung ein internationales Abkommen ratifiziert, das eine „menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“ sicherstellen soll. Wieder berief sich Deutschland auf die Ausnahme: Pflegekräfte in „häuslicher Gemeinschaft“ bleiben von Arbeitszeitvorgaben ausgenommen.

Es ist ein kaum lösbares Dilemma: Strengere Vorgaben würden die 24-Stunden-Pflege in vielen Haushalten unmöglich machen. Die Rechtslage jedoch lässt Ausbeutung zu. Für die Bundesregierung ist das ein heikles Thema.

Dem Arbeitsministerium ist die Problematik bekannt. Ob das Arbeitszeitgesetz gelte, müsse im Einzelfall geprüft werden, heißt es dort. Die Ausnahme dürfe nicht zu Missbrauch führen, die Entwicklung habe man „im Blick“.

Gewerkschaften fordern längst eine „Klarstellung“. Die DGB-Juristin Sylwia Timm spricht von „Ausbeutung“ und „chronischer Überforderung“ der Frauen. In der Beratungsstelle „Faire Mobilität“ kümmert sich Timm um osteuropäische Betreuerinnen, die nicht weiterwissen. „Die Frauen unterwerfen sich, die wenigsten kennen ihre Rechte“, sagt sie.

An Timms Tür klopfen Betreuerinnen, die sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen fühlen. „Die meisten 24-Stunden-Kräfte haben nie einen Pflegeberuf erlernt“, sagt Timm. Viele heuerten über Vermittlungsagenturen als Haushaltshilfe an – und sollen nun auch Katheter legen, selbst wenn sie das gar nicht dürfen. Eine der Frauen wollte schon aus Verzweiflung nach Polen zurück. „Wenn es Mutter schlecht geht, ruf keinen Notarzt. Lass sie einfach sterben“, habe man ihr gesagt.

Auch Katharina hat nie eine Pflegeausbildung gemacht. Daher setzt sie sich klare Grenzen. Sie wäscht Oma und Opa, sie cremt sie ein, sie reicht ihnen die Tabletten und einen Schluck Wasser dazu. Eine Spritze würde sie niemals geben. Sie mag die beiden, sie seien „noch fit im Kopf“. Es ist einer der glücklicheren Fälle.

Bei einer ihrer letzten Pflegestellen lebte sie in der Wohnung einer Alzheimer-Patientin. Die Türen und die Fenster waren stets abgeschlossen, die alte Dame hätte fortlaufen können. „Es war wie im Gefängnis“, sagt Katharina. Das Gefühl für die Zeit hat sie irgendwann verloren, „da war kein Tag und keine Nacht“.

Julia Klaus, Cornelia Schmergal
Mail: cornelia.schmergal@spiegel.de

Wozu brauchen Katzen ihre Schnurrhaare?

Ab 8 Jahre

Nur € 5,–

Taschenbuch. € (D) 5,–. Auch als Book erhältlich

Warum heißt die Steinzeit Steinzeit? Und wer entscheidet, ob ein Verbrecher ins Gefängnis muss? Kinder lernen überall – nicht nur in der Schule. Im großen Allgemeinwissenstest von »Dein SPIEGEL« warten spannende Fragen aus allen Wissensgebieten auf Weltentdecker und ihre Eltern.

SPIEGEL ONLINE
www.spiegel.de

KiWi
www.kiwi-verlag.de

„Einfach abfackeln“

Wahlen Viele Landtagskandidaten der AfD geben sich bürgerlich – aber wie weit rechts stehen sie wirklich? Sechs Porträts aus der zweiten Reihe.

Ist es tatsächlich der Landtagskandidat, der da das Horst-Wessel-Lied anstimmt? „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen.“ Die Audiodatei kursiert im Internet, zu hören sein soll Damian Lohr, 22-jähriger Wirtschaftsstudent aus dem pfälzischen Kriegsfeld, vor allem aber Mainzer Direktkandidat der Alternative für Deutschland (AfD). Er hat den aussichtsreichen Listenplatz 8.

Der rheinland-pfälzische AfD-Pressesprecher Jan Bollinger, selbst auf Listenplatz 3, weiß offenbar nicht so genau, wie sein Parteifreund klingt. Auf Nachfrage habe Lohr ihm versichert, dass es nicht er sei, der da singe, teilt Bollinger mit. Lohr selbst antwortete bis Redaktionsschluss nicht auf Fragen des SPIEGEL, ob er es war, der die verbotene Hymne von SA und NSDAP schmetterte.

Wer sich nach den künftigen Volksvertretern für die Landtage in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt erkundigt, stößt in der Partei häufig auf Schweigen. Die Spitzenkandidaten geben Interviews, aber viele Bewerber für die Listenplätze dahinter versteckt die Alternative für Deutschland offenbar lieber. Redebereit sind vor allem jene Kandidaten, die die Führung für „pressetauglich“ hält.

Bisher ist die AfD in fünf Länderparlamenten vertreten. Drei weitere dürften nun hinzukommen. Aber wer sind die Kandidaten, die zukünftig die Politik der Rechtspopulisten in den Parlamenten vertreten? Ein umfassendes Bild kann sich der Wähler kaum machen. Zum Beispiel in Sachsen-Anhalt: Die Truppe, die in Umfragen zuletzt bei 18 Prozent lag, ist kaum zu erreichen. Lebensläufe? Fehlanzeige. Die Geschäftsstelle verschickt eine Liste mit Namen, Beruf, Geburtsdatum, Geburtsort und Kandidatenbild, mehr nicht.

Der Parteisprecher, ein Karosseriebaumeister, selbst Kandidat: zunächst nicht erreichbar. Tage später: Man möge die Anfrage per SMS schicken. Drei Tage später eine Art Antwort: „Der Teufel steckt manchmal im Detail. Entschuldigung.“ Anfragen per Mail werden nicht beantwortet, die Geschäftsstelle spricht von einem Computerproblem. Man sei dran.

Direkter Kontaktversuch mit einem Kandidaten, der als Beruf Immobilienunternehmer angibt: Ein Gespräch per Handy sei morgen möglich, sagt er. Zur verabredeten Zeit ist das Mobiltelefon aber dann ausgeschaltet. Ein anderer Parlamentarier in spe teilt per E-Mail knapp mit, er rede erst, wenn er gewählt sei.

Die Kandidaten, die reden wollen, sind Menschen mit bürgerlichem Lebenslauf. Manche waren bereits in der CDU oder rechten Splittergruppen aktiv, andere standen der SPD nahe. Die meisten haben keine allzu großen Probleme mit ausländerfeindlichen Äußerungen. Aber wie weit rechts stehen sie? Und was würden sie in den Landtagen tun? Sechs Porträts von Menschen, mit denen Deutschland umgehen muss.

Bernd Grimmer, 65, Rentner und Kommunalpolitiker, Pforzheim

ULI DECK / DPA

Er wird bald dem Landtag von Baden-Württemberg angehören, da ist sich Bernd Grimmer ziemlich sicher. Er kandidiert in der Hochburg der AfD, in Pforzheim. 14,5 Prozent erzielte die Partei dort bei der Europawahl 2014, das höchste Ergebnis bundesweit. Im selben Jahr waren Grimmer und seine Kollegen auch bei der Kommunalwahl erfolgreich.

Der AfD-Landessprecher und -Kreisvorstand empfängt im Fraktionszimmer seiner Partei im Rathaus, ganz hinten rechts am Ende des Ganges. Grimmer ist ein Veteran im Gemeinderat, zuerst saß er dort für die Grünen, dann für eine freie Liste, zwischenzeitlich war er auch Vorsitzender der Freien Wähler in Baden-Württemberg. Die Weggefährten von damals wollen nichts mehr mit ihm zu tun haben.

Er selbst indes schlägt mühelos den Bogen seiner politischen Entwicklung. Schon früher habe er die US-Interventionspolitik kritisiert, diese sei an den Konflikten im Irak, in Libyen und Syrien schuld. „Das sind alles amerikanische Werke“, sagt Grimmer, einschließlich der Orange Revolution in der Ukraine. „Die ist auch ferngesteuert“, so der AfD-Mann.

Die Europäische Union sieht er als „nicht legitimierte Gesetzgebungsmaschinerie“. Andere Länder hätten stärker nationale Interessen im Blick, sagt Grimmer. „Nur die Deutschen meinen aufgrund ihres Traumas, sie müssten ihren eigenen Staat möglichst schnell abschaffen.“

Grimmer, ehemals leitender Beschäftigter in der Sozialversicherung und nun im Ruhestand, ist einer von drei Sprechern der Partei in Baden-Württemberg. Er ist deshalb dafür zuständig, die radikalen Äußerungen von Parteifreunden zu kommentieren.

Ja, es gebe manchmal verbale Fehltritte, räumt der Funktionär ein, jedoch liege das an der mangelnden Erfahrung seiner Leute. Die überlegten nicht immer sorgfältig, „was man aus ihrem Satz machen kann“.

Ein solcher Fehltritt sei auch der Satz seines Parteikollegen Alfred Bamberger, ebenfalls Kreisvorsitzender von Pforzheim. Der stellte auf Facebook die Frage, ob nicht Anwohner „in Form von zivilem Ungehorsam die geplanten Flüchtlingsunterkünfte einfach abfackeln?“ Das Posting brachte Bamberger einen Strafbefehl des Amtsgerichts Pforzheim ein, wegen des Verdachts der Billigung von Straftaten. Bamberger hat dagegen Einspruch eingelegt.

Grimmer sieht die Sache gelassen: Bamberger sei Bayer, da drücke man sich mitunter etwas deftiger aus. Formale Sanktionen gegen den Parteifreund habe es keine gegeben, erzählt Grimmer: „Das war keine Hetze, sondern eine missglückte Analyse.“ In der künftigen Fraktion im Stuttgarter Landtag werde er versuchen, die eigenen Leute „auf eine etwas präzisere Ausdrucksform einzustimmen“.

Gabriele Bublies-Leifert, 49, Hundezüchterin, Listenplatz 10 in Rheinland-Pfalz

GABRIELE BUBLIES-LEIFERT

Über Flüchtlinge mag sie nicht reden, das stellt Gabriele Bublies-Leifert gleich zu Beginn des Gesprächs klar. Das Thema sei „heikel“. Und außerdem stehe alles Wichtige dazu ja im AfD-Wahlprogramm, das sie neben sich auf den Tisch gelegt hat. Darin könne man nachlesen.

Bublies-Leifert ist 2013 in die AfD eingetreten. Wegen des Euro: „Die AfD ist

NICOLE MASKUS-TRIPPEL / DER SPIEGEL

Bundessprecherin Petry, Kandidatin Weidel in Friedrichshafen: „Die DDR lässt grüßen“

die einzige Partei, die die Wahrheit über den Euro gesagt hat.“ Und die Wahrheit sei, dass der Euro ständig an Wert verliere. Heute bekomme man für einen Euro viel weniger als früher für eine Mark, dadurch seien viele Menschen arm geworden. Ihre Mutter zum Beispiel. Die habe heute nur noch eine schmale Rente, um die 850 Euro. „Das reicht kaum zum Leben.“

Als Beruf gibt Bublies-Leifert „selbstständig“ an. Mit ihrem Mann züchtet sie Hunde, Australian Shepherds, im kleinen Dorf Stipshausen im Hunsrück. Sie stamme aus einer „roten“ Ruhrgebietsfamilie, die in der SPD „tief verwurzelt“ gewesen sei. Aber dann habe die SPD die kleinen Leute verraten, mit Hartz IV und den Reformen von Kanzler Gerhard Schröder.

Für diese kleinen Leute wolle sie sich einsetzen, wenn sie es in den Landtag schaffe, sagt Bublies-Leifert. Für Leute wie ihre Mutter, die nach vielen Jahrzehnten harter Arbeit eine ordentliche Rente bekommen sollten. Von welchem Geld? Die Details müsse man noch diskutieren in der AfD.

Am Ende spricht Bublies-Leifert doch noch ein bisschen über Flüchtlinge. Die seien ein Grund dafür gewesen, dass sie im Frühjahr 2015 die „Erfurter Resolution“ in der AfD unterschrieben habe, sagt sie, das Papier leitete die Absetzung von Eurokritiker Bernd Lucke und einen Rechtsschwenk in der Partei ein. Sie habe aus Sorge unterzeichnet, dass die Zuwanderung die sozialen Systeme belasten könne, sagt Bublies-Leifert. Denn dann bleibe am Ende ja noch weniger übrig für Leute wie ihre Mutter.

Andreas Mrosek, 58, Kanalsteurer, Listenplatz 11 in Sachsen-Anhalt

LUTZ KRÜGER

Der Kandidat sitzt im Eiscafé Venezia in Dessau und ärgert sich über die Medien. Wieder seien sie ihm mit der alten Geschichte gekommen, mit seiner politischen Vergangenheit: 2002 ist Andreas Mrosek schon einmal zu einer Landtagswahl in Sachsen-Anhalt angetreten. Für eine Abspaltung der rechtsextremen Deutschen Volksunion, die Freiheitliche Deutsche Volkspartei.

Knapp ein Prozent bekamen die Rechten damals, aus einer Landtagskarriere wurde nichts. Mrosek sagt, er sei nie Mitglied gewesen, habe nur „als Mitläufer die

Liste aufgefüllt“. Im gleichen Jahr noch trat er in die CDU ein. Ihm habe das Programm gefallen, sagt er. Schließlich betreibe die AfD heute die Politik der CDU früherer Jahre. „Die Union ist nach links gerückt, nicht wir nach rechts.“

Mrosek wurde in Dessau Stadtrat, gründete einen Kinderförderverein, wurde Geschäftsführer und Vorstand einer Biotechnologiefirma. Nach zehn Jahren trat er aus der CDU aus. Das Abstimmungsverhalten zum EU-Rettungsschirm habe ihn verärgert. Die Union, so sagt er, führe das Land in eine „EU-Diktatur“.

Der Mann, der heute Schiffe durch den Nord-Ostsee-Kanal steuert, hat klare Meinungen zum Thema Flüchtlinge. Er wolle das Asylrecht „unbedingt erhalten“, gegen Missbrauch aber härter vorgehen. Als Vorbild nennt er Kanada. Seine Leidenschaft gilt dem Sport. Mrosek war Fallschirmspringer, Ringer, Kraftsportler und Karatekämpfer. Er werde, wenn er in den Landtag einzieht, Randsportarten fördern. Denen sei es in der DDR besser ergangen.

Jürgen Klein, 42, Abwassermeister, Listenplatz 9 in Rheinland-Pfalz

AFD-KH.DE

Er hat nüchtern kalkuliert: 7,7 Prozent für die AfD reichen, dann wäre er drin im Landtag. Im Moment verdient Jürgen Klein sein Geld noch als Außendienstler, er fährt 85 000 Kilometer im Jahr und verkauft Geräte zur Wasseranalyse. Aber er macht schon seit einem Vierteljahrhundert Politik, ehrenamtlich.

1990 trat Klein in die CDU ein, er war im Gemeinderat von Waldböckelheim im Nahetal. 2013 wechselte er in die AfD, weil die Union unter ihrer Bundesvorsitzenden Angela Merkel „nicht mehr für konservative Werte stand“. Abschaffung der Wehrpflicht, Eurorettung, das Maß sei voll gewesen, sagt Klein. Seit 2014 sitzt Klein für die AfD im Kreistag von Bad Kreuznach.

Klein sagt, die AfD sei „eine kleine Volkspartei mit vielen Strömungen“. Es gebe sogar eine Mehrheit für den Mindestlohn. Als Landtagsabgeordneter in Mainz will Klein für Straßenbau und Infrastruktur kämpfen, für das dreigliedrige Schulsystem und gegen die Abschaffung von Förderschulen zugunsten der Inklusion. Hätte er das nicht genauso gut in der Union tun können? Nein, sagt Klein, die CDU sei „viel zu verkrustet“.

Hans-Thomas Tillschneider, 38, Islamwissenschaftler, Listenplatz 10 in Sachsen-Anhalt

WWW.JENS-JESKE.DE

Manchmal sind Lösungen ganz einfach. Bei Hans-Thomas Tillschneider zum Beispiel. Wenn er für seinen Wahlkreis Bad Dürrenberg-Saalekreis ins Magdeburger Parlament einziehe, stünden mögliche Geldquellen parat: „Wenn wir keine Milliarden mehr für die sozialstaatliche Umsorgung von Wirtschaftsflüchtlingen aus aller Herren Länder aufwenden müssen, ist genug Geld für die Sanierung von Straßen oder die Förderung des Tourismus da.“

Der Islamwissenschaftler will nur mit „befreundeten Medien“ reden, so begründete er gegenüber einem Journalisten der „tageszeitung“ seine Absage. Tillschneider äußert sich aber ausführlich in stramm rechten Blättern wie „Blaue Narzisse“ und „Sezession“, wo er sich als „eine Art Rudi Dutschke von rechts“ bezeichnet.

Tillschneider, der als Assistent am Lehrstuhl für Islamwissenschaften der Universität Bayreuth lehrt, fordert mehr Abschiebungen: „Wir sind nicht verpflichtet, das Sozialamt der Welt zu spielen.“ Der Wissenschaftler beklagt auch, dass „Lebensweisen von sexuellen Minderheiten“ in den Schulen „als Vorbild vermittelt“ würden.

Der Rumäniendeutsche war einst Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes, er bewegte sich im Umfeld der Dresdner Pegida-Bewegung und tauchte als Berater beim Leipziger Ableger Legida auf. Tillschneider ist auch Referent im Institut für Staatspolitik, einer neurechten, privaten Denkfabrik. Als Studenten der Uni Bayreuth in einem offenen Brief die Umtriebe des Assistenten anprangerten, antwortete dieser: „Mit der Meinungsfreiheit ist es wie mit einem Muskel: Sie verkümmert, wenn wir nicht immer wieder von ihr Gebrauch machen. Anders gesagt: Wir verteidigen die Meinungsfreiheit, indem wir ihre Spielräume ausschreiten.“

Alice Weidel, 37, Unternehmerin, Wahlkreis Bodensee

Als resolute Elternsprecherin würde Alice Weidel gut durchgehen, eine die für mehr Sportstunden oder gegen die achtjährige Gymnasialzeit kämpft. Sie trägt Steppjacke zu Jeans und Lederboots, die blonden Haare hat sie streng zurückgebunden.

Die Kandidatin aus Überlingen hat über das Rentensystem Chinas promoviert, dort gelebt, für Goldman Sachs und die Allianz gearbeitet, mittlerweile berät sie Investoren und Firmen im Aufbau.

Weidel ist jemand, den die AfD-Führung gern vorzeigt: eine junge Frau mit akademischen Meriten, nebenbei noch mit Schifferpatent für den Bodensee. Ihr Kreisverband verzeichnet derzeit den höchsten Zulauf unter den AfD-Gliederungen in Baden-Württemberg.

Vor einem gemeinsamen Auftritt mit AfD-Bundessprecherin Frauke Petry sitzt Weidel in einer Ecke des Kongresszentrums Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen und erzählt, dass sie aus Verärgerung über die Rettungspakete der Europäischen Union für Griechenland zur AfD gekommen sei. Den damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke habe sie zunächst bewundert, zunehmend aber seine Führungsfehler bemerkt.

Weidel lebt mit einer Frau zusammen, in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Die AfD beschreibt sie als Partei, die diverse Lebensformen und sexuelle Orientierungen akzeptiere. Wenn sie spricht, klingt sie wie eine Liberale, die nur deshalb nicht in der FDP gelandet ist, weil diese Klientelpolitik betreibe.

Als Weidel später ihre Rede hält, ist von Liberalität nichts mehr zu hören. „Die hierzulande betriebene Politik ist eine Politik ohne Mandat“, ruft sie in den voll besetzten Saal. Wer den etablierten Parteien seine Stimme gebe, müsse „den Verstand verloren haben“. Und wer in Deutschland abweichende Meinungen vertrete, werde diffamiert und ausgegrenzt, sagt Weidel. „Das sind die klassischen Methoden von autoritären Staaten.“ Kein Wunder, dass in Ostdeutschland der Protest stärker sei, die Menschen wüssten, wie es ist, eine Meinung verordnet zu bekommen. „Die DDR lässt grüßen.“

Weidel lacht immer wieder während ihres Vortrags, aber es klingt nicht freundlich, sondern höhnisch. Die Kandidatin lästert über die „Intelligenzija in Politik, Medien, Spaß und Spiel“ und über „Berufspolitiker“, die in ihrem Leben noch nie richtig gearbeitet hätten.

Der Zuzug von Flüchtlingen sei eine „unkalkulierbare Belastung für unsere Unternehmen und den Sozialstaat“. Wo die Menschen hin sollten? In Mekka seien außerhalb der Pilgerzeit Millionen Betten unbelegt, sagt Weidel. Doch stattdessen müsse Deutschland nun Moscheen bauen.

Am Ende ihrer Rede stehen die Zuschauer auf und applaudieren lange.

Matthias Bartsch, Jan Friedmann
Steffen Winter

THORSTEN MILSE / ROBERT HARDING / LAIF

JÖRG CARSTENSEN / DPA

Berliner Schüler beim Mittagessen: „Verteidigung der Freiheit am Schwenkgrill“

Mettwurst für alle

Schulen Mit ihrem Schweinefleisch-Vorstoß hat die Kieler CDU eine stürmische Debatte ausgelöst. Dabei wird es in Kantinen ohnehin immer seltener angeboten.

Heiner Rickers, 49, sitzt seit sechs Jahren als Abgeordneter der CDU im Landtag von Schleswig-Holstein, Wahlkreis 21, Steinburg-Ost. Jahrelang hielt der Landwirt Schweine, dann verfielen die Preise für Schweinefleisch, und er schaffte sie ab. Jetzt hat er nur noch Milchvieh. Aber ein schönes Schweineschnitzel schätzt er nach wie vor.

Als ihm Schüler der örtlichen Berufsschule berichteten, dass ihr Schulkiosk Mettwurstbrötchen aus dem Verkauf genommen habe, „aus Rücksicht auf die muslimischen Flüchtlinge“, die seit Kurzem dort unterrichtet werden, horchte er auf. Und startete mit seiner Fraktion eine Initiative zur Rettung des Schweinefleischs. Die Landesregierung solle sich dafür einsetzen, „dass Schweinefleisch auch weiterhin im Nahrungsmittelangebot sowohl öffentlicher Kantinen als auch in Kitas und Schulen“ erhalten bleibe, heißt es im Parlamentsantrag, den er formulierte. „Es geht hier ja nicht nur um Mettwurst“, sagt der CDU-Mann, „sondern um falsch verstandene Rücksichtnahme auf Minderheiten.“ Mit der Wurst gehe „ein Stück Esskultur verloren“.

Und so wurde Heiner Rickers aus Oeschebüttel schlagartig bundesweit bekannt. Seit die „Lübecker Nachrichten“ den Vorstoß zu einer „Schweinefleischpflicht“ hochschrieben, tobt ein Sturm der Entrüstung. Unter den Hashtags #Schweinefleischpflicht und #piggyday wird die Nord-CDU mit Spott und Häme überzogen. So einen „Quatsch“ habe er noch nicht gehört, polterte SPD-Chef Sigmar Gabriel. Kanzlerin Angela Merkel allerdings sprang ihren Kieler Parteifreunden bei und erklärte einigen Medien, wenn Kinder in einer Kita aus Rücksicht auf Vegetarier kein Fleisch mehr bekämen, fände sie das auch eine „falsche Einschränkung“.

Doch gibt es im Schleswig-Holsteiner Fall überhaupt Einschränkungen? Der Direktor der zitierten Berufsschule versichert, das Angebot am Schulkiosk sei „in keiner Weise verändert“ worden. Für Rickers nur ein weiterer Beweis dafür, wie vorsichtig alle geworden seien. „Klar, dass die jetzt zurückrudern“, meint er. „Das ist nun mal ein sensibles Thema.“

Er habe zeigen wollen, dass er die Sorgen der Menschen ernst nehme. Welche Sorgen denn? Nun ja, sagt Rickers, in seinem Kreis gebe es drei Landesunterkünfte für bis zu 7000 Flüchtlinge. „Und das bei 135 000 Einwohnern – das ist schon nicht wenig.“ Bisher laufe alles vorbildlich, viel Gastfreundschaft, da sei er auch sehr froh. Man dürfe die Toleranz der Gesellschaft aber nicht überstrapazieren. Dann könnte man ja auch den Sportunterricht einschränken, „damit man muslimische Mädchen nicht in Verlegenheit bringt, da mitmachen zu müssen“.

Und so steht tatsächlich im CDU-Antrag unter dem Titel „Pluralismus im Nahrungsmittelangebot öffentlicher Kantinen“: „Der Minderheitenschutz – auch aus religiösen Gründen – darf nicht dazu führen, dass eine Mehrheit aus falsch verstandener Rücksichtnahme in ihrer freien Entscheidung überstimmt wird.“

Die Mehrheit allerdings hat sich, so scheint es, längst entschieden – und zwar gegen das Schwein. Die Nachfrage nach Schweinefleisch sinkt kontinuierlich. Und mit dem aktuellen Zuzug von Flüchtlingen hat das wenig zu tun.

Schon seit vielen Jahren sei zu beobachten, „dass Schweinefleisch seltener angeboten wird“, sagt Birgit Braun von der Vernetzungsstelle Schulverpflegung Schleswig-Holstein. Immer mehr Schüler verzichteten komplett auf Fleisch und ernährten sich vegetarisch. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt in ihrem „Qualitätsstandard für die Schulverpflegung“, maximal zweimal pro Woche ein Fleisch- oder Wurstgericht zu servieren, einmal davon „mageres Muskel-

fleisch“. „Das kommt langsam an den Schulen an“, so Braun.

Mitunter werde Schweinefleisch auch aus Rücksicht auf muslimische Schüler aus dem Angebot genommen, „allerdings eher in den großen Städten“. Im ländlichen Raum, wo es immer schon kaum muslimische Schüler gab, sei das weniger bekannt.

Was auf den Tisch kommt, entscheidet jede Schule selbst. Im Bundesland Bremen, wo viele Kinder mit muslimischen Wurzeln zur Schule gehen, werde „äußerst selten“ Schweinefleisch serviert, sagt Annette Kemp von der Bildungsbehörde. Daneben gebe es an fast allen Schulen immer ein „Ausweichgericht“, ohne Schwein.

Viele Anbieter haben sich über die Jahre den Bedürfnissen ihrer Kunden angepasst und bieten erst gar kein Schwein an. Robin Cook, einer der größten Caterer im Raum Stuttgart, liefert alle Gerichte „garantiert ohne Schweinefleisch“. Die Großküche Porschke, die in Hamburg und Umland derzeit rund 450 Schulen und Kitas beliefert, hat zwar Fleischgerichte im Angebot, vor allem aber mit Geflügel. „Wenn schon, dann wollen wir hochwertiges Fleisch anbieten“, sagt Ernährungswissenschaftlerin Christa Schlichting. Zudem sei es einfach logisch, Lebensmittel zu wählen, die alle essen könnten.

Was deutsche Esskultur ausmacht, ist ohnehin umstritten. Zwar sei Fleisch grundsätzlich ein wichtiger Bestandteil der mitteleuropäischen Küche, sagt der Kulturwissenschaftler Gunther Hirschfelder von der Universität Regensburg. „Ob es sich dabei um Schwein, Rind, Geflügel oder Wild handelt, ist aber zweitrangig.“

Der Kieler Landtag lehnte den Schweinefleisch-Antrag diese Woche mit breiter Mehrheit ab. Die CDU schüre mit ihrem grundlosen Vorstoß Überfremdungsängste und Ressentiments, erklärten die anderen Parteien in seltener Einmütigkeit. Die hitzige Debatte zeigte indes, welches Erregungspotenzial das Thema besitzt. Das hatten schon die Grünen erfahren, als sie 2013 einen Veggieday in öffentlichen Kantinen forderten. Den Spott ernteten nun die Konservativen: Die CDU wolle die Freiheit des christlichen Abendlandes „am Schwenkgrill verteidigen“, lästerte die SPD, andere nannten sie „Schweinepriester“, und die Piraten schrieben über ihren Gegenantrag: „Es muss nicht jede Sau durchs Plenum getrieben werden.“

Heiner Rickers kümmert das wenig, er hat seine Bühne gehabt. „Vier Kamerateams waren da“, sagt er zufrieden.

Miriam Olbrisch
Twitter: @olbi

Videoreportage:
In der Großküche

spiegel.de/sp112016schweinefleisch
oder in der App DER SPIEGEL

Von Schönheit und Siff

Rheinland-Pfalz Vor 14 Jahren erklärte die Unesco das Rheintal zwischen Bingen und Koblenz zum Weltkulturerbe. Den Niedergang vieler Orte am Fluss hat das nicht gestoppt.

Im 19. Jahrhundert brachte der Fels deutsche Romantiker zum Schwärmen: Heinrich Heine besang eine schöne Jungfrau, die auf dem Schiefergestein am Rhein saß, Schiffer in ihren Bann zog und Boote untergehen ließ. Clemens Brentano und Joseph von Eichendorff verbreiteten alte Legenden um die Loreley. Seitdem lockt das 132 Meter hohe Gestein am Fluss Touristen aus der ganzen Welt an.

2002 erlagen auch Experten der Uno-Kulturorganisation Unesco dem Mythos. Sie erklärten das mehr als 65 Kilometer lange „Obere Mittelrheintal“ mit seinen Burgen, Klöstern und Weinhängen zum Weltkulturerbe. Der Titel weckte damals große Hoffnungen in den über 50 Ortschaften zwischen Bingen und Koblenz: Er versprach noch mehr Touristen, Wohlstand und Arbeitsplätze.

Doch 14 Jahre später stellen Politiker und Bürger ernüchtert fest, dass die Zahl der Einwohner weiter gesunken ist. Investitionen in die Infrastruktur sind schwieriger geworden, seit die Unesco mitredet. Es gibt Streit um Brücken und Windräder, die nicht gebaut werden dürfen. Mancher Lokalpolitiker fragt sich schon, ob es sich nicht besser leben ließe, wenn das Rheintal nicht mehr Weltkulturerbe wäre.

An einem Donnerstagmorgen im Februar ist der Platz oben auf der Loreley wie ausgestorben. Das Besucherzentrum hat geschlossen, das Hotel auch, die Freilichtbühne öffnet erst im Sommer. Nur Ute Graßmann ist da, eine Fremdenführerin, die Urlaubern an belebteren Tagen die Geschichte der Loreley erklärt. „Die Hauptsaison beginnt erst an Ostern“, sagt sie. Graßmann spricht gern über die positiven Dinge, die geschahen, seit die Region zum Weltkulturerbe ernannt wurde: den neuen Rhein-Radweg, die Uferpromenade, die restaurierten Gebäude.

Mehr als 100 Höhenmeter weiter unten, in einem Büro mit Blick auf den Fluss, sitzt Werner Groß und zeichnet ein weniger idyllisches Bild. Groß ist Bürgermeister der Verbandsgemeinde Loreley, zu der Uferstädte wie Kaub, Braubach oder Sankt

MICHAEL RUNKEL / PICTURE ALLIANCE / WESTEND61

Loreley bei Sankt Goarshausen
Nicht in einem Museum leben

Goarshausen gehören. Er redet von einem „großen Investitionsstau“, leer stehenden Häusern, vom Mangel an Jobs.

Bis 2030, so Groß, werde die Einwohnerzahl in Gemeinden des Oberrheintals nach Prognosen teilweise um fast 20 Prozent sinken. Touristen kämen zwar noch reichlich, aber sie übernachteten selten im Tal. Im Ranking der wichtigsten deutschen Tourismusziele ist das Welterbe Oberes Mittelrheintal auf Rang 20 abgerutscht, sagte die Vizepräsidentin der zuständigen Landesplanungsbehörde Anfang März.

Viele Schwierigkeiten des Tals haben wenig mit der Unesco zu tun. Etliche Hotels und Pensionen am Flussufer sind seit Jahrzehnten nicht modernisiert worden. Die Besitzer seien oft alt, es fehle an Geld für Investitionen, sagt Bürgermeister Groß. Der Welterbe-Beauftragte der Mainzer Landesregierung, Walter Schumacher (SPD), spöttelte im vergangenen Mai über „siffige Campingplätze“ im Tal und auch über die Hauptattraktion des Welterbes: Dafür, dass sie ein weltberühmter Platz sei, so der Staatssekretär in einem Interview, sei die Loreley „relativ versifft“.

Ein noch größeres Problem für die Anwohner und den Tourismus ist der Lärm. Je zwei Bahngleise auf jeder Rheinseite führen durch das enge Tal; es ist eine der am stärksten befahrenen Eisenbahnstrecken Europas. In vielen Unterkünften in Flussnähe dröhnt der Krach bis in die Schlafzimmer der Gäste. Jeden Tag jagen mehrere Hundert Züge durch das Mittelrheintal, oft mehr als 20 in der Stunde, manchmal mehr als 100 pro Nacht.

Direkt neben der Bahnstrecke in Sankt Goarshausen steht das Hotel von Berthold Uthe. Immer häufiger beschwerten sich seine Gäste über den Lärm, sagt er, und darüber, dass sie nachts nicht schlafen könnten. „Wenn die Bahn weg wäre, wäre alles wunderbar“, glaubt Uthe.

Verkehrsexperten sagen, dass der Zugverkehr durch das Tal noch zunehmen könnte, wenn im Dezember der Gotthard-Basistunnel unter den Alpen den Betrieb aufnimmt und der Gütertransport per Bahn zwischen den Nordseehäfen und Mittelmeer ökonomisch noch attraktiver wird. Die Bahn AG verspricht zwar, dass die Güterwagen künftig leiser würden. Aber Anwohner befürchten, dass der Effekt durch den zusätzlichen Verkehr verpufft.

In dieser Lage sei es nicht sehr klug, allein auf den Tourismus zu setzen, findet Loreley-Bürgermeister Groß. Er wollte neue Einkommensquellen erschließen und Windräder am Rand des Tals bauen lassen. Nicht so, dass man sie vom Fluss aus hätte sehen können, sondern in der zweiten, dritten Reihe der Hügel. Das Projekt scheiterte. Es gab Proteste, auch die Landesregierung in Mainz war dagegen. Eine „Sichtachsenstudie“ habe ergeben, dass auch weiter entfernt gelegene Standorte ein „hohes oder sehr hohes Konfliktpotenzial“ mit dem Weltkulturerbe aufwiesen, heißt es in einem Papier des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Bildung und Kultur. Von der Höhe des Loreley-Plateaus aus hätte man die Windräder sehen können. Bürgermeister Groß klagt: Wenn das der Maßstab sei, würden solche Anlagen im Umkreis von 20, 30 Kilometern rund um den Fluss unmöglich: „Sollen wir in Schönheit sterben?“

Aus seinem Bürofenster in Sankt Goarshausen hat Groß einen hübschen Blick auf die Ruine der Burg Rheinfels in Sankt Goar, wenige Hundert Meter entfernt auf der anderen Flussseite. Das Problem: Es ist umständlich, dorthin zu kommen. Groß kann die Fähre über den Rhein nehmen, der reguläre Fahrpreis mit Auto hin und zurück beträgt 8,60 Euro. Oder über die nächste Brücke bei Koblenz: „Das sind dann etwa 70 Kilometer Fahrt.“

Es gibt ein halbes Dutzend Fähren, aber keine Brücke auf dem rund 80 Kilometer langen Rheinabschnitt von Mainz bis Koblenz. Aus den Städten und Dörfern rund um die Loreley sei die nächste Autobahn nur mühsam über kurvige Straßen zu erreichen. Auch das, sagen Kommunalpolitiker wie Groß, führe dazu, dass sich kaum noch neue Unternehmen ansiedelten.

Die SPD-Regierung unter Kurt Beck hatte 2010 eine Planung für eine schmale, futuristisch anmutende Stahlbrücke vorgestellt, die sich ein paar Kilometer flussabwärts der Loreley über den Fluss spannen sollte. Nach der Landtagswahl 2011 stellte die rot-grüne Koalition das Projekt bis 2016 zurück. Aber immer noch steht die Brücke auf den Wunschlisten von SPD, CDU und FDP in Rheinland-Pfalz.

Für die Unesco-Auszeichnung ist das riskant. 2009 hatte die Unesco dem Dresdner Elbtal den Welterbe-Titel aberkannt, weil die Sachsen nicht auf den Bau einer Brücke über die Elbe verzichten wollten. Im Mittelrheintal werde das nicht passieren, versichert Staatssekretär Schumacher. Die Planung sei mit der Unesco abgestimmt.

So einfach ist es möglicherweise nicht. Eine Brücke über das Rheintal mit seiner besonderen Romantik sei ein „großer Eingriff“, sagt Roland Bernecker, Generalsekretär der Deutschen Unesco-Kommission. Die Unesco mit Sitz in Paris wolle weiterhin mit der Landesregierung über Möglichkeiten einer Rheinquerung nachdenken. Die Entscheidung, was mit dem Welterbe-Titel vereinbar sei, treffe am Ende ein Komitee mit Mitgliedern aus 21 Staaten. „Da ist nichts entschieden, in keine Richtung“, so Bernecker.

Er könne gut verstehen, dass die Menschen im Tal nicht in einem Museum leben möchten, so der Generalsekretär. Aber das sei auch nicht das Ziel der Unesco.

Zumindest direkt an der Loreley soll es demnächst ein bisschen mehr nach Welterbe aussehen, Bürgermeister Groß hat die Pläne dafür auf seinem Schreibtisch liegen: Alte Gebäude werden abgerissen, ein neuer Fußweg, spektakulär tief in den Felsen geschnitten, soll vom Parkplatz bis zur Abbruchkante hoch über dem Rhein führen – alles in Absprache mit der Unesco. Dann werde er „ganz sicher“ nicht mehr sagen, beteuert Kulturstaatssekretär Schumacher, dass es dort siffig sei.

Matthias Bartsch, Josef Saller

„Es ist meine freie Entscheidung, zu Hause zu bleiben."

Daniela Rauhut, 39, promovierte Mathematikerin

LEMRICH / DER SPIEGEL

Sie ist wieder da

Gleichberechtigung Die Hausfrau feiert als Lebensmodell junger Akademikerinnen ein Comeback. Ihnen stehen alle Türen offen, doch mit der Geburt der Kinder tauschen viele die Karriere gegen die Kittelschürze. Ist die Emanzipation am Ende?

Kuchen backen, Hemden bügeln, Fenster putzen. Sarah Prestele hasst es. Die zierliche Frau taugt nicht zum Heimchen am Herd. Sie hat andere Talente: Momentan verbringt die 31-Jährige ihre freien Vormittage im Baumarkt zwischen Fliesenabteilung und Farbcenter. Die Familie renoviert das alte, schnuckelige Reihenhäuschen in Augsburgs Innenstadt.

Außerdem kann Prestele gut mit Zahlen. 2009 machte sie das beste BWL-Diplom ihres Jahrgangs, Note 1,3, setzte anschließend noch eine Ausbildung zur Steuerberaterin drauf. 2012 kam Sohn Luis zur Welt. Die Anrufe der Headhunter sind seitdem nicht weniger geworden. Neulich klingelte das Handy, als sie mit ihrem Sohn gerade auf dem Wohnzimmerteppich Tiere puzzelte. Löwe, Elefant, Angebot für eine leitende Stelle bei einem mittelständischen Unternehmen, Tiger, Nilpferd.

„Ich habe natürlich abgesagt." Sarah Prestele war immer schon klar: „Entweder Kind oder Karriere." Beides zusammen mache unglücklich. An zwei Tagen die Woche arbeitet sie in einer Münchner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Sie findet, das sei genug.

Es sind Worte, die nicht nur Headhunter dumm dastehen lassen. Frauen an die Macht, lautet das Mantra unserer Zeit. Quoten sollen helfen, Kitas stehen vielerorts bereit. Die Familienministerin hat gerade ihr zweites Kind zur Welt gebracht, und in diesem Land regiert eine Frau. Der rote Teppich für Sarah Prestele ist ausgerollt. Doch die verlegt lieber Parkett im Eigenheim.

Was jene Frauen, die in den vergangenen Jahrzehnten für Chancengleichheit gekämpft haben, besonders frustrieren wird: Ihr Einsatz hat auf Frauen wie Prestele offenbar abschreckende Wirkung entfaltet.

Ihre eigene Mutter habe trotz ihrer drei Kinder Vollzeit gearbeitet, lebte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor, „hatte aber permanent ein schlechtes Gewissen", erinnert sich Prestele. Ließ sie die Kinder zu Hause, hockte sie unglücklich im Büro. Blieb sie zu Hause, vermisste sie den Job. Und die kleine Sarah vermisste ihre Mutter. „Ich weiß noch, wie ich mich freute, wenn Mama für uns kochte." Prestele hat daraus gelernt: „Ich arbeite erst Vollzeit, wenn die Kinder aus dem Haus sind." So lange heißt es: Kittelschürze statt Karriere.

Die Hausfrau. Sie ist wieder da. Prestele verkörpert ein tot geglaubtes Lebensmodell.

Die Steuerberaterin könnte mit einem Vollzeiteinkommen ihre Kleinfamilie ernähren. Der Mann, ein Gymnasiallehrer, der nach Feierabend mit seiner Akustikband den Rock der Sechzigerjahre auferstehen lässt, könnte auf Teilzeit reduzieren und sich um das gemeinsame Kind kümmern. Doch Prestele lacht nur: „Mein Mann ist ein super Vater, aber kein Hausmann. Würde ich Vollzeit arbeiten, könnte ich am Abend noch das Bad putzen, die Teller spülen und aus lauter Frust Streit anfangen." Die Beziehung wäre am Ende, noch bevor ein zweites Kind in Sicht wäre. Presteles Lebensziel ist klar: „Ich will für meine Familie da sein."

Entscheidungen wie diese treffen junge, gut ausgebildete Frauen in Deutschland häufiger. Der Trend ist spürbar, aber weil er vor allem eine Bildungselite betrifft, kaum statistisch messbar. Zwar sind heute 68 Prozent aller Frauen erwerbstätig, aber die von Frauen geleistete durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche lag vor 20 Jahren etwa drei Stunden höher als heute. Viel mehr Frauen arbeiten, aber sie arbeiten weniger Stunden.

Soziologen und Geschlechterforscher registrieren den Trend schon seit einigen Jahren. Frauen laufen vorneweg, machen das bessere Abitur, studieren eifriger, und plötzlich, wenn Kinder kommen, kippt das Lebensmodell zurück in traditionelle Strukturen. Das „modernisierte Hausfrauenmodell" – der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau Teilzeit – sei die häufigste Erwerbskonstellation in Deutschland, sagt die Soziologin Cornelia Koppetsch. Ihr Fazit nach 20 Jahren Genderstudien klingt düster: „Ein grundsätzlicher Wandel der Geschlechterrollen in Familie und Paarbeziehung hat nicht stattgefunden."

Während Frauen im öffentlichen Leben akademische Berufe und Führungspositionen erobern, „findet im Privaten paradoxerweise eine ideologische Wiederkehr des bürgerlichen Familienmodells statt".

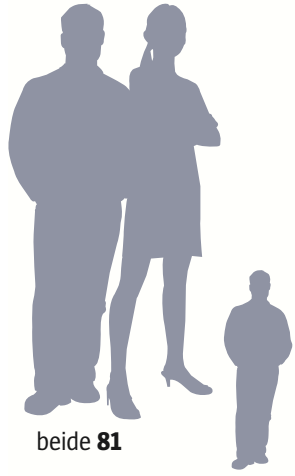
Die Shell Jugendstudien zeichnen schon seit Jahren das Bild einer Generation, der Familie als Hort der Sicherheit und Ort der wahren Bindung gilt. In einer Welt voller Unsicherheit und Bedrohungen ist die volle Windel ein Problem, das man lösen kann. Und das eigene Kind der wahre Selbstverwirklichungstrip.

Das Comeback der traditionellen Frauenrolle vollzieht sich im Verborgenen. Selbst der Deutsche Hausfrauenbund heißt schon seit fast sieben Jahren „Netzwerk Haushalt". Das klingt moderner. Die Werbung lässt Frauen im Hosenanzug Schokoriegel und tätowierte Männer mit Vollbart Hustenlöser verteilen. Das Wort „Hausfrau" klingt nach dem Gejaule der Küchenmaschine und riecht nach Mottenkugeln. Wer früher Hausfrau war, ist heute Mutter in Vollzeit.

Sarah Prestele verzieht das Gesicht, wenn man sie als

Wunsch ...

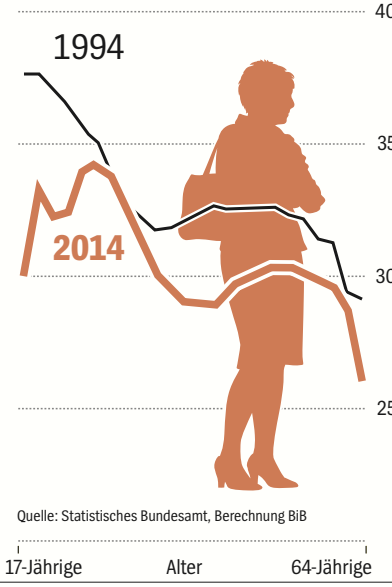
„Wer soll für das Einkommen sorgen?"



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB); Angaben in Prozent

... und Wirklichkeit

Durchschnittlich geleistete Wochenarbeitsstunden von erwerbstätigen Frauen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnung BiB

Hausfrau bezeichnet. Sie sei Mutter, und deren Arbeitsplatz liege eben zufällig im Haus. Die Küche bleibe bei ihr häufig kalt, zumal sich dort ohnehin zurzeit die Umzugskartons stapelten.

Im aktuellen Familienreport der Bundesregierung findet sich das Tabuwort Hausfrau auf 111 Seiten kein einziges Mal. Warum auch? Familienministerin Manuela Schwesig feiert lieber die rasant gestiegene Müttererwerbstätigkeit. Mit der Einführung des Elterngeldes 2007 nehmen mehr Frauen nach einem Jahr anstatt wie früher nach drei Jahren wieder ihre Arbeit auf. Jedenfalls in Teilzeit, so wie Prestele. „Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist zur Norm geworden“, konstatiert die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung Jutta Allmendinger: „Wer ihr nicht entspricht, hat den Eindruck, sich entschuldigen zu müssen.“

Das erhöhte Erwerbsvolumen von Müttern hat das Bruttoinlandsprodukt um 4,7 Milliarden Euro gesteigert. Auch Sarah Prestele hat dazu beigetragen, sie arbeitet schließlich Teilzeit. Doch der schöne Schein trügt. Die deutsche Familienpolitik hat nicht eine Generation motivierter Powerfrauen erschaffen, eine Sehnsucht nach Entschleunigung kam ihr in die Quere. Junge, top ausgebildete Frauen lehnen Verantwortung im Beruf dankend ab.

Die neuen Hausfrauen sind keine Opfer männlicher Unterdrückung, keine Almosenschluckerinnen, kein Produkt konservativer Betreuungsgeldpolitik. Es sind Akademikerinnen, die lieber in leuchtende Kinderaugen statt auf flimmernde Computerbildschirme gucken. Ihre Suche nach dem Sinn des Lebens haben sie mit der Geburt der Kinder vorerst abgeschlossen. Sie gehen ihrem Beruf nach – so viel wie nötig, so wenig wie möglich. Wer es sich leisten kann, bleibt oft ganz zu Hause. Zum eigenen Wohl und dem ihrer Kinder.

Daniela Rauhut hat vier Kinder, das jüngste gerade mal sechs Wochen alt. Niels, Nella, Paulina und Linus. Sie sind ihr Lebensinhalt. Ihr Büro mit den feudal hohen Wänden bei einem Münchner Versicherungskonzern hat die 39-Jährige seit sechs Jahren nicht mehr betreten. Sie ist Doktorin der Mathematik und als solche, wie sie sagt, „in Elternzeit“. Hausfrau? Nein danke.

Dabei erledigt sie vom Handtuchbügeln übers Töchter-zum-Balletttraining-Bringen bis zum Klavierabstauben alles allein. Sie will keine Putzfrau, kein Kindermädchen, kein Fertigessen, sondern über alles selbst die Kontrolle behalten.

Rauhut ist eine heitere und schöne Frau. Ein echter Hingucker, wenn sie mit dem mintgrünen Retrokinderwagen oder dem eleganten Hollandrad samt Kindersitz durch die Einfamilienhausidylle zum Einkaufen kurvt.

LEMRICH / DER SPIEGEL

„Ich will für meine Familie da sein.“

Sarah Prestele, 30, Steuerberaterin

Wer sie fragt, ob die Mühe des harten Studiums samt Dissertation umsonst gewesen sei, weil das Wissen um höhere Mathematik im Alltag mit vier Kindern ziemlich wertlos ist, den fragt sie lachend zurück: „Wieso? Ich habe doch im Studium meinen Mann kennengelernt.“ Der ist jetzt Mathematikprofessor. Und ernährt die sechsköpfige Familie. Am Tag von Linus’ Geburt Ende Januar musste er abends schon wieder ins Büro. Fördergelder für Forschungsprojekte beantragen.

Daniela Rauhut vermisst das Hantieren mit Zahlen nicht. Sie hat ihr Talent für Handarbeit entdeckt. Mit den selbst gehäkelten Auberginen und Erdbeeren für den Kaufladen ihrer Töchter könnte sie auf der Geschenke-Website Dawanda Höchstpreise erzielen – hätte sie Zeit, aus dem Hausfrauen-Hobby ein Geschäftsmodell zu machen. Auch ihre selbst gefilzten Eichhörnchen und Pferde sind von beeindruckender Schönheit. Sie haben einen exponierten Platz im Wohnzimmerregal.

Ob sie in drei Jahren, wenn die Elternzeit vorbei ist, wieder Excel-Tabellen statt Filzwolle bearbeitet, weiß Rauhut noch nicht. „Vielleicht“, sagt sie.

64 Prozent der Männer sind der Meinung, Väter sollten für ihre Kinder **beruflich kürzertreten.** Zum Vergleich Frauen: 52 Prozent

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Vorfreude klingt anders. Was Rauhut auf gar keinen Fall will: sich „von dicken SPD-Politikern, die ihr Kind einmal die Woche von der Kita abholen“, die Vereinbarkeit von Familie und Karriere vorschreiben lassen. Gemeint ist der SPD-Vorsitzende, Wirtschaftsminister und Teilzeitvater Sigmar Gabriel. „Es ist meine freie Entscheidung, wenn ich zu Hause bei den Kindern bleiben will.“

Die meisten der neuen Hausfrauen möchten ungern so genannt werden. Aber im Schatten einer medial befeuerten Euphorie über wickelnde Väter und Mütter im Hosenanzug hat sich eine Gegenbewegung einiger Frauen gebildet, die ein Recht auf Rückzug ins Private offensiv einklagen. Es sind Mütter, die eine Art Emanzipation 2.0 fordern: die Befreiung der Frau aus den Klauen des Turbokapitalismus. Ich arbeite nicht, also bin ich.

Wortführerin der Bewegung ist die selbst ernannte „schreibende Hausfrau“ Alina Bronsky, die sagt: „Sich Hausfrau zu nennen hat heute etwas Revolutionäres.“ Am Weltfrauentag erschien ihre Streitschrift „Die Abschaffung der Mutter“, die sie gemeinsam mit der Geburtsbegleiterin Denise Wilk verfasst hat.

Bronsky sagt, der Feminismus von heute sei frauenfeindlich. Weil er das Ideal der

LEMRICH / DER SPIEGEL

„Geld hat mich nie gelockt."

Jenny Mehrholz, 46, Chefsekretärin

arbeitenden Frau hochhalte. Bronsky und Wilk wehren sich gegen die Unterstellung, reaktionäre Thesen zu verbreiten. Doch ihre Verherrlichung der Heimarbeit erinnert schon sehr an die Zustände im 19. Jahrhundert. Damals wurde das Hausfrauendasein innerhalb wohlhabender Schichten zum bürgerlichen Weiblichkeitsideal.

Erst als es sich ab den Sechzigerjahren auch Frauen aus der Arbeiterklasse öfter leisten konnten, zu Hause zu bleiben, wurde das Modell für moderne Paare der Mittelschicht gerade wegen seiner Volkstümlichkeit abgewertet. Hausfrau wurde zum Schimpfwort.

Doch das ändert sich jetzt wieder. Der Kasseler Soziologieprofessor Heinz Bude sagt: „Es gibt ein neues kalkulatorisches Muster von dem, was ein gutes und gelungenes Leben ist." Er glaubt, dass es in Zukunft wieder häufiger „gebildete, strebsame, junge Frauen" geben wird, die sich „zumindest für eine Passage im Leben" für die Rolle der Mutter und Hausfrau entscheiden.

Die „Abschaffung der Mutter" ist nur der vorläufige Höhepunkt einer emanzipatorischen Rolle rückwärts auf dem Buchmarkt. Die Streitschriften heißen „Die Alles-ist-möglich-Lüge" oder „Geht alles gar nicht", deren Autoren kritisieren die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Illusion. Das erste Kapitel in Antje Schmelchers Werk „Feindbild Mutterglück" heißt „Arbeiten, Abkindern, Abgeben". Schmelcher findet, dass die Befreiung der Frauen zu einer „Befreiung weiblicher Arbeitskraft für die Erwerbstätigkeit" mutiert sei.

Das findet auch Petra Meyer aus Velden in Mittelfranken. Ihr Mann ist Ingenieur, er verdient genug, um eine vierköpfige Familie zu ernähren. Die 33-Jährige ist seit fast drei Jahren in Elternzeit, Emanzipation bedeutet in Meyers Augen Selbstbestimmung. Wer die ausrufe, müsse tolerieren, wenn Frauen selbstbestimmt die Arbeit zu Hause der Erwerbsarbeit vorziehen.

Meyer ist Diplom-Kulturwirtin, spricht fließend Englisch und Französisch und will ihren Job bei einem Nürnberger Ingenieurdienstleister wohl erst nach vier Jahren wieder aufnehmen. Die Hausfrau als attraktive Lebensabschnittsrolle. Meyer ist überzeugt: „Ich habe später noch genug Zeit, mich im Beruf zu verwirklichen und in die Rentenkasse einzuzahlen. Jetzt sind erst mal die Kinder wichtiger." Sohn Leonhard ist zwei, Tochter Luise ein Jahr alt.

36 Prozent der Männer finden, ein Mann müsse seine Familie **allein ernähren können.** Zum Vergleich Frauen: 22 Prozent

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Die Kleine hat gerade begonnen zu laufen, wenn Meyer sie an zwei Händen führt. „Manchmal kommt Leonhard in diesem Moment zu mir, ergreift eine Hand von ihr, und wir führen sie zusammen. Er ist ein so unglaublich stolzer Bruder, und Luise himmelt ihn mit großen strahlenden Augen an." In diesen Momenten merkt Meyer: „Hier läuft was richtig."

Vor der Geburt habe sie noch mit einem Jahr Elternzeit geplant. Aber „in dem Moment kurz nach der Geburt verspürt jede Mutter das Gefühl, dass es nichts Wichtigeres gibt auf der Welt als das Wohl dieses kleinen Würmchens, das man soeben in seinen Händen hält".

Ihr Satz bestätigt, was die französische Philosophin Elisabeth Badinter schon vor fünf Jahren konstatierte: Typisch deutsch sei, dass die Frau erst als Mutter zu „ihrer Weiblichkeit sowie zu ihrer eigentlichen gesellschaftlichen Rolle" finde. Meyer schickt Leonhard und Luise nicht in die örtliche Kita. „Ich bin mir sicher, dass ein Kind dort sehr schnell sehr viel lernt, aber Geborgenheit kann man nicht lernen."

Wissenschaftler wie die Soziologin Sabine Diabaté vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) glauben, dass Mütter heutzutage zwischen Autonomie und Aufopferung vergebens Identität suchen. Frauen sollen, bitte schön, Karriere machen, aber wer als Mutter zugibt, Kinder auch als Klotz am Bein zu erleben, begeht einen Tabubruch.

Martin Bujard, Forschungsdirektor am BiB, meint, dass sich aus der Gleichzeitigkeit von Familienarbeit und Berufstätigkeit eine „Überschleunigung" des Alltags vieler junger Familien ergibt. Spätestens mit der Geburt des zweiten Kindes führe sie in eine „Traditionalisierungsfalle". Paare planen temporär eine Aufteilung, bei der der Mann Vollzeit arbeitet. „Diese Aufteilung verfestigt sich häufig, da der Mann oft besser verdient und die Frau Fürsorge- und Hausarbeit routinierter bewerkstelligt", so Bujard.

Sein Team hat die aktuelle Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamts ausgewertet: „Mütter übernehmen den größten Teil der Haus- und Fürsorgearbeit, dazu sind viele erwerbstätig. Die meisten Väter beteiligen sich heute mehr als früher an der Hausarbeit, dazu arbeiten sie beruflich mehr als Gleichaltrige." Studien belegen, dass Teilzeit- und nichtberufstätige Mütter mit ihrem Leben zufriedener sind als Mütter, die in egalitären Modellen leben, weil sie nicht oder weniger unter der Doppelbelastung leiden.

Wenn die Mutter zur Familienernährerin wird, bleibt die Doppelbelastung häufig bestehen. Das sagt die Soziologin Cornelia Koppetsch in ihrer neuen Publikation „Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist". Er wird dann selten zum Hausmann. „Sie

verdient das Geld, und sie macht den Großteil des Haushalts. Offiziell heißt es dann: Wir teilen uns das“, sagt Koppetsch.

Die Zahl der Haushalte, in denen Frauen mehr als 60 Prozent des Familieneinkommens erwirtschaften, ist in Deutschland gering. Nur rund zehn Prozent sind es. Keine der befragten Familienernährerinnen hat die Rolle bewusst gewählt, erfuhr Koppetsch. „Meistens sind es die äußeren Umstände: ein Jobverlust des Mannes zum Beispiel.“

Die Frau übernimmt dann zusätzlich zu ihrer Rolle als Familienernährerin auch die Hauptverantwortung für den Haushalt, der Mann macht am Wochenende den Großeinkauf oder kocht abends ein aufwendiges Essen. Die Wissenschaftlerin: „Oft rechtfertigten die Frauen das Badputzen oder Wäschewaschen mit einem höheren Sauberkeitsempfinden und entschuldigten damit den Mann.“

Schuld ist nicht allein das weibliche Harmoniebedürfnis. „Hat sich ein Ungleichgewicht erst einmal eingespielt, ist es schwierig, das zu ändern. Und gerade Männer neigen dazu, Beziehungen als konfliktarm zu empfinden, wenn traditionelle Rollenvorstellungen gelebt werden“, sagt Koppetsch.

LEMRICH / DER SPIEGEL

„Emanzipation heißt Selbstbestimmung.“

Petra Meyer, 33, Diplom-Kulturwirtin

Fragt sich nur, wie lange das Glück hält. Etwa jede dritte Ehe in Deutschland wird geschieden. Anders als früher können sich Hausfrauen seit der Reform des Unterhaltsrechts 2008 jedoch nicht mehr auf jahrelange Unterstützung des Ex verlassen. Sie müssen wieder arbeiten gehen, haben aber den Anschluss an den Arbeitsmarkt oft komplett verloren.

„Ein Mann ist keine Altersvorsorge“ lautet deshalb der Titel des Buchs, das die ehemalige Bundestagsvizepräsidentin und Familienministerin Renate Schmidt gemeinsam mit der Münchner Finanzexpertin Helma Sick veröffentlicht hat. Schmidt musste sich den Übertritt aufs Gymnasium noch erkämpfen. Sick absolvierte ein Abendstudium an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie während der Elternzeit. Jetzt stellen sie fest: „Noch nie war eine Generation von jungen Frauen so gut ausgebildet wie heute. Doch viele machen nichts daraus!“

Helma Sick findet: „Ein Job dient nicht nur der Selbstverwirklichung. Er bedeutet Sicherheit, Unabhängigkeit, Freiheit.“ Eine heute 35-Jährige hat eine durchschnittliche Lebenserwartung von 83 Jahren. „Von was wollen diese Frauen leben, wenn die Kinder aus dem Haus sind und der Mann mit einer Jüngeren zusammengezogen ist?“, fragt sie. Sick und Schmidt glauben, dass viele im Alter arm sein werden.

Häufig hören die beiden von jungen Frauen: „Die Rente ist mir piepegal. Ich will das erste Wort meines Kindes hören und seine ersten Schritte erleben.“ Sick wundert sich: „Reicht es nicht, den 20. oder 100. Schritt zu begleiten? Und das erste Wort hört man sicher auch nach Büroschluss noch einmal.“ Sie kann sich maßlos über die neuen Hausfrauen aufregen. Sick rät Hausfrauen zu einem Ehevertrag: „Lieber jetzt unromantisch als später arm.“

73 Prozent der berufstätigen Mütter* arbeiten **Teilzeit.** Zum Vergleich Männer: 5 Prozent

* in einer Partnerschaft; Quelle: Statistisches Bundesamt, 2014

Jenny Mehrholz hat keinen Ehevertrag. Die 46-Jährige beschreibt sich als „Schafferin“, die notfalls putzen gehen würde, wenn es hart auf hart kommt. Mehrholz hatte einen gut bezahlten Job als rechte Hand eines Managers in der Baubranche. Als das erste Kind kam, unterschrieb sie einen Aufhebungsvertrag – gegen den Wunsch ihres Chefs. Doch Mehrholz sagt das, was die anderen Hausfrauen auch sagen: „Geld hat mich nie gelockt. Mir war immer schon klar: Ich will Kinder. Sie sind der Sinn meines Lebens.“

Die Nachbarin in dem kleinen Dorf im Spessart, in dem Mehrholz mit ihrer fünfköpfigen Familie wohnt, hat sie bei einem Gartenfest gefragt, ob sie denn „auch mal wieder arbeiten gehe“. „Nein“, lautete Mehrholz’ direkte Antwort, worauf die Nachbarin verächtlich murmelte: „Wer sich’s leisten kann.“

Mit drei Kindern, rechnet Mehrholz vor, brauchte sie nicht nur eine Putzfrau, sondern auch einen Gärtner und eine Tagesmutter für Kinder und Hund. Sie würde dann arbeiten, um die Haushaltshilfen zu bezahlen.“ Würde ich arbeiten, müsste ich sogar draufzahlen. Das ist eine Milchmädchenrechnung“, sagt sie.

Diese Rechnung geht allerdings nur bei schönem Wetter auf. Die Hausfrauen, die in dem Buch „Die verkaufte Mutter“ aus ihrem Leben erzählen, stehen oft ziemlich mies da. Einige der Frauen in Mehrholz’ Alter sind geschieden, sie kämpfen vergebens um Unterhalt, wohnen in Möbeln vom Sperrmüll. Der gemeinsam mit dem Mann erdachte Lebensentwurf wurde für sie zur Armutsfalle.

Sabine Mänken ist Mitherausgeberin des Buchs, sie hat VWL studiert, beruflich aber lange wegen der Kinder pausiert. „Wir Mütter entwickeln Humankapital“, sagt sie und klingt ein wenig wie die Frau aus der Vorwerk-Werbung, die selbstverständlich keine Hausfrau ist, sondern ein kleines Familienunternehmen führt.

Sie verlangt ein Erziehungsgehalt für Mütter und beruft sich dabei auf Artikel 6

des Grundgesetzes: „Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.“

„Frech“, seien die Rufe nach mehr Geld für Hausfrauen, findet hingegen Finanzberaterin Sick. „Es kann nicht die Aufgabe der Öffentlichkeit sein, einer Frau mit Kind 18 Jahre lang die Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen, weil sie lieber ihr Kind betreut, anstatt arbeiten zu gehen“, findet sie. Es sei eben nicht nur die persönliche Entscheidung einer jeden Frau, ob sie arbeite oder nicht.

Laut ihren Berechnungen kostet eine durchschnittliche Hausfrauenehe über Splittingvorteile, Mitversicherung, Mütter- oder Witwenrente den Staat und Sozialversicherungen eine halbe Million Euro. Geld, das aus Steuermitteln finanziert wird, die auch arbeitende Frauen erwirtschaftet haben.

Klar ist für sie: Wer in guten Zeiten auf die weibliche Selbstbestimmung poche, dürfe in schlechten nicht den Staat um Hilfe anflehen. Doch selbst wenn die Gesellschaft toleriert, dass manche Mitglieder auf dem Wohnzimmerteppich Humankapital entwickeln, anstatt im Büro das Bruttosozialprodukt zu mehren, bleibt die Frage, ob die Emanzipation diesen Deal schadlos überlebt?

Die Soziologin Koppetsch bezweifelt es: „Die neuen Hausfrauen verspielen den Gewinn der Emanzipation.“ Frauen, denen Geld nicht das Wichtigste im Leben ist, verorten sich gern aufseiten der guten Sache. Doch wer sich zu Hause vor allem um die Kinder kümmert, überlässt Männern die Gestaltungsmacht in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Und darf sich dann auch nicht wundern, wenn in den Chefetagen familienfeindliche Entscheidungen fallen, Frauen in Teilzeit aufs Abstellgleis geschoben werden und immer noch 22 Prozent weniger verdienen als Männer in gleicher Position. Aber wer den neuen Hausfrauen Verrat an der feministischen Idee vorwirft, muss auch einen strengen Blick auf die Herren werfen. Wenn es mehr Frauen an den Schalthebeln der Macht braucht, muss es dann nicht auch mehr Männer am Startknopf der Waschmaschine geben?

Oder um es mit den Worten von Jutta Allmendinger zu sagen: „Eine Gesellschaft aus lauter Doppelverdiener-Haushalten kann keine Gemeinschaft werden.“ Es fehlt dann Zeit für eine Erziehung, in der Eltern mehr als nur die Vornamen ihrer Kinder auf die Reihe kriegen. Allmendingers Lösung des Problems: eine Umverteilung von Arbeitszeit zwischen Männern und Frauen. Anstatt dass der eine mehr und die andere weniger arbeitet, könnten beide 32 Stunden, also vier Tage die Woche arbeiten. Das Modell nennt sich „Familienarbeitszeit“ und ist ein Lieblingsprojekt von Ministerin Schwesig.

Es wird jedoch kaum angenommen. Laut Berechnung des Instituts der Deutschen Wirtschaft würden zwei Prozent der Familien in Deutschland die „Familienarbeitszeit“ wählen. Klingt nach einem Witz, nicht nach ernsthafter Konkurrenz für die Hausfrau.

Vielleicht entsteht die Nachfrage aber auch erst, wenn das Angebot da ist. Tobias Scholz und seine Frau Stefanie Lohaus sind sehr zufrieden mit ihrer Entscheidung, sich Haushalt, Kindererziehung und Karriere nach dem 50/50-Prinzip aufzuteilen. Scholz, 39, ist Soziologe, Lohaus, 37, Mitherausgeberin des „Missy-Magazins“.

Ihre Erfahrungen haben beide in dem Buch „Papa kann auch stillen“ veröffentlicht. Zum Stillen trug Scholz seiner Frau, die drei Monate nach der Geburt wieder in die Redaktion ging, das Baby ins Büro. Er warf ihr Schlamperei beim Topfputzen vor, sie ihm Nachlässigkeit beim Reinigen der Toilette. Die Romantik leide nicht unter Sätzen wie „Schatz, kannst du bitte das Klo putzen?“. Im Gegenteil, Paare auf Augenhöhe hätten sogar den besseren Sex.

Viele Nachahmer haben die beiden trotzdem nicht gefunden. Es gibt in Deutschland einen tiefen Graben zwischen emanzipatorischer Theorie und reaktionärem Leben. Laut Familienreport der Bundesregierung finden es angeblich 60 Prozent der Eltern mit Kindern unter drei Jahren ideal, sich gleichermaßen in Familie und Beruf einzubringen. Aber nur 14 Prozent verteilen die Aufgaben derzeit gleich.

„Weil sie es gar nicht ernsthaft versuchen“, hat Scholz beobachtet. Die Angst, als Teilzeitjobber in den Augen anderer Männer als Weichei zu gelten und Karriereeinbußen hinnehmen zu müssen, sei groß. Offenbar fürchten Männer, die für die Familie im Job Kompromisse machen wollen, an Grenzen zu stoßen, die die Frauenbewegung schon seit Jahrzehnten zu durchbrechen versucht. Tobias Scholz findet: „Männer können vom Feminismus profitieren.“ Nicht vom weiblichen Rückzug in die Spieleecke.

Anna Clauß

LEMRICH / DER SPIEGEL

„Männer in Teilzeit haben Angst.“

Tobias Scholz, 39, Soziologe

Video: Daniela Rauhut über ihren Haushaltsalltag

spiegel.de/sp112016haushalt
oder in der App DER SPIEGEL

Lesen Sie auch auf Seite 78
„Perfekt, aber tieftraurig“ – ein SPIEGEL-Gespräch mit der Anthropologin Wednesday Martin über reiche Hausfrauen in New York.

„Total bio, aber tödlich“

Ernährung Andreas Hensel, 55, Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung, hält die Sorgen vor zu viel Chemie im Essen für unbegründet. Die Gefahren lauerten an ganz anderer Stelle.

SPIEGEL: Herr Professor Hensel, im Brot lauern Schwermetalle, im Frühstücksei Dioxine, und wer zu viel Wurst isst, stirbt vielleicht an Krebs. Wird unser Essen immer gefährlicher?

Hensel: Weil wir inzwischen über eine so überaus präzise Messanalytik verfügen, scheint es vor Giften nur so zu wimmeln. Aber ich kann Sie beruhigen: Unser Essen ist sicherer als jemals zuvor.

SPIEGEL: Viele Bürger glauben, das Gegenteil sei der Fall. Seitdem kürzlich in mehreren Biersorten Spuren des Unkrautvernichters Glyphosat gefunden wurden, haben sogar Deutschlands Biertrinker Angst davor, sich zu vergiften.

Hensel: Um eine kritische Menge Glyphosat aufzunehmen, müssten Sie etwa 1000 Liter Bier trinken, und zwar täglich. Ich bezweifle, dass Sie das schaffen. Und falls doch, wäre Glyphosat wirklich Ihr geringstes Problem.

SPIEGEL: Die Aufregung ist trotzdem groß. Die Grünen-Politikerin Renate Künast forderte die Bundesregierung auf, sich in Brüssel für ein EU-weites Verbot von Glyphosat einzusetzen.

Hensel: In politische Entscheidungen mische ich mich nicht ein. Unsere Aufgabe als Bundesinstitut ist es, eine wissenschaftliche Expertise zum gesundheitlichen Risiko abzugeben.

SPIEGEL: Und die lautet?

Hensel: Glyphosat wird seit über 40 Jahren in der Landwirtschaft eingesetzt, ohne dass es auch nur einen einzigen ernst zu nehmenden Hinweis auf schädliche Nebenwirkungen für den Menschen gibt. Es ist noch nicht einmal besonders giftig.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Hensel: Die tödlichen Dosen von Glyphosat und Kochsalz liegen in der gleichen Dimension.

SPIEGEL: Was ist mit der Gefahr für Säuglinge? Eine von den Grünen in Auftrag gegebene Studie kam letztes Jahr zu dem Ergebnis, dass Glyphosat häufig auch in Muttermilch enthalten ist.

Hensel: Ich hatte von Anfang an Zweifel an der Seriosität diese Studie. Trotzdem sind wir der Sache sorgfältig nachgegangen, weil uns viele besorgte Mütter gefragt haben, ob sie ihr Baby besser abstillen sollen.

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Mikrobiologe Hensel: „Die deutsche Toilette ist vergleichsweise sauber, die Spüle nicht“

SPIEGEL: Und?

Hensel: Bloß nicht! Das Gerede von der angeblich glyphosatverseuchten Muttermilch ist Panikmache. Ich finde das verantwortungslos.

SPIEGEL: Umweltaktivisten rufen landesweit zu Urintests auf, um zu zeigen, wie viele Menschen Glyphosat im Körper haben.

Hensel: Ist doch gut, wenn der Urintest zeigt, dass das Glyphosat unverändert durch den Körper geht, anstatt zu akkumulieren. Wenn es anders wäre, würde ich mir mehr Sorgen machen.

SPIEGEL: Viele Menschen wollen einfach keine Chemie im Essen. Ist das nicht ein gutes Ansinnen?

Hensel: Viele Menschen waren in der Schule leider auch sehr schlecht in Chemie, sonst wüssten sie, dass eigentlich alles auf der Welt, sogar ihr Körper, ausschließlich aus Chemie besteht. Ich komme bei diesem Thema gern auf Dihydrogenmonoxid zu sprechen: einen Stoff, der in der Lebensmittelindustrie häufig als Lösungsmittel verwendet wird. Meine Zuhörer sind dann immer sehr besorgt. Bis ich ihnen erkläre, dass es sich bei Dihydrogenmonoxid um eine wissenschaftliche Bezeichnung von Wasser handelt.

SPIEGEL: Ist diese Chemieangst typisch für Deutschland?

Hensel: Es fällt schon auf, dass viele Deutsche Chemie für tendenziell böse und gefährlich halten. Ich vermute, aus Angst vor Kontrollverlust, nach dem Motto: Da passiert etwas in mir, das ich nicht steuern kann. Und es gibt gerade in Deutschland viele Nichtregierungsorganisationen, die die Angst vor Chemie gezielt verstärken.

SPIEGEL: Gleichzeitig wächst die Sehnsucht nach Natürlichkeit.

Hensel: Natürlichkeit ist kein Garant für gesundes Essen. Das Bakterium Escherichia coli etwa kommt im Darm praktisch jedes Tieres vor. Total bio, aber für den Menschen unter Umständen tödlich, denn einige Stämme des Bakteriums können Durchfall und Schlimmeres auslösen. Das Verfüttern von Rohmilch an Babys zum Beispiel grenzt an Körperverletzung.

SPIEGEL: Was, glauben Sie, ist der Grund für die obsessive Befassung mit dem Thema „gesundes Essen“?

Hensel: Jeder Mensch muss essen. Dementsprechend groß ist das Feld für das, was wir „intuitive Toxikologie“ nennen. In Ernährungsfragen hält sich jeder für einen Experten.

SPIEGEL: Warum auch nicht?

Das perfekte Ostergeschenk:
4 Wochen Lesefreude.

+

oder

Zum Verschenken oder Selberlesen.
Aktionspreis: nur 37,90 €

Bestellen Sie jetzt einfach & bequem:
089 / 21 83 10 00 **sz.de/osterhase**

Seien Sie anspruchsvoll.

Süddeutsche Zeitung

Ein Angebot der Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Str. 8, 81677 München

SPIEGEL TV MAGAZIN

SONNTAG, 13. 3., 21.55 – 23.10 UHR | RTL

Keine Alternative? – Der Siegeszug der AfD in Sachsen-Anhalt; **Exklusiv** – Skandalprozess um einen

SEK-Zugriff bei Hells-Angels-Vereinsheim

Rockermord in Berlin; **Gefasst** – Die Todesschützen vom Kiewer Maidanplatz sind identifiziert.

DIENSTAG, 15. 3., 15.00 – 15.45 UHR | ZDFinfo

Angst vor dem Fremden – Wurzeln eines gefährlichen Gefühls

Der Widerstand gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin wächst. Zur Abwehr von Veränderung kommt die Urangst vor Fremden, ein Erbe der Menschheitsgeschichte.

SPIEGEL TV REPORTAGE

MITTWOCH, 16. 3., 22.25 – 23.25 UHR | SAT.1

Nachschub für den Catwalk – Auf der Suche nach dem schönsten Mädchen

Der Modelmarkt sucht ständig neue Gesichter. Scout Louisa von Minckwitz sucht bei einer Casting-Reise durch das Baltikum das Supermodel von morgen.

SPIEGEL GESCHICHTE

FREITAG, 18. 3., 21.00 – 21.50 UHR | SKY

Elisabeth I. – Krieg gegen den Terror

Katholische Fanatiker planen ein Attentat auf die britische Königin Elisabeth I. und wollen Maria Stuart, Königin von Schottland, auf den Thron heben. Hinter den Attentätern stehen die Spanier bereit zur Invasion. Ein Mann stellt sich diesen Terroristen des 16. Jahrhunderts in den Weg: Sir Francis Walsingham.

Hensel: Die meisten Bürger dürften überrascht sein zu erfahren, welche Stoffe wirklich giftig sind. Estragon zum Beispiel enthält krebserregende Stoffe. Eine tägliche Prise Estragon hat etwa so viel krebserregendes Potenzial wie der Rauch einer täglich konsumierten Zigarette. Oder wie das in einem kleinen Glas Bier enthaltene Ethanol.

SPIEGEL: Also Finger weg von Estragon, lieber eine rauchen?

Hensel: Lieber maßvoll würzen und nicht rauchen.

SPIEGEL: Lassen Sie uns einige besonders kritische Stoffe durchgehen. Was ist mit Dioxin?

Hensel: Unsere regelmäßigen Untersuchungen von Muttermilch zeigen, dass die Konzentration von Dioxinen in unserem Körper nur noch bei etwa 20 Prozent des Wertes von vor 30 Jahren liegt. Für den durchschnittlichen Verbraucher ist die Dioxingefahr also gebannt, der Umweltgesetzgebung sei Dank. Bei allen Verbrennungsanlagen wurden in den letzten Jahrzehnten Filter eingebaut, sogar bei Krematorien. Wenn überhaupt, gibt es ein Risiko bei der Freilandhaltung von Kühen auf historisch belasteten Böden. Wir wissen auch, dass Hühner, die frei herumlaufen, Dioxine mit Bodenpartikeln aufnehmen und ihre Eier deshalb tendenziell höhere Werte aufweisen als Eier von nicht frei laufenden Hühnern.

SPIEGEL: Was ist mit Kadmium und anderen Schwermetallen?

Hensel: Bei Kakao oder Pinienkernen, die oft aus Ländern mit besonders kadmiumhaltigen Böden kommen, ist die sogenannte duldbare tägliche oder wöchentliche Aufnahmemenge, wie wir es nennen, schneller erreicht. Wir beobachten auch, dass die veränderten Ernährungsgewohnheiten zu einer höheren Kadmiumbelastung führen können.

SPIEGEL: Welche Gewohnheiten meinen Sie?

Hensel: Vegetarier und Veganer nehmen tendenziell mehr Kadmium und andere Schwermetalle auf, etwa durch größeren Brotkonsum. Nicht schlimm, aber ihr Risiko ist leicht erhöht.

SPIEGEL: Fleischesser haben es besser?

Hensel: Hier drohen andere Gefahren, etwa Blei. Blei wirkt neurotoxisch; Kinder reagieren hier am empfindlichsten. Den Jägerfamilien, die viel selbst erlegtes Wild essen, raten wir deshalb zu bleifreier Munition.

SPIEGEL: Gibt es Lebensmittel, die Sie am liebsten vom Markt nehmen würden?

39 %

der Befragten machen sich wegen der Glyphosat-Rückstände **Sorgen um ihre Gesundheit,**

58 % machen sich keine Sorgen.

73 %

der Befragten sind der Ansicht, die EU sollte den **Einsatz von Glyphosat verbieten,**

18 % finden, der Einsatz sollte weiterhin erlaubt sein.

TNS Emnid im Auftrag von Campact vom 4. bis 10. November 2015 ; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht"/keine Angabe

Hensel: Der bislang einzige Fall war eine mit EHEC-Bakterien kontaminierte Charge Bockshornklee, die zu mehreren tödlichen Infektionen geführt hatte. Aber solche Fälle sind extrem selten. Wollen Sie wissen, was der größere Risikofaktor für die Lebensmittelsicherheit ist?

SPIEGEL: Bitte.

Hensel: Es ist der Mensch, der das Essen zubereitet. Wenn Sie Ihre Bratkartoffeln in der Pfanne schwarz brutzeln, haben Sie ein vielfach erhöhtes Krebsrisiko. Oder die mangelnde Küchenhygiene! Jedes Jahr erkranken in Deutschland nachweislich mehr als 70 000 Menschen an einer Campylobacter-Infektion, wobei die Dunkelziffer noch viel größer ist. Das dafür verantwortliche Bakterium siedelt auf fast jedem Hühnchen. Dem Geflügel macht das nichts, wohl aber dem Menschen. Oft reicht es schon, wenn Sie den rohen Hühnchenschenkel auf den Grill legen und mit derselben Hand die fertige Bratwurst berühren. Es sind übrigens fast immer Menschen unter 25 Jahren, die sich Campylobacter einfangen.

SPIEGEL: Warum das?

Hensel: Weil die jungen Leute nicht wissen, wie man Essen zubereitet. Die wechseln ihre Schneidbretter und Messer nicht.

SPIEGEL: Ärgert Sie das?

Hensel: Mich wundert nur, wie vergleichsweise gelassen die Öffentlichkeit mit diesem Problem umgeht. Man stelle sich vor, 70 000 Menschen würden sich statt an Campylobacter an den Rückständen eines zugelassenen Pflanzenschutzmittels vergiften: Da müsste dann wohl die Regierung zurücktreten.

SPIEGEL: Was ist mit der Zubereitung in Restaurants und Kantinen?

Hensel: Viele Bürger misstrauen dort der Hygiene. Ich nicht. Der Fachmann weiß: Es ist die eigene Küche, in der die Gefahr lauert. Unsere Infektionsmediziner können das genau belegen. Die deutsche Toilette ist vergleichsweise sauber, Kühlschrank und Spüle sind es nicht. Hier liegen die größeren Bakterienherde.

SPIEGEL: Schlimmer als das Klo?

Hensel: Was die Belastung mit coliformen Keimen anbelangt: ja. Eine Möhre, die Ihnen beim Schälen versehentlich ins Klo gefallen ist, können Sie in der Regel noch essen. Ist sie aber in die Spüle gerutscht, beißen Sie besser nicht hinein.

Interview: Alexander Neubacher

Begegnen Sie Menschen
und ihrer Kultur
Kataloge:
00 800/24 01 24 01
www.studiosus.com
Intensiverleben
Studiosus

Kurti soll sich fürchten

Tierschutz Ein Flugzeug jagt einen Wolf. Ein schwedischer Experte soll ihn „vergrämen“. In Niedersachsen wird Rotkäppchen gespielt.

Problemwolf MT6 in der Lüneburger Heide

JÜRGEN BORRIS

Es ist Sonntagmittag, 12.55 Uhr, als die rot-weiße Cessna 206 in Lüneburg endlich eine Startgenehmigung erhält. Der Regen hat nachgelassen. Mehr als 24 Stunden lang haben Bodenteams in der nahe gelegenen Heide auf diesen Moment gewartet. Vor dem Abheben wird mit Klebeband eine Spezialantenne am Rumpf der Maschine befestigt. Sie soll Hochfrequenzsignale aus dem Wald empfangen. Gesucht wird MT6, ein umherstreifender Wolf, der seit vorigen Sommer einen Halsbandsender trägt.

Der Rüde verbreitet im nördlichen Niedersachsen, rund um den Truppenübungsplatz Munster, seit Wochen Angst und Schrecken, weil er wiederholt in der Nähe von Menschen auftauchte. Es scheint, als fehle diesem Vertreter der Gattung Canis lupus die natürliche Scheu vor dem Homo sapiens. Darum ist MT6 ein Problemwolf. Nun soll er das Fürchten lernen. Das Umweltministerium Niedersachsen hat eine Art Lernentwicklungsplan für Tier und Mensch entworfen. Dazu gehört das Flugzeug, ein Experte aus Skandinavien und der korrekte Einsatz von Spazierstöcken.

Die Cessna fliegt von Lüneburg in Richtung Südwesten, als das Peilgerät zu piepen beginnt, so berichten es Teilnehmer der Wolfsmission. Über Funk verständigt die Crew die Kollegen am Boden.

MT6 läuft durch ein Waldstück.

Drei Autos machen sich auf den Weg. In einem Wagen sitzt der vom Umweltministerium in Hannover angeheuerte Wolfexperte Jens Karlsson vom Swedish Wildlife Damage Centre in Grimsö. Er hat eine Schrotflinte mitgebracht und Spezialmunition aus Gummi. Damit will der Spezialist den Wolf „vergrämen“, wie es unter Fachleuten heißt. Es geht darum, dem Tier einen solchen Schrecken einzujagen, dass MT6 sich nie wieder an Menschen herantraut. Aber der Wolf macht nicht mit.

Denn MT6, den Tierschützer inzwischen „Kurti“ genannt haben, ist plötzlich doch nicht mehr so zutraulich. Dreimal pirscht sich Karlsson an diesem Sonntag an den Wolf heran, jedes Mal läuft der Wolf davon. Der Schwede kommt nie nah genug an das Tier, um ihm mit den Gummigeschossen einen Denkzettel zu verpassen. Ein Abstand von etwa 30 Metern wäre dafür erforderlich. Aber schon bei 200 Meter Abstand sucht Kurti das Weite.

Schließlich entscheidet sich Karlsson für Strategie B: Zusammen mit einem Helfer rennt er nun von Weitem auf Kurti zu und macht dabei so viel Krach wie eben möglich. Karlsson schreit und wirft einen Ast in Richtung Wolf, der Helfer bläst in eine Trillerpfeife. Ob sich der Wolf dadurch genügend erschrocken fühlt, ist unklar. Darum muss das Prozedere wiederholt werden: dreimal Krach am Sonntag, fünfmal Krach am Montag.

Auf einer Pressekonferenz mit dem niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel versucht Vergrämungsspezialist

Karlsson am Montagabend zu erklären, warum der Wolf ihn nicht näherkommen ließ. Möglicherweise liege das an einem zweiten Wolf, der seinerseits Kurti näherkam. Dessen gesundes Verhalten könne auf den Problemwolf abgefärbt haben. Er verhalte sich jedenfalls im Moment nicht mehr auffällig. Kurti, so mutmaßt man in Niedersachsen, hat sich verliebt.

Die Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf soll nun auswerten, wie die Lernerfahrung verlaufen ist. Der Umweltminister ist „vorerst zufrieden“, er verweist auf die strengen Artenschutzbestimmungen. Zur Not müsse der Schwede eben noch einmal kommen und Kurti Angst einjagen.

Für den grünen Minister ist nicht so sehr der Wolf das Problem, sondern die Angst der Bürger. Das angespannte Verhältnis zwischen Mensch und Tier liege auch an der „negativen kulturellen Prägung, etwa durch Märchen wie Rotkäppchen“, sagt Wenzel. Italiener hätten wegen der Geschichte von Romulus und Remus offenbar ein etwas entspannteres Verhältnis zu Wölfen.

50 bis 60 Tiere streifen inzwischen wieder durch die norddeutschen Tiefebenen und den Harz. Sieben Rudel, zwei ortstreue Paare und zehn Einzeltiere hat die Landesjägerschaft gezählt. Die meisten der vorwiegend nachtaktiven Tiere verhalten sich unauffällig. Doch es gibt eben auch Wölfe wie Kurti. Oder andere, die Schafe und Nutztiere reißen.

Im vergangenen Jahr demonstrierten Schäfer vor dem Landtag in Hannover und legten eine getötete Heidschnucke vor Wenzels Umweltministerium. Die betroffenen Züchter und die CDU-Opposition im Landtag fordern seither die gezielte „Entnahme“ von Wölfen, die Stress machen. Soll heißen: Kurti gehört erschossen.

Auf der anderen Seite stehen Naturschützer und Wolfsfreunde, die genau dies verhindern wollen. 6762 Unterstützer wandten sich in einer Internetpetition „Gegen die Tötung des ‚Problemwolfs Kurti‘ in Munster“. Eine weitere Gruppe hat bereits mehr als 70 000 Unterschriften gesammelt. Kurtis Freunde und Gegner werden bei diesem Thema emotional.

Geschichten wie die des Landwirts Helge Johannes heizen die Stimmung an. Von seinem Traktor aus filmte er in der Nähe von Munster mit seinem Handy, wie ein Rudel von fünf Wölfen an ihm vorbeispazierte. „Es war erschreckend, wie nah die Tiere herankamen“, sagt Johannes, „sie hatten keine Scheu.“ Passiert ist allerdings nichts. In Deutschland gibt es seit der Rückkehr der Wölfe keinen dokumentierten Fall, in dem ein Wolf einen Menschen angegriffen hätte.

Kurti kam 2014 auf dem Truppenübungsplatz in Munster zur Welt, einem Naturidyll, in dem sich viele seltene Tierarten angesiedelt haben. Er war einer von sechs Welpen. Einen ersten Zwischenfall, mit dem er möglicherweise etwas zu tun hat, gab es im vergangenen Juni im Dorf Breloh. Zwei 6 und 13 Jahre alte Jungen fuhren mit ihren Rädern durch den Wald. Plötzlich habe da etwas auf dem Weg gelegen, das den Kopf hob. Die Jungs drehten um. Das Tier lief ihnen fast tausend Meter weit hinterher, bis ins Dorf.

„Die Jungs hatten große Angst“, sagt der Forstbeamte Jörg-Rüdiger Tilk, der den Vorfall dokumentierte. Er ist einer von 140 ehrenamtlichen Wolfsberatern, die das Land Niedersachsen ernannt hat. Sie sollen als eine Art Mediator zwischen Mensch und Wolf vermitteln.

Im vergangenen Sommer schnallten Wissenschaftler Kurti und einer Schwester aus demselben Wurf Sender um den Hals. Die Behörden wollten beobachten, von welchen Wölfen möglicherweise Gefahr ausgehe. Im Januar traf Kurti auf eine Frau, die mit ihrer Mischlingshündin spazieren ging. Als sie ihren Hund losmachte, lief der Mischling zum Wolf. Es soll zu einem Kampf gekommen sein. Anschließend musste der Hund mit drei Bisswunden zum Tierarzt.

Kurz darauf tauchte Kurti in Breloh auf. Dort soll er einer Mutter, die mit Kinderwagen und Hund unterwegs war, gefolgt sein. Er sei bis auf wenige Meter herangekommen, habe dem Hund Nase an Nase gegenübergestanden, berichtete die Frau.

Anschließend lief der Wolf gemächlich durch die Straßen des Dorfs, wo Anwohner Fotos von dem Tier machten, das an seinem Sender leicht zu erkennen war.

Schließlich ließ sich der Wolf noch dabei filmen, wie er am Zaun einer Flüchtlingsunterkunft in Bad Fallingbostel umherschlich. Eine Infrarotkamera erfasste ihn.

Wenn ein Wolf so nah an Menschen herankommt, dann stimmt etwas nicht, wissen Experten. Manchmal sei es eine Müllhalde, welche die Wölfe an den Menschen gewöhne. Und wenn sie gefüttert würden, habe das denselben Effekt. Solche Ursachen müssten unbedingt beseitigt werden, sagt Wolfexperte Karlsson.

CDU-Fraktionschef Björn Thümler hält den Aufwand, den der Umweltminister mit Kurti betreibt, für „grotesk“. Es könne nicht angehen, dass Wenzel „drei Tage lang unter anderem mit dem Flugzeug einen Wolf suchen lässt“, während es in der Regel Monate dauere, „bis ein Schäfer für seine getöteten Schafe entschädigt wird“.

Der Fall von Problemwolf MT6 wäre womöglich weniger vertrackt, hätte der Sender richtig funktioniert. Schon nach wenigen Monaten fiel das GPS-Ortungsgerät im Halsband aus. Kurti und seine Schwester konnten nur noch über einen Peilsender geortet werden, was viel aufwendiger ist.

Der Fall erinnert an den Braunbären Bruno, der im Mai 2006 aus Italien nach Norden einwanderte. Er pendelte zwischen Deutschland und Österreich hin und her. Es gab leidenschaftliche Freunde und Gegner des Problembären. Am Ende wurde er erschossen und ausgestopft.

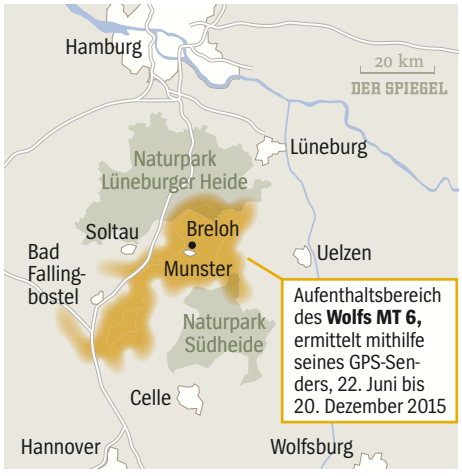
Wenn Kurti erneut durch Dörfer in der Lüneburger Heide spaziert, droht ihm dasselbe Schicksal. Als „Ultima Ratio“ schließt Umweltminister Wenzel den Abschuss des Tieres nicht aus. Im Zweifel habe die Sicherheit der Menschen Vorrang.

Für Leute, die in einer Wolfgegend leben, empfahl einer von Wenzels Mitarbeitern im Landtag Pfefferspray. Wenn das Tier auf einen zukomme, sei es geboten, „Gegenstände nach dem Wolf zu werfen und ihn mit Schirm, Stock et cetera zu schlagen“.

Alte Menschen hätten meist einen Stock dabei, wenn sie in der Natur unterwegs seien, ergänzte der Beamte, „der selbstverständlich auch gegen Wölfe eingesetzt werden kann“.

Klingt irgendwie nach Rotkäppchen.

Hubert Gude



DANIEL REINHARDT / DPA

Wolfvergrämer Karlsson
Dreimal Krach am Sonntag

BEIDE HABEN HANDWERKLICHES TALENT. NUR EINER HAT EINE PERSPEKTIVE.

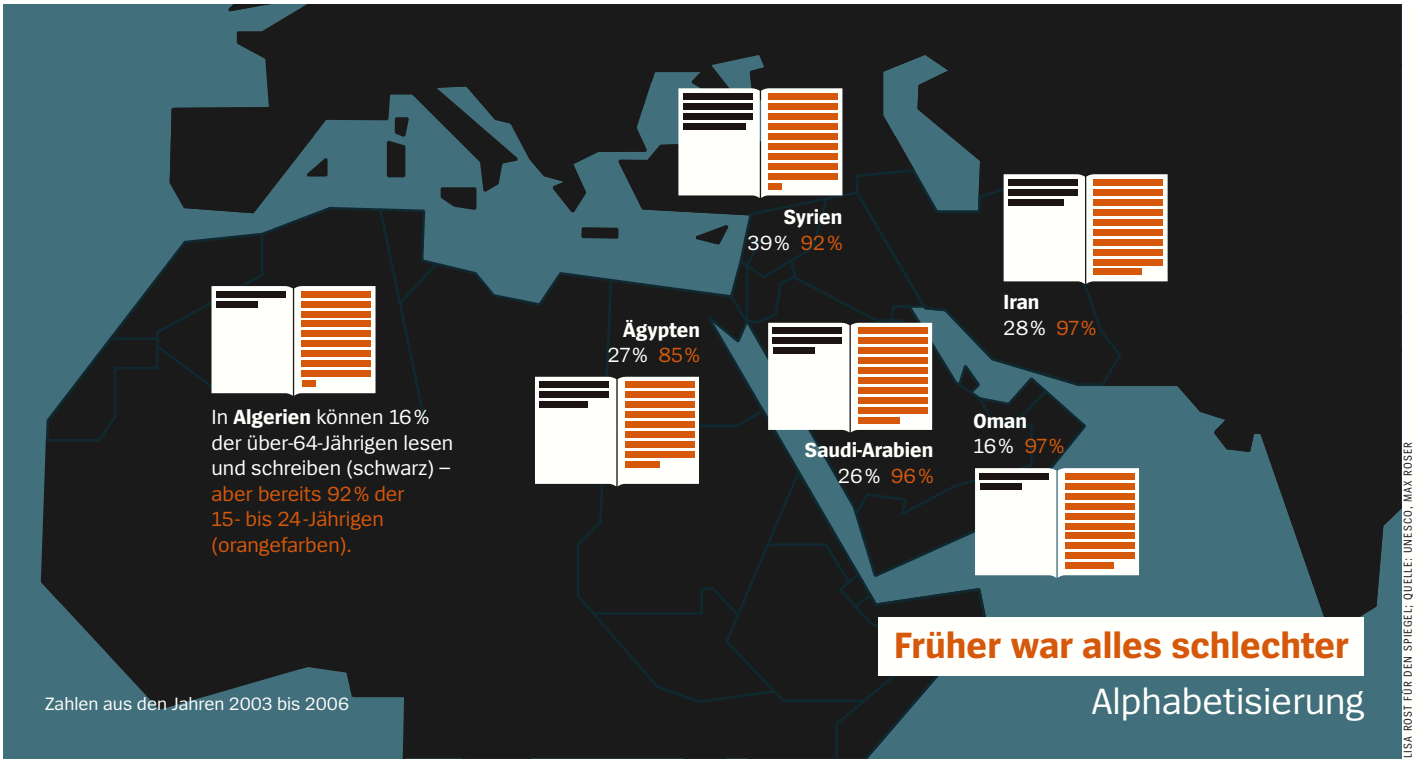
Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen mussten, eine Perspektive schaffen – das ist unser Ziel.

Wir zusammen – das sind Unternehmen und ihre Mitarbeiter, die mit gemeinsamen Initiativen helfen, Flüchtlinge in unsere Gesellschaft und in die Arbeitswelt zu integrieren.

Auch Sie und Ihre Kollegen möchten wir motivieren – egal wie groß Ihr Unternehmen ist. Jede Hilfe zählt. Schließen Sie sich uns an und werden Sie ein Teil von **wir-zusammen.de**

WIRTSCHAFT ZUSAMMEN

Integrations-Initiativen
der Deutschen Wirtschaft



LISA ROST FÜR DEN SPIEGEL; QUELLE: UNESCO, MAX ROSER

Die Welt hat lesen gelernt Vier von fünf Menschen auf der Welt können heute lesen und schreiben. Die Alphabetisierungsrate beträgt im globalen Mittel 85 Prozent, 1960 lag sie noch bei 60 Prozent. Was für ein gewaltiger Zivilisationsschritt sich damit vollzog, lässt sich besonders gut mit Blick auf die arabische Welt verstehen. Die Karte oben zeigt, dass im Nahen Osten und im Nordafrika der Sechziger- und Siebzigerjahre, als die heutigen Senioren jung waren, nur rund ein Drittel der Bevölkerung des Lesens und Schreibens mächtig war. In Algerien etwa war es nur jeder Sechste – ein Niveau, das im deutschen Kulturraum nach Schätzungen schon im 16. Jahrhundert erreicht wurde. Heute jedoch, nur eine oder zwei Generationen später, beträgt die Alphabetisierungsrate in den meisten dieser Staaten weit über 90 Prozent. Die arabische Welt hat damit in wenigen Jahrzehnten einen Prozess nachgeholt, der im Westen mehrere Jahrhunderte in Anspruch genommen hat. Es gibt keine Garantie, dass es in Sachen Säkularisierung oder Gewaltenteilung genauso schnell vorangeht. Aber, Inschallah, warum eigentlich nicht? Guido Mingels

Mail: guido.mingels@spiegel.de

Talkshows

Wie klatscht man professionell, Herr Bernhard?

Klaus Bernhard, 47, betreibt seit gut zehn Jahren die Agentur Rent-A-Fan, die gegen Geld Claqueure zu Konzerten, Messen oder ins Theater schickt.

SPIEGEL: Der Pressesprecher von Justizminister Heiko Maas hat sich bei „Anne Will“ zum Gespött gemacht, indem er nach jedem Redebeitrag seines Chefs als Einziger laut geklatscht hat. Was könnte er von einem professionellen Claqueur wie Ihnen lernen?
Bernhard: Klatschen muss dezent sein. Es muss auch mal zögerlich sein. Man darf nicht sofort klatschen, wenn die letzte Silbe gefallen ist. Man sollte auch Leute da reinsetzen, die unauffälliger sind. Bei der Studiogröße von „Anne Will“ würden fünf bis sechs Klatscher reichen.
SPIEGEL: Würden Sie so einen Auftrag annehmen?
Bernhard: Eine Politsendung wie „Anne Will“ ist grenzwertig. Wir haben für uns gesagt, wir machen keine politische Meinungsbildung. Ich würde meine Leute zu keiner Demonstration schicken. Wir haben ja gerade die Diskussion um Flüchtlinge – in dem Zusammenhang nehme ich keine Aufträge an. Aber bei einer politischen Veranstaltung mitklatschen, wenn ein paar Parteimitglieder mal wie Filmstars empfangen werden wollen – das geht.
SPIEGEL: Bei welchen Politikern haben Sie das gemacht?
Bernhard: Wenn ich das verrate, kann ich den Laden dichtmachen.
SPIEGEL: Dann allgemeiner: Welche Arten von Kunden haben Sie?
Bernhard: Kleinere Theater, die ab und an gern ein paar

GETTY IMAGES

Claqueure im Publikum haben. Wir gehen auch zu Firmenveranstaltungen oder zu Pressekonferenzen, damit es da nicht so karg aussieht, wenn nur drei von der Presse da sind. Wir sorgen dafür, dass Stände auf Messen gut besucht sind. Dann natürlich Konzerte. Im Grunde machen wir alles, wofür ein Publikum benötigt wird.
SPIEGEL: Und die Auftragslage?
Bernhard: Wird immer besser. Die Kunden schätzen unsere Professionalität. Inzwischen haben wir 13 000 Klatscher zum Vermieten in unserer Datenbank. Vor jedem Auftrag schließen wir einen Vertrag mit jedem Claqueur, der eine Verschwiegenheitsklausel enthält. Wie gesagt: Diskretion ist in dieser Branche alles. mke

Virginia tanzt

Eine Meldung und ihre Geschichte *Wie sich für eine 106-jährige Amerikanerin im Weißen Haus ein Traum erfüllte*

An einem Donnerstag Mitte Februar steigt Virginia McLaurin, 106 Jahre alt, klein wie ein Mädchen, Gehstock in der Hand, die Stufen ihres Apartmenthauses in der 13. Straße Nordwest in Washington, D.C., hinunter und macht sich auf den Weg zum Weißen Haus. Ihre dünnen Beine stecken in schweren Stiefeln, ihr Gang ist krumm, aber beschwingt. Sie hat sich ein blaues Kostüm übergezogen für diesen großen Tag, ihre Enkelin hat ihr die Fingernägel in einem passenden Ton lackiert.

Die Begegnung, die sie vor sich hat, ist für sie so wahrscheinlich wie eine Reise ins All. McLaurin hat sie erträumt, aber nicht für möglich gehalten. Das hat damit zu tun, dass der Mann, den sie treffen wird, der Präsident der Vereinigten Staaten ist. Es hat auch damit zu tun, dass dieser Präsident schwarz ist. Eine Tatsache, die für Virginia McLaurin, geboren am 12. März 1909, das wohl größte Wunder ihres Lebens bedeutet. Neben dem Umstand, dass sie noch immer lebt.

Virginia McLaurin wuchs in South Carolina auf. Als sie auf die Welt kam, war die Sklaverei noch keine 50 Jahre abgeschafft. Die Lebenserwartung einer schwarzen US-Amerikanerin lag bei 38 Jahren; ein Mann namens William Howard Taft war Präsident. Die Rassentrennung teilte Virginias Alltag in zwei Farben. Als sie ein junges Mädchen war, zog der Ku-Klux-Klan durch den Süden. Schwarze wurden gelyncht, wurden vom Wählen abgehalten und von einem guten Leben.

Virginia musste zehn Meilen bis zur Schule laufen, während die weißen Kinder im Schulbus saßen, das erzählt sie mit ihrer heiseren Stimme in einem der vielen Interviews, die sie in den letzten Wochen gegeben hat. Virginia musste nach acht Jahren die Schule verlassen, während weiße Kinder Universitäten besuchten. „Wir kannten es nicht anders“, sagt sie, „wenn wir ein Schild sahen, auf dem ‚white‘ stand, dann wussten wir, dass wir dort nicht hingehen durften. Man hätte uns eingesperrt.“

McLaurins Eltern waren Farmer, sie arbeiteten auf gepachtetem Land, die Tochter erinnert sich an Pferde und Esel, an Wasser, das sie aus einem Brunnen pumpen musste, und daran, wie sie Baumwolle pflückte und Maiskörner vom Kolben schob. Daran, wie ihre Mutter sie einmal auspeitschte, weil sie geflucht hatte. Das erste Auto, das sie sah, war ein Ford Modell T.

McLaurin heiratete früh. Sie zog mit ihrem Mann nach New Jersey. Es war die Zeit der „Great Migration“, als Millionen Schwarze aus den Südstaaten in die großen, freieren Städte weiter im Norden zogen. Mit Anfang zwanzig wurde McLaurin Mutter, bekam eine Tochter und einen Sohn. Dann kam ihr Mann bei einer Kneipenschlägerei ums Leben, und sie ging mit den Kindern zu ihrer Schwester nach Washington, D.C. Im Weißen Haus arbeitete ein Mann namens Franklin D. Roosevelt.

McLaurin verdiente ihr Geld als Haushälterin, später führte sie eine Reinigung. Es gibt Bilder aus dieser Zeit: Eines zeigt sie vor einer Fototapete mit auftoupiertem Haar und einem großen Lächeln, auf einem anderen sieht man sie nach einem Ausgehabend im Kleid. Eine Frau, die gern tanzte.

Virginia McLaurin zog ihre Kinder groß, und während sie ihr Leben bestritt, ging ein Weltkrieg vorüber, die Bürgerrechtsbewegung wuchs, Martin Luther King hatte einen Traum, Kennedy wurde erschossen, der erste Mann betrat den Mond. Jemand erfand die Mikrowelle, den PC. Sie bekam Enkelkinder, Urenkel, Ururenkel, wurde alt, wurde älter.

POLARIS / LAIF

McLaurin, Präsidentenpaar Obama im Weißen Haus

Ein Tänzchen in Ehren

Virginia McLaurin, eine 106 Jahre alte Afroamerikanerin, hat sich mit einem Be-

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“

Vor 20 Jahren, als sie Mitte achtzig war und alle Aufgaben erledigt schienen, beschloss Virginia McLaurin, auch ihrem Alter einen Sinn zu geben. Sie suchte sich ein Ehrenamt. Es war der erste Schritt auf ihrem Weg ins Weiße Haus. Damals arbeitete dort ein Mann namens Bill Clinton.

McLaurin wurde Gast-Oma für benachteiligte Kinder an einer Schule. Jeden Tag marschiert sie seither mit ihrer Lunchtüte am Arm von ihrem Apartment zu ihrem Arbeitsplatz. Das macht sie bis heute, 40 Stunden arbeitet sie pro Woche.

So wurde Virginia McLaurin zu einer kleinen Berühmtheit in ihrem Viertel. Als ihre Wohnung von einer Bettwanzenplage heimgesucht wurde, sie alle Möbel rausschmeißen und auf einer Luftmatratze hausen musste, startete eine Mieterorganisation eine Internetkampagne für sie. Sie wollte Spenden sammeln, drehte Videos über McLaurin und stellte diese auf Facebook. Auf einem der Videos erzählt McLaurin von ihrem großen Traum: einmal den Präsidenten zu besuchen.

Bald stellt eine Freundin eine offizielle Anfrage an das Weiße Haus. Die Einladung kommt. Und schließlich, am 18. Februar 2016, steht – im letzten Jahr seiner Amtszeit – der 18. Präsident ihres Lebens vor ihr. Virginia McLaurin reißt die Arme in die Luft, als wäre er gerade erst gewählt worden. Sie ruft: „Hi!“

Es ist ein Moment, in dem das alte Amerika dem neuen begegnet. McLaurin wippt von einem auf den anderen Fuß.

„Machen Sie langsam“, sagt Barack Obama. „Nicht so schnell.“

Virginia McLaurin beginnt zu tanzen, den Präsidenten und ihren Gehstock an der linken, die First Lady an der rechten Hand. Die Obamas tanzen mit. „Yes, Sir“, sagt Virginia McLaurin, „ich bin so glücklich. Ein schwarzer Präsident!“ Das Video von ihrem Tanz geht um die Welt, Millionen Menschen klicken es an. „I can die smiling now“, sagt Virginia McLaurin, sie könne jetzt mit einem Lächeln sterben.

Dialika Neufeld

Letzte Chance, Amigo

Revolutionen Der Papst war schon da, bald kommen Obama und die Stones nach Kuba. Alle wollen den Sozialismus sehen, bevor er stirbt. Aber wie ist es, wenn man das schon einmal erlebt hat, als Bürger der DDR? *Von Jochen-Martin Gutsch*

Ich war ungefähr zwölf, als ich Kuba das erste Mal sah. Es waren die Achtzigerjahre, ich saß in einem Ostberliner Klassenzimmer und schaute auf die politische Weltkarte, die neben der Tafel hing. Auf ihr war die Welt sauber aufgeteilt in Rot und Blau. Rot war das sozialistische Lager, blau das kapitalistische. Rot hatte es sogar bis über den Atlantik nach Amerika geschafft, ins dunkle Herz des Imperialismus. Die Lehrer zeigten stolz auf einen winzigen roten Fleck kurz vor Miami: Kuba. Dort lebten unsere sozialistischen Brüder. In der Karibik.

Später war der winzige rote Fleck dann ständig vom Untergang bedroht. Als ich 1992 das erste Mal nach Kuba reisen wollte, sagten bereits alle: Beeil dich. Das alte Kuba wird es nicht mehr lange geben! Die Sowjetunion hatte gerade ihr Leben ausgehaucht. Und Kuba würde folgen. Denn was machte der Sozialismus damals weltweit? Untergehen.

Aus Gründen, die ich vergessen habe, reiste ich dann aber erst zehn Jahre später nach Kuba, 2002. Kuba war noch da. Aber wieder sagten alle: Letzte Chance, Amigo, mach schnell, bevor es Kuba nicht mehr gibt! Mittlerweile ist der kubanische Untergang so eine Art Running Gag der Weltgeschichte.

Und jetzt? Soll es aber wirklich so weit sein. Das letzte Gefecht. Der kubanische Wandel ist da, und in ein paar Tagen kommt Barack Obama zum historischen Staatsbesuch nach Havanna, als erster amerikanischer Präsident seit 88 Jahren. Ein weiteres Zeichen dafür, dass die Revolution bald gurgelnd untergehen wird im Abfluss der Geschichte. Oder?

Von Deutschland aus betrachtet, erscheint das Ende auch ganz logisch. Aber dann ist man auf Kuba und merkt verwirrt: Es ist alles total verzwickt. Womöglich gibt es ja einen Grund, warum der winzige rote Fleck so lange überlebt hat? Länger als die DDR. Womöglich ist das nicht nur eine Folge von Diktatur oder Zufall? Mit solcherart Fragen im Gepäck flog ich nach Havanna. Zurück in den Sozialismus.

Vielleicht bin ich spät dran. Die meisten Reporter haben ihre Kuba-im-Wandel-Geschichte längst geschrieben. Und der Papst war auch schon da. Aber ich glaube, manchmal muss man einfach warten. Bis die Dinge wirklich in Bewegung geraten. Veränderung ist ein langsamer Prozess, und Kuba ist ein sehr langsames Land. Man kann hier eigentlich nie zu spät kommen. Immer nur zu früh.

Der Erste, den ich in Havanna treffe, ist ein Kapitalist. Er heißt Darién Garcia, ist 38 Jahre alt, Kubaner, Katholik und eine Art Lehrer. An einem Nachmittag steht er im kahlen Unterrichtsraum im Gemeindezentrum der Kirche Iglesia de Reina. Der Raum platzt aus allen Nähten. Junge, Alte, Männer, Frauen sind gekommen. Die Stüh-

le reichen nicht, so groß ist der Andrang. Dabei unterrichtet Garcia hier nur einen Businesskurs mit einem Namen, der nach Volkshochschule klingt: „Wie man ein kleines Geschäft führt“.

Es ist gerade sehr leicht, im sozialistischen Havanna ein Unternehmer zu werden. Man braucht zwei Passbilder und 30 Peso. Damit geht man zum Arbeitsministerium und beantragt die Lizenz für ein „Privatgeschäft“. Es ist aber auch sehr schwer in Havanna ein Unternehmer zu werden. „Die Kenntnisse sind so gering, ich denke manchmal, ich unterrichte Kinder“, sagt Garcia.

Zurzeit gibt es exakt 211 erlaubte private Geschäftstätigkeiten, erzählt Garcia. Darunter fallen: Taxifahrer, Restaurantbesitzer, Tiervermieter, Palmenbeschneider oder Feuerzeugauffüller. Offiziell heißt das neue Unternehmertum: „Aktualisierung des ökonomischen Modells“. Leider erklärt den Kubanern niemand, wie die Aktualisierung funktioniert. Genau hier kommt Darién Garcia ins Spiel.

Es ist der Tag vor dem Kurs. Ich sitze in Garcias verrumpelten Büro im Gemeindezentrum. Garcia hat früher als Wirtschaftsdozent an der Universität von Havanna unterrichtet. Seit zwei Jahren gibt er Kurse für Geschäftsgründer, finanziert von der katholischen Kirche. Die Kurse sind kostenlos und eines der seltenen Angebote in Havanna. Die Leute rennen Garcia die Bude ein. Aber sie verschwinden auch ganz schnell wieder. „Am Anfang melden sich 120 Leute für die Kurse. Am ersten Tag kommen 80. Nach drei Stunden sind noch 60 da. Am Ende bleiben 20 übrig.“

Garcia hat dafür zwei Erklärungen. Nummer eins? „Das Bild, das viele Kubaner vom Kapitalismus haben, ist ein Märchenbild“, sagt Garcia. „Aus amerikanischen Fernsehserien, Hollywoodfilmen, von den Verwandten aus Miami. Die schicken Fotos vom neuen Auto, Essen im Restaurant, dem neuen Fernseher. Und niemand fragt, was dahintersteckt. Ob die Verwandten dafür sieben Tage die Woche in irgendeinem miesen Job schuften. Die Leute hier glauben: Miami ist wie Havanna. Nur mit Geld. Und dann kommen sie in meinen Kurs und sind enttäuscht, wenn ich sage: ‚So einfach läuft das nicht.‘“

Kommt mir alles sehr bekannt vor, denke ich. Niemals wieder ist der Kapitalismus so sexy wie im Sozialismus. Und ist der Kapitalismus plötzlich da, denkt man: Aus der Ferne sah er viel besser aus.

Nummer zwei? „Das negative Gefühl“, sagt Garcia. „70 Prozent der Bevölkerung wurden nach der Revolution geboren. Wir sind alle Kinder des Sozialismus, erzogen in der sozialistischen Schule. Will man jetzt also ein Kapitalist werden? Ein Geschäftemacher? Ein „Bisnero“?

Nicht mal Garcia möchte ein Bisnero werden. „Ich lehre hier keinen harten Kapitalismus. Ich wünsche mir einen Kapitalismus, der ethisch, gerecht und sozial ist. Der den Werten von Papst Franziskus folgt.“ Ein Papst-Franziskus-Kapitalismus nach dem Fidel-Castro-Sozialismus?

Klingt gar nicht schlecht, denke ich, als ich zurück zum Hotel laufe. Eine Art Dritter Weg. Seit 26 Jahren lebe ich im Kapitalismus, aber ich habe noch immer nicht begriffen, warum es Zehntausende Joghurtsorten gibt. Warum ich mein Geld anlegen soll in Aktien oder anderes Zeugs, das ich gar nicht haben will, damit mein Geld „arbeitet“. Warum ich überhaupt ständig nach Gewinn streben soll. Warum sich im Kapitalismus alles um das Wachstum dreht. Das macht den Kapitalismus so unsympathisch, so unmoralisch auch. Sieht er im Grunde nicht aus wie Donald Trump?

Mit dem Sozialismus ist es natürlich auch schwierig. Ich wohne im Habana Libre, einem alten Hotelkasten, 1958 prunkvoll eröffnet als Hilton Habana. Wenige Monate später zogen Fidel Castro und seine Männer siegreich in Havanna ein, und das Hilton wurde kurzerhand zum Hauptquartier der Revolution erklärt. Castro bezog drei Monate lang die Suite 2324 und gab der Weltpresse lässig Interviews.

Ich wohne jetzt eine Etage darüber, 24. Stock. Wäre Castro noch da, könnte ich runtergehen und höflich ein paar Fragen stellen. Zum Beispiel, warum die Fahrstühle nicht funktionieren im Sozialismus.

Das Hotel hat sechs Fahrstühle. Drei sind zurzeit außer Betrieb. Manchmal auch vier. Und so warte ich im 24. Stock auf den Fahrstuhl wie auf die Ankunft des Messias. 20 Minuten, eine halbe Stunde. Jeden Tag, mehrmals.

Das Hotel hat auch Internet. Eine Stunde für fünf Dollar. Die Verbindung ist so

US-amerikanische Touristen in Havanna

SVEN CREUTZMANN / DER SPIEGEL

SVEN CREUTZMANN / DER SPIEGEL

Dachrestaurant in Havanna: Haute Couture in den Trümmern des Sozialismus

langsam, dass man in den Laptop beißen möchte. Aber ich brauche das Internet. An der Hotelrezeption will ich ein Internetticket kaufen. Ich bekomme aber nur einen Zettel, mit dem ich zum Businesscenter geschickt werde. Den Zettel überreiche ich einer gelangweilten Businesscenter-Frau und bekomme dafür zwei neue Zettel, die ich unterschreiben muss, weiß Gott wofür, und die dann umständlich abgeheftet werden in einer dicken Zettelmappe, und ganz am Ende bekomme ich einen vierten Zettel mit dem Code für das Internet.

Das ist der kubanische Sozialismus, denke ich: Warten und Zettel. Stillstand und Bürokratie. Er saugt einem die Energie aus den Knochen, und ich spüre, wie ein vergessenes DDR-Ohnmachtsgefühl in mir hochsteigt: Warten auf ein Auto, auf einen Platz im Restaurant, auf Fleisch beim Fleischer, einen Platz im FDGB-Ferienheim. Warten auf eine glorreiche Zukunft, in der dann alles besser wird.

In diesem zermürbten Zustand traf ich Pelayo Terry Cuervo. Er ist Chefredakteur der „Granma“, der größten Tageszeitung des Landes. „Granma“ hieß die Jacht, mit der Castro und seine Schar einst auf Kuba landeten. Die „Granma“, zu Deutsch: Oma, ist vor allem aber das „Offizielle Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas“ und damit ein guter Gradmesser für den Veränderungswillen im Herzen der Partei. Ganz oben, sozusagen.

Pelayo Cuervo ist 49 Jahre alt, und wenn man sein Büro betritt, hat man das Gefühl, man steht im Revolutionsmuseum. Da sind unter anderem: ein gewaltiges Porträt von Che Guevara vor feuerrotem Hintergrund. Gerahmte Fotos von Fidel Castro und ein großes, an die Wand geworfenes Zitat aus dem Jahre 1958, in dem Castro den Kampf gegen die Amerikaner beschwört. Und ein weißer Ledersessel mit Drehfuß.

„Das ist Fidels Sessel“, sagt Cuervo. „Hier hat er immer gesessen. Früher kam er jeden Tag in die Zeitung.“ Früher? „Bis Mitte der Neunzigerjahre.“

Wir stehen vor dem leeren weißen Sessel wie vor einem Geist. Fidel Castro ist ab und an noch Autor der „Granma“. Zuletzt schrieb er, dass er den Amerikanern nicht vertraut. Pelayo Cuervo vertraut den Amerikanern auch nicht, befürwortet aber die Annäherung. „Die neuen Beziehungen zu den USA sind der Beweis, dass der Widerstand des kubanischen Volkes nicht umsonst war“, so sieht Cuervo die Sache.

Die „Granma“, Auflage 500 000 Stück und meist acht Seiten dünn, ist 50 Jahre alt, und in all dieser Zeit war ihre Aufgabe immer klar, „die Revolution und ihre Errungenschaften verteidigen“. In letzter Zeit ist nun aber eine neue, bislang unbekannte Aufgabe hinzugekommen. „Die ‚Granma‘ muss auch die Gesellschaft abbilden, mit ihren Brüchen und Fehlern“, sagt Cuervo.

Ähnlich wie Raúl Castro hat sich auch Cuervo einen Reformplan zusammengestellt. Er sieht ungefähr so aus: mehr Offenheit, mehr Debatte. Cuervo zieht einen Leserbrief aus einer Mappe hervor. Jedes Jahr erreichen rund 10 000 Briefe die Redaktion. Oft sind es Beschwerden über den sozialistischen Alltag. Einige Briefe werden jeden Freitag auf zwei Leserbriefseiten abgedruckt. „Diese Beschwerde hier schicke ich ans Landwirtschaftsministerium“, sagt Cuervo und wedelt mit dem Brief. „Es geht um ein Versorgungsproblem. Die haben 60 Tage Zeit, darauf zu antworten. Und wenn die Antwort dürftig ausfällt, werden wir den Fall in der Zeitung kommentieren. Das habe ich neu eingeführt.“

Cuervo will auch mehr Diskussionen in seiner Zeitung. „Wenn es in der Gesellschaft eine Debatte gibt, muss darüber bei uns zu lesen sein.“ Die Redaktion der „Granma“ ist schon mal eine echte Überraschung. Man erwartet bei einer Parteizeitung ja irgendwie ein Altersheim. Aber dann sitzen in den engen Büros viele Redakteure zwischen 25 und 40, und die Feuilletonchefin heißt Amelia Duarte de la Rosa und sieht aus wie ein Fotomodell. Möglicherweise hat die Revolution auf Kuba ja auch so lange überlebt, weil die kubanischen Kommunisten oft so schön sind und eben nicht Erich oder Margot oder Günter heißen wie in der DDR, sondern Amelia Duarte de la Rosa, so, als wären sie gerade einem Roman entstiegen.

Darüber vergisst man dann fast eine letzte Frage zu stellen: Herr Cuervo, was denken Sie, wollen die Kubaner wirklich? Eine Erneuerung des Systems? Oder seine Abschaffung? „95 Prozent der Kubaner stehen hinter uns“, sagt Cuervo, der Chefredakteur. Und ich frage mich, ob er das wirklich glaubt oder glauben will.

Dann fahren wir hoch ins Archiv der „Granma“, in eine Welt, die welk und staubig riecht, wo die neuen Zeiten noch so fern sind wie der Mond. Wo fünf Millionen Fotonegative liegen. Sie stecken in alten hölzernen Schubladen. Auf einigen stehen nur drei kurze Namen: Fidel. Raúl. Che.

Und plötzlich bekommt man eine Ahnung, wie tief die Wurzeln liegen. Fidel. Raúl. Che. Jeder Kubaner ging mit ihnen durch das Leben. Ob er wollte oder nicht. Ob er an den Sozialismus glaubte oder nicht. Seit dem Sieg der Revolution vor unfassbaren 57 Jahren. Damals hieß der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower. Konrad Adenauer war Kanzler. Fritz Walter spielte Fußball. Und die Beatles gab es noch gar nicht. 57 Jahre lang: Fidel. Raúl. Che. Sie waren immer da. Und jetzt? Wer oder was kommt jetzt?

Erst mal kommt Obama. Zum historischen Staatsbesuch. Ein amerikanischer Präsident in Havanna – man kann sich das eigentlich gar nicht richtig vorstellen. Es ist ähnlich surreal wie die Mondlandung. Raúl Castro ist 84, Fidel Castro ist 88 Jahre alt – sie haben zehn amerikanische Präsidenten überlebt. Und der elfte kommt nun vorbei, um Frieden zu schließen.

Andere Amerikaner sind natürlich längst da, eine kleine kapitalistische Vorhut: die Immobilienkäufer. Sie sitzen in den neuen Maklerbüros oder gehen durch die Altstadt und halten Ausschau nach Offerten auf einem der Se-vende-Schilder, die hier an den Haustüren kleben.

Havanna ist eine sozialistische Trümmerbude, morsch und löchrig. Eine Stadt voll bewohnter Schutthaufen, aus denen die Stromkabel hängen wie Infusionsschläuche. Ganze Straßenzüge, von denen man hofft, dass sie nicht zusammenstürzen. Na und? Die Immobilienkäufer sehen schon die große Zukunft und sagen: diese unglaublichen Kolonialbauten! Man muss jetzt investieren! In ein paar Jahren ist Havanna der absolute Wahnsinn! Ich merke ja auch, wie es an mir reißt. Na, hier eine Wohnung? Ist sicher billig. Wird später mal teuer. In Berlin hättest du auch kaufen sollen. Damals in den Neunzigern. Man reist zurück in den Sozialismus und spürt plötzlich seine kapitalistischen Reflexe.

Na, hier eine Wohnung? In Berlin hättest du auch kaufen sollen.

Bei „Havanna Casas“ nahe der Altstadt sitzt Joel, 33 Jahre, T-Shirt, an den Füßen alte Chucks. Er sieht aus wie ein Student, ist aber seit einigen Monaten Immobilienmakler, ausgebildet durch ein zehnstündiges amerikanisches Schulungsvideo.

Und wie läuft das Geschäft, Joel?

„Sehr gut. Viele Amerikaner wollen schnell kaufen, bevor der Markt richtig aufgeht. Und die Europäer wollen schnell kaufen, bevor die Amerikaner alles kaufen.“ Klingt, als hätte der Wettlauf schon begonnen. Dabei gibt es ja noch gar keinen Markt. Eigentlich. Ausländer dürfen keine Immobilie erwerben auf Kuba. Aber wo Gesetze sind, sind auch Umgehungen.

Die Ausländer suchen sich jetzt einen kubanischen Strohmann, oft sind es Frauen. Die kubanische Geliebte. Kann natürlich gut sein, dass die kubanische Geliebte nach dem Wohnungskauf spontan beschließt, dass sie den Ausländer nicht mehr liebt und sich trennt. Dann hat sie eine schöne Eigentumswohnung und der Ausländer weniger Geld auf dem Konto.

Schreckt das die Käufer nicht ab? Joel zuckt mit den Schultern. „Gestern saß hier ein Amerikaner und wollte unbedingt was kaufen. Er fragte, ob ich sein Strohmann sein könnte. Ist das nicht irre? Er hatte mich nie zuvor im Leben gesehen, war aber bereit, mir sofort einen Haufen Geld in die Hand zu drücken.“

Man kann die Gier fast fühlen. Die große Welle, die da auf Kuba zurollen könnte. Am Ende geht es ja nicht nur um ein paar Wohnungen, Häuser. Es geht um die Frage: Wem gehört das Land?

Nach der Revolution ließ Fidel Castro die ausländischen Firmen auf Kuba enteignen. Es waren amerikanische Riesen darunter: Texaco, Coca-Cola, United Fruit, General Motors. Sie oder ihre Rechtsnachfolger werden bald alle wieder vor der Tür stehen. Und auch andere alte Bekannte bringen sich bereits in Position: Die Erben des amerikanischen Gangsterbosses Meyer Lansky gaben kürzlich bekannt, dass sie gern das Hotel Riviera zurückhätten – in den Fünfzigerjahren eine berüchtigte Mafiahöhle am Malecón, der Uferpromenade.

Joel empfiehlt mir, in Havannas Altstadt zu kaufen. Und was kostet das? „Kolonialstil, guter Zustand, 100 Quadratmeter? Ungefähr 100 000 Dollar.“

Man könnte eine Ferienwohnung daraus machen, denke ich. Die Leute sind gerade verrückt nach Kuba. Touristische Zuwachsrate im vergangenen Jahr: fast 20 Prozent. Havanna platzt aus allen Nähten. Airbnb ist auch schon da. Die Prominenten sowieso. Beyoncé war in Havanna. Rihanna. Katy Perry. Jay-Z. Ende März kommen die Rolling Stones. Später stellt Karl Lagerfeld hier seine neue Kollektion vor. Haute Couture in den Trümmern des Sozialismus. Paris Hilton. Pierce Brosnan. Thomas Oppermann. Wer?

Thomas Oppermann, SPD-Fraktionschef im Deutschen Bundestag, steht auf der schönen Dachterrasse des Restaurants La Guarida. In der Brusttasche seines schwarzen Polohemds steckt eine kubanische Zigarre. Oppermann war gerade in Mexiko, wo er sich, wie er erzählt, einen Eindruck von der Lage verschaffen wollte. Jetzt ist er kurz in Havanna, es wird nicht ganz klar, warum. Vermutlich: um sich einen Eindruck zu verschaffen.

Die deutsche Botschaft hat deshalb einen geselligen Abend organisiert, und jetzt stehen wir alle hier und trinken Daiquiris. Ach Kuba, sagt Oppermann, nippt am Daiquiri und schaut hinunter auf die Stadt, auf das Ruinenmeer von Havanna. So schlimm habe er sich das nicht vorgestellt. Sieht ja hier aus wie Sarajevo nach dem Krieg, sagt Oppermann betrübt.

Aber erst mal wird gegessen. Im Restaurant informiert sich Oppermann kurz über die kubanische Lage. Es gab doch so viele Verhaftungen in letzter Zeit, oder? Politi-

SVEN CREUTZMANN / DER SPIEGEL

Revolutionsmuseumsdirektor Pérez Quintana: „Haare und Barthaare von Che“

SVEN CREUTZMANN / DER SPIEGEL

„Granma"-Chefredakteur Cuervo: Fünf Millionen Fotonegative in hölzernen Schubladen

sche Gefangene? Aber da kommen auch schon das Essen und der Wein.

Der deutsche Vizekanzler Sigmar Gabriel war auch gerade in Havanna. Mit einer Wirtschaftsdelegation bestehend aus dem berühmten deutschen Mittelstand. Es ging um Investitionen. Um den kubanischen Markt, so konnte man lesen.

Ach, der kubanische Markt, sagt Oppermann nun. Der ist ja sehr klein. Wie viele Menschen leben überhaupt auf Kuba? Elf Millionen, sagt ein Botschaftsmitarbeiter. Selbst die kleine DDR hatte mehr.

Und dann geht das Licht aus. Stromausfall, der ganze Stadtteil ist betroffen. Ach, das erlebt man ja auch nicht alle Tage, sagt Oppermann gut gelaunt und lobt das Essen. Ach, das war herrlich. Wie heißt das Restaurant hier? Kerzen werden auf den Tisch gestellt, und Oppermann schwärmt von seiner Fahrt im kubanischen Oldtimer-Taxi, einem uralten Chevy oder Buick.

Und während Oppermann erzählt, begreift man: Er ist auch nur eine Art Tourist. So wie alle anderen. Denn auf Kuba gibt es politisch eigentlich nichts mehr zu holen. Der kubanische Markt? Ein Witz. Kuba hat allenfalls noch nostalgische Bedeutung: als besonders schöne Trophäe im Siegerschrank des Kalten Krieges.

Die großen Kämpfe sind längst weitergezogen. Syrien, Irak, Russland, Ukraine, die EU, der IS, der Terrorismus, die Flüchtlinge. Kuba wirkt dagegen wie ein heruntergekommenes Erholungsheim. Ein Jurassic Park des Sozialismus, den jetzt alle noch mal sehen wollen, aus Angst, dass ihn die Zeit verschluckt.

Wahrscheinlich, das ist die Ironie der Geschichte, ist der kubanische Sozialismus gerade so beliebt wie nie zuvor. Und wenn es nach den Touristen ginge, könnte eigentlich alles so bleiben, wie es ist. Man reist hier zurück in eine übersichtliche, immer gleiche Vergangenheit. Ohne neue verwirrende Fronten und Krisen. Und Internet gibt es ja auch kaum. Herrlich!

Man lebt hier immer nur die kubanische Version der großen Weltentwürfe.

Thomas Oppermann will jetzt aber endlich seine kubanische Zigarre rauchen. Und im Restaurant sind plötzlich auch alle ganz aufgeregt. Kellner flitzen wild umher. Was ist denn nun schon wieder los?, fragen wir am Ausgang. Caroline von Monaco ist gekommen, lautet die Antwort. Es ist irre: Selbst der europäische Hochadel macht jetzt Urlaub im guten alten Sozialismus.

Am letzten Tag in Havanna gehe ich ins Revolutionsmuseum. Dort steht Batistas goldenes Telefon. Als Kind hat mich diese Geschichte beeindruckt: Diktator Batista, der die Insel bis 1958 beherrschte, hatte ein goldenes Telefon besessen! In Ostberlin war die Telefonlage ja immer schwierig.

Jetzt stehe ich vor dem goldenen Telefon, und es ist einfach nur ein altes Telefon aus Plastik, das aussieht, als hätte es ein Kind flüchtig mit Goldfarbe bemalt.

Ich gehe durch die Revolutionsausstellung. Es ist deprimierend. In Glaskästen stecken vergilbte Zeitungsartikel. Dazu schief hängende Schwarz-Weiß-Fotos, unter denen sich die Beschriftung wellt.

Ein Paar alte Schuhe von Fidel Castro sind ausgestellt, ein alter Gürtel: „Der blutige Gürtel von Jorge Delgado, der im Kampf fiel am 17. April 1961." Durch kaputte Fenster pfeift der Wind, eine Museumsmitarbeiterin ist auf ihrem Stuhl eingenickt. Man steht hier im Revolutionsmuseum, und die Revolution ist tot. Sogar das genaue Todesdatum lässt sich feststellen: Die Ausstellung endet mit einem Foto aus dem Mai 1991. „Fidel und Raúl Castro begrüßen siegreiche internationale Kämpfer, die in die Heimat zurückkehren."

Man kann nur hoffen, dass das berühmte Revolutionsmuseum nicht zum Besuchsprogramm von Barack Obama gehört. Das hätten die stolzen Kubaner nicht verdient.

José Pérez Quintana, der Museumsdirektor, ist ein müde wirkender Mann, 55 Jahre alt, der sich gleich entschuldigt. Die Ausstellung wurde im Jahr 1988 konzipiert und seitdem kaum erneuert. Aber bald wird alles anders. Pérez Quintana träumt von einer großen Museumszukunft mit digitaler Animation, einem Theatersaal und Cafeteria. Er will auch bald ganz neue Sachen zeigen. „Das Lager ist voller Schätze."

Zum Beispiel? „Eine Jacke von Che. Auch Haare und Barthaare von Che", sagt Pérez Quintana und lächelt versunken. Die Revolution geht also weiter? „Natürlich!", sagt Pérez Quintana. „Eine Revolution verändert sich. Aber sie endet nie!"

Und ich denke: Wahrscheinlich hat der kubanische Sozialismus so lange überlebt, weil es hier überall Menschen wie José Pérez Quintana gibt. Und Pelayo Cuervo, den Chefredakteur. Und die Schüler von Darién Garcia, dem Kapitalismuslehrer. Sie sitzen in einem zerbröselnden Reich, aber es ist wenigstens ihr Reich. Mühsam erkämpft vor 57 Jahren. Der greise König lebt noch, und die Zukunft ist ungewiss. Früher oder später wird vermutlich der Kapitalismus kommen. Aber man kann sich eigentlich nicht vorstellen, dass die Kubaner richtige Kapitalisten werden. So wie sie ja auch nie richtige Kommunisten wurden. Man lebt hier immer nur die kubanische Version der großen Weltentwürfe.

Zum Abschied sagt Pérez Quintana, der Museumsdirektor: „Ich mag Deutschland sehr." Und einen Augenblick lang denke ich, er möchte auch das Land verlassen wie so viele Kubaner. Aber es ist anders.

„Ich liebe die Scorpions!", sagt Pérez Quintana. Er würde gern mal die Scorpions sehen, live. Stattdessen kommen nun die Rolling Stones nach Havanna. Das ist auch nicht schlecht, sagt Pérez Quintana. Und ich denke daran, dass, historisch betrachtet, Rockbands für den Sozialismus in seiner Spätphase oft ein schlechtes Omen waren. 1988 spielte Bruce Springsteen in Ostberlin. Ein Jahr später fiel die Mauer. 1991 empfing Gorbatschow die Scorpions im Kreml. Kurz darauf zerfiel die Sowjetunion.

Was ist sein Lieblingssong?, frage ich José Pérez Quintana. Wind of Change? Das wäre ja ein schönes Ende für diese Geschichte. Quasi wie bestellt. Nein, nein, sagt Pérez Quintana, der jetzt unter einem alten Foto steht, das die Revolutionäre Fidel und Raúl Castro zeigt. Es ist: „Still Loving You".

Was bin ich?

Gender Transfrau, bigender oder Inter* Mensch – Facebook bietet seinen Nutzern 60 Geschlechter zur Auswahl an. Zehn von ihnen erklären hier, wer und was sie sind.

Weil es mehr gibt als nur Männer und Frauen, weil niemand zu hundert Prozent Mann ist oder Frau, weil das soziale Geschlecht ein Spektrum ist und kein Entweder-oder – deswegen ist die Fülle der Gender-Begriffe heute so groß wie die Verwirrung darüber in der Öffentlichkeit. Dass Facebook seinen Nutzern seit einiger Zeit 60 verschiedene Möglichkeiten der Geschlechtsbezeichnung gibt, trägt zunächst einmal wenig zur Klärung bei. Wer jedoch, wie so viele, bei der Suche nach dem eigenen Ich ein passendes Wort jenseits von weiblich und männlich zu finden hofft, begrüßt diese neuen Optionen. Es geht hier nicht um exotische Anliegen einer Mini-Minorität. In Deutschland gibt es rund 120 000 intersexuelle und bis zu 70 000 transsexuelle Menschen, wie Interessenverbände schätzen. Kaum zu ermitteln ist, wie viele weitere sich darüber hinaus etwa als gender variabel, androgyn, viertes Geschlecht, Butch oder Femme verstehen – um nur einige der Termini zu nennen, die man bei Facebook anklicken kann. Es sind nur Worte. Aber sie helfen Menschen wie Till Amelung – einer von zehn, die hier Auskunft geben –, sich dort „einzuordnen", wie er sagt, „wo vorher nur Leere war".

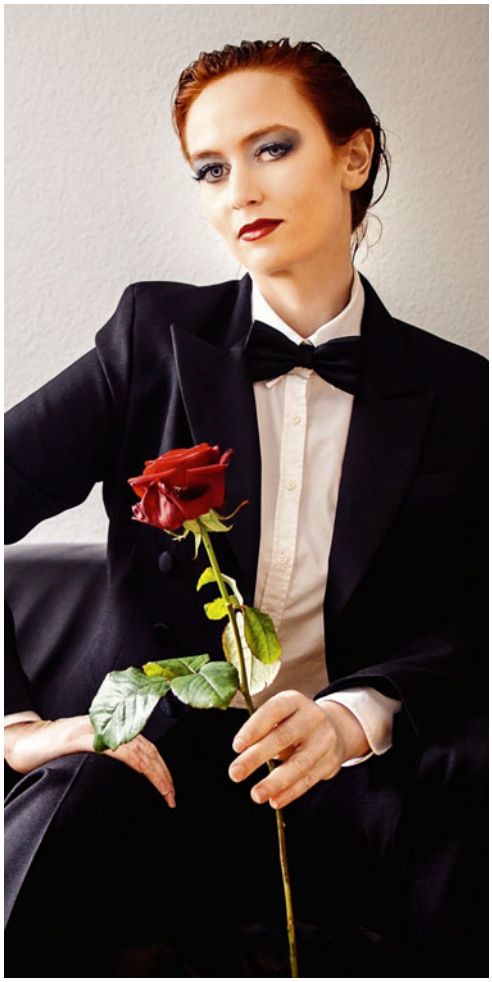
Kharina Weinreich, 25, androgyn

XXY: drei Buchstaben, die mir das Leben ganz schön schwer gemacht haben, Mann. Ich bin mit einem XXY-Chromosomensatz auf die Welt gekommen – mit einem X zu viel. Das passiert nur bei jedem 1000. Menschen oder so. Auf jeden Fall selten. Du giltst dann als Mann; ich habe mich aber nie so gefühlt. Besonders habe ich das in der Pubertät bemerkt, als mein Körper sich auf eine Weise veränderte, die mir nicht gefiel. Ich wollte nichts mit meinem Penis zu tun haben. Aber was willst du tun mit 14? Erst mal damit leben und dir viel Scheiße anhören von deinen Mitschülern. Später entdeckte ich im Internet dann, was Transsexualität bedeutet, und fand heraus, dass man da was machen kann. Also begann ich eine Geschlechtsumwandlung: Östrogene nehmen, Namen ändern, Operation. Das volle Programm.

Natürlich habe ich trotzdem noch etwas Männliches in mir. Deshalb bezeichne ich mich ja als androgyn. Aber ich bin auch stolz, eine Frau zu sein. Und, ganz ehrlich, ich kann auch stolz darauf sein, denn ich habe hart dafür gearbeitet.

Inga Schmetzer, 34, gender variabel

Ich bin lesbisch, definitiv, nur kann ich nicht klar und für die Ewigkeit sagen, ob männlich oder weiblich. Ich springe zwischen den Geschlechtern herum. Manchmal bin ich der Macho auf dem Sofa, manchmal eine Diva im Cocktailkleid, die Beine über-



SUSANNE SEIFFERT

einandergeschlagen, mit einem Sekt in der Hand, Frau durch und durch. Wer ich bin, ist tagesformabhängig. Das halten Außenstehende oft für schizophren, meine Familie nannte mich pervers. Nun gut, es soll auch mal Leute gegeben haben, die die Erde für eine Scheibe hielten. Ich kann damit leben. Jeder soll in mir sehen, was er will, Frau, Lesbe, Irre. Ich charakterisiere mich am liebsten als gender variabel. Das beschreibt, wo ich mich zu Hause fühle. Und jeder ist froh, eine Heimat zu haben.

Christine Ullmann, 36, Femme

Am Anfang, in der Vorschulzeit, war da dieses Gefühl: sich nicht entscheiden zu können zwischen Blau und Rosa. Die Suche nach einer anderen Farbe. Es gab damals keinen Ausdruck für das, was ich bin. Deshalb freut es mich, wenn ich heute bei Facebook das Geschlecht angeben kann, mit dem ich mich wirklich identifiziere: Femme, das französische Wort für Frau. Damit ist der feminine Part in einer lesbischen Beziehung gemeint. Ich bin weiblich, auffällig weiblich. Ich trage gern Röcke und High Heels, einen tiefen Ausschnitt, und mag es, von meiner Partnerin betüddelt zu werden, wie man bei uns im Rheinland sagt: Tür aufhalten, Stuhl ranrücken. Die alte Schule eben. Die meisten Menschen sehen deshalb in mir eine heterosexuelle Frau. Doch das bin ich nicht. Ich bin Femme und will mich auch so definieren, auf Facebook und überall sonst.

Adrian Renne, 39, männlich (Name geändert)

Ich habe meine Geschlechtsangaben bei Facebook mehrmals geändert, und das spiegelt meinen Selbstfindungsprozess ganz gut wider. Erst stand dort weiblich, das Geschlecht, das mir bei Geburt zugeschrieben wurde. Ich fühlte mich aber nie als Frau. Dann änderte ich meinen Status in nicht-binär, also nicht in das gängige Mann-Frau-Schema passend. Jetzt steht bei mir männlich, weil ich mich als Mann fühle, als Mann angesprochen und behandelt werden möchte.

Ich habe mich so lange unwohl gefühlt, fremd mit mir. Mehr als 30 Jahre lang dachte ich, eine Frau sein zu müssen, und erst vor Kurzem erkannte ich, nein, bin ich doch nicht. Ich führe auch noch eine Ehe. Meinem Mann habe ich inzwischen gesagt, dass ich selbst ein Mann bin. Das war ein ganz schön großer Schritt, glauben Sie mir. Er versucht, so gut es geht, damit umzugehen. Wie es mit uns weitergeht? Ungewiss. Seine Familie und Freunde wissen von nichts, weshalb ich meinen echten Namen hier auch nicht nenne. Denn ich muss mich selbst erst mal in meine neue Rolle hineinfinden. Und da ist Facebook für mich wie eine Spielwiese. Im Moment fühlt sich das mit dem männlichen Geschlecht richtig an. Aber ich würde nicht ausschließen, dass sich das noch mal ändert.

Chris Vogel, 44, Butch (Name geändert)

Früher nannten sie mich Wildfang, ein Mädchen zwar, aber eines, das sich verhält wie ein Junge, Fußball spielt, Basketball, BMX-Rad fährt. Wächst sich schon irgendwann aus, sagten sie und warteten. Sie warteten vergebens. Ich bewege mich auf dem schmalen Grat zwischen Mann und Frau, in einer Art Kontinuum, genau in der Mitte. Dort fühle ich mich wohl. Menschen halten mich häufiger für einen Mann, ich ziehe ausschließlich Herrenkleidung an, und mir fehlt jeglicher Habitus, der Frauen gern zugeschrieben wird. Dafür faszinieren mich Femmes, feminine lesbische Frauen. Ich habe auch kein Problem, als Lesbe angesehen zu werden. Butch ist allerdings spezifischer, es geht für mich dabei um kultivierte weibliche Maskulinität. Es ist ein Begriff, der meiner fluiden Welt eine klar strukturierende Komponente verleiht. Der Begriff ist für mich wie eine Boje: Er gibt mir Halt in diesem weiten Ozean der Geschlechter.

Till Amelung, 31, Transmann

Wie ich mich beschreiben würde? Als Mann, der nicht den klassischen Weg zum Mannsein genommen hat, sondern einen Umweg. Ich bin weiblich geboren, aber von klein auf wusste ich, dass da ein Fehler vorliegen muss; ein Fehler, für den ich zunächst keinen Namen fand, weswegen ich das Problem bei mir selbst suchte: Bin ich verrückt? Was stimmt nicht mit mir?

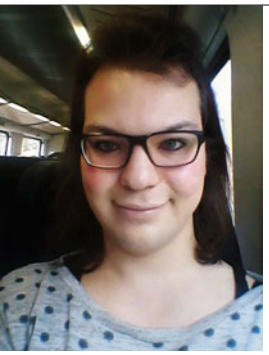
Mit Anfang zwanzig stieß ich dann auf Begriffe wie Transsexualität. Sie halfen mir, mich einzuordnen, und zwar dort, wo vorher nur Leere war. Die Geschlechtsangleichung zum Mann war dann der logische Weg für mich.

Es geht in die richtige Richtung, wenn eine so große Plattform wie Facebook jedem die Möglichkeit bietet, sein Geschlecht aus mehr als nur zwei Kategorien auswählen zu können. Es zeigt: Normal ist mehr als nur männlich und weiblich.

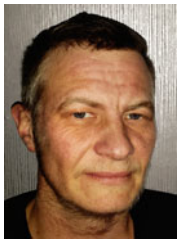
Ich weiß, dass es viele Menschen gibt, die nichts gegen uns haben – sich aber über Facebooks Geschlechterliste lustig machen. Doch eine solche Liste hilft, das Thema Trans- und Intersexualität aus der Schmuddelecke zu holen. Bleiben diese Begriffe und Möglichkeiten aber unsichtbar, so unterstützt man damit nur jene, die uns weiter stigmatisieren wollen. Es ist ein Mittel, zu zeigen, dass wir Menschen sind, keine Freaks.

Jenny Behm, 27, weiblich

Menschen haben mir inzwischen so viel Unverständnis entgegengebracht, dass ich bei Facebook mein Geschlecht einfach mit weiblich angebe. Ansonsten fürchte ich wieder die alten Fragen: Warum Transfrau? Warum transweiblich? Ich habe genug Unverständnis erlebt, Ablehnung vor allem: Meine Familie ist sehr christlich. Für sie bin ich noch immer ein Junge. Als ich mich mit 22 als Frau geoutet habe, meinten



sie: Kind, du musst nur mehr beten. Musst dich wieder Gott zuwenden. Dann wirst du schon wieder „normal“. Hat – Überraschung! – nicht funktioniert. Bis heute darf ich nicht als Frau zu ihnen nach Hause kommen, weil sie Angst vor dem Getuschel der Nachbarn haben. Wenn deine eigenen Eltern dich verleugnen, wenn du nicht du sein darfst, dort, wo du dich doch eigentlich am meisten geborgen fühlen müsstest: Das tut ziemlich weh.



Jaron T., 42, Frau zu Mann (FzM)
Im vergangenen Dezember hatte ich meine erste Operation, ich befinde mich mitten im Angleichungsprozess zum Mann. Auch rechtlich werde ich offiziell als Mann anerkannt. Ich war selbstständig, leitete eine Kampfsportschule. 70 Mitglieder hatte ich. Nach meinem Outing waren es noch 20. Da konnte ich meinen Laden dichtmachen. Doch es ging nicht anders. Ich bin nun mal keine Frau und war nie eine. Warum ich mich als FzM bezeichne? Weil ich das Wort transsexuell nicht mag. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass andere Leute dann glauben, es hätte etwas mit der geschlechtlichen Orientierung zu tun, wie bei homo- oder bisexuell. Und das stimmt natürlich nicht.

Lotty Maria Wergin, 64, weiblich
60 Geschlechteroptionen auf Facebook? Nun ja. Ich habe kein Problem damit. Es scheint mir jedoch auch ein bisschen ein Lifestyle-Ding zu sein, sich gegen die Geschlechterstereotypen zu stellen. Ich habe selbstverständlich weiblich auf meinem Facebook-Profil angegeben. Was soll ich anderes sein?

Ich bin als Mann geboren, aber das war von vorn bis hinten falsch. Vor zwei Jahren habe ich die Geschlechtsangleichung zur Frau machen lassen. Ich war nie ein Mann und wollte auch nie was von einer Frau – außer vielleicht ihr Dekolleté. Das habe ich jetzt.

Chris*tin Richter, 26, genderqueer
Ich habe mich eigentlich nie fremd gefühlt in meinem Körper. Was mich aber von klein auf störte, waren die Erwartungen, die an diesen Körper geknüpft sind. Du bist ein Mädchen, also musst du dich auch so verhalten, musst mit Puppen spielen,

rosafarbene Kleider tragen, lange Haare haben. Das nervt mich, denn das bin ich einfach nicht.

Ich habe Eigenschaften, die Männern zugeschrieben werden, und Eigenschaften, die scheinbar weiblich sind. Aus diesem Grund möchte ich auch Chris*tin geschrieben werden. Es symbolisiert, dass ich mich nicht einordnen lasse in irgendwelche Stereotypen.

Das Gleiche gilt für mein Geschlecht, genderqueer. Das bedeutet: Ich kann und will mich nicht auf die klassische Mann-Frau-Rolle festlegen. Vielmehr mag ich es zu irritieren. Ich bin lesbisch, lebe mit einer Frau zusammen.

Viele Leute denken auf den ersten Blick, ich sei ein Mann, und stellen erst später fest: Stimmt nicht. Das finde ich spannend. Weil dadurch etwas passiert im Kopf dieser Leute, nämlich ein Bewusstsein dafür, dass es mehr gibt als Mann und Frau.

Moritz Aisslinger

IN DER SPIEGEL-APP

S

WEITWINKEL

Schweigen ist Tod

Auf Grönland, der riesigen Eisinsel im nördlichsten Winkel der Erde, gibt es fast einen Selbstmord pro Woche. Durchschnittlich 50 Tote im Jahr – und das bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 56 000 Menschen. Das ist so, als würde sich in Deutschland ganz Lüneburg umbringen. Jedes Jahr. Warum ist das so? Warum verzweifeln gerade die jungen Grönländer am eigenen Leben? Und wie kämpfen sie dagegen an? Eine Spurensuche im Eis.

Sehen Sie die Visual Story „Schweigen ist Tod“ im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.

JETZT DIGITAL LESEN

Technik-Prämien zur Wahl!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.

Denver-Tablet TIQ-11003 – ohne Vertrag

Mit Android 5.1, 10,6-Zoll-Display, 16 GB Speicher und 1,3-GHz- Quad-Core-Prozessor. Ohne Zuzahlung.

Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Der Bauhaus-Klassiker! Aus vernickeltem Metall und Glas. Nummeriert. Zuzahlung € 149,–.

KitchenAid Classic

Mit Knethaken, Flachrührer, Schneebesen und Edelstahlschüssel. Zuzahlung € 189,–.

TomTom Start 25 M CE 5"

Mit extragroßem 5"-Display, Fahrspur-Assistent und IQ-Routes. Ohne Zuzahlung.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

*Amazon.de ist kein Sponsor dieser Werbeaktion. Amazon.de Gutscheine („Gutscheine") sind für den Kauf ausgewählter Produkte auf Amazon.de und bestimmten Partner-Webseiten einlösbar. Sie dürfen nicht weiterveräußert oder anderweitig gegen Entgelt an Dritte übertragen werden, eine Barauszahlung ist ausgeschlossen. Aussteller der Gutscheine ist die Amazon EU S.à r.l. in Luxemburg. Weder diese noch verbundene Unternehmen haften im Fall von Verlust, Diebstahl, Beschädigung oder Missbrauch eines Gutscheins. Gutscheine können auf www.amazon.de/einloesen eingelöst werden. Dort finden Sie auch die vollständigen Geschäftsbedingungen. Alle Amazon ® ™ & © -Produkte sind Eigentum der Amazon.com, Inc. oder verbundener Unternehmen. Die Gutscheine sind bis zu dem angegebenen Ablaufdatum einlösbar. Es fallen keine Servicegebühren an.

Prämie sichern

View Quest Radio „Hepburn“

Mit DAB, DAB+, FM-Radio und Bluetooth-Wiedergabe.
In Rot. Ohne Zuzahlung.

90 € Amazon.de Gutschein*

Für Bücher, CDs, DVDs, Spiele, Technik
und vieles mehr.

Ja, ich habe geworben und wähle meine Prämie!

SPIEGEL-Vorteile

- Wertvolle **Wunschprämie** für den Werber.
- Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- Zum Vorzugspreis: statt ~~€ 4,60~~ nur € 4,40 je Ausgabe inkl. Lieferung.
- Auf Wunsch den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

Wunschprämie

- ☐ Denver TIQ-11003 Tablet 10,6" (5303)
- ☐ Wagenfeld-Tischleuchte WG 24 (3739), Zuzahlung € 149,–
- ☐ KitchenAid Classic (3219), Zuzahlung € 189,–
- ☐ TomTom Start 25 M CE 5" (5176)
- ☐ View Quest Radio „Hepburn“, Rot (5012)
- ☐ 90 € Amazon.de Gutschein (5073)

Anschrift des Werbers:

☐ Frau
☐ Herr

Name, Vorname

Straße/Hausnr.

PLZ Ort

Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.

Anschrift des neuen Lesers:

☐ Frau
☐ Herr

Name, Vorname

Straße/Hausnr. Geburtsdatum 19

PLZ Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen) E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Gleich mitbestellen! ☐ Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für ~~€ 3,99~~ im Einzelkauf. SD16-015

☐ Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Der neue Abonnent liest den SPIEGEL für mindestens ein Jahr für zurzeit € 4,40 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf, den digitalen SPIEGEL zusätzlich für € 0,50 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird.

Ich zahle bequem per SEPA-Lastschrift* vierteljährlich € 57,20, digitale Ausgabe halbjährlich € 13,–

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

DE

IBAN

X

Datum Unterschrift des neuen Lesers SP16-113

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZZ00000030206

Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

040 3007-2700

www.spiegel.de/p1116

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Der Vorzugspreis von € 0,50 für den digitalen SPIEGEL gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Bei Sachprämien mit Zuzahlung zzgl. € 2,– Nachnahmegebühr. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und dem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

*** SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Hungerstreik

Leitkultur *Von Alexander Osang*

Ich faste. Ich habe das schon ein paarmal gemacht, meist, wenn ich anfing, ein Buch zu schreiben. Man soll, das habe ich gelesen, durch das Fasten in einen anderen, leichteren Zustand kommen, eine Art Schwebezustand. So steht es in meiner kleinen Fibel fürs Heilfasten. Da steht allerdings auch, dass dieser Glückszustand nach zwei Tagen ohne Essen eintritt. Das ist bei mir nie passiert. Ich hatte immer nur Hunger. Er wurde von Tag zu Tag schlimmer. Nach drei Tagen stellte ich mir das Fastenbrechen vor wie eine Erlösung, nach vier Tagen wie eine Orgie. Ich schwebte nicht. Ich hätte statt eines Buches lieber einen Krieg begonnen.

Ich glaube, Ratgeberautoren sind die gefährlichsten Prediger unserer Zeit.

Ich bin einen Marathon gelaufen, weil mir eine Lauffibel versprach, ich hätte im Ziel unglaubliche Glücksgefühle. Alles, was ich im Ziel dachte, war: Endlich ist die Scheiße vorbei.

Deshalb wollte ich nie wieder Marathon laufen, nur noch Halbmarathon, und auch nicht mehr fasten, sondern höchstens einen Monat lang nichts trinken. Oder zwei. Das mache ich gerade. Dass es nun doch mehr wurde als Alkoholverzicht, hat mit dem Rechtsruck in Deutschland zu tun. Kurz bevor die Fastenzeit begann, sah ich im Fernsehen eine Talkshow zum Thema „Rückt Deutschland nach rechts?“. Die Gäste waren Petry, Augstein, Köppel, Henkel und Stegner. Stegner, nur zur Erklärung, heißt mit Vornamen Ralf und ist stellvertretender Vorsitzender der SPD. Es war klar, wohin die Reise ging. Mich überraschte nur, wie gesund die beiden Gäste, die den Rechtsruck illustrieren sollten, neben denen aussahen, die sich dagegenstemmten. Augstein schien gelegentlich einzunicken. Henkel wirkte, als hätte er Probleme mit dem Blutdruck, vor allem, wenn er auf Petry einredete. Stegner sah aus, als litte er an einer Magenverstimmung.

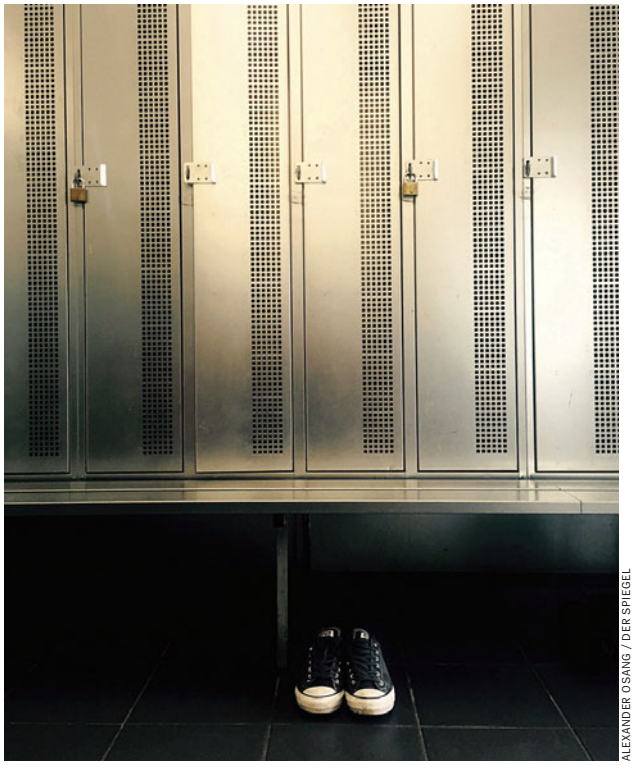
Petry und Köppel aber wirkten wie die Autoren von Lauffibeln.

Hätte man den Ton ausgeschaltet, hätte es auch um Frühjahrsdiäten gehen können oder um Evolution. Das Thema der Talkshow hätte dann sein können: Essen die Deutschen zu viel Wurst? Oder auch: Sterben die Deutschen aus? Wie es aussah, würden in dem Fall zwei Rechtspopulisten überleben. Deutschland schickte eine Sächsin und einen Schweizer auf die Arche.

Als ich das verstand, bekam mein Alkoholverzicht plötzlich einen übergeordneten Sinn. Ich trank nicht nur nicht mehr, ich fastete jetzt. Es war eine Art ideologischer Hungerstreik. Meine Frau und meine Tochter halfen in einem Flüchtlingsheim, ich machte jetzt auch was. Ich machte mich bereit. Für die „Hunger Games“.

Ich besorgte mir ein Jahres-Abo fürs Kieser-Training. Kieser macht Werbung mit dem Spruch: „Alles andere ist Zeitverschwendung.“ Das traf einen Nerv. Ich habe schlechte Erfahrungen mit Fitnessstudios. Ich war ein paar Jahre Mitglied bei Eastern Athletic, einem Studio in Brooklyn, wo auch Noah, der Held aus der Fernsehserie „The Affair“, trainiert. Noah lernt dort ständig schöne Frauen kennen, ich habe nur verspannte Mütter getroffen und durchtrainierte schwarze Jungs, die die Gewichte verdoppelten, wenn sie nach mir an eine Maschine gingen. So war ich nur selten da.

Bei Kieser gibt es keine durchtrainierten schwarzen Jungs. Ich traf einen pensionierten Kollegen, der mir erzählte, dies sei der letzte Sport, den er in seinem Leben machen werde. Das fasst den Geist gut zusammen. Ich kann die Gewichte ab und zu hochstellen, wenn ich die Maschine wechsle. Die Therapeuten erinnern entfernt an das Klinikpersonal von „Einer flog über das Kuckucksnest“. Das gefiel mir alles ganz gut, weil ich so meine Aufgabe nicht aus dem Auge verliere. Länger zu leben als die Rechten – und dabei nicht den Verstand zu verlieren.



ALEXANDER OSANG / DER SPIEGEL

Umkleide in Fitnessstudio

Am vorigen Sonntag besuchte ich, beruflich und besser in Form, eine Veranstaltung der Gruppe „Wir sind Deutschland!“ auf dem Kornmarkt in Bautzen. Auf der kleinen Rednertribüne erklärte irgendein Doktor aus Plauen gerade, dass der 11. September eine einzige große Verschwörung gewesen sei. Nebenan gab es einen Stand, an dem Broschüren verteilt wurden. Nicht nur gegen Flüchtlingsströme. Auch gegen Elektrosmog und Handystrahlen, gegen Impfen, bargeldlosen Zahlungsverkehr, Fluor und TTIP, aber für Hebammen.

Ich hätte mich nicht gewundert, wenn ich zwischen all dem Zeug auch eine kleine Fastenfibel gefunden hätte.

Mir fiel ein, warum, weiß ich nicht genau, dass die kleine Lauffibel, die mich auf den einzigen Marathon meines Lebens vorbereitet hatte, von Joschka Fischer stammte. Er war erst dick, dann dünn, dann wieder dick. Mal sagte er dies, mal jenes. Und er hatte immer das Gefühl, auf der richtigen Seite zu stehen.

Während ich das schreibe, höre ich im Radio, dass die Filmproduzentin Regina Ziegler mit einem Blumenstrauß im Kanzleramt erschienen ist, um Angela Merkel zu ihrer Flüchtlingspolitik zu gratulieren. Im Namen von hundert anderen Kulturschaffenden, darunter Marius Müller-Westernhagen und Senta Berger. Die Kanzlerin konnte die Blumen nicht persönlich entgegennehmen, sie musste die Flüchtlingskrise lösen.

Es ist Mittag, aber ich glaube, ich trinke jetzt einen Schnaps. Vielleicht warte ich auch noch bis zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt.

VW-Fertigungsstraße in Wolfsburg

MARC MEYERBROEKER / CARO

Dieselaffäre

Was wusste Garcia?

Der Volkswagen-Vorstand soll frühzeitig über Abgasbetrug informiert gewesen sein.

In der VW-Abgasaffäre rücken jetzt Volkswagen-Markenchef Herbert Diess und Konzernvorstand Francisco Javier Garcia Sanz ins Scheinwerferlicht. Beide sollen schon im August 2015 vom Einsatz der verbotenen Motorensoftware (Defeat Device) erfahren haben, Wochen bevor VW den Gesetzesverstoß offiziell einräumte. Auf einer Sitzung des Volkswagen-Markenvorstands am 24. August 2015 soll der damalige Entwicklungschef Heinz-Jakob Neußer vom Einbau der Defeat Devices in den US-Modellen berichtet haben. Garcia soll als Gast an der Sitzung teilgenommen haben. Das haben Zeugen gegenüber der Anwaltskanzlei Jones Day berichtet, die den Skandal untersucht. Besonders pikant daran: VW-Manager Garcia ist im Vorstand zuständig für „die Aufarbeitung“ der Folgen des Betrugs (siehe Analyse Seite 77). Er verhandelt mit der US-Umweltbehörde EPA über die Entschädigung der Kunden. Ein VW-Sprecher sagt: „Zum Inhalt von Vorstandssitzungen geben wir grundsätzlich keine Stellungnahme ab.“ haw

Lufthansa

Überstundenpflicht für Flugbegleiter

Der Lufthansa droht im Sommer wegen ihrer Sparwut ein akuter Personalengpass in der Kabine. Eine eigens dafür ausgehandelte Betriebsvereinbarung zwischen Geschäftsführung, Personalvertretung und der Flugbegleitergewerkschaft UFO soll verhindern, dass Jets am Boden bleiben müssen. Laut der Vereinbarung müssen die rund 19 000 Bordangestellten bei der Muttergesellschaft zwischen Ende März und Ende Oktober auf jeweils einen freien Tag im Quartal verzichten, können ihn aber später nachholen oder ausbezahlt bekommen. Auch die Zahl der maximal möglichen Flugstunden wird befristet von 87 auf 89 Stunden pro Monat erhöht. Wer länger Dienst schiebt, bekommt pro Einsatzstunde einen Zuschlag von bis zu 60 Prozent gutgeschrieben. Auch bei Teilzeitkräften will die Lufthansa-Führung verstärkt für freiwillige Mehrarbeit werben. Jeder Angestellte, der auf einen vollen Monat Freistellung verzichtet, bekommt zusätzlich zum normalen Gehalt einen Bonus von 500 Euro. did

RALPH ORLOWSKI / REUTERS

Finanzkontrolle

Ungezügelte Macht

Die vier großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften Deloitte, KPMG, PwC und EY gehören zu den unbekannten Mächten der Weltwirtschaft. Die „Big Four" beschäftigen weltweit über 800 000 Mitarbeiter und prüfen allein in Deutschland 80 Prozent der Bilanzen der großen Aktiengesellschaften. Weil sie als Mitverantwortliche der Finanzkrise gelten, soll ein neues Gesetz sie strenger regulieren. Doch viele der angedachten Reformen wurden weichgespült, sagt der Grünen-Finanzexperte **Gerhard Schick,** 43.

STEFAN BONESS / IPON

SPIEGEL: Herr Schick, der Bundestag wird kommende Woche wahrscheinlich ein Gesetz zur strengeren Kontrolle von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften beschließen. Warum ist das nötig?
Schick: Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften decken viele Skandale und Bilanzprobleme schlicht nicht auf, das ist vor allem in der Finanzkrise deutlich geworden. Der Bank Hypo Real Estate etwa wurde bescheinigt, es sei alles in Ordnung, kurz darauf fiel das Institut zusammen.
SPIEGEL: Wird das durch das neue Gesetz anders werden?
Schick: Nein, obwohl viele Ansätze gut waren. Das Gesetz setzt EU-Recht um – und das sollte ursprünglich einen zentralen Interessenskonflikt lösen: dass die Big Four oft Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in einem sind. Von diesem Ansatz ist nicht viel übrig geblieben. Das deutsche Gesetz ist leider ein Big-Four-Protektionsgesetz.
SPIEGEL: Warum?
Schick: Laut Gesetzesentwurf dürfen die Wirtschaftsprüfer ihre Kunden weiter in Steuerfragen beraten, solange sich das „nur unwesentlich" auf deren Jahresabschluss auswirkt. Das lässt sich in den meisten Fällen allerdings gar nicht überprüfen. Wer soll das denn machen? Nur wenige Spezialisten verstehen überhaupt solche Jahresabschlüsse.
SPIEGEL: Dafür schreibt der Gesetzesentwurf vor, dass Unternehmen ihre Wirtschaftsprüfer regelmäßig wechseln. Verbessert das die Situation wenigstens?
Schick: Nein, denn auch die Idee der sogenannten Rotation wurde ad absurdum geführt. Die EU-Kommission hatte einen Zyklus von sechs Jahren zur Diskussion gestellt, in der EU-Verordnung stehen jetzt zehn. Die Bundesregierung hat in ihrem Gesetzesentwurf eine Ausnahmeregelung genutzt und 20- bis 24-jährige Zyklen möglich gemacht, solange es nicht um Banken und Versicherungen geht. am, ase

Berliner Hauptbahnhof

Deutsche Bahn

Fahrgastrekord im Fernverkehr

Im vergangenen Jahr haben so viele Menschen einen Fernzug der Deutschen Bahn benutzt wie noch nie: Das Unternehmen verzeichnete in seinen ICE und ICs rund 132 Millionen Fahrgäste – und damit 2,9 Millionen mehr als 2014. Mit dem Plus von gut zwei Prozent schaffte der Konzern die ersehnte Trendwende in seinem Kerngeschäft. Zwischen dem bislang besten Jahr 2012 und 2014 waren die Zahlen deutlich zurückgegangen. Der Fahrgastrekord lässt sich unter anderem auf einen besseren Service zurückführen – aber auch darauf, dass die Bahn im Kampf gegen die Fernbusse und den niedrigen Benzinpreis mehr Billigtickets auf den Markt geworfen hat als je zuvor. Weil dadurch der durchschnittliche Ticketpreis gesunken ist, ging der Umsatz im Fernverkehr um rund zwei Prozent auf unter vier Milliarden Euro zurück. Insgesamt konnte der Konzern – zu dem auch der Regional- und Güterverkehr sowie die Logistiktochter Schenker gehören – mit rund 40,5 Milliarden Euro etwas mehr umsetzen als im Vorjahr (39,7 Milliarden Euro). Wie angespannt die finanzielle Situation dennoch ist, zeigen weitere Kennzahlen aus der Jahresbilanz, die kommende Woche vorgestellt wird: Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern lag bei minus 150 Millionen Euro – und damit fast zwei Milliarden Euro unter dem Vorjahreswert. Es handelt sich zudem um den ersten Verlust seit 2003. Gleichzeitig stieg die Verschuldung von 16,2 auf 17,5 Milliarden Euro. böl

Atomenergie

Rückbau zum Schnäppchenpreis

Die vier Betreiber der deutschen Atomkraftwerke rechnen die Kosten für den Rückbau der AKW und die Endlagerung klein. Für fast zehn Milliarden Euro weniger als von der Bundesregierung berechnet, wollen die Energiekonzerne RWE, E.on, EnBW und Vattenfall das radioaktive Erbe beseitigen. So steht es in einer internen Auflistung der Konzerne. Unter anderem habe man „Anspruch auf Erstattung" der Kosten für das ursprünglich geplante Endlager in Gorleben in Höhe von 2,95 Milliarden Euro. Bei den Endlagerungsbehältern seien Einsparungen von 2,5 Milliarden Euro möglich. Durch „technische Betriebsoptimierungen" bei der Endlagerung könnten 1,5 Milliarden Euro weniger anfallen, behaupten die AKW-Betreiber. Das Schlankrechnen hat einen durchschaubaren Grund: Derzeit verhandelt eine Kommission des Bundeswirtschaftsministeriums über die Sicherung der Rückstellungen für den AKW-Abbau mit den Konzernen. Die Kommissionsmitglieder fordern einen hohen Risikoaufschlag dafür, dass der Staat die Verantwortung für die Endlagerung von den vier AKW-Betreibern übernimmt. Diese sperren sich jedoch dagegen und behaupten, man würde sie dadurch in den finanziellen Ruin treiben. gt

DEUTSCHLANDS FREIHEIT WIRD AUCH IM CYBERRAUM VERTEIDIGT.

MACH, WAS WIRKLICH ZÄHLT.

PROJEKT
DIGITALE
KRÄFTE

Bundeswehr

bundeswehrkarriere.de

Rat vom Roboter

Geldanlage Junge Finanzfirmen wollen den Banken mit automatisierter Vermögensverwaltung Kunden abjagen. Das große Geld konnten sie bisher nicht anlocken. Doch die Anleger profitieren schon heute von den neuen Wettbewerbern.

ILLUSTRATION: JOHANNES UNSELT / DER SPIEGEL; FOTOS: DEPOSIT

Manchmal ist Nick Hungerford selbst überrascht, wie schnell die Digitalisierung die Finanzwelt verändert. „Die Leute fangen schon an, uns als Platzhirsch zu bezeichnen“, wundert sich der Brite. Dabei ist seine Firma Nutmeg noch keine fünf Jahre alt, und wie ein typischer Zwölfender aus dem Bankenrevier sieht Hungerford wahrhaftig nicht aus. Er steuert Nutmeg in Jeans, Sweatshirt und Turnschuhen vom Londoner Stadtteil Vauxhall aus, fernab vom Glasfassadenprotz der alten Finanzwelt.

Hungerford gilt als ein Vorreiter der digitalen Vermögensverwaltung, des sogenannten Robo-Advisory. Es ist eines der neuen Schlagwörter, das die Attacken junger Start-ups auf die Geschäftsmodelle der etablierten Finanzkonzerne beschreibt.

Der Begriff „Robo-Advisor“ führt allerdings etwas in die Irre. Zwar hat Nutmeg gerade von der britischen Finanzaufsicht eine Beraterlizenz erhalten und entwickelt entsprechende Angebote. Die meisten Robo-Advisor beraten aber gerade nicht, sondern verwalten das ihnen anvertraute Vermögen automatisiert.

Mittlerweile entstehen fast im Monatstakt neue Roboter-Advisor, die Nutmeg oder den amerikanischen Pionieren Betterment und Wealthfront nacheifern. Sie nennen sich Vaamo, Fintego oder Easyfolio und wollen die Vermögensverwaltung revolutionieren, so wie andere Finanz-Start-ups den Zahlungsverkehr oder das Kreditgeschäft attackieren. Hungerford glaubt sogar, Nutmeg könne eine Art Amazon der Investmentbranche werden.

Warum ausgerechnet eine Firma, die sich Muskatnuss nennt, die Finanzwelt auf den Kopf stellen soll, erklärt Hungerford mit Kurven, Pyramiden oder Balkencharts – und mit der Geschichte der Gewürznuss. „Vor ein paar Hundert Jahren galt die Muskatnuss als so wertvoll, dass die Pflücker Hosen ohne Taschen tragen mussten, damit sie sich an der Ernte nicht bereicherten. Nur Privilegierte konnten sich das Gewürz leisten“, erklärt Hungerford. „Heute sind Muskatnüsse für jeden erschwinglich.“

Genau so werde es dank Digitalisierung in der Vermögensberatung kommen.

Jahrzehntelang boten Banken nur Kunden mit einem Anlagekapital von mindestens 500 000 Euro eine Finanzberatung, die den Namen verdient. Für Kleinkunden lohnte sich der Aufwand aus Sicht der Bank nicht. Sie bekamen oft eher willkürlich jene Fonds, Policen oder Zertifikate angedreht, welche die Bank selbst im Angebot hatte oder für die der „Berater“ vom Produktanbieter die höchste Provision kassierte.

Die Kunden nahmen das lange Zeit weitgehend klaglos hin. Doch die Finanzkrise hat ihr Bewusstsein geschärft. Und weil die Digitalisierung neue Möglichkeiten eröffnet, Geld mit weniger Aufwand und trotzdem sinnvoller und mit System anzulegen, brechen jetzt alte Strukturen auf.

Die neuen Robo-Advisor werben damit, günstiger, einfacher und transparenter zu sein – und in vielen Fällen sind sie es auch, wenngleich die Modelle oft nicht ausgereift wirken. Erstmals müssen die Banken wirklich auf die Bedürfnisse ihrer Kundschaft reagieren, wollen sie verhindern, dass Start-ups ihnen die Kunden abgraben.

Kunden etwa wie Markus Schmid, Geschäftsführer einer gemeinnützigen Einrichtung in Frankfurt am Main. „Ich misstraue Vermögensberatern, sie haben mich in der Vergangenheit nach Schema F und letztlich schlecht beraten“, sagt Schmid. Seine Eltern seien Schwaben, da habe er gelernt, mit Geld effizient umzugehen. Schmid sagt, er erkenne den Wert eines Beraters nicht. Die Aufteilung seines Vermögens zwischen Versicherungen, Immobilien oder Aktien könne er selbst vornehmen, aber um die Auswahl einzelner Wertpapiere wolle er sich nicht kümmern. So landete er beim Robo-Advisor Vaamo.

Oder Harald Lührmann, ehemaliger Unternehmensberater und heute Privatier aus dem Umland von Frankfurt am Main. „Früher hatte ich einen Vermögensberater und ein Aktiendepot bei der Bank.“ Doch der Nutzen einer solchen Beratung leuchtete ihm irgendwann nicht mehr ein. „Es war für die erbrachte Leistung schlicht zu teuer“, sagt Lührmann.

Deshalb nahm er die Sache selbst in die Hand und stand bald vor einem anderen Problem. „Der Aufwand ist mir zu hoch“, sagt Lührmann. Um einen Teil seines Geldes kümmert sich jetzt Scalable Capital.

Hinter dem Robo-Advisor mit dem sperrigen Namen stecken vier ehemalige Mitarbeiter der Investmentbank Goldman Sachs und der Münchner Ökonom und Experte für Risikoanalyse Stefan Mittnik. Sie haben Scalable Capital Ende 2014 gegründet und Büroräume in der prachtvollen Münchner Prinzregentenstraße bezogen.

Nutmeg-Gründer Hungerford
„Ein Amazon der Investmentbranche“

In einer Ecke des Flurs steht ein Robo-Staubsauger. „Der trifft bei uns auch die Anlageentscheidungen“, scherzt Kogründer Erik Podzuweit, das Freizeithemd hängt über die schwarze Jeans, die blonden Haare fallen in die Stirn. „Fährt er nach links, kaufen wir, fährt er nach rechts, verkaufen wir.“

In Wahrheit werben Robo-Advisor damit, gerade keine willkürlichen oder von Eigeninteressen getriebenen Anlageentscheidungen für ihre Kunden zu treffen. Das Geld wird über einen Algorithmus automatisch auf verschiedene Finanzprodukte verteilt. Wie, das entscheiden die Kunden durch ihre Eingaben sowie bei Scalable Capital ein mit Mittnik entwickeltes Risikomodell.

Wer Kunde werden will, gibt an, welche Ziele er mit der Geldanlage verfolgt, wie lange er auf sein Kapital verzichten kann und welche Verluste er toleriert. Es folgen Angaben zu den Finanzkenntnissen und zur finanziellen Situation, ehe der Kunde einen Anlagebetrag nennt und persönliche Daten hinterlegt. Das ganze Prozedere ist in einer Viertelstunde gut zu bewältigen.

Die meisten Roboter-Berater arbeiten ähnlich. Die einen stellen bei der Abfrage eher das Risikoprofil in den Vordergrund, andere die Zielrendite. Manche investieren nur in Aktien und Anleihen, andere auch in Immobilien oder Rohstoffe.

Das Geld fließt in der Regel in sogenannte Exchange Traded Funds (ETFs). Das sind Fonds, die meist einen Index, wie den Dax, exakt abbilden und an der Börse gehandelt werden. Weil dabei kein Fondsmanager aktiv einzelne Wertpapiere auswählt, sind ETFs im Schnitt deutlich günstiger – ohne langfristig schlechter abzuschneiden als aktiv gemanagte Fonds.

Die meisten Robo-Advisor verlangen pauschal zwischen 0,5 und 1,0 Prozent Gebühren auf das verwaltete Vermögen, zuzüglich der vergleichsweise niedrigen ETF-Kosten. Während die Robo-Berater bei den Gebühren gegenüber den Angeboten klassischer Vermögensverwalter Vorteile haben, lässt sich das bei der Wertentwicklung ihrer Anlagen noch kaum beurteilen, zu jung sind die meisten Angebote.

Profitabel arbeitet die Mehrzahl der Robo-Advisor nicht, weil sie noch viel zu klein sind. Vaamo etwa – immerhin schon zweieinhalb Jahre am Markt – verwaltet nach eigenen Angaben einen zweistelligen Millionenbetrag. Bei den anderen deutschen Anbietern soll die Größenordnung ähnlich sein, Scalable gibt an, derzeit wöchentlich mehrere Millionen Euro Zufluss zu verzeichnen. Aber selbst die erfolgreichsten amerikanischen Anbieter

Wealthfront und Betterment kommen gerade einmal auf jeweils drei Milliarden Dollar. Experten schätzen, dass sie ungefähr zehn Milliarden Dollar an Kundengeldern brauchten, um die Gewinnschwelle zu erreichen. Zum Vergleich: Die Schweizer Großbank UBS verwaltet rund zwei Billionen Euro.

Die Unternehmensberatung A.T. Kearney schätzt allerdings, dass die amerikanischen Robo-Advisor zusammen binnen fünf Jahren auf einen ähnlichen Betrag kommen.

Auch Vaamo-Gründer Oliver Vins ist optimistisch. „Es gibt einen riesigen Bedarf an günstiger Finanzberatung, den die Banken nicht decken“, sagt der ehemalige McKinsey-Manager. In Europa sei das Potenzial größer als in den USA, wo die meisten Menschen schon Geld an der Börse angelegt haben und etwa 200 Robo-Advisor gegen das Establishment antreten. „In Deutschland geht es dagegen darum, die Menschen überhaupt erst einmal zur Kapitalanlage zu bewegen“, sagt Vins.

Die Deutschen stecken ihr Geld traditionell lieber in Lebensversicherungen, Sparverträge oder Tagesgeldkonten. Doch die Niedrigzinsen machen diese Anlageformen unattraktiver.

Ein Selbstläufer ist der Kundenfang für die Robo-Advisor trotzdem nicht. Noch sind es vor allem technikaffine und in Finanzdingen erfahrene Männer, die den Robotern zulaufen. Die große Masse der Nichtanleger haben die neuen Anbieter dagegen noch nicht erreicht, manchen wird das wohl auch nie gelingen.

Und schon jetzt schlagen die etablierten Banken zurück. In den USA haben Onlinebroker wie Charles Schwab und Großbanken wie die Bank of America Robo-Advisor gegründet. Sie alle hoffen, damit jüngere Kunden zu gewinnen.

Auch in Europa gerät der Markt in Bewegung. „Unser Anspruch muss es sein, die Nummer eins im Robo-Advisory in Deutschland zu sein“, sagt Markus Pertlwieser selbstbewusst. Der 40-Jährige ist im Privatkundengeschäft der Deutschen Bank für digitale Innovationen zuständig. Dazu gehört neuerdings auch eine Roboter-Beratung, die der Konzern über seinen Onlinebroker Maxblue anbietet. Schon von diesem Jahr an soll der „Anlagefinder“ der Deutschen Bank jährlich ein bis zwei Milliarden Euro zusätzliches Kundengeld einbringen.

Das Angebot ähnelt denen der reinen Robo-Advisor. Allerdings entscheiden die Kunden bei der Deutschen Bank am Ende selbst, welche ETFs, Fonds oder Wertpapiere sie kaufen. Außerdem zahlt der Anleger hier für jedes einzelne erworbene Wertpapier und nicht wie bei anderen Anbietern über eine Flatrate.

„Das Säbelrasseln der Etablierten wird lauter“, sagt Scalable-Capital-Gründer Podzuweit. Er glaube aber nicht, dass sich das kostengünstige Robo-Advisory mit dem auf hohen Provisionen basierenden Geschäftsmodell der klassischen Anbieter vereinbaren lasse.

Vaamo-Manager Thomas Bloch, Vins
Kundenfang ist kein Selbstläufer

Banken haben gegenüber den Neulingen allerdings den Vorteil, dass sie theoretisch Millionen Einlagekunden in Anleger umwandeln können – wenn diese bereit sind, das höhere Risiko einzugehen.

Die meisten Robo-Advisor dagegen sind reine Vermittler, die letztlich einer Partnerbank, die die Wertpapierdepots verwaltet, sowie den ETF-Anbietern neue Kunden zuführen. Nur wenige haben wie Scalable Capital eine Lizenz der Finanzaufsicht, die es ihnen erlaubt, als echte Vermögensverwalter aufzutreten und ihre Kunden zu beraten.

So gern neue und alte Anbieter auf den Robo-Hype aufspringen: Die Zukunft der Finanzberatung und Vermögensverwaltung hat wohl gerade erst begonnen, dereinst könnten Geschäftsmodelle noch ganz anders aussehen.

Davon ist Christian Rieck überzeugt, Professor für Finanzen an der Frankfurt University of Applied Sciences. „Bisher setzen die meisten Anbieter nur auf lange bekannte Algorithmen zur Auswahl von ETFs, bauen eine kundenfreundliche Nutzeroberfläche und nennen es Robo-Advisor“, sagt Rieck.

Die Marktpreise für die meisten Vermögenswerte werden in der Tat schon heute überwiegend von Computern bestimmt, die nach bestimmten Risiko- und Renditevorgaben automatisch handeln. „Neu ist, dass nun auch Endkunden solche Algorithmen nutzen können“, sagt Rieck. Ungefähr so, wie heute jeder Anfänger mit einer Digitalkamera hochwertige Fotos schießen kann, ohne die technischen Vorgänge dahinter auch nur ansatzweise zu verstehen.

Das ist für Anleger schon ein Fortschritt, zumal die Gebühren für die Vermögensverwaltung durch die digitale Konkurrenz weiter sinken dürften. Die Kunden müssen allerdings viel mehr Vertrauen mitbringen als beim Kamerakauf, da es bei der Geldanlage um ganz andere Beträge geht.

„Echte Roboter-Beratung wäre aber etwas anderes“, sagt Zukunftsforscher Rieck. „Sie müsste das in sozialen Netzwerken vorhandene Kollektivwissen anzapfen und mithilfe der ungeheuren Rechenleistung moderner Computer intelligent verknüpfen.“

Rieck ist überzeugt, dass es so kommt, weil künstliche Intelligenz und Kollektivwissen ein Problem lösen könnten, mit dem die herkömmliche Beratung und die Robo-Berater der ersten Generation nicht fertig werden.

Kunden wünschen sich im Idealfall auf ihre persönlichen Bedürfnisse zugeschnittene Finanzprodukte. Und die Banken bieten diese Wertpapiere auch an, weil sie dafür höhere Gebühren verlangen können. Der technologische Fortschritt hat dazu geführt, dass es Millionen verschiedene Fonds, ETFs und Zockerzertifikate gibt, für jeden noch so exotischen Geschmack.

Aber allein kann der Kunde das für ihn richtige Produkt nicht finden, er braucht einen Berater. Der menschliche Berater ist damit jedoch ebenso überfordert, mehr als hundert Produkte kann er kaum überblicken, weshalb er meist die gleichen und für den Kunden nicht immer geeigneten Produkte verkauft.

Die Schwarmintelligenz könnte das Problem lösen, glaubt Rieck. „So wie heute Amazon die Nutzerdaten anzapft, um Kunden aus dem gigantischen Sortiment ein passendes Buch anzubieten, könnte ein Robo-Advisor das Kollektivwissen nutzen, um für jeden Anleger das richtige Finanzprodukt herauszufischen.“

Die heutigen Robo-Advisor binden zwar Blogs, Foren oder Spiele in ihr Angebot ein, wo Anleger von anderen Kunden lernen oder ohne Einsatz von Echtgeld herumprobieren können. Kollektivwissen im engeren Sinne nutzen sie nicht, schon allein weil sie viel zu wenige Kunden haben.

Langfristig, glaubt Rieck, hätten daher globale Technologiefirmen wie Google, Facebook und Amazon aufgrund ihrer Nutzerzahlen und verfügbaren Informationen die besten Chancen, auch den Markt für Roboter-Beratung zu dominieren.

Doch noch träumen Robo-Pioniere wie Nick Hungerford davon, selbst die Führungsrolle zu übernehmen. Martin Hesse

Mail: martin.hesse@spiegel.de

Vertuschen und verharmlosen

Analyse Den Dieselskandal bei VW soll ein Mann aufklären, der jahrzehntelang mit an der Spitze des Systems stand. Das kann nicht gut gehen. *Von Dietmar Hawranek*

Wirtschaftsskandale haben es an sich, dass man irgendwann den Überblick verliert. Das war bei Siemens und bei der Deutschen Bank der Fall. Jetzt tritt der Dieselskandal bei Volkswagen in dieses Stadium. Es gibt eine Fülle von Protokollen, E-Mails und Notizen, die auszugsweise bekannt werden und den Eindruck erwecken: Eigentlich haben alle alles gewusst, und das seit vielen Jahren.

So war es nicht. Es war anders – aber nicht weniger schlimm. Der Fall zeigt, dass die Führungskultur, dieses schwer greifbare Wesen, mitunter stärker über Erfolg oder Misserfolg entscheidet als ein neues Auto oder eine neue Fabrik. Und der Fall beantwortet die Frage, ob ein Konzern das eigene Versagen selbst aufklären kann oder ob es in der Wirtschaftswelt zugeht wie beim Fußballverband Fifa, dem Weltmeister im Vertuschen und Verharmlosen.

Beim Volkswagen-Skandal lassen sich drei Perioden unterscheiden, in denen Verantwortliche teils unverantwortlich gehandelt haben und teils kriminell. Im Jahr 2007 beginnt die erste Phase, hier beginnt der Betrug.

Vorstandschef Martin Winterkorn fordert von den Technikern, dass sie einen Dieselmotor entwickeln, der die US-Abgasgrenzwerte einhält und billig zu produzieren ist. Die Entwickler schaffen das nicht. Sie trauen sich aber nicht, dem Boss dies einzugestehen, und manipulieren die Software. Winterkorn hat dies nach derzeitigem Stand der Ermittlungen nicht angewiesen. Verantwortlich ist er dennoch. Er hat eine Führungskultur etabliert, die Manager glauben lässt, es sei für sie besser, gegen Gesetze zu verstoßen als gegen die Vorgaben des Chefs. Der SPIEGEL beschrieb diese Unternehmenskultur einmal als „Nordkorea minus Arbeitslager“.

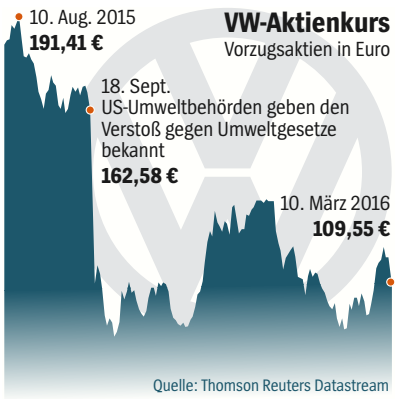
Phase zwei beginnt im Frühjahr 2014. Es ist die Zeit, in der sich die Hinweise auf einen Betrug häufen.

Umweltschützer haben aufgedeckt, dass VW-Modelle in den USA ein Vielfaches der zulässigen Schadstoffmenge ausstoßen. Die Umweltbehörde EPA fordert eine Erklärung. Im Mai 2014 erhält VW-Boss Winterkorn den Hinweis eines Topmanagers: „Eine fundierte Erklärung für die dramatisch erhöhten NO_X-Emissionen kann den Behörden nicht gegeben werden. Es ist zu vermuten, dass die Behörden die VW-Systeme daraufhin untersuchen werden, ob Volkswagen eine Testerkennung für die Motorsteuergeräte-Software implementiert hat (sogenanntes Defeat Device).“

Es wird Winterkorn nicht explizit mitgeteilt, dass eine verbotene Software eingesetzt wird. Aber die Nachricht kann als Hinweis darauf verstanden werden. Der VW-Boss, der gern persönlich nachmisst, ob die Fuge zwischen Tür und Karosserie maximal drei Millimeter groß ist, müsste nachfragen. Stattdessen lässt er sich von Technikern beruhigen, die das Problem mit einem Rückruf und einer Nachbesserung lösen wollen.

Winterkorn sagt, er habe zu dieser Zeit nichts von der Betrugssoftware gewusst. Spätestens Ende August 2015 erfährt er davon. Techniker beichten intern den Einsatz der verbotenen Software.

Am 3. September 2015 beginnt Phase drei, in der alles auffliegt. VW gesteht gegenüber der US-Umweltbehörde den Gesetzesverstoß ein. Die erste Frage, die sich Winterkorn an diesem Tag stellen muss, lautet: In wie vielen Autos ist die Software noch eingebaut? Experten hätten ermitteln können, dass es neben den 500 000 US-Modellen weitere elf Millionen sind. Die Dimension des Skandals wäre klar und eine Information der Öffentlichkeit (ad hoc) zwingend erforderlich. Doch Winterkorn schweigt.



Erst als die EPA am 18. September den Gesetzesverstoß des VW-Konzerns öffentlich macht und mit einem Bußgeld von über 18 Milliarden Dollar droht, lässt der VW-Chef prüfen, wie viele Autos betroffen sind. Erst am 22. September informiert der VW-Konzern über das Ausmaß des Falls.

Für die Höhe möglicher Schadensersatzzahlungen ist entscheidend, wer wann Bescheid wusste und mitverantwortlich ist für das Verheimlichen des Skandals.

Die Aufklärung wird geleitet von Hans Dieter Pötsch. Er war länger als ein Jahrzehnt Finanzchef und damit die Nummer zwei nach Winterkorn. Jetzt ist Pötsch Aufsichtsratschef. Man kann ihn nicht mit Sepp Blatter vergleichen und VW nicht mit der Fifa. Das grundsätzliche Problem aber ist gleich: Wie sollen jene, die an der Spitze eines Systems standen, dessen Versagen aufklären?

Pötsch offenbart die Schwierigkeiten, die er mit dieser Aufgabe hat, schon durch seine Sprache. Er redet nur von der „Dieselthematik“ und von Mitarbeitern, die „Fehler begangen“ hätten.

„Thematik“, „Fehler“?

Es geht um einen jahrelangen Gesetzesverstoß, um den Betrug an Millionen Kunden und um viele Milliarden Euro, die Anleger durch den Sturz der VW-Aktie verloren haben. Der Aufsichtsratschef aber versucht, die Rolle des Topmanagements kleinzureden. Im Dezember sagt er, man habe „keine Erkenntnisse über die Involvierung von Aufsichtsrat oder Vorstand vorliegen“.

Diese Erkenntnisse gibt es jetzt. Pötsch müsste nun gegen ehemalige Kollegen ermitteln – und wohl auch gegen sich selbst. Das ist nicht vorstellbar. Er kann dem Konzern am besten helfen, aus der Krise zu kommen, indem er zurücktritt. Dann könnte Phase vier beginnen: eine glaubwürdige Aufklärung.

„Perfekt, aber tieftraurig“

SPIEGEL-Gespräch Wednesday Martin hat jahrelang unter den Müttern der New Yorker Oberschicht gelebt – und schildert deren Leben zwischen Luxusschuhen und Bonuszahlungen vom Ehemann.

Es ist ein sonniger, kalter Vormittag in New York. Zwei Stunden vor dem Treffen mit **Martin** kommt eine SMS von ihr: „Ich werde nicht glamourös sein! Brrr!!“ Dann sitzt sie vor einem, sehr blond, in einem kurzärmeligen Tigerlook-Pullover. Martin ist Anthropologin und hat mit ihrem Mann – einem Investmentbanker – und ihren zwei Kindern sechs Jahre an der Upper East Side in Manhattan gelebt. Sie hat ihre Stylistin mitgebracht, die während des Gesprächs immer wieder an ihr herumzupft.

SPIEGEL: Frau Martin, wie fühlt es sich an, auf einem breiten, leeren Gehweg gezielt angerempelt zu werden?
Martin: Es ist vor allem unerwartet. Mir passierte das zum ersten Mal, kurz nachdem ich an die Upper East Side gezogen war: Am frühen Morgen kam mir eine gut angezogene, etwas ältere Dame entgegen, die unbeirrt auf mich zusteuerte. Ich bin immer weiter nach rechts ausgewichen, aber sie kam direkt auf mich zu. Ich bin fast gegen einen Mülleimer gerannt.
SPIEGEL: Vielleicht war es ein Versehen?
Martin: Nein, sie wusste genau, was sie tut, das war Absicht. Es ging um Dominanz. Ich bin Anthropologin, deshalb hat mich das sofort an das Verhalten von Schimpansen erinnert.
SPIEGEL: Sie haben sechs Jahre lang an der schicken Upper East Side gelebt und die Frauen Ihres Umfeldes beobachtet. In Ihrem Buch vergleichen Sie deren Verhalten mit dem von Primaten*. Übertreiben Sie da nicht etwas?
Martin: Die Art, wie sie ihre Rangordnung klären – in diesem Fall das Abdrängen auf dem Bürgersteig –, erinnert mich auf jeden Fall stark daran. Es war für mich der Auslöser zu sagen: Okay, ich bin hier in dieser wirklich komischen Umgebung gelandet, jetzt schaue ich mir diese Menschen genauer an.
SPIEGEL: Dafür haben Sie über hundert Interviews mit Frauen aus dieser Gesellschaftsschicht geführt. Die haben, wenn man Ihnen glaubt, vor allem zwei Sorgen: Wie sehe ich aus – und wer zahlt dafür?
Martin: Das stimmt, allerdings nur in Teilen. Tatsächlich sind es sehr privilegierte Frauen, die ökonomisch aber hochgradig abhängig von ihren Männern sind. Ich habe vor allem die Mütter befragt, die ich „Man-

DINA LITOVSKY / REDUX / DER SPIEGEL

Anthropologin Martin: „Habe geglaubt, ich bin auf einem anderen Stern gelandet“

* Wednesday Martin: „Die Primaten von der Park Avenue – Mütter auf High Heels und was ich unter ihnen lernte“. Berlin Verlag, Berlin; 319 Seiten; 16,99 Euro. Das Gespräch führte die Redakteurin Susanne Amann.

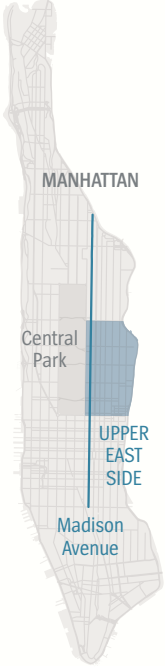
hattan Geishas“ getauft habe: Wunderschöne, fast perfekte Frauen, die aber eigentlich tieftraurig sind.

Treffpunkt für einen Spaziergang mit Martin ist das Ristorante Sant Ambroeus, ein Italiener in der Madison Avenue. Obwohl der Laden um kurz vor 12 Uhr mittags noch halb leer ist und Martin einen Tisch reserviert hat, lässt der Kellner uns 15 Minuten warten. Später füllt sich das kleine Restaurant, zumeist mit Frauen. Zusätzlich zum eigentlich verabredeten Kaffee gibt es ein paar leichte Vorspeisen. Die Rechnung beträgt am Ende über 200 Dollar.

SPIEGEL: Sie beschreiben Frauen, die Abschlüsse von Top-Universitäten haben, mit schwerreichen Hedgefondsmanagern oder Wall-Street-Bankern verheiratet sind, Ferien in Aspen oder den Hamptons machen und exquisite Designerklamotten tragen. Warum genau sollten die traurig sein?
Martin: Weil sie in einem sehr traditionellen Rollenmodell feststecken: Von ihnen wird erwartet, perfekt auszusehen, perfekte Kinder zu haben und den Haushalt sowie das private und gesellschaftliche Umfeld perfekt zu managen. Dazu gehört nicht nur, die Kinder auf die richtigen Schulen zu schicken, sondern auch, dass man die richtigen Freunde hat, eine Wohnung in der richtigen Straße und dass man auf bestimmte gesellschaftliche Events eingeladen wird.
SPIEGEL: Entschuldigung, aber das klingt wirklich nach Luxusproblemen …
Martin: Soziologen beschäftigen sich seit Jahrzehnten mit armen und benachteiligten Menschen – über Reiche weiß man so gut wie nichts. Weil die nicht beobachtet werden wollen und sich zu wehren wissen. Wird über Wohlstand und die Lebensweise reicher Menschen diskutiert, hat es schnell spöttischen bis abfälligen Charakter. Das halte ich für falsch, da bin ich sehr von der Anthropologin Laura Nader beeinflusst, die als eine der Ersten gefordert hat, auch die Reichen und Mächtigen zum Gegenstand der Forschung zu machen. Natürlich leben die Menschen, über die ich rede, in absolutem Wohlstand. Trotzdem unterliegen sie Zwängen, müssen gewissen Erwartungen entsprechen und sind dadurch nicht frei in ihrem Handeln.
SPIEGEL: Sie selbst kommen ursprünglich aus einer „ganz normalen Familie aus Michigan“. Hat diese Distanz es einfacher gemacht, das Milieu zu beobachten, in dem Sie sich bewegt haben?
Martin: Ja, das hat es. Ich hatte am Anfang einen regelrechten Kulturschock. Aber dann kam meine Neugier als Sozialforscherin durch, und ich dachte mir: Ich nutze die Gelegenheit, dieses Milieu zu untersuchen.
SPIEGEL: Sie gehen mit den Menschen, unter denen Sie mehrere Jahre gelebt haben, ziemlich hart ins Gericht. Wie haben die auf Ihr Buch reagiert?
Martin: Das Interessante war, dass die meisten Frauen sehr offen waren, wenn ich sie befragt habe. Sie haben mich mitgenommen, in ihren Alltag eingeführt – wahrscheinlich, weil sich sonst niemand für sie interessiert. Und ich bin immer fair geblieben.
SPIEGEL: Ihr Aufsatz in der „New York Times“ trug die Überschrift: „Arme, kleine, reiche Frauen“ – das dürfte den wenigsten gefallen haben.
Martin: Wer das Buch gelesen hat, hat schnell gemerkt, dass ich mich nicht über die Sorgen und Nöte dieser Frauen lustig mache.
SPIEGEL: Viele der Frauen, die Sie interviewt haben, arbeiten nach der Geburt ihrer Kinder nicht mehr – obwohl sie Abschlüsse der renommiertesten Universitäten haben. Was hindert die Frauen daran?
Martin: In den USA haben wir große Probleme bei der Kinderbetreuung: Es gibt nicht genügend Kita- und Kindergartenplätze, keine staatliche Unterstützung und keine festen Qualitätsstandards. Die Betreuung der Kinder deshalb einer Nanny zu überlassen gilt hier an der Upper East Side als nicht adäquat, ist sozial nicht erwünscht. Das heißt, hier kommen gesellschaftliche Defizite und stark ideologisch geprägte Rollenmuster zusammen.
SPIEGEL: Warum wehren sich die gut ausgebildeten und finanziell abgesicherten Frauen nicht dagegen?
Martin: Weil viele der Mütter erst mal glauben, dass sie eine Wahl haben. Natürlich passiert es, dass sie ein halbes Jahr nach der Geburt ein super Jobangebot bekommen. Allerdings ohne die Möglichkeit, flexibel, von zu Hause oder gar Teilzeit zu arbeiten. Viele sagten mir dann: Deshalb habe ich mich gegen den Job entschieden. Dabei war das keine Wahl, sondern schlicht Kapitulation.
SPIEGEL: Stattdessen konzentrieren sich die Frauen dann darauf, perfekte Mütter zu sein …
Martin: … was ja auch viel Arbeit ist. Kinder gehen hier nur wenige Stunden am Tag in den Kindergarten oder die Schule. Deshalb sind die Mütter den Rest des Tages damit beschäftigt, sie von der Sprecherziehung zum Malkurs, vom Musikunterricht zum Kindergeburtstag oder vom Theaterkurs zum Kinderturnen zu fahren. Das ist ein Vollzeitjob.

DINA LITOVSKY / REDUX / DER SPIEGEL

DINA LITOVSKY / REDUX / DER SPIEGEL



Der zweite Stopp des Spaziergangs durch die Upper East Side ist der Laden von Christian Louboutin, der direkt an der Madison Avenue liegt. Der französische Edeldesigner ist bekannt für seine Schuhe mit roten Sohlen, schwindelerregend hohen Absätzen und ebensolchen Preisen. Innen läuft leise Musik, es ist leer, fünf Verkäufer grüßen beflissen. Ein grauer Stiletto mit mindestens acht Zentimeter langem Absatz gehört zur Grundausstattung für Mütter der Upper East Side.

SPIEGEL: Wer kann in so einem Schuh laufen?
Martin: Niemand. Der Schuh ist extrem unpraktisch. Aber darum geht es ja auch nicht.
SPIEGEL: Aha. Worum geht es dann?
Martin: Zum einen kostet er mehr als tausend Dollar, ist also extrem teuer. Zum anderen signalisiert er: Ich kann darin nicht laufen. Aber ich muss auch nicht laufen, denn ich habe einen Chauffeur. Der Schuh ist also in doppelter Hinsicht ein Statussymbol. Außerdem stellt sich die Frau damit zur Schau.
SPIEGEL: Inwiefern?
Martin: Es gibt hier einen totalen Schönheitskult – und für Frauen heißt das, sie müssen schlank und groß sein. Sie werden hier deshalb kaum eine Mutter mit flachen Schuhen sehen, selbst wenn sie im achten Monat schwanger ist.
SPIEGEL: Das klingt ziemlich bescheuert.

Martin: Ich glaube, es gibt außer Hollywood kaum ein Umfeld, in dem die Ansprüche an weibliche Schönheit so rigoros und unerbittlich sind wie hier. Ich werte das nicht, habe es aber so beobachtet.
SPIEGEL: Aber warum unterwerfen sich die Frauen diesem Schönheitsideal?
Martin: Das Verhältnis von Männern zu Frauen liegt an der Upper East Side bei 1:2 – es gibt also eine ungewöhnliche Konkurrenzsituation. Biologen und Primatenforscher haben sich jahrelang nur auf die männliche intrasexuelle Konkurrenz konzentriert, also den Wettkampf mit gleichgeschlechtlichen Angehörigen der eigenen Spezies. Seit Kurzem haben sie ihren Blick aber auch auf weibliches Konkurrenzverhalten gerichtet und festgestellt, dass weibliche Säugetiere unterschwellig konkurrieren. Sie fügen einander jedoch eher soziale Gewalt als körperliche zu. Und da der Mann hier das Objekt der Begierde ist, dient der perfekte Körper dazu, ihn zu bekommen.
SPIEGEL: Auch wenn am Ende alle gleich aussehen?
Martin: Konformität ist nur auf den ersten Blick etwas Negatives. Zumindest, wenn man es von einem evolutionären Standpunkt aus betrachtet. Zu einer Gruppe dazuzugehören gibt uns Sicherheit, das darf man nicht unterschätzen.
SPIEGEL: Aber muss ich deshalb hungern, mich in Schuhe quälen, in denen ich nicht laufen kann, und Botox spritzen?
Martin: Das ist die Perspektive einer Außenstehenden. Das sind reiche, hoch qualifizierte, aber beruflich unterbeschäftigte Frauen. Sie leiten ihre früher gerühmten Karriereambitionen in die Perfektion ihres Körpers um.
SPIEGEL: Macht einen das nicht irgendwann zynisch?
Martin: Auf jeden Fall – zumal die Kehrseite des Ganzen eine außerordentliche Ängstlichkeit ist. Der Druck, alles richtig zu machen, bringt manche an die Grenze der Belastbarkeit. Linderung verschaffen Alkohol, Pillen, Kurztrips mit Freundinnen im Privatflieger nach Las Vegas oder Paris, zwanghaftes Fitnesstraining oder Kleiderkäufe, bei denen einem die Kinnlade herunterfällt. Das ist Irrsinn pur.
SPIEGEL: Irrsinn ist auch, wie viel Geld jene Frauen im Schnitt nur dafür brauchen, so auszusehen, wie sie aussehen. In Ihrem Buch beziffern Sie die jährlichen Kosten auf etwa 95 000 Dollar – Geld, das die Männer zahlen müssen.
Martin: Das ist ja genau das Problem: Die Frauen verdienen das Geld nicht selbst, sondern geben das ihrer Männer aus. Sie sind also immer auf deren Goodwill angewiesen. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit führt zum Teil zu absurden Verhaltensweisen: Manche Frauen haben Konten, auf die sie Teile ihres Haushaltsgeldes abzweigen, die sie vor ihren Männern aber geheim halten. Es gibt Frauen, die von ihren Männern einen „Jahresendbonus“ bekommen, wenn sie es schaffen, die Kinder auf die richtigen Schulen zu schicken, oder den Haushalt gut gemanagt haben. Ganz so, als ob sie nicht Partnerinnen, sondern Angestellte wären. Andere wiederum lassen sich so viel Schmuck wie möglich schenken – alles als Absicherung für den Fall, irgendwann verlassen zu werden.
SPIEGEL: Das wäre der Super-GAU?
Martin: Ja, denn vom Mann und seinem Geld hängen Glück und auch Identität ab. Viele dieser Frauen trauen sich überhaupt nicht zu, sich und ihre Kinder selbst ernähren zu können.

DINA LITOVSKY / REDUX / DER SPIEGEL

DINA LITOVSKY / REDUX / DER SPIEGEL

Ein paar Blocks nördlich des Louboutin-Ladens, ebenfalls auf der Madison Avenue, findet sich neben einem kleinen Lebensmittelladen ein fast versteckter Eingang. Hinter einer unscheinbaren Tür führt eine schmale, schwarze Treppe steil nach oben. Auf den Stufen prangen die Namen von Designern: Gucci, Prada, Valentino, Balenciaga. Es ist ein Consignment Store – eine Art Edel-Secondhand-Laden, der Kleidung in Kommission nimmt.

SPIEGEL: Zumindest scheinen nicht alle bei dem Lebensstil mithalten zu können – wie man an den vielen Consignment-Stores sieht.
Martin: Einige Frauen verkaufen ihre fast ungetragene Garderobe, um Teile der exorbitanten Ausgaben wieder hereinzuholen. Andere wiederum können sich hier Kleidungsstücke oder Schuhe kaufen, die sie sich sonst eigentlich nicht leisten könnten. Es ist eine Schattenwirtschaft, die sich hier entwickelt hat – aber nur von und für Frauen. Daran sieht man, wie hoch der Druck ist, in diesem System mitzuspielen.
SPIEGEL: Sie selbst konnten sich dem Druck irgendwann auch nicht mehr entziehen – und schildern das am Kauf einer Birkin-Bag – einer Kulthandtasche, die zwischen 9000 und 100 000 Dollar kostet und nur durch Beziehungen und häufig nach Wartelistenplatz zu haben ist. Warum war Ihnen das plötzlich so wichtig?
Martin: Wenn man sich tagtäglich unter bestimmten Menschen bewegt, gewöhnt man sich nicht nur an ihre Eigenarten, man will auch irgendwann ihren Codes entsprechen. „Going native“ bezeichnet man dieses Phänomen in der Feldforschung, wenn Forscher den objektiven Blick verlieren. Genau das ist bei mir auch passiert.
SPIEGEL: Es geht hier um eine Handtasche …
Martin: Nein. Es geht um ein Statussymbol der Extraklasse. In einer Stadt wie New York, in der es immer um Privilegien und Erfolg geht, bedeutet eine solche Handtasche Prestige und soziale Aufladung. Auch für den Mann übrigens, der die Tasche häufig besorgt und dafür seine Beziehungen spielen lässt. Er demonstriert damit ebenfalls Macht und Geld.
SPIEGEL: Zeigen Männer dieser Gehaltsklassen ihre Macht und ihr Geld nicht, indem sie Sportwagen sammeln?
Martin: Das war früher. Dann kam der Wein, jetzt ist es zeitgenössische Kunst. Wer hier an der Upper East Side etwas gelten will, sammelt sie nicht nur, sondern betont an entscheidender Stelle auch sein Insiderwissen über Künstler und Werke.
SPIEGEL: Gibt es nach all diesen Jahren noch etwas, was Sie schocken kann?
Martin: Als ich das erste Mal zu einem Kindergeburtstag eingeladen war, bei dem im Apartment eine riesige Hüpfburg aufgebaut war, habe ich geglaubt, ich bin auf einem anderen Stern gelandet. Und ich muss gestehen, dass ich mich bis heute nicht an diese überkandidelten Kindergeburtstage gewöhnt habe, bei denen Fünfjährige rund hundert Kinder zu Gast haben und Geld keine Rolle spielt.
SPIEGEL: Frau Martin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Studenten testen günstiger!

12 x DER SPIEGEL + UNI SPIEGEL + Prämie und 63 % sparen.

Prämie zur Wahl

ABUS-Fahrradschloss
Mit 6-mm-Kette und Textilschlauch.
Länge: ca. 75 cm. Zuzahlung € 1,–.

Tischkicker „Winner“
Aus Holz, mit je sechs Spielern. Maße:
ca. 31 x 50 x 9 cm. Zuzahlung € 1,–.

10 € Amazon.de Gutschein*
Erfüllen Sie sich einen Wunsch: Bücher
DVDs, Technik und mehr zur Auswahl.

*Amazon.de ist kein Sponsor dieser Werbeaktion. Amazon.de Gutscheine („Gutscheine“) sind für den Kauf ausgewählter Produkte auf Amazon.de und bestimmten Partner-Webseiten einlösbar. Sie dürfen nicht weiterveräußert oder anderweitig gegen Entgelt an Dritte übertragen werden, eine Barauszahlung ist ausgeschlossen. Aussteller der Gutscheine ist die Amazon EU S.à r.l. in Luxemburg. Weder diese noch verbundene Unternehmen haften im Fall von Verlust, Diebstahl, Beschädigung oder Missbrauch eines Gutscheins. Gutscheine können auf www.amazon.de/einloesen eingelöst werden. Dort finden Sie auch die vollständigen Geschäftsbedingungen. Alle Amazon ® ™ & © -Produkte sind Eigentum der Amazon.com, Inc. oder verbundener Unternehmen. Die Gutscheine sind bis zu dem angegebenen Ablaufdatum einlösbar. Es fallen keine Servicegebühren an.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

Ja, ich möchte 12 x den SPIEGEL für nur € 19,90 frei Haus testen, **über 63 % sparen** und eine Prämie!

Alles inklusive: das Sparpaket für Studenten

- ✓ 12 x den SPIEGEL testen
- ✓ 63 % Preisvorteil
- ✓ Kostenfreie Lieferung
- ✓ LITERATUR SPIEGEL gratis
- ✓ UNI SPIEGEL gratis
- ✓ Praktischer Urlaubsservice

Gleich mitbestellen!

☐ Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für ~~€ 3,99~~ im Einzelkauf. SD16-036

Meine Wunschprämie:

☐ ABUS-Fahrradschloss, Zzlg. € 1,– (4246)
☐ Tischkicker „Winner“, Zzlg. € 1,– (4850)
☐ 10 € Amazon.de Gutschein (5065)

Anschrift:

☐ Frau
☐ Herr

Name/Vorname

Straße/Hausnr.

Geburtsdatum 19

PLZ

Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Wenn ich mich nach Erhalt der 10. Ausgabe nicht melde, möchte ich den SPIEGEL weiterbeziehen, dann für zurzeit € 2,95 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

☐ Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Ich nutze die bequemste Zahlungsart: per SEPA-Lastschrift*

IBAN DE

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Datum

Unterschrift X

SP16-039

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZZ00000030206

Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

040 3007-2700

abo.spiegel.de/sma1116

Der Vorzugspreis von € 0,50 für den digitalen SPIEGEL gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Meine Prämie erhalte ich direkt nach Zahlungseingang. Bei Sachprämien wird eine Zuzahlung von € 1,– erhoben. Ausgenommen sind Gutscheine und Bücher. Eine Kopie meiner aktuellen Studienbescheinigung ist erforderlich und wird noch vom Verlag angefordert. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und Ihrem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

*** SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Mit dem Ich bezahlen

Digitalisierung An den Daten, die jeder im Internet hinterlässt, verdienen bislang nur Unternehmen wie Facebook und Google. Bei einer Reihe von Start-ups können die Nutzer selbst kassieren.

DAVID RAMOS / GETTY IMAGES

Facebook-Gründer Mark Zuckerberg auf dem Mobile World Congress in Barcelona: Verkauf der Datenseele

Es ist erstaunlich, wie gut Menschen darin sind, an alles ein passendes Preisschild zu kleben. Wie viel ein Auto kosten darf, ein halbes Pfund Butter, Jeans, ein Flug nach New York.

Die meisten Leute sind aber völlig blank, wenn sie einen Preis schätzen sollen, der sie selbst angeht. Den Wert der persönlichen Daten, die sie im Internet produzieren und preisgeben. Geht es da um Cent-Beträge? Oder sind die Vorlieben und Gewohnheiten eines einzelnen Nutzers gar ein paar Tausend Euro wert?

Wenn man die Nutzer fragt, rufen sie enorme Summen auf. Bei einer Umfrage des Speicherherstellers Western Digital unter 5000 Briten nannten Männer durchschnittlich 5300 Euro als Preisvorstellung für einen totalen Datenstriptease, Frauen etwa 4000.

Ein Drittel aller Frauen und fast ein Viertel der Männer lehnten die Vorstellung, ihre Daten herzugeben, komplett ab und bezeichneten den Zugang als „unbezahlbar“.

Einige Studenten machten den Praxistest – mit recht unterschiedlichen Ergebnissen. Ein US-Student bot Einblicke in sein Onlineleben per Kickstarter an („Wie viel bin ich wert?“) und erlöste 2733 Dollar von 213 Unterstützern. Ein junger Niederländer versteigerte das Recht, auf seine persönlichen Daten zuzugreifen („Ich verkaufe meine Datenseele“) – und kam auf gerade einmal 350 Euro.

Diese Preisschwankungen und die Unsicherheit sind kein Zufall. Das Internet, sonst voll von Preisvergleichsdiensten, ist in dieser Frage intransparent, asymmetrisch und – wie manche meinen – ungerecht. Der Datenmarkt floriert, nur haben die Produzenten dieser Daten, die Nutzer, wenig davon.

Die Internetkonzerne bestimmen das Geschäft. Sie kennen den Wert der persönlichen Daten, sie ermitteln ihn ständig und machen die Daten zu Geld, vor allem durch den Verkauf zielgerichteter Werbung. Die Nutzer haben bislang nicht einmal die Chance, an diesem Handel mitzuverdienen.

Eine Reihe von Start-up-Gründern will das jetzt ändern. Sie wollen mehr Transparenz herstellen und einen Kräfteausgleich zwischen den Internetkonzernen und den Nutzern. Zumindest wollen sie, dass jeder seinen Anteil an dem Profit erhält, der mit seinen Daten erzielt wird. Die Zukunftsvision, die diese Gründer entwerfen, klingt verführerisch. Datacoup-Gründer Matt Hogan etwa träumt davon, für eine 100-Dollar-Jeans in einer Boutique irgendwann nur 80 Dollar ausgeben zu müssen: „Den Rest bezahle ich mit meinen Daten.“

Einige dieser Start-ups bieten ihren Nutzern direkt Geld für den Zugang zu deren persönlichen Daten. DataWallet oder das New Yorker Datacoup beispielsweise schütten je nach Umfang der Datenmenge immerhin ein paar Dollar wöchentlich aus. Auch Anbieter wie Citizen.me, die Nutzern bisher halfen, ihre Social-Me-

dia-Aktivitäten zu sichern und zu analysieren, setzen auf den neuen Trend. In der ersten Aprilwoche werden die Briten eine neue, komplett überarbeitete App starten, und auch sie wird ermöglichen, mit den eigenen Daten zu dealen.

Sie alle können sich mit ihren Anstrengungen auf einen prominenten Kronzeugen berufen, denn Tim Berners-Lee, immerhin der Erfinder des World Wide Web, hat eine klare Position: „Die Daten, die wir über uns kreieren, sollten uns gehören, nicht den großen Unternehmen, die sie abschöpfen."

Bislang läuft zwischen Nutzern und Konzernen ein simpler Tauschhandel ab. Die Nutzer eröffnen Profile und Accounts bei Onlineunternehmen. Dann haken sie die oft seitenlangen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters meist ungelesen ab, um möglichst schnell an den versprochenen – und nur vermeintlich kostenlosen – Service zu kommen. Bezahlt wird der Dienst mit den persönlichen Daten der Nutzer, vor allem mit jenen frischen, die sie tagtäglich erzeugen, wenn sie Angebote wie soziale Netzwerke, Fitness- oder Finanz-Apps intensiv nutzen.

Der ökonomische Witz an der Sache ist: Der Nutzer ist nicht der eigentliche Kunde der Onlineanbieter, sondern die Unternehmen, die für die Daten bezahlen. Die Daten der Nutzer sind in Wahrheit das Produkt.

Julian Ranger gehört zu denen, die das ändern wollen. Der Ingenieur hat früher einmal die Systeme von „Tornado"-Kampfflugzeugen optimiert und einen De-facto-Standard für den Datenverkehr im militärischen Internet entwickelt. Vor rund zehn Jahren verkaufte er seine Firma an den US-Rüstungsgiganten Lockheed Martin.

Er könnte sich seitdem ganz seiner Passion widmen, der Raumfahrt, und sich auf seinen Ausflug ins All vorbereiten – der 52-Jährige hat bei Richard Bransons Virgin Galactic einen Raumflug gebucht. Stattdessen arbeitet er an seiner Gründung Digi.me. Das Jahr 2016, hofft er, werde den Durchbruch bringen für sein Unternehmen und ähnliche Geschäftsmodelle. „Jeder Internetnutzer kann in das Business mit seinen eigenen Daten einsteigen und endlich auch selbst von deren Wert profitieren", wirbt er.

Ranger kann schon jetzt auf etwa 350 000 Nutzer in rund 140 Ländern verweisen. Und auf einige Großunternehmen, die sich auf eine Kooperation eingelassen haben: Lenovo und Toshiba gehören dazu sowie die französische Handelskette Fnac. Sie haben Digi.me bereits in eigene Angebote integriert.

Von den interessierten Unternehmen oder Organisationen verlangt Digi.me unter anderem Auskunft darüber, wie und wie lange sie die Daten verwenden wollen und was sie dem Datenlieferanten dafür anbieten. „Das können Rabatte sein, Gutscheine, der Zugang zu sonst kostenpflichtigen Premiumdiensten oder natürlich auch direkte Zahlungen."

Ranger glaubt, dass von einem neuen Deal am Ende alle profitieren, auch die Unternehmen. Denen macht derzeit noch die schlechte Qualität der Daten zu schaffen. Bislang ist nach Branchenschätzungen ein großer Teil der Informationen, die Unternehmen bekommen, ungenau, unvollständig oder komplett falsch. Das bisherige System sei „kaputt", sagt Ranger, es funktioniere weder für die einzelnen Nutzer noch für die Unternehmen wirklich gut.

In der neuen Datenwirtschaft bekommen Unternehmen, so versprechen es ihre Propheten wie Ranger und sein Konkurrent Matt Hogan von Datacoup, umfassenderen Einblick und genauere Daten, mit denen sie zudem viel mehr anfangen können – denn die Nutzer willigen ja ausdrücklich ein, wenn sie mit der versprochenen Gegenleistung einverstanden sind.

Noch existieren allerdings sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, was persönliche Datensätze tatsächlich wert sein können. Tausende Euro, wie es sich die Nutzer erhoffen, sind es natürlich nicht.

Einen Einblick in den Wert individueller Datensätze bietet der Blick auf die Summen, die große Konzerne mit der Vermarktung ihrer Nutzerdaten verdienen.

Eine hilfreiche Größe ist der „durchschnittliche Umsatz pro Nutzer". Facebook setzte 2014 mit einem Nutzer in den USA rund neun Dollar um – bei Google lagen die Umsätze für den einzelnen User sogar sechsmal höher. Wenn Nutzer davon künftig nur einen kleinen Anteil Provision erhielten, könnte einiges zusammenkommen – zumal sie ihre Daten ja mehrfach vermarkten könnten.

Dass die Nutzer den Wert ihrer Daten ohne Weiteres für sich reklamieren können, ist keineswegs ausgemacht. Die entscheidende Frage ist, wem die erhobenen Daten eigentlich gehören – und nicht alle sehen es so wie Tim Berners-Lee.

Wer etwa besitzt die Daten, die während einer Autofahrt entstehen? Der Fahrer des Autos, der Besitzer oder der Hersteller? Die Eigentumsfrage ist relevant. Brancheninsider schätzen den Gegenwert der Fahrdaten, die Auto und Fahrer während einer Leasingperiode erzeugen, immerhin auf einen niedrigen vierstelligen Eurobetrag.

Die Automobilindustrie scheint fest entschlossen zu sein, selbst Kapital aus den Daten zu schlagen. „Die Autodaten gehören uns", haben führende Vertreter der Branche längst ihren Anspruch angemeldet. Und dass sie den Kunden von sich aus eine Beteiligung an den Erlösen anbieten, ist eher unwahrscheinlich.

Am Ende könnte es auf eine neue Art des Tauschgeschäfts hinauslaufen: Daten gegen Rabatt. Was mit den umstrittenen Treuekarten und Bonussystemen im Einzelhandel begann, schleicht sich in andere Bereiche des Wirtschaftslebens ein: Kfz-Versicherungen bieten „Telematik-Tarife", die Vergünstigungen versprechen, wenn der Anbieter die eigenen Fahrdaten auswerten darf. Krankenkassen verfolgen ähnliche Ansätze mit Gesundheits- und Fitnessdaten.

Zur Realität gehört auch, dass sich keines der Daten-gegen-Geld-Geschäftsmodelle bislang wirklich rechnet. Matt Hogan von Datacoup etwa räumt ein, dass sein Unternehmen bislang „noch nicht nachhaltig" wirtschafte – und die laufenden Auszahlungen an die rund 1500 Nutzer der Erprobungsphase aus dem eigenen Kapital stammen. Wie Digi.me-Gründer Ranger setzt er jedoch auf einen Durchbruch im laufenden Jahr.

Womöglich gibt es noch einen anderen Weg, die Nutzer zu einem anderen Umgang mit ihren Daten zu bewegen. Einen, der eher auf Altruismus setzt.

Bei The Gooddata aus Barcelona laden Nutzer eine Browser-Erweiterung herunter, die ihr Surfverhalten protokolliert – die Gelder aus dem Weiterverkauf dieser Daten fließen jedoch nicht an deren Urheber zurück, sondern sollen karitativen Zwecken zugutekommen. Nach Angaben ihres Erfinders Marcos Menendez machen bislang rund 300 aktive Spender mit, an 24 Projekte vorwiegend in Afrika seien bereits Erlöse aus „Datenspenden" geflossen.

Marcel Rosenbach

Twitter: @marcelrosenbach

Umfrage

„Wie viel, glauben Sie, sind Ihre persönlichen Daten wert?"

Internationale Umfrage von Trend Micro / Ponemon Institute; jeweiliger Durchschnittswert der europäischen Befragten

Großbritannien

Zwangsfreunde

Der konservative David Cameron hatte nie viele Anhänger im linksliberalen Schottland. Umso skurriler, dass der Premierminister und seine politischen Erzfeinde von der Schottischen Nationalpartei (SNP) nun für dieselbe Sache kämpfen: den Verbleib Großbritanniens in der EU. Zwar lehnt die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon Auftritte mit Cameron im Vorfeld des EU-Referendums am 23. Juni ab. Trotzdem brauchen die Politiker einander wie nie zuvor. Cameron würde im Fall eines Brexit wohl rasch von seiner Partei abgesägt; Sturgeon in ein zweites schottisches Unabhängigkeitsreferendum getrieben, von dem sie nicht sicher sein kann, dass sie es gewinnt. Alle Umfragen deuten bislang darauf hin, dass die Schotten mit großer Mehrheit gegen einen Brexit stimmen. Sowohl Downing Street als auch die SNP-Strategen hoffen nun, dass die Stimmen aus dem Norden helfen, die Insel in der EU zu halten. cx

REX FEATURES / ACTION PRESS

Cameron, Sturgeon

Indien

„Modi dreht das Rad zurück“

Jagmati Sangwan, 56, von der Indischen Demokratischen Frauenvereinigung über die Gewalt gegen Frauen in ihrem Land und die Versäumnisse von Politik und Polizei

SPIEGEL: In einer Vorstadt von Delhi wurde am Montag ein 15-jähriges Mädchen vergewaltigt. Der Täter soll sie danach mit Benzin übergossen und angezündet haben, der Fall erregte weltweit Aufsehen. Eine Ausnahme?
Sangwan: Der genaue Hergang wird noch untersucht, wir versuchen herauszufinden, ob die junge Frau sich nach der Tat womöglich selbst in Brand gesetzt hat. Aber letztlich ist der Fall nur einer von vielen und zeigt, was Frauen in Indien noch immer angetan wird. Hätte sich das Ganze nicht nahe der Hauptstadt ereignet, wäre er wohl nie so bekannt geworden.
SPIEGEL: Im Dezember 2012 hatte die Vergewaltigung einer jungen Frau durch mehrere Männer und ihr anschließender Tod landesweit Proteste ausgelöst. Sind solche Taten seither zurückgegangen?
Sangwan: Die öffentliche Solidarität hat die Opfer und ihre Familien ermutigt, Vergewaltigungen anzuzeigen. Aber leider steigen die Fälle sexueller Gewalt gegen Frauen nach wie vor, das liegt auch am mangelnden Willen zu gezielter Aufklärungsarbeit, am fehlenden Geld. Sogar vielen Polizisten ist nicht bewusst, dass Vergewaltigung ein Verbrechen ist.
SPIEGEL: Was müsste man dagegen tun?
Sangwan: Die vorherige Regierung hatte zugesagt, in jedem Bezirk ein Krisenzentrum für vergewaltigte Frauen einzurichten. Premier Narendra Modi jedoch glaubt, dass ein Zentrum pro Bundesstaat reicht, er dreht das Rad zurück. Es wird sich so lange nichts ändern, wie Minister sagen dürfen, dass Frauen in kurzen Kleidern an ihrer Vergewaltigung selbst schuld seien. dbe

AFP

Mutter des Vergewaltigungsopfers, Angehörige

Fußnote

21 Regeln

gab Pekings Propagandaabteilung chinesischen Journalisten zur Berichterstattung über den Nationalen Volkskongress mit. Hervorgehoben werden sollen „anschauliche Beispiele für anhaltendes Wirtschaftswachstum“ sowie der Auftritt von Präsident Xi Jinping. Tabu sind Meldungen über den Smog oder das „persönliche Vermögen“ einzelner Abgeordneter.

Hängepartie

Seit zehn Jahren ist Evo Morales in Bolivien an der Macht und lässt sich als Vorkämpfer der Armen und Ausgegrenzten feiern. Für Behinderte jedoch habe er zu wenig getan, sagen die Aktivisten einer Rollstuhlfahrergruppe in Cochabamba – und ließen sich aus Protest von einer Brücke abseilen. Noch diesen Monat wollen sie nach La Paz fahren, damit die Regierung ihre monatliche Unterstützung von umgerechnet 33 Euro verdoppelt.

AFP

Brasilien

Machtprobe am Wochenende

Wer eine Giftschlange töten will, sollte ihr auf den Kopf schlagen und nicht auf den Schwanz. Mit diesem Bild kommentierte der frühere Präsident Luiz Inácio Lula da Silva den jüngsten Versuch, ihn im innenpolitischen Machtkampf kaltzustellen. Öffentlichkeitswirksam hatte der bekannte Untersuchungsrichter Sérgio Moro, der die Ermittlungen im Korruptionsskandal um den halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras leitet, Lula von bewaffneten Polizisten zum Verhör abführen lassen. Der mächtige Fernsehsender TV Globo lieferte spektakuläre Bilder von der völlig überzogenen Aktion. Seither sehen sich all jene Brasilianer bestätigt, die Richter Moro für einen Erfüllungsgehilfen der brasilianischen Eliten halten. Denn die wünschen sich nichts lieber als den Sturz von Präsidentin Dilma Rousseff und die Verhaftung ihres Mentors Lula. Doch mit seinem Vorgehen hat Moro das Idol der Armen zum Opfer und Verfolgten gemacht – und Lula eine Steilvorlage geliefert für dessen geplantes Comeback bei den Präsidentschaftswahlen 2018. Die Staatsanwaltschaft in São Paulo könnte das Comeback verhindern. Sie will Lula wegen Geldwäsche anklagen und beantragte am Donnerstag dessen präventive Verhaftung. An diesem Wochenende kommt es zur öffentlichen Machtprobe: Regierungsgegner wollen aufgrund der Korruptionsvorwürfe landesweit die Absetzung der Präsidentin fordern. jgl

Anti-Lula-Aktivist

NELSON ANTOINE / AP / DPA

Das nächste Drama

Libyen Zwei Regierungen führen einen Bruderkrieg gegeneinander, das Land versinkt im Chaos, und Washington überlegt einzugreifen. Denn in der Wüste Nordafrikas breitet sich der „Islamische Staat“ aus. *Von Christoph Reuter*

IS-Anschlag auf ein Öllager im Hafen von Ras Lanuf: „Wir tun unser Bestes, nur ist die Armee in einem bedauernswerten Zustand“

Die Blaskapelle spielt auf. Die Musiker marschieren entlang der Corniche, ihre blauen Uniformen gestärkt, die Instrumente auf Hochglanz poliert. Der Außenminister hat geladen. Gleich mehrere Einweihungen seien zu feiern. Läden und Cafés haben geöffnet, überall hängen noch die rot-schwarz-grünen Flaggenwimpel vom fünften Jahrestag der Revolution.

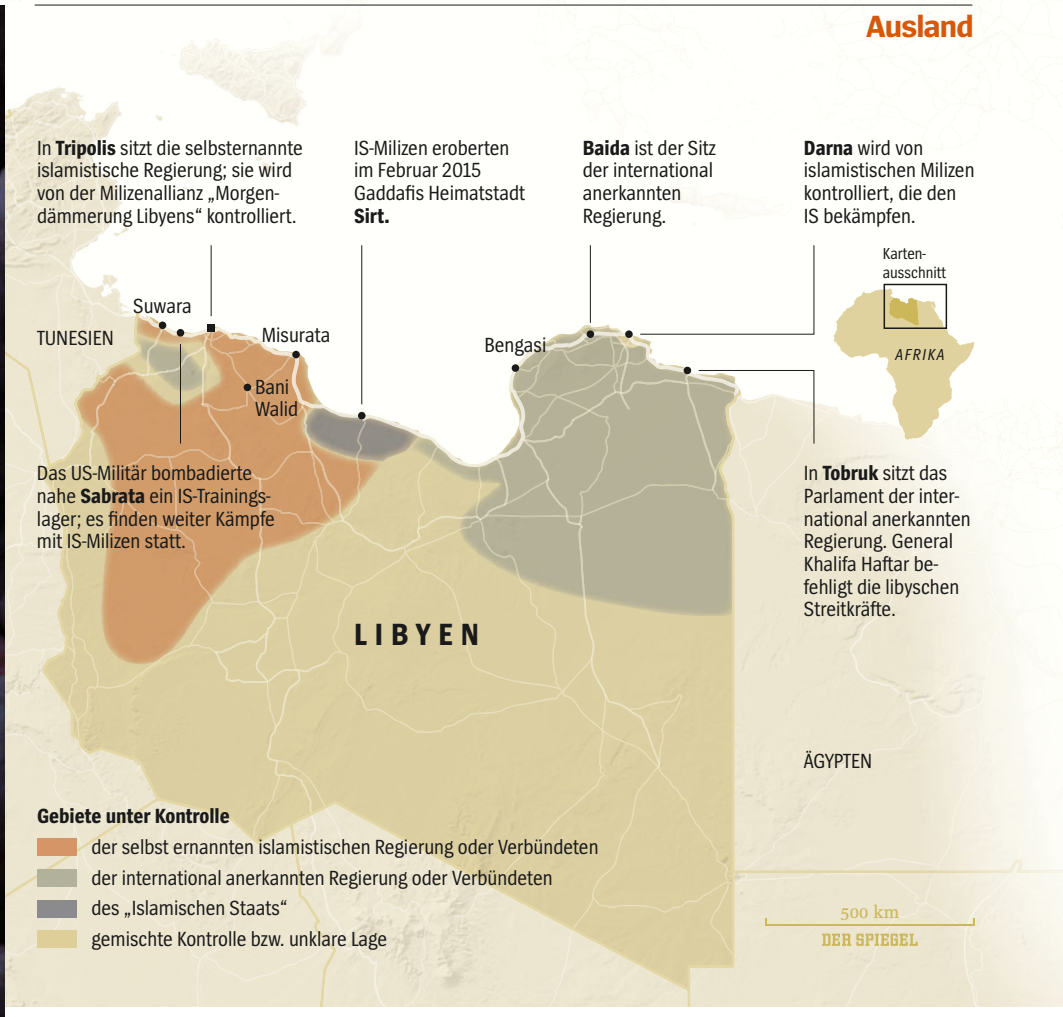
In der Hauptstadt Tripolis deutet nichts darauf hin, dass Libyen sich im Bürgerkrieg befindet.

Vor dem Konvoi des Außenministers allerdings rollt ein Wagen mit einem Signalstörer, der die Zündung ferngesteuerter Sprengsätze blockieren soll. Und im Zug laufen nur ein paar Konsuln aus den Nachbarländern mit. Nach einer kleinen Ansprache pflanzt der Außenminister einen Olivenbaum, eröffnet anschließend feierlich einen Behördenflachbau.

Die Szenerie hat etwas Operettenhaftes. Denn Ali Abu Zakouk ist Außenminister einer Regierung, die international nicht anerkannt ist. Die Politiker in Tripolis inszenieren einen Staat, der schon heute in drei Teile zerbrochen ist und kurz vor seinem Untergang steht. Die Einheiten zweier Regierungen bekämpfen sich, diverse Milizen und Stämme mischen mit, das Volk ist zerrissen. Und im Chaos breitet sich der „Islamische Staat“ (IS) aus. Das Land ist dabei, ein neues Syrien zu werden.

Der Terror greift bereits auf Nachbarländer über: Erst vor wenigen Tagen griff ein offenbar islamistischer Stoßtrupp in Tunesien an. US-Flugzeuge bombardierten schon den IS in Libyen, Amerikaner und

ULLSTEIN BILD



andere westliche Länder überlegen, ob sie massiver eingreifen müssen. Zudem ist das Land abhängig vom Erdöl. Quellen, Pipelines und Terminals aber sind extrem verwundbar – so ist Libyen die perfekte Bühne für das nächste Drama in der arabischen Welt.

Als Muammar al-Gaddafi im Herbst 2011 nach 42 Jahren Diktatur gestürzt wurde, gab es Wahlen, eine vorläufige Verfassung wurde verabschiedet, die Ölproduktion erreichte rasch wieder die einstige Höhe. Doch dann brachen die alten Gegensätze auf. Bei Wahlen im Sommer 2014 schnitten die islamistischen Fraktionen schlecht ab, die Regierenden erklärten die Ergebnisse daraufhin für ungültig. Die frisch gewählten Abgeordneten flohen weit in den Osten nach Baida und Tobruk und gründeten dort ein Gegenparlament.

Seither gibt es zwei Regierungen und vor allem zwei Miliz-Koalitionen, die regelmäßig aufeinander schießen. Erst vor zwei Wochen endeten Gefechte in Bengasi, wo der machtvollste General der Ost-Regierung, Khalifa Haftar, jene Milizen vertrieb, die von Tripolis unterstützt werden.

Die Lage ist wie geschaffen für die Eroberer vom „Islamischen Staat“. Dessen Spähtrupps hatten schon früh ihre Fühler nach Libyen ausgestreckt. Denn sollten die Islamisten in Syrien und im Irak besiegt werden, wäre Libyen die ideale Zuflucht. Im Februar vergangenen Jahres nahmen sie blitzartig Gaddafis Heimatstadt Sirt ein. Seither beherrschen sie einen fast 300 Kilometer langen Streifen Küste, jetzt schon sollen sie bis zu 6000 Mann stark sein.

Die konkurrierenden Regierungen können den IS kaum stoppen. Alle Fraktionen beharren darauf, dass nur sie alleine über ihr Land entscheiden dürfen. Auch ausländische Truppen dürften nur mit ihrem Okay ins Land kommen. Um handlungsfähig zu sein, müssten sie eine gemeinsame Regierung bilden. Sollten die USA die Geduld verlieren und massiv militärisch eingreifen, so kündigten einige libysche Milizen bereits an, würden sie gegen die Amerikaner kämpfen. Dann wäre der IS zwar militärisch in Bedrängnis, hätte aber politisch eine breite libysche Basis gewonnen.

Im Dezember wurde unter Vermittlung der Uno zwar ein Friedensplan unterzeichnet, der die Bildung einer Einheitsregierung vorsieht. Aber beide Blöcke sträuben sich nun. In Tripolis residiert Vizepräsident Awad Mohammed Abdul-Sadiq in „Palace I“ inmitten eines Parks voller Villen, die Gaddafi einst für Staatsbesucher bauen ließ, und erteilt größeren Konzessionen an den Uno-Plan eine Absage: „Wir kontrollieren die Hauptstadt, das Gros der Bevölkerung, haben die meisten Bewaffneten auf unserer Seite.“

Wie fragil ihre Macht aber in Wahrheit ist, führt diese Regierung Ende Februar unfreiwillig selbst vor: Die Lage in Sabrata, knapp 80 Kilometer westlich, sei wieder vollständig unter Kontrolle, heißt es. Das US-Militär hatte nahe der Stadt im Westen Libyens ein Ausbildungslager des IS bombardiert, mehr als 40 Menschen starben. Tage später griffen dessen Terrorkommandos an mehreren Stellen gleichzeitig an und schnitten Menschen den Kopf ab.

Nun aber könnten Journalisten dorthin, versichert der Regierungssprecher. Trotzdem solle man den Hubschrauber nehmen. Denn da ist nicht nur der IS: Der für Entführungen berüchtigte Stamm der Warsche-

fana kontrolliert ein großes Gebiet zwischen Sabrata und Tripolis und hat sämtliche Straßen gen Westen gesperrt.

Mit fünf Stunden Verspätung hebt der alte russische Helikopter vom einzigen funktionsfähigen Flughafen der Stadt ab, der andere ging 2014 in Flammen auf. Dass der Pilot sofort aufs Meer zuhält und dann in weiter Entfernung parallel zur Küste fliegt, habe ebenfalls nichts mit den Dschihadisten zu tun, erklärt ein mitfliegender Arzt im Rotorenlärm. Das sei nur „wegen der Warschefana" brüllt er. Die Stammeskrieger hätten vor einigen Monaten einen Hubschrauber mit einem Flugabwehrgeschütz vom Himmel geholt. An Bord waren drei Kommandeure der Miliz „Morgendämmerung Libyens", die Tripolis und die dortigen Sicherheitskräfte kontrolliert. Die Milizkommandeure wollten dem Entführungsunwesen der Warschefana ein Ende bereiten.

Nach 25 Minuten landet der Hubschrauber auf dem einsamen Flughafen von Suwara, nahe der tunesischen Grenze. Die Wachhabenden dort schauen verwirrt. Niemand aus der Hauptstadt habe sie informiert, dass ausländische Journalisten kommen. „Wir können euch unmöglich nach Sabrata bringen", stellt einer rasch und ohne Spielraum für Verhandlungen klar: „Unsere Männer stehen in schweren Kämpfen." Warten sei sinnlos, überdies riskant: „Kehrt um, sofort!"

Vor dem Abheben werden noch sieben Zivilisten in den Hubschrauber bugsiert, die seit Tagen auf eine Gelegenheit warteten, aus der Gegend herauszukommen. Überladen und schlingernd steigt die Maschine auf, landet schließlich wieder in Tripolis, als wäre nichts geschehen.

Die Ruhe in der Hauptstadt täuscht darüber hinweg, dass sich der IS wie ein unterirdisches Pilzgeflecht im Land ausbreitet. Die Islamisten haben Zuträger und Schläferzellen überall, sie bewegen sich auf unkontrollierbaren Wüstenrouten durch den Süden.

„Seit vier Monaten haben wir davor gewarnt, dass der IS in Sabrata sitzt", klagt ein Kommandeur der „Special Deterrence Force" in Tripolis, einer Eliteeinheit des Innenministeriums, „geschehen ist nichts." Die politische Führung habe „keinen Plan, wie sie dem IS Einhalt gebieten kann", sagt selbst Vize-Verteidigungsminister Mohammed Al-Naas: „Wir tun unser Bestes, wenigstens zwei, drei Bataillone in Richtung Sirt zu schicken. Nur ist die Armee in einem bedauernswerten Zustand." Aber im Übrigen sei der größere Gegner Armeegeneral Haftar im Osten: „Wenn der erst weg ist, sind 80 Prozent aller Probleme gelöst." Die Regierung im Osten sagt Ähnliches über die Regierung in Tripolis.

Die Stadt, die darüber entscheiden kann, wer militärisch siegen wird oder ob sich doch noch die Vernunft durchsetzt, liegt zwischen den beiden Kontrahenten – und in unmittelbarer Nähe des IS: Misurata, die reiche, mächtige Handelsstadt, zahlte 2011 einen furchtbaren Preis für ihren Widerstand gegen Gaddafi, als dessen Truppen sie monatelang belagerten und beschossen. Es waren vor allem die gut organisierten, von lokalen Geschäftsleuten ausgerüsteten Brigaden aus Misurata, die damals den Krieg am Boden entschieden.

Lange hat die Stadt zu Tripolis gehalten. Doch die Unterstützung bröckelt. Der designierte Chef der von der Uno ins Leben gerufenen Übergangsregierung – den die beiden anderen Regierungen nicht akzeptieren – wurde hier willkommen geheißen.

Es ist die subversive Kraft des Kapitalismus, die Misuratas Mächtige zum Eigensinn treibt. Sie wollen Geld verdienen und brauchen dafür Ruhe im Land: „Wir müssen wieder ins Geschäft kommen", sagt der Planungsingenieur Mohammed Eltumi, Chef des Projekts Misurata 2018, Chef des Libya Business Forum und mit Abstand der ungeduldigste Gesprächspartner im Land. Sein Programm: „Hafenerweiterung, Ausbau der Freihandelszone, außerdem brauchen wir einen neuen Flughafen." Während er spricht, trommelt er mit den Fingern auf die Sofalehne: „Wir haben eine Investorengruppe aus Kuwait, die allein 500 Millionen Dollar investieren will!"

Doch das Chaos im Land ist fatal fürs Geschäft. Als letzter Weltkonzern unterhält Toyota ein mehrere Hektar großes Lager in der Freihandelszone, „aber mit unserer Lage wären wir das perfekte Nord-

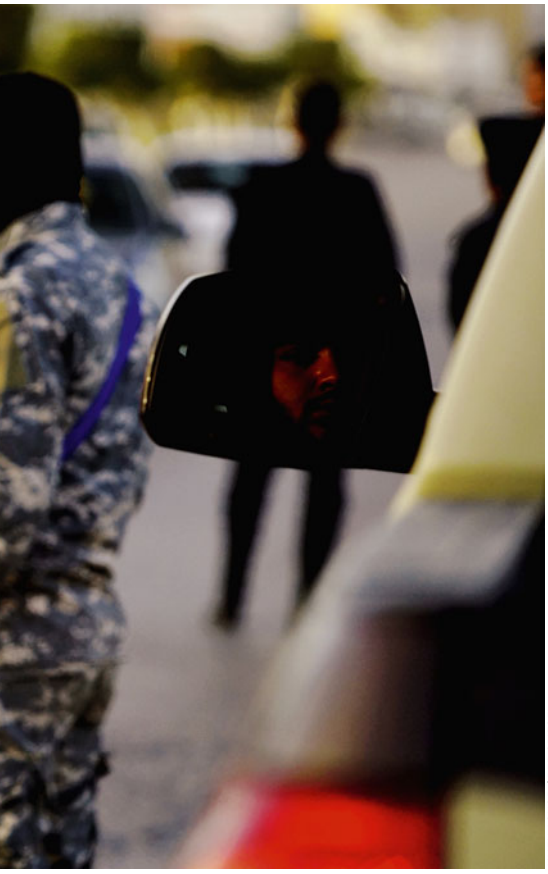
Checkpoint in Misurata: Der IS profitierte davon, dass seine Gegner ihn lange unterschätzten

Die Islamisten haben Zuträger überall, sie bewegen sich auf unkontrollierbaren Wüstenrouten durch den Süden.

AIMEN ASHOR / DER SPIEGEL

AIMEN ASHOR / DER SPIEGEL

Ingenieur Eltumi, Scheich Hanasch
„Wir haben es geschehen lassen"



AIMEN ASHOR / DER SPIEGEL

afrika-Drehkreuz für ganz viele“, sagt der Planer.

Während Eltumi und andere endlich ins 21. Jahrhundert aufbrechen wollen, arbeiten 100 Kilometer weiter östlich andere mit mörderischer Beharrlichkeit daran, ins 7. Jahrhundert zurückzukehren. Wo die spärlich grünen Hügel Tripolitaniens in die brettflache Wüste Zentrallibyens übergehen, hat sich der „Islamische Staat“ festgekrallt, ausgerechnet in Sirt, der Heimatstadt des einstigen Diktators.

Oder gerade dort, wie der alte Scheich Mohammed Hanasch einräumt, einer von Tausenden Flüchtlingen aus Sirt in Misurata: „Wir haben es geschehen lassen. Wir waren die Stadt der Verlierer, ohne Schutz, ohne Hilfe. Und dann kamen diese Dschihadisten, erst unter einem anderen Namen. Sie taten freundlich, schlichteten Clan-Fehden, boten Hilfe an, eröffneten islamische Schulungshäuser. Es kamen immer mehr, und plötzlich, Ende März letzten Jahres, schlug es um: Im lokalen Radio kamen Treueschwüre an den IS und religiöse Gesänge aus dem Irak. Sie rissen alle Macht an sich, wer sich wehrte, verschwand einfach oder musste fliehen. Sie haben einen meiner Söhne erschossen, unsere drei Häuser gesprengt. Aber ich habe keine Angst. Nur Gott wird mich richten!“

Die karge Unterkunft des Scheichs in Misurata ist nun Anlaufstelle für viele, die aus Sirt fliehen. Kaum einer mag reden, zu groß ist die Furcht vor der Rache des IS, der in Sirt minutiös sein Eroberungsprogramm aus Syrien wiederholt: erst freundlich infiltrieren, dann blitzschnell zuschlagen. Die Islamisten ermorden charismatische Gegner und errichten schließlich ein System hermetischer Kontrolle, das lokalen Widerstand so gut wie unmöglich macht.

Ebenso wie in Syrien profitiert der IS auch in Libyen davon, dass seine Gegner ihn lange unterschätzten. In Misurata wird den Verantwortlichen die Gefährlichkeit ihres neuen Nachbarn langsam bewusst. Aber ihre Mittel sind begrenzt.

Der Weg von Misurata an die Front führt über 100 Kilometer durch die Wüste, vorbei an einsamen Kontrollposten. Flüchtlinge, die mit ihren Habseligkeiten auf Kleinlastern kommen, werden durchsucht.

An einem Posten geht es nicht mehr weiter. Zu gefährlich. Ein paar Uniformierte versichern, die versprochenen Truppen aus Tripolis kämen bald. Aber sie bitten inständig um ausländische Hilfe für ihre Verwundeten: „Komplizierte Schusswunden können wir nirgends in Libyen behandeln, wir fliegen die Verletzten in die Türkei aus. Aber viele sterben unterwegs.“ Einer der Wachhabenden kommt mit nach draußen, wo die anderen ihn nicht hören können: „Seit acht Monaten sitzen wir hier. Seit acht Monaten soll Verstärkung kommen, damit wir endlich angreifen können. Wir warten und warten.“

Vor ihm zieht sich schnurgerade die Straße durch die Sanddünen. Hinterm Horizont beginne die schwarze Zone des IS. „Wir versuchen, hier einen Staat aufzubauen“, sagt der Soldat und schaut in die hitzeflimmernde Weite, „wir versuchen es, wirklich.“ Aber nichts werde den IS daran hindern, mit Pick-ups irgendwo durch die Wüste zu kommen und zuzuschlagen. „Wenn wir nicht kommen, kommen die.“

Und deshalb wollen die Mächtigen in Misurata ihre Truppen nicht in den neuen libyschen Bruderkrieg schicken. Denn dann wäre die eigene Stadt schutzlos dem IS ausgeliefert.

Misurata ist dabei nicht allein. Immer mehr Libyer haben die Machtkämpfe, haben Korruption und Kriminalität satt. Stadt um Stadt nimmt ihre Geschicke weitgehend selbst in die Hand. In Suwara im Nordwesten hat die Miliz der „Maskenmänner“ den Kampf gegen Menschenschmuggler aufgenommen, nachdem an einem einzigen Tag im vergangenen August 183 Leichen Ertrunkener angespült wurden. Maskiert sind die Milizionäre, weil sie oftmals auch Mitglieder ihrer eigenen Großfamilien festsetzen. Der Stadtrat von Bani Walid, der Hochburg ehemaliger Gaddafi-Loyalisten südöstlich der Hauptstadt, will die 120 000 Einwohner komplett aus dem Ost-West-Konflikt heraushalten und hat sogar seine eigene Fahne kreiert: ganz in Schwarz, nur die weißen Schriftzüge wurden weggelassen, damit niemand sie für das IS-Emblem hält.

Auch in Tripolis funktionieren immerhin Stromversorgung und Polizei besser als noch vor Monaten. Dass die im Kampf gegen Islamisten und Kriminelle erfolgreichste Einheit des Innenministeriums ausgerechnet von einem langbärtigen Salafisten-Milizionär geführt wird, gehört zu den Eigenheiten der Lage.

Die einzigen Detonationen, die über der Stadt am Meer dröhnen, sind die Feuerwerke der Hochzeitsgesellschaften. Wer es richtig krachen lassen möchte, kauft für umgerechnet 50 Euro das Sortiment „Nato“.

Doch viel Zeit bleibt den Libyern nicht mehr, denn das Land rast der Pleite entgegen. Einer der führenden Erdölmanager des Landes empfängt auf seinem Landsitz bei Tripolis. Seinen Namen mag er nicht nennen und schickt vorweg, dass nur sein Sarkasmus ihn ruhig bleiben lasse: „Mehrere der großen Pipelines, Ölfelder und Verladeterminals sind zerstört. Andere werden von Clans besetzt gehalten, und wir wissen manchmal nicht, warum. Wollen sie Geld? Jobs? Wir erfahren es nicht, es wird ja nicht einmal verhandelt.“ Die Pipelines sind mannshohe Röhren, aber aus der Vogelperspektive wirken sie wie dünne Fäden, die doch das gesamte Land zusammenhalten sollen.

Die tägliche Fördermenge sei von 1,7 Millionen Barrel auf 350 000 gesunken, Tendenz fallend, sagt der Ölmanager: „Aber gleichzeitig steigen die Förderkosten, denn überall wurden Tausende Leute neu angestellt, um die Anwohner ruhig zu halten. Das heißt, je weniger wir produzieren, desto teurer wird der Preis pro Barrel. Wir sind jetzt schon bei über 20 Dollar. Bei einem Ölpreis von knapp über 30 Dollar bleibt nicht viel übrig.“

Der Staat werde 2016 noch vier Milliarden Dollar einnehmen im Vergleich zu etwa sieben Milliarden 2015. Dem gegenüber stehen mindestens viermal so hohe Ausgaben. „Wir verfeuern jetzt unsere Devisenvorräte“, fährt der Manager fort, „die liegen noch bei 60 bis 70 Milliarden. Wenn sich die Lage nicht ändert, sind wir 2017 am Arsch.“

An jenem sonnigen Vormittag in Tripolis, als der Außenminister zu den Klängen der Marschkapelle einen Flachbau eingeweiht hat, geht es nach dem Torten-Imbiss weiter zum Höhepunkt der Feierlichkeiten: Maskierte Polizisten preschen voraus und sichern das Areal. Dann schreitet Außenminister Ali Abu Zakouk heran und tauft das denkbar beste Symbol auf den Namen „Libysche Einigkeit“: einen Kreisverkehr.

Videoreportage:
Grenzen aus Sand

spiegel.de/sp112016libyen
oder in der App DER SPIEGEL

Einsam, einsamer, Hollande

Analyse Warum dem französischen Präsidenten jetzt auch die eigenen Genossen davonlaufen. *Von Julia Amalia Heyer*

Seit vier Jahren steht François Hollande an der Spitze Frankreichs, und, so viel lässt sich sagen, es waren keine guten Jahre. Nicht für das Land – und wohl auch nicht für ihn.

Wer höflich über Hollande spricht, nennt seine Präsidentschaft „durchwachsen“. Er habe, sagen die Höflichen, noch nicht in seine Rolle gefunden.

Allerdings schrumpft die Zahl derer rasant, die sich derart nachsichtig über den Präsidenten und seine Bilanz äußern.

Hollande läuft die Zeit davon. Und es sieht nicht danach aus, als könnte er bis zur Wahl in 13 Monaten wettmachen, was er bisher versäumt hat. Seine Unbeliebtheit bricht alle Rekorde: 82 Prozent der Franzosen trauen ihm nicht zu, die Probleme des Landes zu lösen. Das kleine Umfragehoch, das die Attentate von Paris Hollande bescherten: längst vorbei. Nur einen Moment lang war es ihm gelungen, die Nation hinter sich zu versammeln.

Ein Demograf wurde vor Kurzem mit dem Satz zitiert, jedes Mal, wenn er glaube, der Tiefpunkt für Hollande sei erreicht, werde er kurz darauf eines Besseren belehrt. Aus der Entourage des Präsidenten heißt es, jeder im Élysée warte auf ein Wunder. Aber keiner glaubt mehr so recht, dass es wirklich kommt.

YOAN VALAT / REUTERS

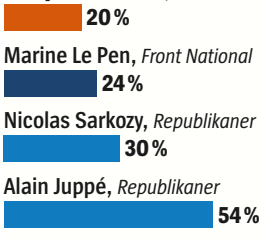
Es wird einsam um François Hollande. Trotzdem, und das könnte einen bei der augenblicklichen (Miss-)Stimmung durchaus wundern, will er im Frühjahr 2017 wieder antreten. Waren im Herbst noch jene Stimmen in der Überzahl, die fanden, man könne dem amtierenden Präsidenten einen solchen Wunsch nicht versagen, so hat sich das mittlerweile geändert.

Ende Februar entschloss sich seine Partei, ihrem eigenen Präsidenten – dem ersten Sozialisten im Élysée seit François Mitterrands Abgang 1995 – einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Hollande war auf Staatsbesuch in Südamerika, als die Zeitung „Le Monde“ ein regelrechtes Pamphlet gegen ihn veröffentlichte. Gegen seine Politik, seine Präsidentschaft. „Genug ist genug“, hieß es da, es klang nach Kampfansage. Und diejenigen, die ihm da schwarz auf weiß sein Scheitern attestierten, die ihm vorwarfen, „Frankreich nachhaltig zu schwächen“, sind fast allesamt alte Parteifreunde.

Auf Initiative von Martine Aubry, der früheren Arbeitsministerin und Vorkämpferin für die 35-Stunden-Woche, unterzeichneten den Aufruf weitere prominente Vertreter der französischen Linken, Daniel Cohn-Bendit zum Beispiel und der Soziologe Michel Wieviorka. Namen von ehemaligen Ministern Hollandes stehen ebenfalls darunter. Sie verurteilen seine Wirtschaftspolitik als Pakt mit den Bossen, monieren seine Skepsis in der Flüchtlingsfrage und erklären seine Antiterrormaßnahmen für unrepublikanisch. Sie rechnen mit ihm ab, unbarmherzig. Hollandes jahrelanges Irrlichtern hat die eigenen Leute verprellt. Wo er hätte nachgeben müssen, blieb er hart, und wo er hätte hart bleiben müssen, gab er nach, fügte sich schon der ersten zarten Kritik.

Früher galt Hollande als versierter Taktiker in parteipolitischen Dingen. Und es ist noch gar nicht lange her, dass er sich bei der Umbildung seines Kabinetts viel Mühe gab, um sämtliche Schattierungen zu seiner Linken zu berücksichtigen. Eine schwieriges Unterfangen: Manche wollten partout nicht Minister werden, denn wer besteigt schon gern ein sinkendes Schiff? Zudem ist die französische Linke von jeher nicht nur Sammelbecken unterschiedlicher Bewegungen, sondern auch extrem zerstritten. Dass aber ausgerechnet ein sozialistischer Präsident ihren Bruch besiegelt, kommt einer seltsamen Volte gleich.

Umfrage in Frankreich
Anteil der Befragten, die die Arbeit folgender Politiker positiv bewerten



Ipsos-Umfrage für „Le Point“
15. Februar; 955 Befragte

Auslöser des Ganzen ist eine Reform des Arbeitsrechts, die das Zeug dazu hätte, die sklerotischen Strukturen im Land aufzubrechen. Das El-Khomri-Gesetz, benannt nach Hollandes neuer Arbeitsministerin, soll betriebsbedingte Kündigungen erleichtern, Abfindungen deckeln und die Arbeitszeit, also die geltende 35-Stunden-Woche, flexibler gestalten. Hollande wolle die Sklaverei wieder einführen, ätzten seine Gegner. Für sie gilt der Status quo, und daran soll sich, trotz ständig steigender Arbeitslosenzahlen und stetig sinkender Produktivität, bitte nie etwas ändern. Obwohl es sich bei dem Vorhaben bisher nur um eine Kabinettsvorlage handelt, protestierten am Mittwoch schon mal vorsorglich Hunderttausende Menschen dagegen. 1,2 Millionen unterzeichneten eine entsprechende Petition.

Und Hollande selbst? Er präsentiert mit der Reform ausgerechnet jetzt, wo es eigentlich fast vorbei ist und wo die Franzosen am Ende ihrer Geduld mit ihm sind, zum ersten Mal ein couragiertes Projekt. Ein kluger Stratege hätte eine solche Maßnahme wohl an den Anfang seiner Amtszeit gesetzt – und nicht bis zur letzten Minute damit gewartet. Ein kluger Stratege hätte sich zuvor auch Mehrheiten organisiert.

Jetzt kämpfen in Frankreich die alten Kräfte gegen die der Erneuerung, wieder einmal. Und in der jüngeren französischen Geschichte waren die Beharrungskräfte noch jedes Mal die stärkeren. ■

Digital lesen + **Samsung-Tablet!**

Für nur
€ 139,–*

„Das ist ja unglaublich, war dein erster Gedanke. Ein **neues Samsung-Tab** für nur € 139,–. Nicht schlecht, sogar richtig gut. Und dazu würdest du ab freitags jede Woche 18 Uhr auch den **digitalen SPIEGEL** auf deinem neuen Samsung-Tablet lesen können. Unglaublich, **aber wahr.“**

Samsung Galaxy Tab A „SM-T550“
Tablet mit Android 5.0, 9,7-Zoll-Touchscreen, 1,2-GHz-Quad-Core-Prozessor, 16 GB Speicher und WLAN. In Weiß oder Schwarz.

***Zuzahlung: € 139,–** bei einem Jahresbezug des digitalen SPIEGEL für nur € 50,70 vierteljährlich.

Jetzt den digitalen SPIEGEL + Samsung-Tablet sichern.

Gleich bestellen unter:

www.spiegel.de/tab2016

SD16-080

Noch vor Erscheinen der Print-Ausgabe. Schon ab freitags 18 Uhr.

Ausgaben auch offline lesen oder als PDF speichern.

Mit vielen multimedialen Inhalten und zusätzlicher Visual Story. Ab jetzt auch viele Artikel vorlesen lassen!

Exklusiv: Mit der SPIEGEL-ID jede Ausgabe auf bis zu 5 verschiedenen Geräten lesen.

Kostenloser Zugriff auf den neuen digitalen LITERATUR SPIEGEL.

Alle E-Books aus dem SPIEGEL-Verlag inklusive.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

Regierungschef Netanyahu

REX FEATURES / ACTION PRESS

Tanz am Abgrund

Israel Premier Benjamin Netanyahu könnte bald länger an der Macht sein als Staatsgründer Ben-Gurion. Seit Monaten leidet das Land unter einer neuen Welle der Gewalt, die Zwei-Staaten-Lösung stirbt. Netanyahu jedoch bleibt. *Von Nicola Abé*

Benjamin Netanyahu steht vor einer Bar im Zentrum Tel Avivs hinter einem Rednerpult aus kugelsicherem Glas. Es ist dunkel, im Glas spiegeln sich die Gedenkkerzen zu seinen Füßen.

Am Vortag hat ein junger Mann an diesem Ort eine Maschinenpistole des Typs Spectre M4 aus seinem Rucksack gezogen, auf Passanten gefeuert, den Barbesitzer erschossen, einen Besucher der Bar getötet und sieben weitere Menschen verletzt. Der Täter war ein arabischer Israeli aus dem Norden des Landes.

„Der arabische Sektor ist von islamistischer Hetze durchdrungen“, ruft Netanyahu hinter dem Rednerpult. Sein Haar liegt wie ein stahlgrauer Helm um den Kopf. „Wir verlangen Loyalität gegenüber dem Gesetz. Man kann nicht die Rechte eines Israelis haben und sich der Sache der Palästinenser verpflichtet fühlen!“

Netanyahus Worte versöhnen nicht, sie beruhigen nicht, im Gegenteil, sie sind eine Anklage an alle Araber im Land. Es sind unerbittliche Worte, sie passen zu der Realität, in der Israel nach zehn Jahren unter seiner Führung angekommen ist.

Vor knapp einem Jahr, am 17. März 2015, gelang Netanyahu entgegen allen Erwartungen ein triumphaler Wahlsieg. Der konservative Likudblock, dem er vorsteht, wurde die mit Abstand stärkste Partei. Es ist Netanyahus vierte Amtszeit als Regierungschef. Hält er sie durch, wird er länger an der Macht sein als Staatsgründer David Ben-Gurion. Wie kein anderer prägt Netanyahu Israels Gegenwart: Das Land hat sich von westlichen Partnern entfernt, es ist weit nach rechts gerückt. Er hat die Siedlerpartei „Jüdisches Heim“ in seine Regierung geholt, ein politischer Tabubruch. Er hat damit ein Zeichen gesetzt, gegen den Frieden und gegen die Hoffnung auf eine Zwei-Staaten-Lösung.

Der Anschlag auf die Bar in Tel Aviv ist nur eine weitere Episode des allgegenwärtigen Hasses, der sich immer tiefer ins Leben der Israelis frisst und die Gesellschaft zersetzt. Beinahe jeden Tag greifen nun junge Palästinenser mit Messern und Scheren jüdische Israelis an – und werden dann meist selbst erschossen. Die Attentäter sind 13, 17 oder 20 Jahre alt.

Allein am Dienstag sind es vier Angriffe: In Jerusalem werden mehrere Polizisten verletzt, zwei von ihnen schwer. In Petach Tikwa, einem Vorort Tel Avivs, sticht ein Palästinenser auf einen Israeli ein, bis ihm Passanten schließlich das Messer entreißen.

Und während US-Vizepräsident Joe Biden sich zu Gesprächen über den Frieden ganz in der Nähe aufhält, sticht ein 22-Jähriger aus der Stadt Kalkilia im Westjordanland an der Strandpromenade in Jaffa mehrere Menschen nieder.

Seit Oktober hält diese neue Welle der Gewalt nun schon an, Netanyahu hat gegen sie nichts ausrichten, sein Land nicht befrieden können. Seine Bilanz, so könnte man meinen, ist katastrophal, die angespannte Lage müsste ihm schaden, doch das Gegenteil ist der Fall. Im vergangenen Jahr hat Netanyahu seine Macht noch erweitert und verschiedene Ministerien einfach für sich selbst reklamiert: Er ist jetzt nicht nur Premierminister, sondern auch noch Außenminister, Wirtschaftsminister, Minister für Kommunikation und Minister für regionale Kooperation. In den Medien, im Polizei- und Justizapparat hat er Vertraute installiert. Es ist, als befinde er sich in einer toxischen Umarmung mit seinem Land.

Im Herbst ist Netanyahu unterwegs zu einem Staatsbesuch. Sein Regierungsflieger gleitet durch tiefschwarze Wolkenbänke, die Anschnallzeichen leuchten. Netanyahu erscheint im Moment maximaler Turbulenzen im hinteren Bereich des Flugzeugs, wo die Journalisten sitzen. Er will jetzt ein Hintergrundgespräch führen, er hätte zwölf Stunden Zeit dafür gehabt, nun sind es nur noch ein paar Minuten bis zur Landung.

Draußen wüten die Vorboten eines Hurrikans, die Journalisten krallen sich an den Sitzen fest. Nach Jerusalemer Zeit ist es mitten in der Nacht. Netanyahu redet ein wenig über Syrien und Iran. Er hat Augenringe und seine Haare sind zauselig. Im Grunde sagt er nichts. Alles schwankt. Sein Pressesprecher versucht, ihn am Ärmel wegzuziehen. Das Flugzeug macht einen Satz nach unten. Netanyahu zuckt nicht. Das ist seine Botschaft. Er inszeniert Politik als permanenten Tanz am Abgrund – bei dem er stets die Kontrolle behält. Netanyahu braucht den Ausnahmezustand als Kulisse, vor der er wirken kann, als Opfer und Retter. Er deklariert alles zur existenziellen Frage, denn es ist das Existenzielle, das ihn nährt.

„Der Überlebensmodus liegt in der israelischen DNA“, sagt der Journalist Nahum Barnea von einer der größten Tageszeitungen des Landes, „Jediot Acharonot“. Er hat Netanyahu jahrelang begleitet. „Er spielt den Typen, der den Damm zusammenhält.“

SAID KHATIB / AFP

Graffito im Gazastreifen: Ein ungerechter Staat ungleicher Bürger

Und manchmal auch den Typen, der brüskiert und provoziert. In dieser Woche sagte Netanyahu überraschend ein für den 18. März geplantes Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama ab. Die US-Regierung erfuhr davon durch die Medien, es war ein weiterer Affront in einer Reihe von Verstimmungen zwischen beiden Staaten.

Hinter der Absage, die Israels Regierung offiziell damit begründete, sie wolle nicht in den amerikanischen Wahlkampf hineingezogen werden, steht wohl immer noch Netanyahus Unmut über das Atomabkommen mit Iran. Seitdem er im Amt ist, hatte er vor diesem Land gewarnt, vor der iranischen Atombombe, die es zu verhindern galt. Das Abkommen, das die USA und

fünf weitere Staaten im vergangenen Jahr mit Iran aushandelten, war für ihn eine schmachvolle Niederlage und markierte zugleich einen Tiefpunkt in den israelisch-amerikanischen Beziehungen.

Auch als das Abkommen schon unterschrieben war, kämpfte Netanyahu weiter: Anfang Oktober stand der israelische Premier vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York und schwieg. 45 Sekunden lang. Sein Schweigen sollte die „ohrenbetäubende Stille“ der Weltgemeinschaft symbolisieren, so sagte er, angesichts der nun drohenden Auslöschung Israels durch den Iran. Die Diplomaten im Publikum blickten zu Boden, manche verdrehten die Augen. Netanyahus eigentliche Zuhörer aber saßen in der Heimat vor dem Fernseher.

„In jeder Generation gab es welche, die unser Volk vernichten wollten“, rief ihr Premierminister in den Saal, „doch die Zeiten, in denen das jüdische Volk passiv bleibt im Angesicht der mörderischen Feinde, sind vorüber.“

Netanyahu kenne die Israelis besser, als sie sich selbst kennen würden, schrieb Bradley Burston, der in Amerika geborene israelische Kolumnist der Tageszeitung „Haaretz“: „Er kann auf dir spielen wie auf einer Stradivari. Und das tut er auch.“ Virtuos bedient Netanyahu die jüdische Angst, von allen Seiten bedroht zu sein. Die Scham darüber, dass man sich nicht wehren konnte, damals im Zweiten Weltkrieg, dass man ein Opfer gewesen ist. Diesen Schmerz, der sich nie stillen lässt.

„Worin liegt der diplomatische Sinn, die ganze Welt zu verspotten?“, fragten die Kommentatoren nach seiner Rede vor der Uno. Aber es geht Netanyahu nicht um Diplomatie. Ob er Schaden anrichtet, ist in diesen Momenten nicht so wichtig. Es geht um ein Versprechen, die Staatsräson Israels: „Nie wieder!“

Was zählt, ist, dass er kämpft, für sein Land – und immer wieder für den Erhalt der eigenen Macht. Vor mehr als einem Jahr löste Netanyahu selbst seine Regierung auf, weil er eine Intrige fürchtete. Er glaubte, seine Minister wollten ihn stürzen und rief Neuwahlen aus. Für einen Moment sah es aus, als habe er sich verschätzt. Im März 2015, kurz vor der Wahl, führte die Opposition in allen Umfragen.

Es war eine schwierige Zeit für die Netanyahus. Unzählige Skandale aus ihrem Haus fanden damals ihren Weg an die Öffentlichkeit. Die Israelis erfuhren, wie viele Tausend Schekel das Ehepaar jährlich für Pistazieneiscreme, Kerzen und Sushi ausgab. Es wurde noch wahnsinniger, als die Netanyahus ein Video produzieren ließen, um ihrem Image als Luxuspaar etwas entgegenzusetzen. Netanyahus Ehefrau Sarah führte in dem Film einen bekannten Dekorateur durch ihre heruntergekommen aussehende Küche. Der Mann beugte sich über den Kunststoffbelag, der sich von den Schränken löst. „Es sieht aus wie in einem rumänischen Waisenhaus von 1954“, sagte der Dekorateur schließlich.

Ein paar Tage später wurde bekannt, dass es die Küche der Angestellten war, die da gezeigt wurde. Und dass es ein Stockwerk darüber eine hochmoderne Küche gibt. Im liberalen Tel Aviv schämte man sich, war wütend und auch ein bisschen belustigt. Kaum einer glaubte, dass Netanyahu wiedergewählt würde.

Doch Netanyahu wusste auch diesmal, was zu tun war. Sechs Tage vor der Wahl setzte er auf die Siedlerbewegung, seine letzte Chance, politisch zu überleben. Er rief deren Anführer in seiner Residenz zusammen und drohte ihnen: „Ich bin dabei zu verlieren. Wir werden diese Residenz verlassen, und ihr werdet eure Häuser verlassen müssen.“ Dann zeigte er eine Lösung auf: Das Furchtbare sei zu verhindern, wenn man ihn wähle und nicht seine rechten Konkurrenten von der Partei Jüdisches Heim. Öffentlich zog Netanyahu sein Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung zurück.

Er gewann, weil die Aktivisten der Siedler in Dörfern und Städten Tausende Wähler mobilisierten. Mehr Menschen als je zuvor gingen noch in den letzten Stunden zur Wahl.

Bei der internationalen Gemeinschaft und arabischen Parteianhängern bat er kurz darauf um Nachsehen für seine Aussagen im Wahlkampf. Mit diesem scheinbaren Hin und Her verprellt er immer wieder wichtige Verbündete, nicht aber seine Wähler. Ehrlichkeit sei nicht das, was viele Israelis von einem politischen Führer erwarten, sagt der Historiker Tom Segev. Auch Korruption könnten sie verschmerzen, „solange keine Bombe unter ihrem Auto explodiert“.

Doch Netanyahu ist nicht einfach nur ein Opportunist, hinter seinen taktischen Manövern stehen Glaubenssätze, die sich durch sein Leben ziehen. Sein Vater war ein enger Vertrauter von Wladimir Jabotinsky, Befürworter eines Judenstaates auf beiden Seiten des Jordans. Netanyahu war 28 Jahre alt, als er in einer Fernsehdebatte sagte: „Das Hindernis für Frieden im Nahen Osten ist die Forderung nach einem palästinensischen Staat.“

In den Neunzigerjahren kämpfte er gegen den Oslo-Friedensprozess. Als Premier ließ er den Siedlungsbau vorantreiben. Die Zwei-Staaten-Lösung drängte er so immer weiter ins Utopische ab. Heute erscheint sie kaum mehr möglich.

Der Kolumnist Thomas Friedman kürte Netanyahu in der „New York Times“ vor Kurzem zum Gründungsvater einer Ein-Staaten-Lösung: „Bibi hat gewonnen, er ist nun eine historische Figur. Der Friedensprozess ist tot. Es ist vorbei. Der nächste US-Präsident wird es mit einem Israel zu tun haben, das entschlossen ist, das Territorium zwischen Jordan und Mittelmeer permanent zu besetzen.“

Ermittler am Anschlagsort in Tel Aviv am 8. März:

Dieser Staat ist nach fast 50 Jahren Besatzungsherrschaft im Westjordanland heute Realität. Es ist ein ungerechter Staat ungleicher Bürger. Es ist ein an Gewalt krankender Staat, in dem palästinensische Schulmädchen auf israelische Polizisten einstechen. Im Rucksack einer 13-Jährigen fand die Polizei vor wenigen Wochen Schreibhefte, einen Taschenrechner, ein Päckchen Traubensaft und zwei Küchenmesser. Sie wollte „Juden töten“, sagte das Mädchen auf der Polizeistation.

„Die dritte Intifada“, titelte die größte Boulevardzeitung des Landes schon im Herbst, als die Angriffe begannen. Für kurze Zeit sanken Netanyahus Umfragewerte. Er flüchtete sich in Bürgerkriegsrhetorik: „Wir werden für immer mit dem Schwert leben“, sagte er im Oktober in der Knesset. Teile Ostjerusalems sollten abgeriegelt, die Häuser der Familien von Attentätern zerstört werden. Es ging darum, der Bevölkerung zu vermitteln, dass er die Lage im Griff hat. Mehr noch: dass er der Einzige ist, der die Lage im Griff hat.

Netanyahu balanciert geschickt zwischen den Forderungen von rechts und jenen der internationalen Gemeinschaft. Er spielt sie gegeneinander aus. Mehr Siedlungsbau? Unmöglich wegen den USA, sagt er den Siedlern. Und wirkt im Vergleich mit den noch Rechteren in seiner

HEIDI LEVINE / SIPA / ACTION PRESS

„Wir werden immer mit dem Schwert leben“

Regierung plötzlich vernünftig. Sogar die ultraknappe Mehrheit seiner Koalition in der Knesset – er regiert mit einer Mehrheit von nur einer Stimme – scheint ihm plötzlich zu nützen. Jeder einzelne Abgeordnete kann die Regierung zum Scheitern bringen. Jede Stimme zählt. Das Risiko diszipliniert. Linke Medien und NGO, die gegen Netanyahu wettern, erscheinen angesichts der angespannten Lage wie Landesverräter. Alles, was gegen ihn ist, nützt ihm.

Doch noch immer hört die Gewalt nicht auf, radikalisieren sich palästinensische Jugendliche über Facebook und YouTube, greifen israelische Polizisten, Familienväter und sogar schwangere und alte Frauen an. Es ist eine neue Qualität des Terrors: Die Täter handeln nicht im Auftrag von Organisationen, sondern selbstständig. Und es hat etwas zutiefst Barbarisches, wenn Menschen anderen Menschen aus nächster Nähe ins Fleisch stechen, um sie zu töten.

Ist dies also der Moment, in dem Netanyahus Politik des Stillstands scheitern könnte? In dem deutlich wird, dass ein reines Verwalten des Konflikts unmöglich ist?

Andere Politiker stürzten in Israel über den Terror. Netanyahu kann er nichts anhaben. Es ist die ewig einzudämmende Katastrophe am Horizont, an die er glaubt und von der er profitiert. Doch das bedeutet auch, dass diese Bedrohung nicht wegfallen kann, dass es keine Lösung geben kann. Der Status quo ist für Netanyahu der Idealzustand, die drohende Katastrophe der Kitt, der alles zusammenhält. Auch deshalb muss der Konflikt zu einem unlösbaren erklärt werden.

Um dieses Narrativ zu stärken, schreckte Netanyahu auch nicht davor zurück, die Geschichte des Holocaust um eine neue Variante zu bereichern. Beim Zionistischen Weltkongress in Jerusalem erklärte er vor wenigen Monaten, der palästinensische Großmufti von Jerusalem habe Hitler die Idee zur „Endlösung“ eingeflüstert.

Am nächsten Morgen machte er sich auf den Weg zu einem Staatsbesuch in Berlin. Seine Rede war die Nachricht des Tages. Die Bundesregierung sah sich gezwungen, die Verantwortung Deutschlands für den Holocaust zu bekräftigen. In den folgenden Tagen distanzierten sich prominente Historiker von ihm. Er ruderte zurück. „Schamlos“, sagten alte Wegbegleiter, „diesmal ist er zu weit gegangen.“

Doch im Frühjahr 2016 ist von alldem kaum etwas zurückgeblieben, nichts, was ihm schaden würde auf jeden Fall. Allenfalls Netanyahus Erzählung, dass es hier nicht um Palästinenser gegen Israelis geht, sondern um Araber gegen Juden. Dass die Araber die Juden schon immer töten wollten, auch ohne Besatzungsherrschaft. Dass der Konflikt kein politischer sei, sondern ein kultureller.

„Ich bin Israel; Israel, das bin ich“, so beschreibt Barnea die Verschmelzung des Premiers mit seinem Land. „Er hält sich nicht mehr für gewählt, sondern für auserwählt.“ Wenn Netanyahu sich umsieht in seiner Regierung, dann stellt er fest: Er ist der schlauste und erfahrenste Mann weit und breit. Berater kommen und gehen, nur er bleibt. In seiner Regierung sitzt jeder Minister auf dem für ihn selbst und das Land ungeeignetsten Posten, auch das ist Teil seines Kalküls: Die Kulturministerin war einmal Militärzensorin. Die stellvertretende Außenministerin schockiert internationale Diplomaten, weil sie die israelische Flagge am Tempelberg hissen will. Der Tourismusminister ist ein Jurist. Keiner kann sich wirklich profilieren. Der Opposition mangelt es an starken Anführern.

Netanyahu hat eine Situation erschaffen, in der er alternativlos erscheint. Davon ist er selbst überzeugt. Er muss auch deshalb an der Macht bleiben, weil er selbst daran glaubt, dass er der Einzige ist, der das Land retten kann. Wenn Manipulation wirkt, dann in beide Richtungen, dann fängt sie immer auch den Manipulator ein.

Es gibt da eine Parallele zu seiner Kindheit: „Alle anderen sind Idioten“, so beschrieb ein alter Freund die Haltung der Familie. Die Netanyahus gehörten zwar zur Elite, sahen sich aber als Außenseiter im feindlichen Umfeld der sozialistisch-zionistischen Oberschicht, die damals regierte. Netanyahus Vater, ein Historiker und früher Holocaust-Warner, fühlte sich zeitlebens verkannt. Schließlich ging er verbittert mit seiner Familie in die USA, weg aus jenem Land, für dessen Gründung er einst eingestanden war.

Netanyahu kommt vor allem bei orientalischen Juden gut an, bei den Außenseitern einer Gesellschaft, in der die aus Europa eingewanderte Elite dominiert. Hat Netanyahu dem Land seine Überzeugungen aufgedrückt? Oder findet in ihm die israelische Lebenswirklichkeit ihr Echo? Netanyahu und seine Wähler spiegeln sich gegenseitig ihre Angst, eine ewige Wiederholung, die den Blick verengt.

In den vergangenen sechs Monaten gab es mehr als 300 Terrorattacken. Rund 30 Israelis und über 180 Palästinenser starben. Netanyahus düstere Weltsicht sucht und findet permanent Bestätigung, es ist ein Kreislauf, in dem die Angst befördert, was befürchtet wird.

Der Premier macht einfach weiter. Ende des Jahres ließ das Bildungsministerium eine Schullektüre verbieten, in der eine Jüdin einen Palästinenser liebt. Im Februar kündigte Benjamin Netanyahu den Bau eines Zauns um ganz Israel an. Die parteiinternen Wahlen wollte er auf Februar vorziehen. Am Ende wurden sie abgesagt, weil sich kein Gegenkandidat fand.

Twitter: @NicolaAbe

Video: Hinter den Kulissen der Netanyahu-Show

spiegel.de/sp112016netanyahu
oder in der App DER SPIEGEL

„Das sind schlimme Menschen“

Essay Donald Trump manipuliert die Medien und möchte die Pressefreiheit beschneiden. In der Auseinandersetzung mit ihm hat die kritische Öffentlichkeit versagt.

Von Holger Stark

TANNEN MAURY / DPA

In seiner kalten Verachtung für den demokratischen Diskurs gleicht Trump Wladimir Putin.

Die „Forbes“-Autorin Clare O’Connor? „Ein Dummchen.“ AP-Reporterin Jill Colvin? „Eine der wahrhaft schlechten Reporterinnen.“ CNN-Journalistin Sara Murray? „Absolut furchtbar.“ Arianna Huffington? „Ein liberaler Clown.“ Fox-Moderatorin Megyn Kelly? Ein „Bimbo“, bei der „das Blut rausläuft“.

Die Beschimpfungen, die der republikanische Präsidentschaftsbewerber Donald Trump über Journalistinnen losgelassen hat, sind nur schwer zu überbieten. Trump ist ein Chauvinist, der Kritik selbstbewusster Frauen nicht erträgt. Doch die Reporterinnen sind nur seine prominentesten Opfer. Trump fordert die Absetzung von Moderatoren, er verklagt Fernsehsender, bei seinen Auftritten werden Journalisten regelmäßig zur Zielscheibe verbaler Übergriffe. Auf fast jeder seiner Wahlveranstaltungen gibt es einen Moment, in dem er innehält, auf die hinter Absperrgittern zusammengepferchten Pressevertreter zeigt und ruft: „Das dort sind schlimme Menschen!“

Je länger dieser Wahlkampf andauert, umso offensichtlicher wird, dass er das grundsätzliche Verhältnis von Politik und Medien verändert. Die demokratische Öffentlichkeit, einer der Grundpfeiler jeder Demokratie, ist dabei von zwei Seiten in Gefahr: durch Trumps brachiale Attacken, aber auch durch das Versagen der Medien selbst. Viele Redaktionen erfüllen ihre demokratische Aufgabe der Kontrolle, der Checks and Balances, nicht, sie lassen Trump mit all seinen Beschimpfungen, Lügen und Versprechungen davonkommen. Im Fall Trump hat sich die kritische Öffentlichkeit in den vergangenen Monaten als dysfunktional erwiesen.

Trump unterhält ein schizophrenes Verhältnis zu Medien. Seine Verachtung für Journalisten kennt keine Grenzen, zugleich nutzt er sie für seine Propaganda, will aber die Pressefreiheit einschränken. Sein jüngster Vorschlag ist ein verschärftes Gesetz gegen üble Nachrede, er schlägt darin vor, die Schadenssummen bei umstrittener Berichterstattung in Höhen anzuheben, die die Existenz ganzer Redaktionen gefährden würden.

Man kann das Gesetz auch als Waffe bezeichnen, die sich vor allem gegen Trumps Kritiker richtet. Als Ziel hat er ausdrücklich die „New York Times“ und die „Washington Post“ genannt, zwei der Zeitungen, die ihn am schärfsten attackieren. Der Vorschlag gibt einen Vorgeschmack darauf, wie ein Präsident Trump das Land regieren würde. Amerika fühlt sich derzeit ein bisschen an wie Ungarn.

Zugleich hat Trump wie kein zweiter Bewerber verstanden, wie sich eine kritische Öffentlichkeit durch die sozialen Medien aushebeln lässt. Auf Twitter hat er mittlerweile 6,7 Millionen Follower, auf Instagram mehr als eine Million. Zum Vergleich: Die „New York Times“ hat eine Gesamtauflage von gut 2 Millionen. Sein Twitter-Account sei so, als besäße er die „New York Times“, spottete Trump unlängst – „bloß ohne deren Verluste zu machen“. Er hat es sich zum Prinzip gemacht, seine Follower regelmäßig zu unterhalten, mitunter mit mehr als 20 Tweets am Tag. So hat er seinen eigenen Nachrichtenstrom geschaffen.

Das Kalkül dahinter ist einfach: Mit Twitter und Facebook haben die klassischen Medien einen Teil ihrer Gatekeeper-Funktion verloren, die sozialen Netzwerke ermöglichen die direkte Kommunikation zwischen Politikern und dem Volk. Journalisten haben kein Monopol mehr auf Information und Kommunikation. Das ist per se keine schlechte Entwicklung. Direkte Kommunikation,

wie sie das Netz ermöglicht, ist strukturell demokratisch, egalitär. Aber auf diese Weise verschwindet auch die Einordnung, der Diskurs und die Überprüfbarkeit von Politik. Die Filterfunktion der Medien entfällt. Barack Obama war der erste Politiker, der dieses Prinzip während seiner Kampagne 2008 und später im Weißen Haus genutzt hat.

Trump hat diese Methode, Journalisten zu umgehen, ausgeweitet und perfektioniert und sich damit eine eigene Parallelöffentlichkeit geschaffen. Seine Anhänger sind nur allzu willig, ihm zu glauben. Und wenn es kein Argument mehr gegen seine Kritiker gibt, dann reicht ein kurzer, böser Tweet: Es handele sich ja nur um Angriffe des liberalen Medien-Establishments. Egal, was die Medien sagen, im Zweifelsfall ist es gelogen. Das ist die amerikanische Version von „Lügenpresse“.

In seiner kalten Verachtung für den demokratischen Diskurs gleicht Trump auf bemerkenswerte Weise dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. In gewisser Weise ist Putin sein Vorbild. Der Russe hatte einst einem französischen Reporter empfohlen, er solle sich doch beschneiden lassen, wenn er so viel Mitleid mit den Opfern des Krieges in Tschetschenien habe. Das war Trump-Sprech, lange vor Trump selbst.

Es ist kein Zufall, dass Trump Russland auffallend mild bewertet. Mit Putin habe er ein gutes persönliches Verhältnis, sagt er, der Russe sei ein starker, beeindruckender Staatschef. Putin und Trump eint ihr Abscheu gegenüber der Erkenntnis, dass zu jeder funktionierenden Demokratie eine kritische Öffentlichkeit zählt. Sie wollen anordnen, nicht erklären. In dieser Verachtung sind beide im Kern antidemokratisch. Ein vernehmbarer Aufschrei ist in den USA bisher dazu ausgeblieben.

Viele amerikanische Medien, vor allem die großen Fernsehsender, haben Trump bislang unter Entertainment-Gesichtspunkten betrachtet. Kein Wort ist schmutzig genug, um nicht irgendwo gesendet zu werden. Trump hat eine Bildschirmpräsenz wie kein anderer Bewerber. „Donald Trump steht am Morgen auf, tweetet in die Welt hinaus, ruft euch an, hat ein super Gespräch über acht Minuten, das ihn Tonnen von Geld als Werbespot gekostet hätte, während seine Mitkonkurrenten gerade dabei sind, mühsam Geld für einen eigenen Spot zu sammeln“, beschreibt der Republikaner Newt Gingrich die Mechanik dieses Wahlkampfs. An die Adresse des erzkonservativen Fernsehsenders Fox gewandt, der Trump lange Zeit ein Dauerforum geboten hatte, ergänzte Gingrich: „Ihr habt ihn zu dem gemacht, was er ist.“

In diesem Wahlkampf ist zwischen Trump und manchen Journalisten ein Machtverhältnis von Über- und Unterordnung entstanden, das es in einer Demokratie nicht geben sollte.

Zu den konstituierenden Elementen einer Demokratie gehört die investigative Recherche. Sie soll jene Informationen zutage fördern, die die Mächtigen gern verschleiern. Nirgendwo sonst hat sie eine solche Tradition wie im Land der Watergate-Enthüllungen. Doch bei Trump hat der investigative Journalismus versagt. Anders als etwa über Hillary Clinton gibt es über Trump in diesem Wahlkampf nicht viele bahnbrechende, große Recherchen, die sich mit seiner Lebensbilanz beschäftigen: mit seinen schweren ökonomischen Fehlern und Insolvenzen, die Staat und Gesellschaft viel Geld gekostet haben. Mit der brachialen Härte, die er zeigt, wenn ihm jemand im Weg steht. Mit den Gerüchten über Verflechtungen mit der Mafia von New York. Mit seiner Steuererklärung, die er als einziger Bewerber noch nicht veröffentlicht hat.

Seine Kampagne lebt davon, dass er allmächtig erscheint, ein Geschäftsmann, der keine Niederlagen kennt. Die Vermutung liegt sehr nahe, dass es einen anderen Trump gibt, der an der Grenze des Erlaubten und oft darüber hinaus operiert. Doch von Trump existiert nur ein Zerrbild, das er selbst erschaffen hat und dessen Darstellung er weitgehend kontrolliert. Den Medien ist es nicht gelungen, dieses Bild zu korrigieren.

Warum dies so ist? Weil nicht nur die Journalisten, sondern auch die Wahlkampfstrategen der anderen Bewerber Trump unterschätzt hätten, glaubt einer der führenden Washingtoner Journalisten. Normalerweise sei es so, dass die Wahlkampfmanager jeweils Dossiers über den politischen Gegner anlegen und sie zum rechten Zeitpunkt lancieren. Bei Trump sei dies nicht geschehen, weil die anderen Präsidentschaftsbewerber, wie die meisten Journalisten auch, geglaubt hätten, Trump werde verglühen. Erst vor Kurzem seien viele Redaktionen so richtig aufgewacht. Womöglich zu spät.

Wie man mit Trump auch anders umgehen kann, hat beschämenderweise ausgerechnet Fox News vorgemacht. Trump hatte mit dem Boykott einer Fernsehdebatte der republikanischen Bewerber gedroht, die Fox kurz vor der ersten Vorwahl in Iowa übertrug. Die Debatte sollte von Megyn Kelly moderiert werden, die es gewagt hatte, ihn in einer früheren Debatte kritisch zu befragen.

Vor der Diskussion veröffentlichte der Fernsehsender eine Stellungnahme, in der Trump hart angegangen wurde. Trump forderte eine Entschuldigung, andernfalls werde er der Bühne fernbleiben. Roger Ailes, der mächtige Chef von Fox, telefonierte mehrfach mit Trump, aber er entschuldigte sich nicht, und er zog seine Moderatorin nicht zurück. Kelly führte durch den Abend, Trump blieb der Runde fern. Vier Tage später verlor er in Iowa.

Trump selbst hat mittlerweile einen Zusammenhang zwischen dem Wahlergebnis und seiner TV-Abstinenz hergestellt. Bei der nächsten von Fox organisierten Debatte Anfang März war er wieder dabei. Megyn Kelly schonte ihn nicht, konfrontierte ihn mit Ausschnitten aus früheren Reden, die seinen heutigen Aussagen widersprechen, sie zwang ihn dazu, öffentlich einzugestehen, er sei politisch „flexibel“. Das traf ihn.

Es gibt keine Garantie, dass eine offensive Auseinandersetzung mit Donald Trump dazu führt, dass ihn weniger Leute wählen oder seine zutiefst autoritäre Vorstellung von Politik erkennen. Aber Fox hat Trump gezeigt, wie es gehen könnte. Man würde sich wünschen, dass die versammelten Journalisten das nächste Mal die Kameras ausschalten und geschlossen die Halle verlassen, wenn Trump wieder einmal gegen Minderheiten hetzt oder Medienvertreter bedroht.

Sollte Trump tatsächlich Kandidat seiner Partei werden oder, schlimmer noch, womöglich sogar der nächste Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, ist der Schaden für die Demokratie nicht nur deshalb groß, weil er Amerika in eine autokratische Nation verwandeln würde. Sondern auch, weil in diesem Wahlkampf dann das Prinzip der öffentlichen Kontrolle und damit die Demokratie an sich versagt hätte.

Mail: holger.stark@spiegel.de, Twitter: @holger_stark

Identität im Angebot

Global Village *Die Flüchtlingskrise beschert Ganoven gute Geschäfte – etwa Passfälschern in Athen.*

Auch Gangster haben ihre nachdenklichen Momente, diese beiden Männer zum Beispiel: Sie sitzen im Hinterzimmer eines Restaurants, in einer Seitenstraße von Exarchia, dem Anarchoviertel Athens. Sie essen ein unerhört scharfes Curry mit Linsen und Huhn, und ausnahmsweise reden sie nicht übers Geschäft, sondern über die Liebe, das Leben. Ob man lügen dürfe und zum Beispiel seine Frau betrügen sollte.

Warum nicht? Das findet jedenfalls Zulfikar. Die Touristinnen etwa, mit einer Haut wie Milch. Wenn er die sieht auf der Straße, sagt er, möchte er alles stehen und liegen lassen. Seine Frau ist in Pakistan, mit den Kindern. Zwei Jungs hat er, er zeigt die Fotos auf seinem Handy. Die Frau wird nie erfahren, was Zulfikar in Athen so treibt. Und also stört es sie nicht, sagt er. Und deshalb sei es okay.

Unsinn, sagt Tariq. Er ist Zulfikars Freund und Geschäftspartner, etwa gleichaltrig, und sie stammen auch aus derselben Kleinstadt bei Lahore, vor 16 Jahren kamen sie nach Griechenland, illegal. Es gehe um Gott, so Tariq. Allah habe die Lüge erschaffen, ebenso die Wahrheit – und warum? Damit der Mensch eine Entscheidung trifft. Und es sei ja wohl klar, dass Gott die Wahrheit bevorzugt. Er, Tariq, würde seine Frau jedenfalls nie betrügen. Und Zulfikar sollte sich mal zusammenreißen.

OLGA STEFATOU / DER SPIEGEL

Polizist Harmantzis: Der Trend geht zur Hochpreisigkeit

Der brummt irgendwas, winkt dem Kellner nach mehr Fladenbrot.

Zulfikar A. ist ein kräftiger, fleischiger Mann, 33 Jahre alt, er liebt, von Touristinnen abgesehen, gebügelte Hemden und süße Nachspeisen, und im Tagesgeschäft kümmert er sich ums Autofahren und um Einschüchterungen. Während sein Freund Tariq M., klein und kahlköpfig, eher der Denker im Team ist. Beide sprechen Urdu, dazu Griechisch, Singsang-Englisch, etwas Farsi. Dafür, dass sie Ganoven sind, sind sie sogar sehr nett. Ihre Branche: „Passport Making“, wie sie es ausdrücken.

Man könnte auch sagen: Sie sind Fälscher.

Und ihre Geschäfte gehen bestens in diesen Tagen.

Mehr als 130 000 Menschen sind allein 2016 in Griechenland gestrandet. Jeden Tag werden es mehr, das Land, von der Finanzkrise zerdrückt, wird zum Wartesaal Europas, Athen zur Hauptstadt der Passfälscher. Zulfikar und Tariq hören seit Neuestem täglich mehrmals die Nachrichten – woran sie früher im Traum nicht dachten. Sie sind informiert über jeden Konferenzbeschluss, jede Grenzschließung.

Die Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei, etwa Migranten aus Griechenland künftig wieder in die Türkei zu bringen, Schlepper zu bekämpfen, das Abriegeln der Balkanroute – all das, sagt Tariq, werde die Nachfrage nur ankurbeln. Wenn auch nicht nach billigen rumänischen oder bulgarischen Papieren für 250 Euro. Mit diesen primitiven Erzeugnissen, mit Klebstoff, Cutter und Laminierapparat, haben sie mal angefangen. Die Nachfrage nach Fälschungen der obersten Qualität werde anziehen, nach Pässen für 2000 bis 4000 Euro, mit denen man auch durch eine Flughafenkontrolle käme.

Sie kaufen inzwischen also echte Pässe, deutsche, spanische, französische, kanadische, kriegen 80 oder 100 Exemplare mit einer Lieferung. Und wenn ein Konterfei darunter ist, das einem potenziellen Käufer ähnlich genug erscheint – ist der Deal perfekt. Dann müssen sie an dem Pass nur noch minimale Veränderungen vornehmen und den Käufer eventuell auf die neue Identität einstimmen. Einen Bart abnehmen, einen Friseurtermin vereinbaren. Aber der Pass sei eben echt, inklusive Hologramm und Sicherheitssiegel.

„Bringt mehr Geld“, sagt Zulfikar, der Frauenheld.

Stimmt, sagt Major Christos Harmantzis, Chef der Athener Sondereinheit „Passport“. Der Trend gehe zur Hochpreisigkeit.

Er sitzt in seinem Büro am Stadtrand Athens und erzählt, wie die Branche sich geändert hat. Erstens sei das Geschäft professioneller geworden, dank der Technik. Laserdrucker, Computer, Software, Papier, die Chemikalien, um den Kunststoff für die Laminierung anzumischen – all das bekomme man im Internet für etwa 45 000 bis 70 000 Euro. „Gott erschuf China, und China erschafft alles andere“, sagt Harmantzis. Eine komplette Fälscherwerkstatt könne man dort bestellen.

Zweitens würden die Fälscherringe nicht nur ein Dokument verkaufen, sondern ein Paket: Pass, Reiseunterlagen, Betreuung, Begleitung, Einweisung in neue Identitäten. Um das hinzukriegen, würden sich die Fälscherringe international vernetzen; im Jahr liege der Umsatz bei, grob geschätzt, einer Milliarde Euro. Harmantzis holt einen wattierten Umschlag hervor, Absender: ein arabischer Name, Absendeadresse: Paris. „Das haben wir neulich abgefangen, hier waren etwa 80 gestohlene Pässe drin.“

Ob die Fahnder die Schlacht gewinnen können oder sogar den Krieg, das vermag Harmantzis nicht zu sagen. „Ich kann Ihnen nur versichern, dass wir hart arbeiten – und zu wenige Leute sind.“ Als schuftende Profis sehen sich auch Zulfikar und Tariq. Im vergangenen Jahr haben sie 50 000 Euro Gewinn gemacht. Ihr Curry ist gegessen, und beendet ist auch ihre Diskussion über die Lüge und das Fremdgehen.

Zulfikar, Tariq – eine Frage: Wenn es einen göttlichen Auftrag zur Ehrlichkeit gibt, wie lässt sich das mit eurem Gewerbe vereinbaren?

Erstaunte Gesichter. Was habe denn das eine mit dem anderen zu tun? „Dies ist eben unser Job“, sagt Tariq. „Wären wir nicht als Pakistaner geboren, hätten wir vielleicht einen anderen Beruf. Aber so?“

Ralf Hoppe, Mitarbeit: Giorgos Christides

Gámez, Ríos

Rugby

Rückkehr der Raufbolde

Es ist im Rugby zwar erlaubt, den ballführenden Gegenspieler auch mit etwas rabiateren Methoden zu Boden zu bringen – an den Haaren zu ziehen ist allerdings verboten. Die venezolanische Nationalspielerin Maryoly Gámez hat es gegen Victoria Ríos aus Uruguay trotzdem versucht. Nicht fair, aber erfolgreich: Venezuela gewann 31:12. Vergangene Woche wurden in Rio de Janeiro die südamerikanischen Meisterschaften ausgetragen, der Wettbewerb war zugleich ein Test für die Olympischen Spiele im August, Rugby kehrt nach 92 Jahren wieder ins Programm zurück. Die Sportart boomt auf fast allen Kontinenten. Bei der Weltmeisterschaft der Männer im vergangenen Herbst in England wurden 2,4 Millionen Tickets verkauft, die Spiele liefen in über 200 Ländern im Fernsehen. Selbst in den USA, dem Mutterland des Football, wächst kein Mannschaftssport so schnell wie Rugby. Die deutsche Frauenmannschaft hat die Qualifikation für die Olympischen Spiele verpasst, die Männer kämpfen im Juni um den letzten Startplatz. le

Fußball

Vier Punkte für mehr Spannung

Seit gut 20 Jahren bekommen Fußballmannschaften für einen Sieg drei Punkte statt zwei. Durch die Regeländerung hatte sich die Fifa erhofft, dass die Teams mehr auf Sieg spielen und sich die Zahl der Unentschieden verringern würde. Laut einer Studie der Universität Münster haben sich die Erwartungen nur zum Teil erfüllt. Die Sportwissenschaftler analysierten über 100 000 Erstligapartien aus 24 Ländern und verglichen die Ergebnisse vor und nach der Regeländerung. Die Forscher entwickelten zudem eine Formel, mit der sich für jede Partie die Wahrscheinlichkeit für ein Unentschieden voraussagen lässt. Die Grundlage dafür waren vorangegangene Spielresultate, Tordifferenzen und Torchancen. Demnach müssten unter der Drei-Punkte-Regel im Schnitt 21,5 Prozent der Spiele unentschieden ausgehen. Tatsächlich ist der Anteil der Unentschieden seit 1995 von 28,7 Prozent auf 25,4 Prozent gefallen. „Wenn es in der 80. Minute 1:1 steht, ist bei den meisten Teams die Angst vor der Niederlage größer als der Impuls, unbedingt gewinnen zu wollen“, sagt der Sportpsychologe Bernd Strauß. Für ein Unentschieden gibt es immerhin einen Punkt. Die Forscher schlagen vor, einen Sieg mit vier Punkten zu belohnen. Ihren Berechnungen legen sie eine Theorie aus den Wirtschaftswissenschaften zugrunde, die besagt, dass für Menschen ein Verlust 2,25-mal so stark wiegt wie ein Gewinn. „Wenn vier Punkte winken, wird sich das Verhalten der Spieler verändern. Dann werden sie bei einem Gleichstand offensiver spielen, auf das Siegtor drängen. Dann könnten die Partien in den Schlussminuten spannender werden“, sagt Strauß. Die Forscher gehen davon aus, dass die Zahl der Unentschieden bei einer Vier-Punkte-Regel auf rund 21 Prozent sinken würde. le

EIBNER-PRESSEFOTO / ACTION PRESS

Trainer Nagelsmann

Gier und Tränen

Fußball Julian Nagelsmann, 28, soll als jüngster Cheftrainer der Bundesliga-Geschichte die TSG Hoffenheim vor dem Abstieg retten. Auf dem Spiel steht das Projekt des Mäzens Dietmar Hopp.

Im Nachwuchsleistungszentrum von Hoffenheim hängt in einem Büro ein Plakat, das den früheren Jugendtrainer Julian Nagelsmann zeigt, jubelnd. „Warum Zweiter werden?“, steht über dem Bild. Es könnte die Parole seiner Karriere sein.

Nun ist Nagelsmann, 28, ausgerechnet im Abstiegskampf in die oberste deutsche Fußballklasse eingestiegen, in jener Tabellenregion also, von der aus man auf Anhieb erst mal nicht Erster wird. Und wenn sich in der Kürze der Zeit der Abstieg nicht vermeiden lässt, in dessen Strudel ihn die Verantwortlichen der TSG Hoffenheim nach dem Rücktritt des herzkranken Huub Stevens geworfen haben? Wird sein Name dann nicht mit einem Makel behaftet sein, kaum dass der angekündigte großartige Werdegang so richtig begonnen hat?

Wenn man Julian Nagelsmann, den jüngsten Chefcoach der Bundesliga-Geschichte, danach fragt, schließt er sanft die Lippen, bis sich um den dominanten Oberkiefer herum ein für ihn typisches Schmunzeln abzeichnet. Dieses Schmunzeln wirft stets die Frage auf, ob er das ganze Fußballgeschäft überhaupt ernst nimmt. Oder ob er ihm überlegen ist.

Der Abstieg als Makel? Er habe sich schon lange „davon verabschiedet“, zu sehr auf sich zu schauen, sagt er, als wäre er seit hundert Jahren dabei. „Es wäre ein Makel für den Klub.“

Er sitzt im blauen Trainingsanzug in einem abgedunkelten Besprechungsraum am Sportpark in Zuzenhausen. So heißt die Nachbargemeinde Hoffenheims, in der das kleine Fußballimperium des Mäzens Dietmar Hopp liegt, mit Rasenplätzen und modernsten Funktionsräumen in hügeliger Landschaft, einem restaurierten Schloss mittendrin als Tagungsstätte. Unter den halb heruntergelassenen Jalousien sieht man, wie zwei Greenkeeper den Platz fürs Training präparieren. Sein Training.

Nagelsmann muss Hopps Fußballprojekt retten, unabhängig von der Abstiegsfrage. Denn die TSG Hoffenheim war im Begriff, ihre Wesensmerkmale zu verlieren, ihre ohnehin nicht so ausschweifend wuchernden Wurzeln. Fast wäre sie in die Bedeutungslosigkeit abgetaucht.

Der Klub, nach seinem Selbstverständnis ein Quell von Innovationsfreude und Talenteentwicklung, langweilte zuletzt mit Führungswechseln und rückwärtsgewandten Transferentscheidungen wie der Verpflichtung des Altinternationalen Kevin Kuranyi. Mit dem freudlosen Fußball des Interimstrainers Stevens dämmerte das Team der zweiten Liga entgegen, ohne dass es nördlich von Mannheim noch wenigstens Schadenfreude ausgelöst hätte.

Mit Nagelsmann wurde alles schlagartig anders. Seine Spielidee ist eine Wiederbelebung des Abenteuerfußballs aus jener Zeit, als der Verein noch für mehr stand als nur für üppige Anschub- und Defizitfinanzierung durch den schwerreichen Fan und SAP-Gründer Hopp.

Damals, vor gut sieben Jahren, stürmte Hoffenheim unter Coach Ralf Rangnick mit einer frechen Guerillataktik als Aufsteiger bis an die Spitze der Bundesliga. Das junge Team strahlte Begeisterung aus, und dass jeder Torjubel im eigenen Stadion mit den Klängen eines alten Solidaritätsschlagers der Polit-Folkgruppe Bots unterlegt wurde, hatte da irgendwie Sinn. „Wir halten zusammen, keiner kämpft allein“, heißt es in dem abgedroschenen Hit.

Die Begeisterung ist wieder da. Nagelsmann, als eine Art Wundertrainer angekündigt, hat das Spiel verfeinert. In den ersten drei Bundesligapartien präsentierte er drei verschiedene Abwehrformationen, die Dreier-, die Vierer- und die Fünferkette. Neben der Flexibilität fallen seine Richtungsentscheidungen auf: Sobald der Gegner den Druck erhöht, stärkt Nagelsmann die Offensive, um den Ball vom eigenen Tor fernzuhalten. Er versucht es zumindest.

In seinem fünften Spiel erlitt sein Team einen Rückschlag. Beim deftigen 1:5 im Auswärtsspiel beim VfB Stuttgart wirkten seine schriftlichen Anweisungen, mit denen er die Spieler zu taktischer Geschmeidigkeit bewegt, erstmals nicht als Beleg für seine Auffassungsgabe. Die Zettelwirtschaft auf dem Platz kam Kritikern vor wie altkluges Strebergehabe.

Nagelsmann sortierte das Spiel kühl als Betriebsunfall ein. Die Spieler sollen ihren Mut nicht verlieren.

Denn seine Elf soll Torchancen erspielen, dafür muss sie weit vorn den Ball erobern. Eine „natürliche Aggressivität“, sagt Nagelsmann, stecke in jedem Wettkämpfer; sie ausleben zu dürfen verschaffe den Spielern Freude. Und „man funktioniert besser in Dingen, die Freude bringen, als in denen, die man machen muss wie zum Beispiel Steuererklärungen“.

Der Hoffenheimer Steuererklärungsfußball ist erst mal passé. Niklas Süle, 20, kann erzählen, wie der Trainer die Mannschaft starkgeredet hat. „Wir sollten uns ruhig was zutrauen und Sachen probieren, denn wir seien eh auf einem Abstiegsplatz, viel weiter runter könnten wir nicht mehr rutschen“, so habe Nagelsmann das erklärt. Es hat auf Anhieb funktioniert.

Süle, der Abwehrhüne, kennt den Trainer schon seit der U 17. Seither duzt er ihn. Süle war 15, Nagelsmann 23, „er war klar der Kumpeltyp“, sagt der Spieler. „Und sprechen konnte er immer gut.“

MATTHIAS HANGST / BONGARTS / GETTY IMAGES

Hoffenheimer Spieler: „Wir halten zusammen, keiner kämpft allein“

In Hoffenheim sind sie alle stolz auf das größte Trainertalent, das ihre Fußballschmiede hervorgebracht hat. Ein kluger Kopf, heißt es, und so innovativ. Das passt, denn Hoffenheim versteht sich auch als Versuchslabor für modernste Trainingstechnologie aus dem Hause SAP. Neuerdings haben sie „Helix“, ein Gerät, das die Wahrnehmungsfähigkeit schult. Vor einer 180-Grad-Leinwand mit Stadionanimation muss der Proband eine wachsende Zahl von Akteuren im Auge behalten. Süle sagt, er gehe lieber in den Kraftraum.

Nagelsmann erklärt, dass man motorische Schnelligkeit nur bedingt trainieren, kognitive Schnelligkeit aber verbessern könne. Spielsituationen wahrnehmen und antizipieren, darum geht es.

Ein High Potential eben, so nennt ihn TSG-Geschäftsführer Peter Görlich, so wie Unternehmen ihre besten Nachwuchskräfte mit Eignung für Führungsaufgaben bezeichnen. Görlich kommt aus dem Klinik-

BERND THISSEN / DPA

Trainerkollegen Nagelsmann, Tuchel: Er hat die Macht über den Ton

management und findet es spannend zu sehen, wie Nagelsmann die ganze Kluborganisation womöglich auf den Kopf stellt. Er fordere nämlich seine Umgebung.

Warum Zweiter werden? Nagelsmann kam 2010 zur TSG Hoffenheim in die Nachwuchsakademie, und mit den A-Junioren erreichte er zuletzt zweimal in Folge das Finale um die deutsche Meisterschaft. Von seinen Spielern verlangte er die „Gier, im Leben etwas zu erreichen". Das Team stand eineinhalb Jahre lang ununterbrochen auf Platz eins der Tabelle.

In der Geschichte der A-Junioren-Bundesliga holte Nagelsmann als Coach den besten Punkteschnitt in der Staffel Süd/Südwest, ist also Erster vor Thomas Tuchel, dem anderen großen deutschen Trainertalent, mit dem er jetzt oft verglichen wird. Auch die heutige Dortmunder Koryphäe sprang einst, es war 2009 bei Mainz 05, aus dem Stand von der U 19 in die Bundesliga.

Als Frühbegabten stellte die „Badische Zeitung" den jungen Hoffenheimer auf eine Stufe mit – natürlich – Mozart sowie Goethe und auch Gregor Schlierenzauer, dem österreichischen Skispringer. Der Wunderknabe des Fußballs wuchs im bayerischen Dorf Issing in der Nähe des Ammersees auf. Schön dort, sagt Nagelsmann. „Mittlerweile gibt's einen Supermarkt."

Als überraschend der Vater starb, die älteren Geschwister waren da längst aus dem Haus, kümmerte sich Julian Nagelsmann um alle familiären Angelegenheiten, den Hausverkauf, die neue Bleibe für die Mutter. Er sagt, das habe ihn geprägt, weil er früh Verantwortung übernommen habe.

Nagelsmann hatte begonnen, Betriebswirtschaft zu studieren. Doch da war noch diese andere Begabung.

Mit 20 wurde er schon mit Traineraufgaben betraut, und zwar von Thomas Tuchel damals beim FC Augsburg, zweite Mannschaft. Weil Nagelsmann ohnehin dort unter Vertrag stand, ein Knieschaden jedoch eine Fortsetzung der Spielerkarriere nicht ratsam erscheinen ließ, setzte ihn Tuchel als Scout ein. Über 1860 München landete Mozart im Kraichgau.

Sein Talent sprach sich schnell herum. RB Leipzig und Bayern München versuchten, ihn abzuwerben, auch der Hamburger SV war mal interessiert.

„Julian hat eine ansteckende Aura", sagt Matthias Kaltenbach, der jetzt die Hoffenheimer A-Junioren übernommen hat. Er arbeitete zuvor mit Nagelsmann als dessen Assistent. Von ihrem ersten Finale um die Meisterschaft, einem 5:0-Sieg bei Hannover 96, konnte sein begnadeter Chef noch vier Monate später aus dem Kopf den Matchplan für die sogenannte Ballgewinnzone nachzeichnen. Es ist ein Kunstwerk mit vielen Kreisen und Kreuzen.

Vor allem die zweite Finalteilnahme, eine 1:3-Niederlage gegen Schalke 04, ist tief im kollektiven Hoffenheimer Gedächtnis verankert. Nach dem Spiel standen alle bedrückt im Hotel, die Spieler, ihre Eltern, die Betreuer. Es flossen Tränen. Nagelsmann hielt aus dem Stegreif eine Rede im Foyer. Er wandte sich vor allem an die Eltern. Sie sollten die Jungs jetzt aufbauen, ihnen den Druck nehmen, stolz auf sie sein – eine bewegende Aufmunterung.

Nun ja, sagt Nagelsmann jetzt im Besprechungsraum am Trainingsplatz. „Die Tränen wurden eher mehr."

Nagelsmann spricht natürlich noch die Sprache der Spieler. Fünf Hoffenheimer Profis sind älter als er. Er nennt es „Körner sammeln", wenn die Mannschaft freibekommt. „Das Gaspedal bis zur Ölwanne durchgedrückt" ist seine Wendung für schnellen, intensiven Fußball.

Manchmal klingt er auch sehr akademisch, etwa wenn er erläutert, dass er seine Spielmuster auf den jeweiligen Gegner „passend schalten" will. Aber so reden heute viele Absolventen des Lehrgangs für den Fußballlehrerschein, insbesondere diejenigen, die nicht früher Profis waren.

Nagelsmann, der mit seiner Freundin einen einjährigen Sohn hat, schrieb die letzten Klausuren nebenbei in seinen ersten Bundesligawochen. Er liebe die Herausforderung, sagt er.

Zum Gespräch in Zuzenhausen hat er einen unausgepackten Schokoriegel vor sich auf den Tisch gelegt. Kleiner Scherz: Hatte er nicht gerade eine Prüfung in Ernährungslehre? „Ernährung", erwidert Nagelsmann mit fester Dozentenstimme, „ist auch Genuss." Das Schmunzeln. Er hat die Macht über den Ton.

Alexander Rosen verehrt ihn. „Eine außergewöhnliche Erscheinung", sagt Hoffenheims Manager über Nagelsmann, den Julian. Rosen kam 2010 als Leiter der Nachwuchsschmiede. Im Leistungsbereich von U 16 bis U 19 machten die Trainer den Unterschied aus, sagt er.

Beide zusammen retteten einmal Hoffenheims U 19 vor dem Abstieg aus der Junioren-Bundesliga. Das war 2012, als der Trainer Alfons Higl vor dem letzten Saisonspiel zurückgetreten war. Gegen 1860 München musste ein Sieg her. Rosen übernahm, hatte aber keine Ahnung von Trainingsarbeit. Also holte er Nagelsmann dazu, der ließ ein paar Spielzüge studieren. Hoffenheim gewann die Partie 4:0.

Julian Nagelsmann wäre sowieso im Juli, zur nächsten Saison, Chefcoach der Profis geworden. So hatten es Rosen, Geschäftsführer Görlich und Mäzen Hopp im vorigen Jahr verabredet. Auch der Milliardär, ein treuer Freund der A-Jugend, galt als Fan des jungen Trainers.

Dann führte Interimscoach Stevens vor gut vier Wochen seine Herzrhythmusstörungen ins Feld, sein Rücktrittsgrund in einer sportlichen Lage, die ihm ausweglos erscheinen musste. Alle wussten, wer der Mannschaft jetzt würde helfen können.

Hätte Nagelsmann da eigentlich auch Nein sagen können? „O ja", sagt er energisch, als gäbe es nichts, was er nicht könnte. Und hat er ein Nein zumindest erwogen? Bedeutungsvolles Schmunzeln.

Natürlich keine Sekunde. Jörg Kramer

Dingdong!

Doping Tennisstar Marija Scharapowa wurde positiv auf Meldonium getestet. Der Wirkstoff für Herzkranke ist unter Athleten eine Modedroge.

Spitzensportler müssen jeden Tag zu einer bestimmten Zeit für eine eventuelle Dopingkontrolle zur Verfügung stehen, das ist eine Auflage der Welt-Anti-Doping-Agentur Wada. Wann genau, das können die Athleten selbst festlegen. Die Tennisspielerin Marija Scharapowa hat einmal erzählt, sie habe für sich einen Zeitpunkt mitten in der Nacht gewählt. Das sei praktisch, denn da sei sie im Bett anzutreffen. Die Fahnder könnten sie einfach rausklingeln. Dingdong! Sie habe damit kein Problem.

Scharapowa wurde im Verlauf ihrer Karriere oft getestet, sie war immer einverstanden mit dem Prozedere. Vor drei Jahren erklärte die fünfmalige Grand-Slam-Turnier-Siegerin aus Russland in einer Pressekonferenz: „Ich bin so froh, dass unser Sport so sauber wie möglich ist."

So sauber wie möglich. Es war eine eigenartige Formulierung. Scharapowa wollte damit wohl ausdrücken, dass ganz sauber auch im Tennissport nicht geht.

Und natürlich hatte sie recht.

Am Montag hat Scharapowa zugegeben, jahrelang gedopt zu haben. Seit 2006 schluckte sie Meldonium, einen Wirkstoff für Patienten mit einer Herzkrankheit, der den Sauerstofftransport im Blut ankurbelt und somit bei der Regeneration hilft. Außerdem soll er die Ausdauer fördern.

Der Dopingfall Scharapowa ist ein Skandal mit einer absurden Pointe. Meldonium stand lange nicht auf der Liste der verbotenen Substanzen der Wada. Scharapowa hatte nie etwas zu befürchten. Seit Anfang dieses Jahres aber findet sich das Mittel auf der Dopingliste. Diese Info kam bei Scharapowa nicht an. Der Betreuerstab der bestverdienenden Sportlerin der Welt, die im vorigen Jahr 27 Millionen Euro einnahm, hatte vergessen, sie zu warnen. Bei einer Kontrolle während der Australian Open im Januar wurde Scharapowa erwischt. Das Ende einer Weltkarriere.

Alle paar Jahre drängt ein neues Wundermittel in das kollektive Bewusstsein des Weltsports. Testosteron, Cortison, Clenbuterol und Epo sind längst Dopingklassiker. Nun also: Meldonium. Christoph Maack, Professor für Kardiovaskuläre Physiologie und Bioenergetik an der Universität des Saarlandes in Homburg, sagt, dass die Datenlage zu der Arznei schlecht sei. Es gebe in der wissenschaftlichen Literatur fast ausschließlich Berichte über Tierversuche. Die Idee sei es, mit dem Wirkstoff den Stoffwechsel und damit die Effizienz der Mitochondrien – der Kraftwerke in den Zellen – zu verbessern.

In Deutschland ist Meldonium nicht zugelassen. Ein Versuch, die Genehmigung der amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA für den Stoff zu bekommen, scheiterte. Der Grund: Es gibt bisher keine großen klinischen Studien, die die Sicherheit und den Nutzen von Meldonium belegen.

Für Scharapowa, die in Florida lebt, war es dennoch kein Problem, an das Präparat heranzukommen, sie ließ es sich aus der Heimat zuschicken. In Russland ist Meldonium eine Art Volksmedizin, man kriegt es an jeder Ecke.

Eine Apotheke in Moskau, ganz in der Nähe des Außenministeriums. Meldonium? Einen Moment bitte, sagt die Frau hinter dem Tresen. Sie bringt eine Packung mit 40 Kapseln für 327,56 Rubel, umgerechnet 4,16 Euro. Wird das Medikament häufig verlangt? O ja, sagt die Apothekerin, es sei ein „Verkaufsschlager" – und besonders beliebt „bei Sportlern".

Manche russischen Athleten naschen Meldonium offenbar wie andere Energieriegel. „Für mich ist das wie Vitamine", sagt Eiskunstlauf-Olympiasieger Jewgenij Pljuschtschenko. Wohl auch deshalb spielen Politiker und Sportfunktionäre in Russland den Dopingfall Scharapowa herunter. Die Regierungszeitung „Rossijskaja gaseta" zeigte Fotos des schlanken Tennisidols und daneben ein Bild der muskelbepackten US-Spielerin Serena Williams. Darüber stand: „Raten Sie bitte, wer sich hier dopt!"

Es ist grotesk: Eigentlich streiten Experten noch darüber, ob Meldonium bei Menschen die Ausdauer erkennbar fördert. Bislang gab es dazu nur Tests mit Ratten, die mit dem Stoff länger schwimmen konnten. Die Sportwelt erlebt dennoch eine Meldonium-Welle. Laut einer Veröffentlichung im „British Journal of Sports Medicine" hat es bei den Europaspielen in Baku im vorigen Sommer bei 762 Proben 66 Meldonium-Funde gegeben. Seit Januar werden ständig Athleten mit Meldonium erwischt, darunter Eisschnellläufer, Eiskunstläufer, Leichtathleten sowie zwei Ringer, die für den deutschen Bundesligisten ASV Nendingen kämpfen.

Experten der Wada gehen davon aus, dass die Epidemie abklingen wird, wenn es sich herumgesprochen hat, dass Meldonium im Sport neuerdings verboten ist. Vielleicht täuschen sich die Dopingjäger da aber.

Der russische Onlinehändler RUPharma, der das Produkt Mildronat mit dem Wirkstoff Meldonium schon lange im Programm hat, verkaufte bislang rund 850 Packungen im Monat. Nach dem Geständnis Scharapowas sei der Absatz deutlich angezogen, auf 150 Packungen pro Tag. Ein Sprecher der Firma erzählte der BBC, man verwende intern bereits einen neuen Namen für das Medikament: „Wir nennen es jetzt Scharaponat."

Udo Ludwig, Gerhard Pfeil, Matthias Schepp

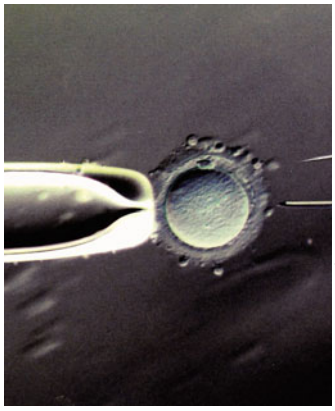
VINCENT KESSLER / REUTERS

French-Open-Gewinnerin Scharapowa 2014 in Paris: „So sauber wie möglich"

Medizin

Traurige Mütter

Frauen, die unter Depressionen oder Angstzuständen leiden, haben es schwer, sich ihren Kinderwunsch mithilfe einer künstlichen Befruchtung zu erfüllen – die Chance, dass es klappt, ist geringer als bei seelisch gesunden Frauen, das haben Wissenschaftler des schwedischen Karolinska-Instituts herausgefunden. Für ihre Studie werteten die Forscher die Daten aller Frauen aus, die sich erstmalig zwischen 2007 und 2012 in Schweden einer In-vitro-Fertilisation (IVF) unterzogen hatten. Sie verglichen sie mit Daten über Depressionen und Angststörungen aus dem schwedischen Patienten- und dem Medikamentenregister. 4,4 Prozent der Frauen, die sich einer künstlichen Befruchtung unterzogen hatten, litten an einer dieser Störungen, nicht alle nahmen Psychopharmaka. Ergebnis: Patientinnen, die eine bestimmte Sorte Pillen gegen ihre Seelenpein schluckten (selektive Serotonin-Wiederaufnahme-Hemmer, SSRI), wurden via künstliche Befruchtung beinahe genauso häufig schwanger und bekamen Kinder wie gesunde Frauen. Psychisch Kranke hingegen, die kein Antidepressivum einnahmen, hatten geringere Erfolgsaussichten. Am seltensten klappte die künstliche Befruchtung bei Frauen, die andere Antidepressiva als SSRI einnahmen und vermutlich an komplexeren Störungen litten. Die Forscher schließen daraus, dass es vorrangig die seelische Erkrankung selbst ist, nicht die Einnahme eines Medikaments, die die Erfolgsrate beeinflusst. kk



WALTRAUD GRUBITZSCH / DPA

Befruchtung einer Eizelle

Lernen

„Besser ist es, sich zu quälen“

Karl-Heinz Bäuml, 55, ist Professor für Psychologie an der Universität Regensburg. Er hat untersucht, auf welche Weise sich neuer Stoff am besten einprägt.

SPIEGEL: Wie können Kinder leichter lernen?
Bäuml: Das kommt auf ihr Alter an. Wir haben Grundschüler und Erwachsene gebeten, sich drei Listen mit jeweils sechs Begriffen in Folge zu merken. Nach einer halben Minute wurde ihnen die jeweilige Liste wieder abgenommen. Ein Teil der Probanden bekam die Liste dann jeweils noch einmal für kurze Zeit ausgehändigt – sie hatten die Chance, die Begriffe ein zweites Mal durchzulesen. Die anderen Teilnehmer baten wir, die Begriffe direkt nach dem Einprägen aus dem Gedächtnis wiederzugeben. Wie bei einem Test. Am Ende sollten sich alle Probanden eine vierte Liste merken – diesmal ohne Wiederholung.
SPIEGEL: Wer lernte besser?
Bäuml: Bei den Erwachsenen war es so: Wer die Listen direkt aus dem Gedächtnis wiedergegeben hatte, schnitt besonders gut ab. Vor allem aber konnte er die neue Aufgabe, die letzte Liste, besser bewältigen. Das Testen verbesserte das Lernen des Neuen. Bei den Grundschulkindern zwischen acht und neun zeigte sich eine ähnliche Tendenz. Bei den Sechs- und Siebenjährigen sahen wir den Effekt noch nicht.
SPIEGEL: Was bedeutet das fürs Lernen in der Schule?
Bäuml: Lehrer könnten bereits nach einer kurzen Unterrichtseinheit die Kinder motivieren, die Inhalte mit eigenen Worten zusammenzufassen. Im Prinzip geht es nur darum, den Schülern die Chance zu geben, etwas eigenständig zu erarbeiten.
SPIEGEL: Ein Vokabeltest steht an – wie lernt man zu Hause am besten?
Bäuml: Viele Schüler legen sich einen Stapel Karteikarten mit dem Wort und seiner Übersetzung bereit, den sie immer wieder durchgehen. Lesen, Karte umdrehen, lesen. Besser ist es, sich ein bisschen mehr zu quälen und bei jeder Karte aktiv etwas selbst zu produzieren. Indem man sich zum Beispiel nur das deutsche Wort anguckt und es gleich in der Fremdsprache aufschreibt. Mein Tipp: mehr darauf setzen, sich eigenständig zu erinnern. Das immunisiert gut gegen das Vergessen. kk

MITO IMAGES / VARIO IMAGES

Grundschüler im Unterricht

RICK DU BOISSON / HGM-PRESS

Fußnote

73

Gramm betrug die Zunahme an Gehirnmasse von Männern in Deutschland zwischen 1880 und 1979 (plus 5,5 Prozent). Bei Frauen lag die Zunahme bei 52 Gramm (plus 4,3 Prozent). Es sind Daten, die Forscher der TU Chemnitz historischen Messreihen entnommen haben. Dass die Deutschen im gleichen Zeitraum schlauer geworden sind, hat damit wenig zu tun – der Anteil des Gehirnwachstums am IQ-Anstieg beträgt drei Prozent.

Keine Panik

Erstaunlich klein wirkt dieses 3000-Tonnen-Schiff im Verhältnis zu dem Eisberg: Trickreich nahm der Fotograf das kaltblaue Getüm in den Vordergrund, während das Schiff 200 Meter entfernt durchs antarktische Gewässer tuckerte. Dennoch, die schwimmenden Brocken können gigantische Ausmaße annehmen. So ist B-15, der größte Eisberg der Welt, knapp 300 Kilometer lang.

Kommentar

Der Preis fürs Fleisch

Wer isst, trägt Verantwortung.

Landwirtschaftsminister Christian Schmidt will, dass es Mensch und Tier gut geht. Er fordert viel, etwa, dass giftige Tattoo-Tinte aus dem Verkehr gezogen wird oder Jugendliche keine Energydrinks kaufen dürfen. Schweinen soll das Schwänzchen nicht kupiert werden, und männliche Küken sollen nicht sterben müssen. Alles gute Absichten. Nur: Er tut nichts, damit sie verwirklicht werden. Er erlässt keine Verordnung, macht nicht Ernst mit einem Gesetz.

Vergangenen Mittwoch wies das Landgericht Münster die Anklage der Staatsanwaltschaft gegen das Töten männlicher Küken ab. Die Tiere legen keine Eier, sie setzen kaum Fleisch an. Kurz: Sie bringen der Agrarindustrie keinen Nutzen. Jedes Jahr werden deshalb etwa 50 Millionen sogenannte Eintagsküken zerhäckselt oder mit Gas vergiftet. Sie schlüpfen, um weggeworfen zu werden. Zwar wird laut Tierschutzgesetz bestraft, wer ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund tötet. Das Gericht zog in seiner Begründung aber auch die Tierschutz-Schlachtverordnung von 2012 heran: Mit dieser Verordnung darf man es dann eben doch. Eine grausame Logik.

Wer heute Spaghetti bolognese essen möchte, kann 500 Gramm gemischtes Hackfleisch beim Discounter für 2,19 Euro kaufen. Im Biomarkt sind es 8,98 Euro. 6,79 Euro mehr. Viel Geld. Und für die meisten Deutschen ein Argument, und zwar gegen Fleisch von glücklichen Tieren. Der Anteil von verkauftem Biofleisch liegt bei zwei Prozent. Nur: Rund 85 Prozent der Deutschen essen täglich oder fast täglich Fleisch, 60 Kilo pro Jahr. Klar, wer so viel isst, tut dies lieber billig.

Deshalb wird Christian Schmidt beim Fordern bleiben. Verböte er das Kükentöten, gäbe es mehr Hähnchen. Für die Geflügelzüchter würde das teurer; und am Ende blieben die Kosten am Verbraucher hängen. Was wäre das für eine Logik? Eine anständige. Wer Fleisch konsumiert, muss bezahlen. Kerstin Kullmann

PAUL ELLIS / AFP

Frühislamische Koranhandschrift in Birmingham: Verse aus einer vergangenen Welt

Im Bann des Propheten

Religionen Bei ihrem Feldzug beruft sich die Terrorgruppe IS auf die Ursprünge des Islam. Doch was passierte im siebten Jahrhundert wirklich? War Mohammed Rächer oder Friedensfürst? Forscher rücken den Koran ins Licht der Aufklärung.

Als Mohammed am 8. Juni 632 mit schweren Kopfschmerzen im Bett lag, ergriff Schrecken die junge Gemeinde der Muslime. Halb Arabien hatte der Religionsgründer erobert, der Weltmacht Byzanz die Stirn geboten und angeblich 15 Attentate überstanden.

Doch nun lag der etwa 62-Jährige, der Gottes Offenbarungen nach einem Ringkampf mit dem Engel Gabriel empfangen haben wollte, sterbenskrank danieder. Ein frühmittelalterlicher Biograf berichtet, dass er sich kurz vorm Tod ausführlich die Zähne putzte. Als er verschied, vergoss sein Freund Abu Bakr Tränen und schloss dem Anführer die Augen.

Dann führte der Weggefährte als erster Kalif die Eroberungen mit Feuer, Schwert und Verhandlungsgeschick fort. Es entstand ein Imperium, das bald von Indien bis nach Spanien reichte.

Fast 1400 Jahre nach diesem Siegeszug ist ein Namensvetter Abu Bakrs aufgetaucht. Auch Abu Bakr al-Baghdadi, Chef der sunnitischen Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS), kämpft für eine gottgewollte Ordnung. Einen 16-Punkte-Katalog hat er aufgestellt. Alkohol und Tabak sind verboten. Frauen müssen „züchtig bedeckende Kleidung“ tragen. Einige Taubenzüchter tötete man mit der Begründung, ihr Hobby halte sie vom Beten ab.

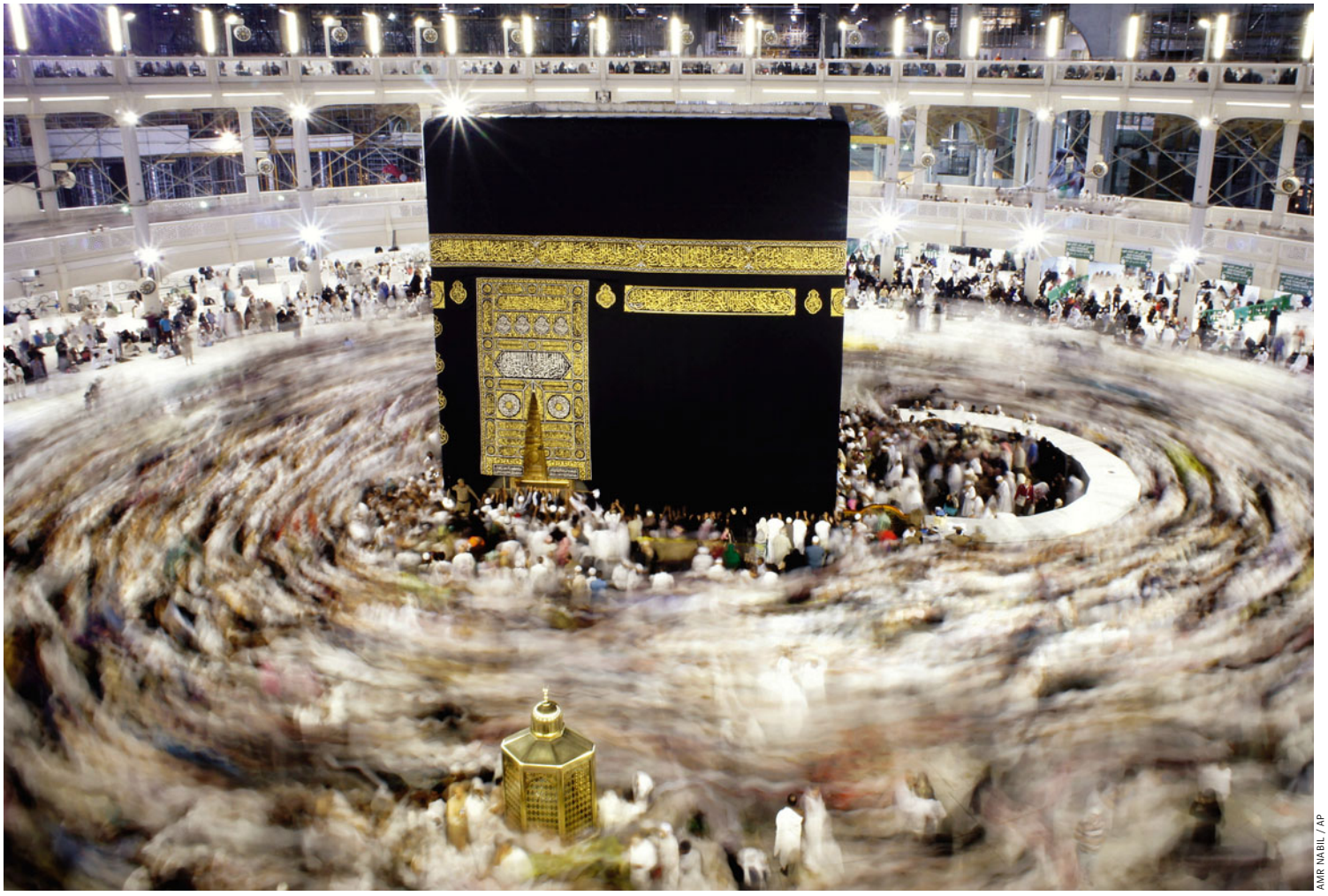
Der ganze Orient brennt, ausgetragen wird der Irrsinn mit Sturmgewehren und Panzerfäusten. Hunderttausende fliehen nach Europa – eine Völkerwanderung.

Auch in der Welt des Halbmonds, von Marokko bis Teheran, ist das Entsetzen groß. Und niemand bekämpft den IS so erbittert – und so erfolgreich – wie andere sunnitische Milizen, vor allem die der Kurden.

Was aber treibt Baghdadi, diesen Mann aus Samarra, der als Kind gern Fußball spielte und mit der Note „sehr gut“ promovierte? Folgt man der Logik der Dschihadisten, will ihr Anführer jene goldene Urzeit des Islam wiederbeleben, als Mohammed im Jahr 622 n. Chr. in Medina seine erste Gemeindeordnung schuf.

Bei einigen Grausamkeiten kann sich Baghdadi auf sein Vorbild stützen. Wenn die Schlächter des IS heute ihren Opfern den Hals durchschneiden, wenn sie Kinder und Frauen versklaven, befolgen sie einen Befehl in Sure 47. „Wenn ihr die trefft, die ungläubig sind, dann schlagt sie auf den Nacken, bis ihr sie ganz besiegt habt.“

Bis tief ins achte Jahrhundert reichen die islamischen Rechtsschulen zurück, die im Namen der Scharia etwa Ehebruch und Glaubensabfall mit dem Tod bestrafen wollen.



AMR NABIL / AP

Pilger beim Umrunden der Kaaba von Mekka: Mohammed gab seinem Wüstenvolk den Stolz zurück

Kaum eine Religion gebietet einen so strengen Monotheismus. „Tötet die Götzendiener, wo ihr sie findet, und packet sie und belagert sie und lauert ihnen in jedem Hinterhalt auf“, befiehlt Sure 9, Vers 5. Schon die allerersten Muslime warfen im Kampf gegen Heiden deren hölzerne Idole in Jauchegruben.

Die Horden des IS haben sich ein Handzeichen ausgedacht, zu Hunderten zeigen sie es in grausigen YouTube-Videos: Es ist der ausgestreckte Zeigefinger der rechten Hand. Das Zeichen jener, die glauben, die Wahrheit gepachtet zu haben, und vor allem das Zeichen dafür, dass es nur einen Gott geben soll. Und dass Anhänger anderer Götter zu sterben haben.

Aber ist der Koran nicht die Lehre des „Barmherzigen, des Erbarmers“, wie die Anredeformel Allahs lautet?

„Keinen Zwang in der Religion“, verkündet Sure 2. Für Jahrhunderte lebten Juden und Christen unbehelligt unter dem Schutz muslimischer Sultane und Kalifen. Große Naturforscher und Ärzte kamen von dort und auch die „Märchen aus Tausendundeiner Nacht“. Die Almosensteuer, eine Art Hartz-IV-Verordnung, ist eine Erfindung des Koran.

Der Prophet aus dem Sandmeer sei „das beste Vorbild für jeden Menschen, der den Weg zur Glückseligkeit gehen will“, schwärmte die Islamwissenschaftlerin Annemarie Schimmel, die 1995 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt. Als Wegweisung hin zum Licht und zur Erlösung – so wird der Islam in vielen Moscheen gelehrt.

In Wahrheit aber gibt es nicht den einen Islam. Es gibt den Glauben der Sunniten, den der Schiiten, der Alawiten, der Salafisten und der Sufis. Und vor allem gibt es den Islam der Massenmörder und jenen der Friedfertigen.

Denn die 114 Suren des Koran sind ein Sammelsurium der Widersprüche, Unklarheiten, Rätsel. Sie wirken wie ein seltsames Puzzle, aus dem jeder alles herauslesen kann, Rohmaterial, das sich jeder zurechtdeuten kann. Verkündet hat es ein einziger Mann: Mohammed, der die erste Offenbarung seines Gottes in einer Höhle nahe Mekka empfing.

Nur, was genau geschah damals, um das Jahr 600, in der arabischen Wüste? Wer war dieser Verkünder, woher nahm er seine Ideen, was hat ihn geprägt? Haben Nachfolger seine Lehren verfälscht, oder beruht vieles nur auf Missverständnissen?

Und gab es vielleicht zwei Propheten: den Mohammed des Friedens und den Mohammed des Terrors?

Ewiges Heil, auch für Juden und Christen, verheißt Sure 5, Vers 69. Aber an anderer Stelle spricht der Koran unverhohlen die Sprache der Gewalt. Insgesamt 206-mal verherrlicht er den Krieg, 25-mal werden Tötungsbefehle ausgesprochen.

Den Alkohol verdammt der Koran mal als „Teufelswerk“, mal verbietet er nur, betrunken zu beten. Sure 16 dagegen lobt, dass man aus Datteln und Trauben einen „Rauschtrank“ machen kann. Die Prostitution hat Mohammed abgeschafft, zugleich aber die „Genussehe“ erlaubt. Sie regelte im alten Arabien eine Sexverbindung auf Zeit.

Bis tief in seinen Charakter hinein wirkt der Gottesbote aus Mekka merkwürdig gespalten. 27 brutale Feldzüge führte er. Zugleich aber gab er an, der friedfertige Jesus stehe ihm von allen biblischen Gestalten am nächsten.

„So nehmt euch an Weibern, die euch gut dünken, zwei, drei oder vier“, empfiehlt Sure 4. Mohammed gönnte sich rund ein Dutzend Gattinnen.

Selbst in das hundertfach wiederholte Gebot des Koran, es gebe nur einen einzigen Gott, mischt sich ein schräger Ton: Gemeint sind die „Satanischen Verse“. Die berüchtigte Passage stammt aus einer Version von Sure 53. Dort wird der Prophet von Zeitgenossen gefragt, was er von den heidnischen Göttinnen al-Lat, al-Usa und al-Manat halte. Statt sie zu verdammen, lobt er sie seltsamerweise als „erhaben“, man dürfe auf „ihre Fürbitte hoffen“. Spä-

ter hieß es, die Aussage habe ihm Satan eingeflüstert.

Wer also war dieser Mann, den das mittelalterliche Abendland zeitweilig so hasste, dass es ihn im Rolandslied genüsslich den Schweinen zum Fraß vorwarf?

Im Koran selbst ist über die historische Gestalt wenig zu erfahren. Mohammeds Name taucht dort nur viermal auf. Wahrscheinlich wurde er um 570 n. Chr. als Kind nicht allzu begüterter Eltern geboren. Zeugnissen zufolge begann sein Leben traurig. Der Vater starb noch vor seiner Geburt. Der Opa gab den Säugling an eine Amme weg.

Als auch die Mutter und der Großvater starben, kam der achtjährige Knabe zum Onkel, der für die Versorgung der Pilger an der Kaaba verantwortlich war. Biografen erzählen, dass er dann zum Kaufmann und Karawanenführer aufstieg – bis er sich plötzlich in die Berge zurückzog.

Dort erschien ihm zum ersten Mal der Erzengel Gabriel, um ihm Sätze des Allmächtigen zu diktieren. 22 Jahre lang soll Allah ihm Weisheiten oder auch nur schlichte Regeln für den Alltag offenbart haben. Die erste Verkündung erfolgte angeblich im neunten Monat des islamischen Mondkalenders, dem Ramadan.

Weil der Koran selbst so wenig über seinen Urheber berichtet, begannen die Gelehrten schon früh mit der Spurensuche. Sie befragten Augenzeugen, Verwandte und Zeitgenossen, die den Religionsstifter noch kannten. So trugen sie nach und nach vermeintliche Sprüche und Taten des Boten Gottes zusammen – die sogenannten Hadithe.

Bald jedoch kursierten Abertausende solcher O-Töne. Allein die sechs kanonischen Sammlungen, „al-Kutub al-Sitta“, in die nur vermeintlich glaubwürdige Berichte einflossen, enthalten 24 000 Hadithe.

Demnach hatte Mohammed ein hübsches Gesicht, „rund wie der Mond“. Sein Speichel duftete nach Moschus. In anderen Berichten empfing er Botschaften von Kamelen und Palmen. Ob Erbschaftsfragen, Steuerrecht oder Kleiderordnung – zu allem hat sich der Prophet angeblich geäußert.

Für Muslime sind solche Details wichtig. Mohammed gilt ihnen als Vorbild in allen Lebenslagen. Nur das gestrenge Nacheifern seiner Maximen sowie das Einhalten der koranischen Gebote, heißt es, verschonten vor den Qualen der Hölle.

Aber was ist von all dem Hörensagen und den historischen Schilderungen zu halten? Der erste Biograf, Ibn Ishak, schrieb rund 130 Jahre nach Mohammeds Tod im Auftrag des Kalifen von Bagdad. Schon Juristen des neunten Jahrhunderts nannten Ibn Ishak einen „Lügner“.

Was also ist echt, was Schwindel? Angesichts der unklaren Faktenlage zog der Islamkundler Joseph Schacht, der in Oxford lehrte, eine ungeheure Konsequenz. Sein Verdacht: Das papierne Gebirge der Hadithe sei „eine Fiktion, die möglicherweise in der Geschichte des menschlichen Denkens nicht ihresgleichen hat“.

So radikal denken wenige Forscher. Doch auch im prüfenden Licht gemäßigter Arabisten, Orientalisten und Semitisten kommt Erstaunliches zutage. Stückweise hebt sich der Schleier, der die Ursprünge der dritten monotheistischen Weltreligion umgibt.

Der Überlieferung zufolge war es der dritte Kalif Uthman (Regierungszeit: 644 bis 656), der die Koranverse sammelte. Einige waren mündlich tradiert, andere auf Schafhäute oder Kamelknochen geschrieben. All das brachte er in eine abschließende Form. Im vergangenen Jahr jedoch haben Forscher aus Birmingham eine Koranhandschrift mit der Radiokarbonmethode datiert. Das Tier, aus dem die Pergamentseiten hergestellt wurden, starb zwischen 568 und 645 n. Chr.

Das heißt: Der Koran könnte in Teilen älter sein als sein Prophet.

Was absurd klingt, passt einigen Forschern gut ins Konzept. Sie vermuten, dass das heilige Buch im Kern schon im sechsten Jahrhundert entstanden ist. Es enthalte christliche Strophenlieder und Predigten, meint der Saarbrücker Forscher Karl-Heinz Ohlig: Der arabische Name „Muhammad“ bedeute „der Gepriesene“ und sei in der Spätantike ein Beiname Jesu Christi gewesen.

Ähnlich verwirrende Einsichten liefert der Berliner Orientalist Christoph Luxenberg. Er vermutet, dass viele Koranbegriffe Lehnworte aus dem Aramäischen sind, deren Sinn die späteren Kommentatoren nicht mehr richtig verstanden hätten. Etwa 30 Prozent der Suren enthalten demnach „dunkle Stellen“.

Verstärkt wird das Chaos, weil man im Arabischen keine kurzen Vokale schreibt und von den 28 Konsonanten nur 6 eindeutig sind. Erst mithilfe kleiner Kringel, Striche und Fähnchen – der diakritischen Zeichen – wird der Lautwert festgelegt. Diese Lesehilfen waren zur Zeit Mohammeds noch nicht voll entwickelt.

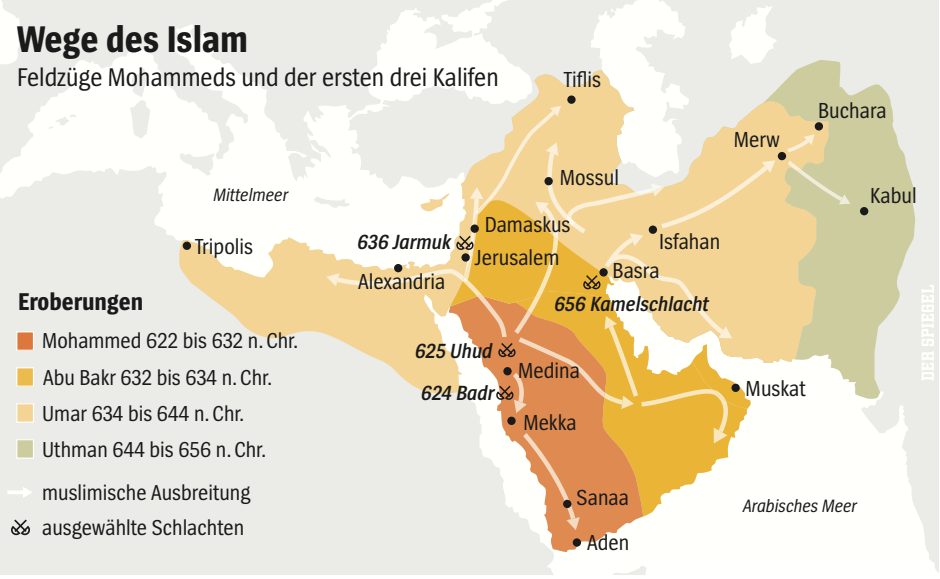
Die Folge: schwammige Semantik und Verballhornung, so glaubt Luxenberg. In Sure 24 heißt es etwa: „Die Frauen sollen ihre Chumur über ihre Taschen schlagen.“ Obwohl niemand weiß, was Chumur heißt, dient der Vers als Grundlage fürs Kopftuchgebot. Luxenberg leitet das Wort nun aus dem Syro-Aramäischen ab und übersetzt: „Sie sollen sich einen Gürtel um die Lenden binden.“

Nicht einmal das Wort „Koran“ sei arabisch. Es entstamme ebenfalls der Sprache der syrischen Nachbarn und bezeichne die Vorlesetätigkeit eines Priesters vor der Kirchengemeinde. Und die schönen Jungfrauen („Huri“), die laut Koran im Paradies auf Gläubige warten, deutet Luxenberg als „Hur in“ – weiße Weintrauben. Ein Luxus in Arabiens Wüste.

„Jedes Mal, wenn wir mit einer Huri schlafen, verwandelt sie sich danach wieder in eine Jungfrau. Der Penis eines Muslim wird nie erschlaffen“, hatte im 15. Jahrhundert noch der Theologe al-Suyuti fantasiert. Bei Luxenberg sieht es nun so aus, als dürfe der Märtyrer im Jenseits nur Obst essen.

Diese Thesen sind umstritten, was in der Zunft allerdings als normal gelten kann. Jeder versucht dort fast jeden zum Außenseiter zu erklären. Die Branche ist zerstritten wie kaum ein anderer Wissenschaftszweig.

Die hohe Geistlichkeit in den Kernländern des Islam nimmt an den Überlegungen erst zögerlich teil. Im gefräßigen Rachen des westlichen Rationalismus werde



alles Heilige entwertet, mahnte schon vor 50 Jahren der pakistanische Philosoph Fazlur Rahman: „In die Leere dieses Abgrunds wird der Koran unseren Händen entgleiten.“

Doch es gibt zunehmend auch kritische Muslime, die ihre Religion nicht dem Deutungskartell von Terroristen oder religiösen Eliten preisgeben wollen. In seinem neuen Buch „Gott glaubt an den Menschen“ präsentiert Professor Mouhanad Khorchide aus Münster einen ganz anderen, sanften Koran, der um die Freiheit aller Menschen ringt. Sein Credo lautet: „Mit dem Islam zu einem neuen Humanismus.“

„Wir haben dich als Barmherzigkeit für alle Welten entsandt“, heißt es in Sure 21, Vers 107. Für Khorchide ist das ein „Schlüsselsatz“ des Friedens. In diese Richtung möchte er den Koran läutern. „Was damit nicht einbar ist, müssen wir verwerfen.“

Ruppigere Töne schlägt dagegen der Deutschägypter Hamed Abdel-Samad an. Der Sohn eines Imams hat eines der bemerkenswertesten Bücher des vergangenen Jahres vorgelegt, das immer noch in der Bestsellerliste steht**. Er will den Stammvater des Islam aus seinem übergeschichtlichen Himmel holen.

„Viele Muslime sind noch heute Gefangene der mysteriösen Figur Mohamed, die im 7. Jahrhundert gelebt hat“, schreibt der Politologe. „Aber auch der historische Mohamed ist ein Gefangener – der übertriebenen Verehrung und des Anspruchs der Muslime an seine Unantastbarkeit.“

An diesem Dogma zu rütteln ist allerdings gefährlich. Der Autor wird auf Schritt und Tritt von Leibwächtern begleitet.

Gleichwohl scheut Abdel-Samad vor harten Worten nicht zurück. Er beschreibt den historischen Mohammed als Kriegsfürsten, der Frauen konsumierte „wie ein durstiger Mann, der Salzwasser trinkt“. Der Prophet habe „Züge seiner Persönlichkeit, die man krankhaft nennen könnte, an die Muslime weitergegeben: Allmachtsfantasien und Größenwahn, Paranoia, Kritikunfähigkeit und Zwangsstörungen“.

Gegner werfen Abdel-Samad vor, abseitige Hadithe über den Propheten aufzuwärmen und dem Mann aus Mekka respektlos einen Vaterkomplex anzudichten. Doch was der eine Verunglimpfung nennt, wirkt auf den anderen tapfer und erhellend.

AKG

Mohammeds „Ritt in den Himmel“*: Im Käfig der Unantastbarkeit

Klar ist: Abdel-Samad ist ein Pionier. Gerade weil er das Heilige hinterfragt und den arabischen Religionsstifter in den Dunstkreis seiner Wirklichkeit stellt – umgeben von Kamelpferchen, Nomadenschweiß und archaischen Stammeskämpfen –, macht er die Bühne frei für einen frischen Blick auf das Geschehen.

Zudem hilft er, auch die zwanghaften und ritenbesessenen Aspekte dieser Religion besser zu verstehen. Fünfmal am Tag kniet der Gläubige nieder zum Pflichtgebet. Er muss Ess- und Fastengebote beachten, sich ständig waschen. Die Toilette betritt er mit dem linken Fuß, die Moschee mit dem rechten.

Wer das übertrieben findet, sollte bedenken, dass auch die Christen des Orients einst wahre Askese-Wettkämpfe ausfochten. Manche Mönche standen wochenlang Kopf und aßen nur Salat.

Die Sprache der Gewalt im Koran klingt im sozialen Kontext ebenfalls verzeihlicher. Als Mohammed geboren wurde, zerbarst gerade ein Weltzeitalter. Die ganze Antike versank in einem Meer aus Blut und Feuer.

Kein Wunder also, dass der Diener Gottes es den anderen nachtat und brutal zur Waffe griff. Sein Widerpart, König Herakleios, der christliche König von Byzanz (575 bis 641 n. Chr.), ließ seinen Feinden die Genitalien abschlagen, er häutete und spießte Köpfe auf.

Es war der verbissene Zweikampf zwischen den damaligen Supermächten Byzanz und Persien, der gleichsam das Hintergrundrauschen bei der Geburt des Islam abgab. Als die beiden Imperien sich müde gerungen hatten, konnten die Muslime ihre Invasion starten.

Anfangs gab es noch ein Gleichgewicht des Schreckens. Im sechsten Jahrhundert verlief quer durch den heutigen Nordirak eine mit Wachtürmen gepflasterte Pufferzone.

Doch dann gelang den Persern der Durchbruch. Ein Schwall bewaffneter Reiter überschwemmte die byzantinischen Besitzungen in ihren Provinzen Arabia und Palästina. Im Frühsommer 614 stand der Feind vor Jerusalem. Dort stahl er die kostbarste Reliquie des Reiches: das Kreuz Christi.

Es gemahnt an ein Rätsel, wie es dem zermürbten Byzanz noch einmal gelingen konnte, zu einem Befreiungsschlag auszuholen. Eine abenteuerliche Offensive wurde gestartet. Im Eiltempo drangen die Soldaten bis zu einem heiligen Berg der Perser vor und löschten dort ein ewiges Tempelfeuer. Danach zogen die hungernden Truppen durch Mesopotamien, verwüsteten alles und schlachteten sogar die Tiere eines riesigen Palastzoos.

Zuletzt siegte der Christenkönig Herakleios auf ganzer Linie: Am 21. März 630 schleppte er das zurückeroberte Kreuz des Herrn in einem Triumphzug durch die Gassen von Jerusalem.

All diese sakral aufgeladenen Donnerschläge dröhnten tief hinein in die abgelegene Trockenzone der Araber, die nur auf ihre Gelegenheit warteten.

Erst die neuere historische Forschung hat deutlich gemacht, wie geschickt diese dabei vorgingen. Viele Stämme verbündeten sich zuerst mit der Christenmacht und stellten ihr Reiterscharen zur Verfügung. Wichtige Siege der Byzantiner in

* Persische Miniatur, um 1540.
** Hamed Abdel-Samad: „Mohamed. Eine Abrechnung“. Droemer Verlag, München; 240 Seiten; 19,99 Euro.

FAROOQ KHAN / DPA

Kinder in einer indischen Koranschule: „Kein Zwang in der Religion“

der Zeit nach 622 gelangen nur, weil ihnen Araber halfen.

Selbst Mohammeds Stammesbrüder, die Kuraisch, dienten womöglich als Vasall. Der Name sei dem aramäischen „qarisha“ entlehnt, meint der Münzforscher Volker Popp. So wurden die arabischen Bundesgenossen der Byzantiner genannt.

Zugleich schickte das Reich vom Bosporus seine Mönche los. Zwar tut der Koran an vielen Stellen so, als wären die Araber des sechsten und siebten Jahrhunderts Heiden gewesen. Die Suren erwähnen Dschinnen und böse Geister, vor denen weintrinkende und glücksspielende Hirten lästerlich auf die Knie fielen.

Doch wahrscheinlich läuteten Glocken im Sandmeer. Dutzende verfallene Kirchen haben Archäologen inzwischen entdeckt. In Karjat al-Fau, östlich von Mekka, fanden Ausgräber eine Art Wüstenvatikan. Es gab eine Prachtkirche in Sanaa (Jemen), Diözesen in Aden und Oman. Nahe Medina stand ein Kloster. In Bosra im heutigen Syrien wurde im Jahr 427 ein Bistum für arabische Stämme eingerichtet.

Von diesen Vorposten aus brachten die Missionare des Kreuzes den dort heimischen Kamel- und Schafzüchtern die seltsame Lehre von der Dreifaltigkeit bei. Jesus sei Gottes Sohn und unbefleckt per Jungfrauengeburt gezeugt worden, erzählten die Geistlichen – für Viehhalter kein leicht zu akzeptierender Gedanke.

Sektierer aller Couleur tummelten sich damals im Orient. Auf Konzilen trugen altkirchliche Bischöfe ihren Zwist zuweilen mit der Faust aus. In diese Welt wurde Mohammed hineingeboren.

Seine Heimatstadt Mekka lebte vom Handel mit Gold, Weihrauch oder Sklaven. Am Stadtrand befand sich ein christlicher Friedhof. Im Zentrum stand ein karges Gotteshaus, die Kaaba. Ein altarabischer Reiseführer erwähnt, dass im Innenraum der Kaaba Bilder von Maria und Jesus hingen sowie eine Friedenstaube aus Aloeholz.

Diente das Heiligtum etwa als Kirche? Einiges spricht dafür. Die halbrunde Mauer auf der Nordwestseite der Kaaba deutete der Orientalist Günther Lüling als ehemalige Apsis. Womöglich hatten die Mekkaner den Sakralbau christlich umfrisiert. Die Überlieferung berichtet zwar auch von 360 Götzenbildern, die neben der Kaaba standen. Doch das könnten die Kalenderheiligen der Altkirche gewesen sein.

Manche Historiker vermuten, dass erst die in Bagdad thronende Dynastie der Abassiden im neunten und zehnten Jahrhundert die christlichen Spuren aus dem Koran tilgen ließ. Der Clan wollte mehr Eigenständigkeit gewinnen und seinen Soldaten im Kampf gegen die Armeen Christi das Feindbild schärfen.

Die Welt des Kreuzes schimmert in den islamischen Quellen immer wieder durch. Als Junge, so ein Hadith, reiste Mohammed mit einer Karawane nach Syrien, wo ein Mönch ein Hautmal zwischen seinen Schulterblättern entdeckte. Er deutete es als „Siegel der Propheten“.

Jesus taucht 25-mal namentlich im Koran auf. Moses wird über 130-mal erwähnt. Die ersten Muslime beteten noch Richtung Jerusalem, der heiligen Stätte der Juden und Christen. „Besonders in Amerika hat sich eine Meinung durchgesetzt, die den Islam als eine Art Recycling von biblischen Traditionen ansieht“, sagt die Berliner Arabistin Angelika Neuwirth.

An ein schlichtes Abkupfern glaubt sie jedoch nicht. Vielmehr habe Mohammed ein eigenes Universum geschaffen. Die mit Weihrauch nebelnden Popen aus Byzanz lehnte er ab. Mit der Dreieinigkeit würden sie Gott einen Sohn „beigesellen“, heißt es im Koran. Das sei Frevel. Glockengebimmel nannte der Prophet angeblich „die Flöte des Teufels“.

Stattdessen spielte für ihn Abraham eine große Rolle. Geschichten aus dem Alten Testament wandelte er ab und gab ihnen neuen Sinn. Auch verwendete er apokryphe christliche Schriften über Maria, die keinen Eingang in die Bibel fanden. All das wurde mit altarabischen Bräuchen vermischt. Das Wallfahren nach Mekka war als Zeremonie schon vor dem Islam bekannt.

Vor allem aber gab der Anführer aus Mekka seinem Wüstenvolk den Stolz zu-

rück. Die Byzantiner (und auch die Perser) schauten abfällig auf die Analphabeten Arabiens herab, die vielfach als Nomaden lebten.

Mohammed griff dieses Underdog-Image geschickt auf. Er erklärte die Araber zu Abkömmlingen Ismaels, den Abraham mit einer ägyptischen Magd gezeugt hatte. In der Bibel wird der Junge streitsüchtig genannt, er sei störrisch wie ein „Wildesel“.

Dieser Vorfahr gab den Arabern ihre Identität. Mohammed hatte in seinen Predigten aus einer vermeintlichen Minderwertigkeit eine Stärke gemacht.

Anfangs jedoch verfing die Botschaft nicht. Vor allem die Mekkaner lehnten den jungen Prediger ab. Einer Quelle zufolge bewarfen sie ihn beim Beten mit Dreck und Kadavern. Sein Onkel Abu Lahab schmähte ihn als Lügner und verletzte ihn, bis er blutete.

Sogar die Göttlichkeit der Verkündigungen wurde bezweifelt. In Sure 15, Vers 6 nennen Gegner aus Mekka den Religionsstifter einen „Besessenen“. Der Prophet schnarchte beim Empfangen seiner Offenbarungen, so schildern es Hadithe, er schwitzte stark, selbst wenn es eiskalt war. Auch habe er gezittert und zuweilen Schaum vorm Mund gehabt.

Der türkische Arzt Dede Korkut hat aus diesen Symptomen ein ganzes Buch gemacht. Seine waghalsige Behauptung: Der Prophet litt an Epilepsie.

Fest steht, dass Mohammed auch nach 13 Jahren Dauerpredigt in Mekka kaum Anhänger hatte. Er stand da wie ein Gescheiterter.

Doch anders als Jesus („Mein Reich ist nicht von dieser Welt“) gab er nicht auf und durchlief eine zweite, furchtbare Karriere. Im Jahr 622 floh er nach Medina. Der Umzug läutete nicht nur den Beginn der islamischen Zeitrechnung ein, sondern auch eine Ära der Gewalt.

Hundertfach haben muslimische Theologen den Wechsel des Standorts schöngeredet: Die Mekkaner, heißt es, hätten den unbequemen Prediger und strengen Verfechter des Eingottglaubens ermorden wollen. Deshalb sei er ins über 400 Kilometer entfernte Medina emigriert.

In Wahrheit hatte der Mann schon zuvor heimlich versucht, politische Bündnisse gegen seine Brüder aus Mekka zu schließen. Am Ende sagten ihm die räuberischen Stämme der Aus und Chasradsch Schutz zu. Sie lebten in Zelten am Rande der vornehmlich von Juden bewohnten Oasenstadt Yathrib, des späteren Medina.

Von dort startete der etwa 50-Jährige dann erste Überfälle auf die Karawanen der Mekkaner. Um seine Truppe zu verstärken, soll er auch einen Vertrag mit Wegelagerern und Verfemten geschlossen haben, die in den Bergen hausten. Er kopierte deren Strategie der Blitzkriege. Abtrünnige strafte er fortan durch Abhacken von Gliedmaßen.

Ganze Stämme ließ der Prophet nun niedermetzeln oder vertreiben, etwa die Banu Nadir, weil sie angeblich einen Mordanschlag gegen ihn planten. Zuletzt erwischte es die Banu Kuraisa. Alle Männer wurden hingerichtet. Quellen zufolge waren es zwischen 400 und 900. Frauen und Kinder versklavte man.

„Unverzeihlich“ haben westliche Koranforscher die Kollektivstrafe genannt. Der Theologe Hans Küng sprach von „ethnischer Säuberung“.

Zu bedenken ist jedoch, dass Mohammed zu dem Zeitpunkt bereits einen Partisanenkrieg führte. Er war zum Anführer eines weiträumigen arabischen Aufstands aufgestiegen, der sich sowohl gegen die Byzantiner als auch gegen die Perser richtete. Rücksicht nahm in diesem Kampf kaum jemand.

Nur: War das noch der alte Mahner der Barmherzigkeit?

Mohammeds Sekretär kamen Zweifel. Um die Echtheit der göttlichen Offenbarungen zu prüfen, stellte er seinem Chef eine Falle. Wenn der ihm neue Suren in die Feder diktierte, veränderte er zuweilen den Wortlaut. Später konnte der Prophet die richtigen von den verfälschten Offenbarungen nicht unterscheiden. Daraufhin prangerte der Schreiber Mohammed öffentlich an.

Fast scheint es, als gäbe es zwei Gesandte Allahs: jenen frühen Prediger der Nächstenliebe und dann – in Medina – den Machtmenschen, der sich immer tiefer in blutige Kämpfe verstrickte. Autor Abdel-Samad vergleicht Mohammeds Lebensbahn mit Lenins Weg vom hoffnungsfrohen kommunistischen Theoretiker hin zum Gulags errichtenden Oberhaupt der Sowjetunion.

Die Lehre vom gewaltsamen Dschihad brachte den Orient allerdings weit. Mohammed einte die zerstrittenen Stämme. Jäh holte er die Araber aus dem Dunkel der Geschichte und machte sie zu weltpolitischen Spielern. Im Jahr 634 schlugen sie erstmals eine byzantinische Armee. Bald danach standen sie am Nil.

Es ist diese kriegerische Seite des Islam, die der Oberterrorist Abu Bakr al-Baghdadi nun wiederbelebt hat. Um sein Ziel zu erreichen, lässt er Kinder drillen und hängt ihnen Sprengstoffgürtel um den Bauch. Die Begründung dafür liefern Verse aus einer vergangenen Welt – die aber von Millionen konservativen Muslimen auch im Jahr 2016 immer noch wörtlich genommen werden.

Es ist das Drama des Islam, dass sein großes Buch als unverfälschtes Wort Gottes gilt, das direkt aus dem Himmel herabgereicht wurde. Nur wenige auserwählte muslimische Gelehrte dürfen es offiziell ausdeuten. Aber geht die Botschaft des Glaubens nicht alle Muslime an?

„Sapere aude“, wage es, weise zu sein – mit dieser Parole der Aufklärung hat Immanuel Kant einst Licht ins dunkle Haus der Religion gebracht, die alten Gespenster verscheucht; Europas Glaubenskriege waren endgültig überwunden.

Ähnliches wünscht sich auch der Politologe Abdel-Samad. Er ist sicher: „Die Reform des Denkens beginnt, wenn Muslime es wagen, Mohamed aus dem Käfig der Unantastbarkeit zu entlassen und ihn Mensch werden zu lassen – Mensch, der er ja immer war.“

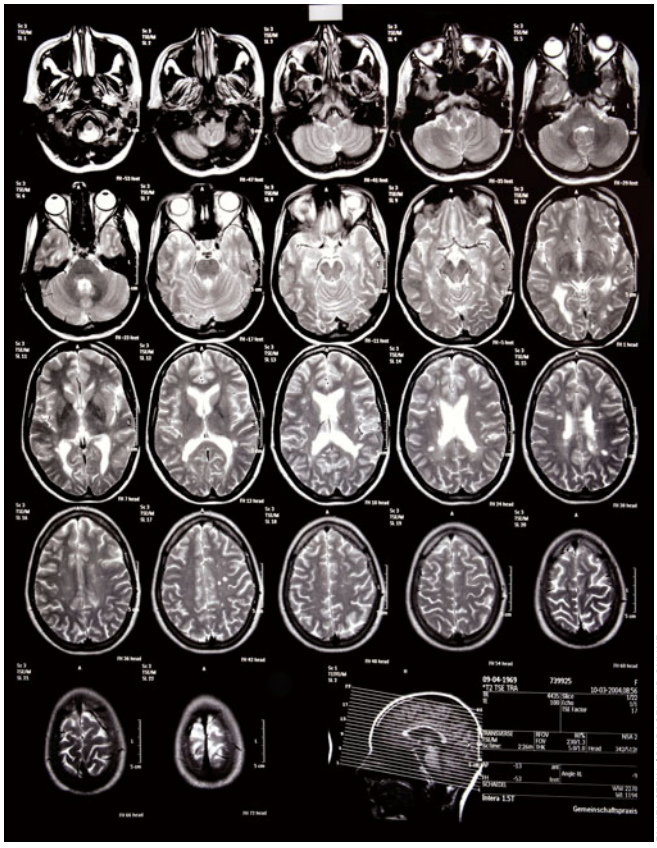
Clemens Höges, Matthias Schulz

AFP

IS-Anführer Baghdadi in Mossul 2014: Mit Terror in die goldene Urzeit?

Prosa im Befund

Medizin Radiologen erfassen nur einen Bruchteil dessen, was in Röntgenbildern steckt. Intelligente Software könnte bei der Diagnose helfen – und Leben retten.



FALKENSTEIN / BILDAGENTUR-ONLINE

Computertomogramme des Gehirns: Harmlos bis tödlich

Eigentlich gibt es in der medizinischen Diagnostik kaum etwas Präziseres als den Blick in den Körper mithilfe eines modernen Kernspin- oder Computertomografen. Selbst millimetergroße Strukturen lassen sich mit den millionenteuren Hightech-Geräten gestochen scharf abbilden.

Trotzdem bleibt der Radiologe bei seiner Diagnose mitunter vage, eher wie ein Astrologe: „Abklärungsbedürftiger Rundherd“, „unklare Genese“ oder „Metastase nicht ausgeschlossen“ sind beliebte Formulierungen, die jede Möglichkeit – von völlig harmlos bis absolut tödlich – offenlassen. Da es für viele Begriffe keine feste Definition gibt, ist nicht einmal sicher, dass jeder Röntgenarzt das Gleiche damit meint. „Verlaufskontrolle empfohlen“, lautet dann oft der hilflose Rat an den behandelnden Arzt.

„Es macht mich rasend, wenn nach einer 400 Euro teuren Untersuchung so was Unklares herauskommt“, sagt Joachim Lotz, Direktor des Instituts für Diagnostische und Interventionelle Radiologie der Universitätsmedizin Göttingen. Schwammig formulierte Röntgenbefunde nennt er verächtlich „Prosa“.

Lotz und andere führende Röntgenärzte wollen ihr Fach in den nächsten Jahren umkrempeln. Die Radiologie soll besser werden, dazu gehören präzise Befunde nach klaren Standards, quantitative Aussagen statt vager Beschreibungen und am Ende natürlich genauere Diagnosen.

Das kann nur einer leisten: der Computer. Der Radiologe der Zukunft wird sich an einen stillen und unsichtbaren Assistenten gewöhnen müssen, der via intelligenter, lernender Software das Höchstmaß an Infos aus Röntgenbildern ziehen kann.

„Natürlich gibt es schon jetzt Software, die den Arzt bei der Diagnosestellung unterstützt“, sagt Ron Kikinis, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Bildgestützte Medizin (Mevis) in Bremen. „Aber wir werden eine neue Generation noch deutlich komplexerer Werkzeuge bekommen.“

Schon wetteifern Softwareunternehmen und Forscherteams weltweit darum, solche Programme zu entwickeln. Die Grundidee dabei: Ein Computer kann in Tomogrammen viel mehr Merkmale erfassen als der Mensch. Zum Beispiel die exakte dreidimensionale Form eines Tumors, seine Randbeschaffenheit, die Gewebedichte. Zudem vermag eine Software diese Merkmale – anders als ein Radiologe – höchst präzise mit Zahlen zu beschreiben.

Aus dem individuellen Muster der Daten, so die Hoffnung, lässt sich in Zukunft ableiten, wie der Patient am besten zu behandeln sei und wie schlecht – oder gut – es wirklich um ihn steht. Vor allem dann, wenn die radiologischen Daten mit Informationen aus der Krankengeschichte oder der molekularen Tumoranalyse verknüpft werden.

Ein Team rund um den Medizinphysiker Hugo Aerts von der Harvard Medical School, das 440 solcher Merkmale an Lungen- und Kopf-Hals-Tumoren untersuchte, konnte bereits zeigen, dass ein charakteristisches Muster aus vier Attributen erstaunlich gut voraussagen kann, wie groß die Wahrscheinlichkeit eines Patienten ist zu überleben.

„Wir werden in Zukunft nicht mehr 5, sondern 95 Prozent der radiologischen Daten für die Therapieentscheidung nutzen“, prophezeit Stefan Schönberg, Direktor des Instituts für Klinische Radiologie und Nuklearmedizin am Universitätsklinikum Mannheim und zukünftiger Präsident der Deutschen Röntgengesellschaft. Der Radiologe plant derzeit mit Lotz und weiteren Kollegen große Forschungsprojekte mit Mevis in Bremen.

Auch der IT-Konzern IBM beteiligt sich an dem Rennen um die Zukunft: Firmeneigene Forscherteams auf drei Kontinenten sollen einer Weiterentwicklung des Superrechners „Watson“, der 2011 in der Quizshow „Jeopardy“ gewann, in den nächsten Jahren das Sehen beibringen – und die Interpretation der Röntgenbilder. Zunächst soll er Brust- und Hautkrebs erkennen können, bestimmte Erkrankungen des Herzens, des Nervensystems und des Skeletts.

Dafür wird die Software, die natürliche Sprache verstehen kann, nicht nur mit Fachartikeln und Expertenwissen instruiert. „Der Computer lernt auch anhand von Beispielen“, erklärt Flora Gilboa-Solomon von der IBM Medical Imaging Analytics Group im israelischen Haifa. Um den Rechner mit Zigtausenden – anonymisierten – elektronischen Krankengeschichten füttern zu können, arbeitet IBM mit Kliniken zusammen.

Am Ende soll für die Radiologen eine Art Rundum-sorglos-Paket herauskommen, bei dem sie von der künstlichen Intelligenz im Hintergrund möglichst wenig merken sollen. Der Röntgenarzt säße wie eh und je vor seinem Bildschirm; unbemerkt würde der schlaue Assistent im Rechner dann die Warteschlange der Patienten neu sortieren: Wer am schlimmsten dran ist, dessen Bilder erreichen den Arzt zuerst.

Die Diagnose soll der Doktor noch allein stellen. Doch der Computer würde zusätzliche Infos etwa aus der Krankengeschichte oder den Labor- und Erbgutdaten des Patienten ziehen. Und per Mausklick kann sich der Arzt den Diagnosevorschlag des Rechners ansehen, so als würde er die Zweitmeinung eines Kollegen einholen.

„Prosa“ wird sich in den Befunden dann nicht mehr finden. Alles wird standardisiert sein, in Zahlen ausgedrückt und nach Dringlichkeit optimiert.

Viele ethische Fragen sind noch offen – etwa zum Datenschutz oder ob es richtig ist, dass Algorithmen über Therapien, vielleicht sogar über Leben und Tod entscheiden. Doch bevor die smarten Programme das tun, müssen sie erst einmal einen grundlegenden Beweis antreten, und zwar in guten Studien: dass sie plus Arzt wirklich besser sind als ein Arzt allein.

Veronika Hackenbroch

Seelenruhige Sause

Automobile Die stärkste Limousine der Welt (900 PS) kommt aus Bottrop. Der gewaltige Vortrieb, beteuern die Konstrukteure, mache den Fahrer gelassener.

Die Bundesautobahn Nummer 31 führt aus dem Ruhrgebiet nach Emden in Ostfriesland. Sie ist kein bedeutender Verkehrsweg der Republik, wohl aber ein segensreiches Stück Infrastruktur für die Konstrukteure eines in Bottrop ansässigen Unternehmens.

Die Asphaltbahn in Richtung Norden ist nicht selten auf zwei Spuren frei bis zum Horizont, mithin eine ideale Demonstrationsstrecke für Automobile, deren Bordelektronik erst bei 350 Kilometern pro Stunde abregelt. Die Firma Brabus, Fahrzeugveredler seit knapp 40 Jahren, bietet solche Autos an.

Im Sinne einer sorgsamen Verkehrs- und Umweltpolitik mögen dies tadelnswerte Produkte sein; aus Sicht des Fahrzeugtechnikers handelt es sich um achtbare Ingenieursleistungen. Brabus-Fahrzeuge basieren im Kern auf Mercedes-Modellen, erfahren im Zuge ihres Umbaus aber eine derart eklatante Leistungssteigerung, dass der Begriff „Tuning“ zu kurz greift.

Die vorläufige Höchstmarke setzt jetzt das Modell „Rocket 900“, ein modifiziertes Spitzenmodell der S-Klasse, dessen Zwölfzylindermotor durch den Brabus-Eingriff von 630 auf 900 PS erstarkt. Es handelt sich bis auf den Gehäuseblock um eine Neuentwicklung und um das stärkste Antriebsaggregat, das jemals in einer Limousine mit Straßenzulassung zum Einsatz gekommen ist.

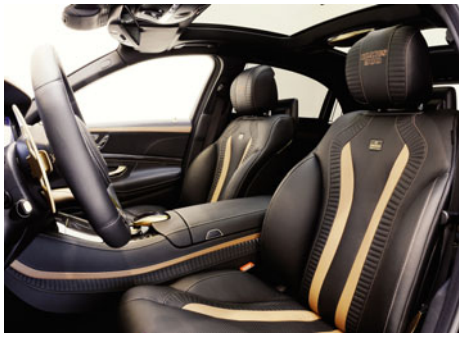
Allein für den Umbau der Kolbenmaschine stellt Brabus 89 900 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer in Rechnung und empfiehlt darüber hinaus noch einige andere Modifikationen. Am Ende ergibt sich ein Fahrzeugpreis von mehr als 400 000 Euro.

Was sind das für Menschen, die so ein Auto kaufen? Wie viele sind es, und was treibt sie an? Brabus-Gründer Bodo Buschmann kann solche Fragen so geschmeidig abfedern wie ein elektronischer Fahrwerksregler überraschende Bodenwellen.

Der Mann startete 1977 mit einem Vertrieb für Spezialöle und hat heute eine veritable Fabrik, die sogar Kleinserien für Daimler herstellt. Seine märchenhafte Kohlenpott-Karriere ist Teil des Unternehmensmythos; ein wohldosiertes Wechselspiel aus Redseligkeit und Diskretion war ihm dabei so dienlich wie die Bodenschätze Arabiens.

Weltweit, so viel verrät er, kauft etwa ein Mensch pro Woche einen Rocket 900. Es sind Leute, die eher selten nach Ostfriesland fahren und auch selten 350. „Die Zahl beschreibt nicht, was dieses Auto ausmacht“, sagt Buschmann. Eher würde er das Drehmoment nennen: 1500 Newtonmeter, fraglos ein Riesenklopfer, aber auch wieder sehr theoretisch. Buschmann spricht lieber von der „Differenzgeschwindigkeit“ zum fließenden Verkehr.

HELENA BRINKMANN / DER SPIEGEL



HELENA BRINKMANN / DER SPIEGEL

Brabus-Modell „Rocket 900“
„Wer so viel Kraft hat, muss nicht drängeln“

Das tachometrische Spielfeld des Autobahnalltags liegt je nach Verkehrsdichte und -regeln etwa zwischen 100 und 250 km/h. Und hier setzt die Rakete ihren stärksten Trumpf: die besagten 1500 Newtonmeter. Von einem trödelnden Linksfahrer gebremst zu werden, dürfte denjenigen Fahrer wenig frustrieren, der danach im Handumdrehen wieder auf 250 ist. Ebendiese Gewissheit, sagt Buschmann, mache gelassener: „Wer so viel Kraft hat, muss nicht drängeln.“

Die Sause mit 900 PS als verkehrspädagogischen Schlüssel zu mehr Seelenruhe und Rücksichtnahme zu begreifen, mag schwer genug sein. Was aber passiert, wenn der Fahrer bei aller Gelassenheit doch aufs Ganze geht, wenn er also wirklich 350 fahren will?

Rein physikalisch, sagt Buschmann, sei der entspannte Raser auf der sicheren Seite. „Unsere Technik ist dafür ausgelegt.“ Spoiler und Verkleidungen drücken den zwei Tonnen schweren Wagen auf den Boden, den Verkehrsflugzeuge bei dieser Geschwindigkeit längst verlassen haben. Doch mit dem Tempo nimmt auch das Risiko zu, dass das Auto zwar noch alles richtig macht, aber der Fahrer nicht mehr.

Über 350, sagt Buschmann, werde es dann „sehr bald sehr kritisch“, daher erlaube der Rocket nicht mehr. Volkswagen wagte sich weiter vor mit dem Bugatti Veyron, einem Herzenswunsch des früheren Konzernlenkers Ferdinand Piëch. Das Auto fährt mehr als 400 km/h, doch Kunden wird davon abgeraten, das eigenmächtig auszuprobieren. Sie kommen zu Lehrgängen auf die Werksteststrecke bei Wolfsburg, erreichen unter Aufsicht die Höchstgeschwindigkeit und kriegen eine Urkunde.

Bugatti war eine kostspielige Narretei, die den VW-Konzern moralisch eher beschädigte als schmückte. Buschmann hingegen hat während seines Aufstiegs zur Tuninglegende in keinem einzigen Geschäftsjahr Verluste geschrieben. Er scheint ein sicheres Gespür dafür zu haben, welche Triumphe man besser nicht feiert.

Etwas bang ist ihm und seinen Konstrukteuren denn auch vor der magischen Marke der 1000 PS. Sie wäre schon erreichbar, in den Abmessungen des Mercedes-Motorraums aber nur mit einem Aggregat, das dann weniger Kraft in jenem niedrigen Drehzahlbereich aufböte, den der Kunde sehr häufig nutzt.

„Am Ende hätten wir ein Auto, das mehr Leistung hat, aber schlechter fährt“, sagt Buschmann. „Und das wäre Mist.“

Christian Wüst
Mail: christian.wuest@spiegel.de

Video: Testfahrt mit 270 km/h
spiegel.de/sp112016testfahrt
oder in der App DER SPIEGEL

Sammler

Gefälschte Erotik?

Dieser Fall könnte ein diplomatisches Nachspiel haben: Eine Richterin aus Paris beschlagnahmte vergangene Woche in Aix-en-Provence ein Gemälde und brüskierte so den Fürsten von und zu Liechtenstein. Mit der Ausstellung in der südfranzösischen Stadt sollte das Staatsoberhaupt als Sammler geehrt werden, alle Werke der Schau sind aus seinem Besitz. Das gilt auch für die Darstellung einer nackten Venus, die – so dachte man – vom deutschen Renaissancemaler Lucas Cranach stammt. Dann holte die Polizei sie ohne Vorwarnung ab, man vermutet wohl, es handle sich um eine Fälschung. Das Fürstenhaus hat das Bild 2013 für sieben Millionen Euro in einer deutsch-britischen Galerie erworben; zuvor war es als Entdeckung gefeiert worden. Tatsächlich gelangen immer wieder auch Cranach-Imitationen in den Handel, in Bayern wird gegen einen möglichen Fälscher aus der Nähe von Passau ermittelt (SPIEGEL 47/2014). Offenbar schließt man in Paris nicht aus, dass dieser Mann Urheber des jetzt konfiszierten Werks ist. Johann Kräftner, Direktor der fürstlichen Kunstsammlungen, betont dagegen, das Bild sei 2013 von Experten für echt befunden worden. Einer von ihnen ist der legendäre Schweizer Cranach-Forscher Dieter Koepplin. Gegenüber dem SPIEGEL sagt er, damals habe er „leichte Zweifel“ überwinden müssen und eine Untersuchung des hölzernen Malgrundes empfohlen. Die sei gemacht worden, sagt Sammlungschef Kräftner, es handle sich um altes Holz. Der Heidelberger Kunsthistoriker Michael Hofbauer hält eine Fälschung dennoch für wahrscheinlich, die Ausführung erinnere an die Handschrift des Verdächtigen aus Passau. Unverständlich ist, warum man den Fürsten nicht einfach bat, das Bild zur Verfügung zu stellen. uk

Beschlagnahmtes Gemälde

CULTURE_IMAGES

Wiener Burgtheater

Hartmann entlastet

Fast genau zwei Jahre, nachdem der frühere Burgtheater-Intendant Matthias Hartmann als einer der angeblich Verantwortlichen für den dortigen Finanzskandal entlassen wurde, beleuchtet nun ein von der Wiener Wirtschaftsstaatsanwaltschaft in Auftrag gegebenes Gutachten die dortigen Machenschaften. Das Gutachten, das dem SPIEGEL vorliegt, sollte Hartmanns Rolle und auch die der ehemaligen kaufmännischen Direktorin Silvia Stantejsky untersuchen. Der Sachverständige Peter Wundsam stellt darin Vorgänge dar, die den Verdacht der Steuerhinterziehung und der Bilanzfälschung nahelegen. Stantejsky soll demnach Dienstleister und Künstler schwarz beschäftigt, Steuern und Krankenkassenbeiträge in Millionenhöhe nicht bezahlt haben. Auch Gagen an ausländische Künstler sollen nicht versteuert, Teile davon in bar ausbezahlt worden sein. Die Bilanzen wurden laut Gutachten frisiert, längst verschrottete Bühnenbilder als Anlagevermögen geführt. „Diese Vorgehensweise bewirkte eine wesentliche Fehldarstellung der Jahresabschlüsse der Jahre 2008 bis 2013“, so der Sachverständige, die finanzielle Lage der Burg sei besser dargestellt worden, als sie es wohl war. Und Hartmann? „Eine Mitwirkung an der Bilanzierung war nicht feststellbar.“ Der renommierte Intendant und Regisseur arbeitet inzwischen als Künstlerischer Leiter des österreichischen Fernsehsenders Servus TV und prozessiert vor dem Arbeitsgericht gegen seinen früheren Arbeitgeber. Im Januar kehrte Hartmann, 52, in Dresden erstmals auf die Theaterbühne zurück, mit einer Adaptation des Dostojewski-Romans „Der Idiot“. Er war wohl auch im Gespräch als Intendant am Bochumer Schauspielhaus. Dass man sich dort anders entschied, hat vielleicht mit Hartmanns beschädigter Reputation zu tun. Die Untersuchungen in Wien jedenfalls scheinen zu belegen, dass Hartmanns eigene Darstellung seiner Rolle im Finanzskandal der Wahrheit näherkommt, als viele dachten: eher das Opfer wien-balkanesischer Machenschaften als ein Täter. red

NS-Raubkunst

„Kalte Kommission“

Ronald Lauder, 72, Präsident des Jüdischen Weltkongresses, zur Debatte um die deutsche Limbach-Kommission, die in Streitigkeiten um mögliche NS-Raubkunst Empfehlungen für oder gegen Rückgaben ausspricht

SPIEGEL: Herr Lauder, während eines USA-Besuchs sagte die deutsche Kulturstaatsministerin Monika Grütters der „New York Times“, sie wolle keinen jüdischen Vertreter in die Limbach-Kommission aufnehmen, sie unterstellt mögliche Interessenskonflikte. Was sagen Sie dazu?
Lauder: Ich empfand das als unangemessen und habe diesen Punkt deshalb bei unserem Treffen auch angesprochen.
SPIEGEL: Inzwischen versucht Grütters zurückzurudern. Und auch Sie haben sich ausdrücklich einen solchen Vertreter gewünscht.
Lauder: Ja, den brauchen wir auch, und ich freue mich, dass Frau Grütters offenbar keine größeren Einwände mehr dagegen hat. Ich hoffe, hier wird jetzt schnell gehandelt. Die gegenwärtige Kommission wird von vielen Antragstellern – oft sind das alte Leute – leider als kalt und distanziert empfunden. Niemand signalisiert ihnen, dass es in Ordnung ist, wenn sie um ihr Recht, um die ihren Familien gestohlenen Bilder kämpfen. Das Gremium zeigt zu wenig Einfühlungsvermögen.
SPIEGEL: Ist es ein Tribunal?
Lauder: Im Auftritt gegenüber den Opfern schon. Zugleich zeigt die Kommission keine Zähne. Ihre Leute gehen nicht in die Museen und sagen: Wir brauchen diese und jene Dokumente. Und: Man veröffentlicht zu wenig auf Englisch, man scheint auch keine Dringlichkeit zu empfinden.
SPIEGEL: Vor Kurzem stieg der Erbe des Kunsthändlers Alfred Flechtheim aus dem Mediationsverfahren aus.
Lauder: Ich bin kein Experte für diesen Fall, aber ich weiß, dass man wiederum den Eindruck hatte, dass Kälte und Intransparenz vorherrschten.
SPIEGEL: Oft heißt es, die Deutschen hätten genug davon, Raubkunst aus ihren Museen zurückzugeben.
Lauder: Ich habe einmal ein Museum besucht, in dem ein gestohlenes Bild hing. Bei meinem nächsten Besuch war es im Keller verschwunden.
SPIEGEL: Haben die Deutschen vergessen, dass sie sich zu den „Washingtoner Prinzipien“, also zu Aufarbeitung und Fairness, bekannt haben?
Lauder: Ich habe an der Vereinbarung mitgearbeitet. Das Abkommen ist schon 18 Jahre alt. Viele Länder haben mehr erreicht als Deutschland. Deshalb muss jetzt endlich etwas vorankommen. uk

ANDREAS SOLARO / AFP / GETTY IMAGES

Lauder

Nils Minkmar Zur Zeit

Das geht schon

Ich bin zwar lang nicht mehr hier gewesen, aber ich brauche keinen Stadtplan. Die Topografie von Saarbrücken, wo ich zur Schule gegangen bin und studiert habe, ist so, wie sie immer war. Und doch erkennt man die Zeichen eines kulturellen Wandels. Etwa an diesem Eckrestaurant unweit des Hauptbahnhofs: An der Fassade steht noch der geschwungene Schriftzug im optimistischen Orange der Siebzigerjahre „Saarbrücker Hähnchengrill“. Dort war der sogenannte Wienerwald, wo die Bevölkerung jahrelang das Trauma der mageren Zeiten bewältigte. Nun heißt es „Reiskorn“ und bietet asiatisches Allerlei vom Mongolengrill bis zum unvermeidlichen Sushi. Die Hühner werden es begrüßen. Die Buchhandlung einige Häuser weiter ist einem thailändischen Massagesalon gewichen. Ebenso erging es dem Copyshop, den privat schüchterne, ansonsten aber sehr radikale Linke betrieben. Ich erwartete immer, auf der Quittung einen Stempel mit RAF-Logo zu entdecken, und nun auch hier Massagen. Der Kampf muss nicht ewig weitergehen.

Die von jeher düsteren Ecken scheinen noch düsterer. Ganze Ladenzeilen mit Handyshops, Spielotheken und Shishacafés, alle mit verklebten Scheiben, davor stämmige Typen mit langem Bart. Hipster sind das nicht. Sie schauen grimmig, wie zu diesem Zweck gecastet. Eine Stadt, die groß sein möchte, muss hier und da auch gruselig sein. Am meisten hat sich die unterirdische Passage verändert, die zu Karstadt führt. Das war zuletzt ein düsterer, kriminogener Ort, an den sich nach Ladenschluss nur auswärtige Studienanfänger auf der Suche nach der U-Bahn verirrten. Saarbrücken hat keine U-Bahn. Nun schwimmen dort in großen Aquarien kleine Fische in Farben, die im Saarland sonst nicht vorkommen. Es gibt einen Waffelstand, und ein großer Hofladen stellt die Versorgung mit Biogemüse sicher. Das gab es früher nur in dem winzigen Laden eines grundlos bösen Urgrünen, dem der Spitzname „Schweineheinz“ anhaftete.

Die stumme Härte der späten Industriejahre ist etwas Neuem gewichen, es scheint, als wären mehr Licht und mehr Luft. Es wurde auch abgerissen. Das größte Problem des Landes war neben dem Mangel an Geld der Mangel an Menschen. Die Schulklassen hatten manchmal nur noch 16 Schülerinnen und Schüler. Seit einem Jahr kommen immer mehr Flüchtlinge, 4800 neue Schüler haben die Schulen des Saarlandes dadurch, drei oder vier Flüchtlinge pro Klasse, das ging. Die Kinder kommen in die Schule ihrer Nachbarschaft, es gibt keine Flüchtlingsklassen. Zuvor wurden Schulen geschlossen und Lehrerstellen abgebaut, nun werden fast 200 neue Lehrer eingestellt. Die Familien werden im kleinen Land verteilt, die Sportvereine freuen sich über neue Mitglieder. Es sind viele Flüchtlinge, aber das Land, dessen Urbevölkerung vollständig zugewandert ist, bleibt gelassen wie immer. Hier, an der Grenze, ist die Beständigkeit der Jahrzehnte bundesrepublikanischer Idylle die historische Ausnahme. „Wir schaffen das“, das klingt für skeptische Saarländer übertrieben großspurig, hier heißt es leiser: Ach, das geht schon.

An dieser Stelle schreiben Nils Minkmar und Elke Schmitter im Wechsel.

„Meine politische Überzeugung ist so unveränderbar wie ein grauer alter Stein: Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Freiheit der Kunst. Das Porträt des Staatsoberhauptes sollte auf die Größe einer Briefmarke beschränkt bleiben. Keine Folter, keine Hinrichtungen."

Vladimir Nabokov

Die Leute denken selbst

Debatte Liberalismus? Ganz schlimm: Steuern senken, Reiche immer reicher machen. Oder geht es auch anders? Ein Loblied auf eine verkannte politische Idee.

Von Nils Minkmar

Wer die Zustände in der Union und den amerikanischen Vorwahlkampf betrachtet, muss feststellen, dass sich in diesen Tagen auch die politische Tradition des Konservatismus verabschiedet. Es gibt ja schon länger kein Wertesystem mehr, auf das sich diese Parteien beziehen könnten: Weder die nationale Ehre noch das Militär oder eine geordnete, ständische Gesellschaft sind zeitgemäße Faktoren in der Weltanschauung der Bürger. Familie und Staat werden nicht mehr von Vaterfiguren dominiert. Vor allem aber fehlt der Gegenpart, der das Lager zusammenhält. 1989 kollabierte der real existierende Sozialismus, und von der damals noch halbwegs mächtigen Sozialdemokratie ist nicht mehr viel übrig. Nichts, was noch irgendjemanden ängstigen müsste.

Bei der dritten aus dem 19. Jahrhundert zu uns reichenden politischen Tradition ist das anders. Das ist der Liberalismus. Leider wurde dieser breite idealistische Strom in einen allzu engen parteipolitischen Kanal umgeleitet, wo er oft genug lächerlich wirkt. Der Liberalismus ist heute die meist unbenannte, oft schlicht nicht erkannte treibende politische Kraft in allen proeuropäischen, demokratischen und dem Rechtsstaat verpflichteten Parteien. Er verbindet sie alle und grenzt die, leider beachtlichen, übrigen politischen Kräfte davon ab.

In einem Beitrag für den britischen „Guardian“ analysierte es der Historiker Ulrich Speck unter der Überschrift „From Trump to Merkel“ treffend: Heute erleben wir eine Konfrontation zwischen einem neuen Territorialismus, der die Grenzen schließen möchte, seine Wirtschaft selbst regeln will, keine Fremden duldet – und dem Globalismus, der offene Grenzen, Mobilität und Kommunikation, Handel und Wandel weltweit im rechtsstaatlichen Rahmen befürwortet. Trump, Marine Le Pen, Putin und Orbán stehen für den Territorialismus, die Bundeskanzlerin für den zweiten Begriff. Und dieser Globalismus ist eine Spielart des Liberalismus.

Wir leben also keineswegs in einem postideologischen Zeitalter, in dem die politischen Präferenzen in postmoderner Beliebigkeit gewechselt werden, vielmehr fehlen uns die zur neuen Realität passenden Begriffe und politischen Formationen. Wem bei Liberalismus nur eine blau-gelbe Klientelpartei einfällt, deren ganze Sorge seit Jahrzehnten der Verringerung der Steuerlast reicher Menschen gilt, der denkt bei Beethoven einzig und allein an Hundekomödien.

Um eine zeitgemäße Beschreibung einer liberalen politischen Einstellung zu finden, müssen wir nicht unbedingt zu verstaubten Klassikern aus anderen Menschheitsepochen greifen. Man kann auch Vladimir Nabokov lesen, der künstlerisch ein Pionier, politisch zeitlebens ein Liberaler war. Seine adlige und aufgeklärte Familie floh nach der bolschewistischen Machtübernahme aus Russland nach Berlin, verlor ihr gesamtes beträchtliches Vermögen. Doch weder stürzte sich Nabokov in den Kampf gegen die Roten, noch hatte er Verständnis für die zunächst ja noch zahlreichen Versuche von Intellektuellen, zumindest in der Phase vor Stalin einen wie auch immer gearteten fortschrittlichen Aspekt abzugewinnen. Für Nabokov waren die Sowjets Ganoven und Gewaltherrscher, die sich das Land unter den Nagel gerissen haben, und es dauerte Jahrzehnte, bis dieses Urteil zum allgemeinen Konsens wurde. Nabokov galt in den polarisierten Zeiten des Kalten Krieges als ein eher unpolitischer Autor, verstanden als einer, der sich lagermäßig und parteipolitisch nicht festlegt, aber das mangelnde Interesse an Nabokovs politischen Ansichten war womöglich etwas oberflächlich.

Was der Liberalismus aber für uns heute bedeuten kann, bringt Nabokov perfekt auf den Begriff: „Meine politische Überzeugung hat sich nicht geändert, seit ich mit 19 Russland verlassen musste, sie ist so unveränderbar wie ein grauer alter Stein: Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Freiheit der Kunst. Die soziale oder wirtschaftliche Verfassung des idealen Staates geht mich nichts an. Meine Wünsche sind bescheiden. Das Porträt des Staatsoberhaupts sollte auf die Größe einer Briefmarke beschränkt bleiben. Keine Folter, keine Hinrichtungen. Musik nur in Theatern oder über Kopfhörer.“

Man liest flott darüber hinweg, aber auf diesem „grauen Stein“ lässt sich ein Weltgebäude errichten. Allein diese kleine Forderung nach der zurückgenommenen Darstellung des Staatsoberhaupts – sie war sicher als Kritik auf den sowjetischen Herrscher gemünzt – aber ist von aktueller Relevanz. Man kann dies auf heutige Verhältnisse übertragen, indem man feststellt, dass die Wähler skeptisch oder einfach nur ermüdet auf Versuche reagieren, Politiker als Lichtgestalten zu zeichnen, als Stars, die dauernd im Fernsehen und vor Kameras agieren, die alles wissen und alles lösen. Das können nationale Politiker nicht mehr. Zu viele Hoffnungen sind enttäuscht worden, und es ist auch gar nicht mehr nötig.

Politiker sollen im liberalen Verständnis keine Supermänner und -frauen mehr sein, keinem höheren Zweck dienen, nicht Ruhm und Ehre der Nation mehren, einen göttlichen Auftrag erfüllen oder das Paradies auf Erden errichten. Sie sollen ihr Amt ausüben, indem sie die Freiheit der Bürger garantieren, ihre Rahmenbedingungen gestalten und dafür sorgen, dass es ihnen gut geht, sodass sie die Möglichkeit haben, ihre Freiheit zu erleben und gemeinsam damit etwas anzufangen.

Dank verbesserter Bildungssysteme und einer unvergleichlichen Informationsfreiheit ist es nicht mehr wie im 20. Jahrhundert, als politisch Verantwortliche Vaterfiguren sein mussten. Die Leute denken selbst. Es ist gerade die absolut nicht glamouröse Art Angela Merkels, die viele Europäer an ihr schätzen: Eher „Borgen“ als „House of Cards“; nicht überlebensgroß und ohne Hauch von Korruption.

Es ist ein Fehler, die Tradition des Liberalismus mit einer bourgeoisen Bewunderung für Besitz und die Besitzenden zu verwechseln. In der liberalen Tradition finden sich mit ebensolchem Recht die Gedanken von Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen, die das Genossenschaftswesen in Deutschland begründeten: ein Konzept, dem man durchaus neue Aktualität wünschen möchte, denn der triste Kreislauf der erst mühsam ersparten, dann von den Erben wieder verscherbelten, für den Wandel in Familienstrukturen völlig unflexiblen und noch dazu oft sehr hässlichen Einfamilienhäuser muss ja nicht die letzte Stufe unserer Wohnkultur darstellen.

Besitz schränkt oft die Freiheit ein, Nabokov spricht sogar von der Plage des Besitzes. Nichts bedroht umgekehrt die Freiheit so sehr wie die Armut, die soziale Ungleichheit, wenn etwa nur die Arbeit, nicht das Kapital die Lasten einer Gemeinschaft

„Kommunikation und Mobilität von Menschen und Ideen lassen sich nur kurzfristig und begrenzt einhegen."

trägt. Es ist liberaler Auftrag, den Leuten aus dem Elend zu helfen, damit auch sie autonom ihr Leben gestalten können. Wer Liberalismus allein zur Legitimierung von Steuervermeidung oder Steuerflucht nutzt, missbraucht den Begriff. Liberalismus ist auch nicht gegen „den Staat" – gerade in Deutschland verfügen wir seit den preußischen Reformen über eine große Tradition eines den Staat reformierenden Liberalismus.

Der schlichte Katalog Nabokovs wäre auch für uns heute eine echte politische Herausforderung: Wie verträgt sich sein Folterverbot mit der amerikanischen Verhörpraxis und den diesbezüglichen Plänen eines Kandidaten Trump? Wie halten es die Türkei und Russland mit der Pressefreiheit? Wie ist die Freiheit des Einzelnen zu garantieren, wenn auf der einen Seite die Datengiganten, auf der anderen Seite die Geheimdienste im ewigen Ausnahmezustand die Kommunikation, die Bewegungen und digital getätigte Lebensäußerungen überwachen und mehr noch vorhersagen möchten? Dann wird einem klar: Die andere Seite, die der autoritären Charismatiker, die eine geschlossene Gesellschaft in geschlossenen Grenzen möchten, ist auch deswegen stark, weil die liberale Gesellschaft ihre eigenen Prinzipien nicht ernst genug genommen, nicht deutlich genug formuliert hat.

Ist man ein unverbesserlicher Optimist, wenn man glaubt, dass Nabokovs liberales Minimalprogramm eine Mehrheit der Menschen weltweit überzeugen würde? Und dass die Forderung danach lauter wird, je mehr Menschen die Mittelklasse ihrer Länder erreichen? Millionen sind es Jahr für Jahr. Solche Wünsche, ja Forderungen haben uns aus allen Ecken der Erde, vom Tiananmen-Platz über die Schauplätze des Arabischen Frühlings zum Taksim-Platz in Istanbul erreicht. Mehr als die kulturellen, ethnischen und religiösen Differenzen uns trennen, eint uns der Wunsch, ein sicheres und selbstbestimmtes, also ein freies Leben zu führen.

Liberalismus lebt vom Glauben an den Fortschritt. Insofern wurde er nicht widerlegt: Mehr Menschen leben heute besser, gesünder, sogar freier und sicherer als je zuvor. Es gibt keinen Grund, alten Zeiten nachzutrauern, einem mythischen Früher, oder die Vergeblichkeit aller menschlichen politischen Anstrengungen zu beschwören. In der offenen Welt nach dem Fall der Mauer, als die Diktaturen in der Defensive waren, die Freiheit als konkrete Möglichkeit ins Leben einer Mehrheit trat, ist das Leben besser geworden.

Es ist nichts Neues. In unserer deutschen Geschichte finden sich diese heroischen, weitsichtigen freiheitlichen Traditionen in bewundernswerter Fülle. Wir sind nur den Ideologen auf den Leim gegangen, die den Gehorsam, das Ständische, das Territoriale irgendwie deutscher beschreiben als die Ideen der Paulskirchenverfassung. Darum steht im Stadtpark ein Denkmal von Bismarck – nie eines von Robert Blum, der an der Revolution von 1848/49 beteiligt war und dafür in Wien hingerichtet wurde.

Liberalismus verbindet die Menschen. Man sollte ihn nicht als ein Konzept des für sich wesenden Einzelnen verstehen, der möglichst ruchlos den eigenen Aufstieg, verstanden als Anhäufung von Reichtum, betreibt. Die Philosophin und Ökonomin Lisa Herzog hat in ihrem Buch „Freiheit gehört nicht nur den Reichen" dargelegt, dass es dem Liberalismus immer schon wesenseigen war, mit dem wissenschaftlichen Fortschritt zu ziehen und seine anthropologische Grundlage, sein Menschenbild entsprechend anzupassen. Als es in der Aufklärung darum ging, den Bürger von den Bestimmungsmächten der Zunft, der Kirche, des Standes und des Grundherrn loszueisen, war das Konzept des autonomen, auf den Vorteil bedachten Individuums auf der Höhe der Probleme der Zeit. Heute wissen wir so viel mehr über den Menschen. Etwa, dass es kein Individuum ohne Gemeinschaft gibt, dass wir mit anderen denken, uns in sie hineinversetzen, dass es Lebenssinn stiftet, für andere etwas zu tun. Und dass es dieser Sinn ist, der uns antreibt.

Wir wissen ferner, dass die gesamte Spezies recht neu auf dem Planeten ist und dass wir alle gemeinsame Vorfahren haben, die aus der gleichen ostafrikanischen Ecke aufgebrochen sind. Es ist eine erdgeschichtlich kurze Zeit, voller Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen. Wir wissen ungefähr, wann und wie die Kontinente besiedelt wurden, wie es zur Industrialisierung kam, nun zur Digitalisierung. Wir vermessen auch das Weltall, unser Verständnis des menschlichen Raums wird genauer. Wer so auf die Geschichte und den Planeten blickt und den technischen Fortschritt bedenkt, ahnt, dass sich Kommunikation und Mobilität von Menschen und Ideen nur kurzfristig und regional begrenzt einhegen lassen. Abschottung, Einkehr und zurück zur Natur, das wird es weiterhin geben – aber nur selbst gewählt, selbstbestimmt wie am Walden Pond, einem See, an den sich der amerikanische Schriftsteller Henry David Thoreau zurückzog, um den Wald, den See und die Einsamkeit zu erleben. Abschottung wie in Nordkorea wird keine Zukunft haben.

Ein freies, selbstbestimmtes Leben, Religion als Privatsache, Freiheit der Wissenschaft, der Presse, der Kunst und Partnerwahl, Freigabe von Drogen – das heißt: ärztliche Hilfe statt Gefängnis bei Missbrauch, Gesetze, die wirklich für alle gleich sind –, die liberale Agenda hat immer noch das Potenzial, die Welt zu verändern. Ohne Kitsch, ohne Fünf-vor-zwölf-Pathos, ohne die Menschen zu spalten oder den Leuten Angst zu machen. Ohne, dass man zum Spießer werden muss.

Am Wahltag haben die Feinde des Liberalismus, die Identitären und Territorialen, allzu oft ein gutes Ergebnis. Das ist kein Wunder: Ihre Botschaft ist schlicht, sie haben viel Geld – der Front National etwa hat einen Millionenkredit aus Russland bezogen –, und es ist jedem klar, welche Partei für ihre Botschaft steht.

Auf der anderen Seite ist das anders: Da konkurrieren drei oder vier politfolkloristische Traditionsvereine, die zwar liberale Politik anbieten, dies aber kaum sagen und längst auch nicht mehr anbieten, was ihr Name suggeriert. Die werden bestenfalls aus dem Grund gewählt, der bei Liberalen eigentlich keine besonders hohe Priorität genießt, nämlich aus Zustimmung zu einer Person.

Und dann geht es den Wahllokalen eben wie dem Einzelhändler, der einige wenige irreführend etikettierte Konserven im Schaufenster stehen hat, seit Jahrzehnten dieselben, deren Hersteller nichts mehr riskieren, den Kunden nichts mehr zutrauen: Die Leute bleiben weg, bis das Angebot wieder in ihre Zeit passt.

FOTOS: ACTION PRESS; AFP (3); DDP (3); W. DABKOWSKI; GETTY IMAGES (3); IMAGO; REUTERS; STUDIO X

SPIEGELBESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: **www.spiegel.de/bestseller**

Belletristik

1 (17) **Siegfried Lenz Der Überläufer**
Hoffmann und Campe; 25 Euro

Später Erfolg: Fast 65 Jahre lang blieb dieser frühe Roman von Siegfried Lenz über einen desertierenden Wehrmachtsoldaten unveröffentlicht

2 (2) **Elke Heidenreich Alles kein Zufall** Hanser; 19,90 Euro

3 (18) **Benedict Wells Vom Ende der Einsamkeit** Diogenes; 22 Euro

4 (1) **Jan Weiler Im Reich der Pubertiere** Kindler; 12 Euro

5 (5) **Heinz Strunk Der goldene Handschuh** Rowohlt; 19,95 Euro

6 (3) **Jojo Moyes Ein ganz neues Leben** Wunderlich; 19,95 Euro

7 (6) **Robert Galbraith Die Ernte des Bösen** Blanvalet; 22,99 Euro

8 (4) **Dörte Hansen Altes Land** Knaus; 19,99 Euro

9 (14) **Kate Morton Das Seehaus** Diana; 22,99 Euro

10 (7) **Jan Weiler Das Pubertier** Kindler; 12 Euro

11 (9) **Joachim Meyerhoff Ach, diese Lücke, diese entsetzliche Lücke** Kiepenheuer & Witsch; 21,99 Euro

12 (8) **Orhan Pamuk Diese Fremdheit in mir** Hanser; 26 Euro

13 (10) **Bov Bjerg Auerhaus** Blumenbar; 18 Euro

14 (–) **Nicholas Sparks Wenn du mich siehst** Heyne; 19,99 Euro

15 (–) **Isabel Bogdan Der Pfau** Kiepenheuer & Witsch; 18,99 Euro

16 (12) **Harper Lee Wer die Nachtigall stört ...** Rowohlt; 19,95 Euro

17 (16) **Horst Evers Alles außer irdisch** Rowohlt Berlin; 19,95 Euro

18 (15) **Jane Gardam Ein untadeliger Mann** Hanser; 22,90 Euro

19 (–) **David Grossman Kommt ein Pferd in die Bar** Hanser; 19,90 Euro

20 (–) **Kamel Daoud Der Fall Meursault – Eine Gegendarstellung** Kiepenheuer & Witsch; 17,99 Euro

Sachbuch

1 (1) **Peter Wohlleben Das geheime Leben der Bäume** Ludwig; 19,99 Euro

2 (5) **Christian Hartmann / Thomas Vordermayer / Othmar Plöckinger u. a. (Hg.) Hitler, Mein Kampf – Eine kritische Edition** Institut für Zeitgeschichte; 59 Euro

3 (3) **Dalai Lama Der Appell des Dalai Lama an die Welt** Benevento; 4,99 Euro

4 (4) **Ildikó von Kürthy Neuland** Wunderlich; 19,95 Euro

5 (8) **Andreas Englisch Der Kämpfer im Vatikan** C. Bertelsmann; 19,99 Euro

6 (7) **Navid Kermani Ungläubiges Staunen** C.H. Beck; 24,95 Euro

7 (6) **Wilhelm Schmid Gelassenheit** Insel; 8 Euro

8 (9) **Jürgen Todenhöfer Inside IS – 10 Tage im „Islamischen Staat“** C. Bertelsmann; 17,99 Euro

9 (10) **Helmut Schmidt Was ich noch sagen wollte** C.H. Beck; 18,95 Euro

10 (–) **Helge Timmerberg Die rote Olivetti**
Piper; 20 Euro

Der legendäre Reporter Timmerberg erzählt Geschichten aus seinem Leben: vom Reisen, vom Schreiben, von vielen Frauen und vielen Joints

11 (12) **Tim Marshall Die Macht der Geographie** dtv; 22,90 Euro

12 (2) **Carsten Maschmeyer Die Millionärsformel** Ariston; 19,99 Euro

13 (16) **Ajahn Brahm Der Elefant, der das Glück vergaß** Lotos; 16,99 Euro

14 (11) **Siegfried Suckut (Hg.) Volkes Stimmen** dtv; 26,90 Euro

15 (14) **Papst Franziskus Der Name Gottes ist Barmherzigkeit** Kösel; 16,99 Euro

16 (13) **Richard David Precht Erkenne die Welt** Goldmann; 22,99 Euro

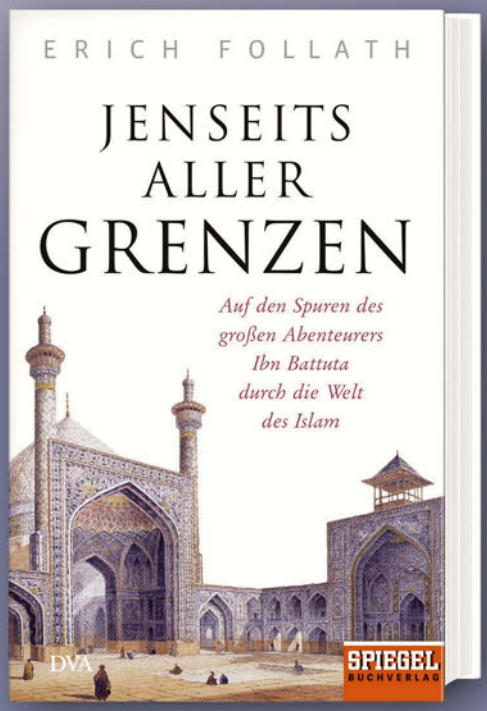
17 (19) **Ajahn Brahm Die Kuh, die weinte** Lotos; 15,99 Euro

18 (17) **Oliver Sacks Dankbarkeit** Rowohlt; 8 Euro

19 (15) **Manfred Lütz Wie Sie unvermeidlich glücklich werden** Gütersloher Verlagshaus; 17,99 Euro

20 (–) **Peter Hahne Niemals aufgeben!** Mediakern; 9,95 Euro

EINE
FASZINIERENDE REISE DURCH DIE **GESCHICHTE** DES **ISLAM**



528 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag | € 24,99 [D]
Auch als E-Book erhältlich

Er gilt als »Marco Polo des Orients«: Ibn Battuta bereiste im 14. Jahrhundert weite Teile der damals bekannten Welt, von Marokko bis ins ferne China. Den Islam schildert er als Religion des Fortschritts und der Toleranz. Der langjährige SPIEGEL-Korrespondent Erich Follath hat sich auf die Spuren Ibn Battutas begeben. Eindrucksvoll zeigt er, wo die islamische Welt heute steht, mit welchen Problemen sie kämpft und welche Herausforderungen sie zu bewältigen hat.

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
BUCHVERLAG

Berliner Narzissmus

Autorinnen Drei Frauen aus der Hauptstadt erzählen davon, was es heute heißt, schön, klug und jung zu sein, aber auch leer, allein und ratlos. *Von Elke Schmitter*

JOACHIM GERN

MARTIN MAI / DER SPIEGEL

MATHIAS BOTHOR / PHOTOSELECTION

Schriftstellerinnen Adorján, Rönne, Baum: Wie gemacht für die Herrschaft des Kapitalismus

Seit wann ist die Adoleszenz ein therapiebedürftiger Zustand? Wann wurde die wilde Suche nach einem lohnenden Leben abgelöst von einer trüben Wut im inneren Wartesaal? Und seit wann wurde aus der schönen Melancholie eine Depression? Jetzt sind drei Romane von Frauen erschienen, die von diesem Zustand erzählen, der so bemerkenswert wie betrüblich ist*.

Drei Bücher von Berliner Autorinnen, die klug, belesen und stilistisch große Begabungen sind und deren Thema das Leben junger Frauen ist, die so leben wie sie: splendid bis flamboyant, ohne dramatische Sorgen ums Geld, ohne äußere Einschränkungen in ihrer Selbstentfaltung, mit sogenannten interessanten, urbanen Berufen (Autorin, Journalistin, irgendwas mit Fernsehen) und sozial gut vernetzt. Es fehlt weder an Freunden, noch fehlt es an objektiv guten Bedingungen, jenes Leben zu leben, von dem viele Menschen träumen. Nur dass die Protagonistinnen dieser Romane von Johanna Adorján, 44, Antonia Baum, 32, und Ronja von Rönne, 24, sich keineswegs lebendig fühlen. Sondern ratlos und innerlich taub, abwechselnd gehetzt und dann wieder ohne jeden Impuls, gefangen in den immer gleichen Gedankenschlaufen und schwankend zwischen Selbstanbetung und dem Gefühl der eigenen Nichtigkeit. Auf der Suche nach elementaren Gefühlen, nach fragloser Zugehörigkeit und dem Notausgang aus einem wüstenleeren Selbst.

„Maja ist nicht tot. Wenn Maja gestorben wäre, hätte sie mir davor Bescheid gesagt. Solche Dinge haben wir immer abgesprochen.“ So geht es los, das kleine Buch über die große Einsamkeit der Autorin Ronja von Rönne – ein Roman, der aus lauter Sätzen wie diesen besteht, pointensicher und von trainierter Lakonie. Ihre Protagonistin Nora, eine Frau in den Zwanzigern, ist in jenem Segment des Unterhaltungsfernsehens hin und wieder beschäftigt, das für Leute gemacht ist, die am unteren Rand der deutschen Gesellschaft siedeln;

* Johanna Adorján: „Geteiltes Vergnügen“. Hanser Berlin; 208 Seiten; 19,90 Euro.
Antonia Baum: „Tony Soprano stirbt nicht“. Hoffmann und Campe, Hamburg; 144 Seiten; 18 Euro.
Ronja von Rönne: „Wir kommen“. Aufbau, Berlin; 208 Seiten; 18,95 Euro.

Frauen mit zu wenig Geld und zu viel Gewicht, die im Reality-TV anderen übergewichtigen Frauen dabei zusehen, wie sie mit dünnen, jungen Frauen wie Nora shoppen gehen, auf dass von deren Glanz ein Schimmer auch auf sie fallen möge.

Dass hier mit dem Kummer der Unterprivilegierten Schindluder getrieben wird, ist Rönnes Icherzählerin sonnenklar, doch kann sie Missständen aller Art kaum mehr als ein blasiertes Schulterzucken widmen. Ob Flüchtlingsnot, ob Hunger in Afrika oder Laktoseintoleranz: Jegliches Leiden unter der Sonne ist von ihrem Mitgefühl gleich weit entfernt. Einem alten, von allem enttäuschten Misanthropen gleich, sieht Nora nichts als Tand und Täuschung um sich herum; wer sich um mehr kümmert als um sich selbst, macht sich nicht nur der Dummheit, sondern auch der Hoffart schuldig wie dieses Paar auf der Party, das seinen eigenen Flüchtling mitgebracht hat, Abdul, „ganz toll ist der".

Das bisschen, was Nora fühlt, speist sie in ihr polyamores Ensemble ein: zwei Männer und noch eine Frau mit Kind, vier Erwachsene also, die sich einmal entschieden haben, unbedingt beieinanderzubleiben, weil man zusammen weniger einsam ist. Und deren Bindung vor allem darin besteht, dass sie sich gegenseitig als attraktiv und besonders spiegeln und, von Ausrastern abgesehen, das innere Elend des anderen mit Taktgefühl übergehen.

Für die letzte unabweisbare Hilflosigkeit – wenn auch Drogen keine Rettung mehr sind – beschäftigt man Therapeuten, oder man schreibt sie auf. So hält es Rönnes fatalistische Heldin Nora, so hält es auch die Icherzählerin von Baums Etüde der Einsamkeit, eine Schriftstellerin, die mit der realen Antonia Baum Wesentliches gemeinsam hat: Beide haben schon einmal ein Buch über die Angst um den Vater geschrieben, der das Risiko liebt, im Straßenverkehr jedenfalls.

In Baums damaligem Roman mit dem vielleicht etwas angestrengt coolen Titel „Ich wuchs auf einem Schrottplatz auf, wo ich lernte, mich von Radkappen und Stoßstangen zu ernähren", erschienen im vorigen Jahr, lässt Baum ihre Icherzählerin um den Vater fürchten: „Ich habe mir so oft vorgestellt, dass ihm etwas passiert." Wenige Tage vor der Publikation dieses Romans erleidet der reale Vater der realen Antonia Baum tatsächlich einen schweren Unfall, und nun heißt es im gerade erschienenen Buch „Tony Soprano stirbt nicht": „Bereits am Morgen nach dem ersten Besuch bei meinem Vater öffnete ich meinen Rechner und begann zu schreiben."

Wohin das führen soll, weiß die Icherzählerin nicht, doch sie schließt Vampirismus nicht aus: Vielleicht nährt sie ihr Dasein als Schriftstellerin mit dem Schmerz eines anderen, vielleicht mästet sie ihr unterernährtes Ich an diesem Schicksalsschlag, oder sie schreibt, „weil ich es gewohnt war, beim Schreiben die Kontrolle über das zu haben, was passiert"?

Jedenfalls kommt ihr das Unglück auf sinistre Weise zu Hilfe auf der Suche nach einem Gefühl, das sich nicht zergrübeln lässt. Und das jenem Reinheitsgebot entspricht, unter dessen Unabweisbarkeit die Heldinnen aller drei Werke so schmachvoll und schmachtend leiden: „Es ist abstoßend, sich Katastrophen zu wünschen, damit es wieder um etwas geht, damit man etwas fühlt, und völlig verrückt ist es, Katastrophen zu wollen, weil dann die Kunst besser wird."

So es denn solche wird. Wenn ein Nachhall zur Kunst gehört, eine Eindrücklichkeit, die sich länger hält, als die Zeit der Lektüre gedauert hat, dann kann ich das nur mit dem Roman Adorjáns verbinden. Auch deren Heldin ist vom Ennui gequält, auch sie reflektiert ihr psychisches Elend, auch sie wünscht sich den Einbruch einer Erfahrung, der sie aus dem Wartezustand erlöst. Auch bei ihr läuft eine innere Kamera, die Unmittelbarkeit zerstört, die Szenen des Erlebens sofort vergleicht mit Filmen, mit Literatur und das eigene Verhalten befragt: Ist das nun wirklich mein Gefühl, mein Satz, meine authentische Reaktion – oder spiele ich unbewusst etwas nach, posiere ich, bin ich ein Klischee? Auch sie ist mit quälendem Wohlbehagen gefangen in jenen hochmütig-illustren Kreisen, von denen man „all die normalen kleinen Leute" fernhält, „mit ihren normalen kleinen Leben und ihrer normalen kleinen Moral". In denen mal Kokain, mal die Therapeutin hilft, mal der Alkohol und mal eine Reise in ein exklusives Hotel, wenn Langeweile und Depression zu nahe gekommen sind.

Mal hilft Kokain, mal der Alkohol, wenn Langeweile und Depression zu nahe gekommen sind.

Und auch Adorjáns Icherzählerin ist eine Liebhaberin jener Pointen, die mal so irritierend wie überzeugend, dann wieder ein bisschen gedrechselt sind. Doch anders als Baum und Rönne vertraut sie auf die schlichte Kraft ihrer Erzählung, die nur ein Thema hat, die sich nicht in einer Vielzahl von Randfiguren verliert, die keine künstliche Verrätselung und keine Cliffhanger braucht und die sich nicht ständig selbst kommentiert (was zu lesen schon deshalb kein Vergnügen ist, weil der Leser nur dann ein Komplize des Autors sein will, wenn der Komplizen nicht nötig hat).

Die Geschichte von Adorjáns Heldin Jessica ist so einfach wie wenig originell – girl meets boy, und es ist leider nicht der Richtige. Denn Jessicas Auserwählter ist vielleicht einsamer noch als sie selbst, doch im Unterschied zu seiner Geliebten ist er mit all dem zufrieden, was sie mit ihm überwinden will: mit dem rastlosen Hedonismus, mit der sozialen Unverbundenheit, mit dem Absolutismus des guten Geschmacks, mit der ewigen Adoleszenz. Doch wie sie von dieser Liebe erzählt, von diesem zähen Ringen um den Falschen, vom Taumel der Ratlosigkeit, vom erotischen Glück und vom seelischen Unglück und von der Klugheit, die so wenig hilft: Das ist von poetischer Schönheit, und es schwingt atmosphärisch nach wie ein Roman von Françoise Sagan.

Fast 40 Jahre ist es her, dass der amerikanische Historiker Christopher Lasch für die westliche Welt das „Zeitalter des Narzissmus" ausrief: Die Menschen in den hoch arbeitsteiligen, konsumorientierten Gesellschaften entwickelten nach seiner Diagnose eine typische Störung, die nicht mehr vergleichbar war mit den Hemmungen, Neurosen und inneren Kämpfen früherer Generationen. Statt sexueller Unterdrückung, Konflikten mit inneren und äußeren Autoritäten und den damit einhergehenden Reifungsprozessen, wie Sigmund Freud sie exemplarisch beschrieb, herrschten nun andere Phänomene vor. Narziss, der in sein Spiegelbild verliebte Jüngling, war die Leitfigur seiner Warnung: eine von sich selbst absorbierte Persönlichkeit, die zwischen Selbstüberschätzung und Selbsterniedrigung schwankt, die sich nach tiefen Bindungen sehnt, sie aber aus Angst, die schöne Fassung zu verlieren, nicht eingehen kann – und die, sobald Bestätigung und Bewunderung fehlen, in einen Dämmer aus Passivität und depressiver Vereinsamung sinkt. Ein Individuum wie gemacht für die Herrschaft des Kapitalismus: ohne Erfahrung tiefer Gemeinsamkeit, ohne die Fähigkeit, von sich abzusehen; unfähig und unwillig, triviale Bedürfnisse zu vertagen, stattdessen den Impulsen nach Selbstvergessenheit im Konsum hoffnungslos ausgeliefert. Ein Mensch ohne seelische Muskulatur.

In diesen Romanen ist er zu besichtigen, dieser Mensch. Er ist zwischen zwanzig und Ende dreißig, er arbeitet, wenn überhaupt, vorwiegend allein, er hat weder Kinder noch Eltern, um die er sich kümmern muss. Er ist in Komfort und Selbstverachtung gefangen. Er ist zu moralisch, um sich zu mögen, und sicher zu ängstlich und vielleicht zu bequem, um zu riskieren, was er am tiefsten vermisst. Und in dieser gehemmt-koketten Variante, in diesem Zaudern in der Verzweiflung ist er kein Jüngling, sondern ein weiblicher Mensch.

Hörprobe:
Rönne liest Rönne

spiegel.de/sp112016roenne
oder in der App DER SPIEGEL

Wir werden steigen

Dichter Ein Ereignis: Gottfried Benns legendäre Korrespondenz mit seinem Freund Friedrich Wilhelm Oelze erscheint erstmals vollständig. Der letzte Brief des Krebskranken aus dem Jahr 1956 liest sich, als ob seine Frau ihm Sterbehilfe leisten würde. *Von Florian Illies*

Verehrter Meister. So schreibt Friedrich Wilhelm Oelze, wenn er mit akkurater Handschrift ehrfürchtig einen neuen Brief an Gottfried Benn auf taubenblauem Papier beginnt. Manchmal auch, nach einem Glas Rosé: „Cher Maître“. Die einzig mögliche Haltung, mit der man sich dem Dichter nähern sollte, ist also auf den Knien. Und die Melodie: Großer Gott, wir loben Dich. Und Big Benn, der Angebetete? Genießt – und schweigt nicht, sondern schreibt zurück: „Lieber Herr Oelze“, oder, nach einem Glas Bier: „Lieber Onkel Oelze“.

Etwa 1500 Briefe gehen so hin und her, zwischen 1932, als Benn in Berlin der erste Brief seines großbürgerlichen Groupies erreicht, und seinem Tod im Jahr 1956. Über 35 Jahre nachdem Benns 748 dieser Schreiben an den Bremer Kaufmann Oelze (1891 bis 1978) veröffentlicht wurden, werden jetzt erstmals auch 569 Antworten publiziert. Die vierbändige Ausgabe, die die Verlage Klett-Cotta und Wallstein gemein-

FRANZ HUBMANN / ULLSTEIN BILD

Autor Benn 1955
Big Benn, der Angebetete

sam verantworten, ist ein Beispiel für moderne Editionsarbeit: Herausgegeben von Harald Steinhagen, der von Oelze selbst noch auf dessen Sterbebett die Erlaubnis zur Veröffentlichung seiner Schreiben an Benn erhalten hatte, entschlüsseln im Apparat die Mitherausgeber Stephan Kraft und Holger Hof die Anspielungen in den Briefbergen, erhellen deren Hintergründe und blicken – das haben sie von ihrem Benn gelernt – zugleich nüchtern in deren Abgründe*. So ist aus den „Briefen an F. W. Oelze“ ein „Briefwechsel“ geworden. Einer der tiefgründigsten, verwegensten, versponnensten Monologe der deutschen Literatur des 20. Jahrhundert ist plötzlich wieder: ein Dialog.

Natürlich können die Briefe Oelzes nicht dem entsprechen, was in sie seit 1977 hineingeheimnist wurde, Abwesenheiten vergrößern immer die Bilder, die wir uns von einem Menschen machen. Was da im Deutschen Literaturarchiv in Marbach lagert, ist rührend, versessen und immer seeeehr gebildet – aber in seiner Beflissenheit und in seiner Ehrpusseligkeit mitunter auch nervend („Dank, Dank für die Unermesslichkeit dessen was sie mir gaben und unaufhörlich geben.“). Doch das ist völlig unerheblich: Denn Oelze hatte seine Rolle im großen Plan des Weltgeistes der Lyrik perfekt gespielt. Er hat Benn aufgefangen, als der am Boden lag, er hat ihn unverbrüchlich und manisch geliebt, er hat ihn immer aufs Neue mit Büchern und entlegenen Zitaten überrascht und inspiriert. Er war eine Art ausgelagerter Sekretär und „Produktionsleiter“, wie Benn ihn nannte. Vor allem: Er wurde zum Adressaten von einigen der schönsten deutschen Gedichte des 20. Jahrhunderts, die wohl im Orkus verschwunden wären, wenn sie nicht im oelzeschen Briefkasten ihren Emigrationsort gefunden hätten. Schon im Sommer 1936 etwa schreibt Benn seine legendären Gedichte auf die Speisekarten des Hannoveraner Gasthauses „Stadthalle“. Vorn „Kalbshaxe“ und „Eisbombe“, hinten Weltliteratur. Stück für Stück gehen sie postwendend zu Oelze. Der reagiert ungläubig, ehrfürchtig, demütig. Am Samstag, dem 5. September 1936, etwa geht Oelze zu seinem Briefkasten, atmet die warme Luft ein, die aus seinen schwermütigen Rhododendren steigt, findet einen Umschlag aus Hannover, öffnet ihn und liest:

Einsamer nie als im August:
Erfüllungsstunde; im Gelände
Die roten u die goldenen Brände,
doch wo ist deiner Gärten Lust?

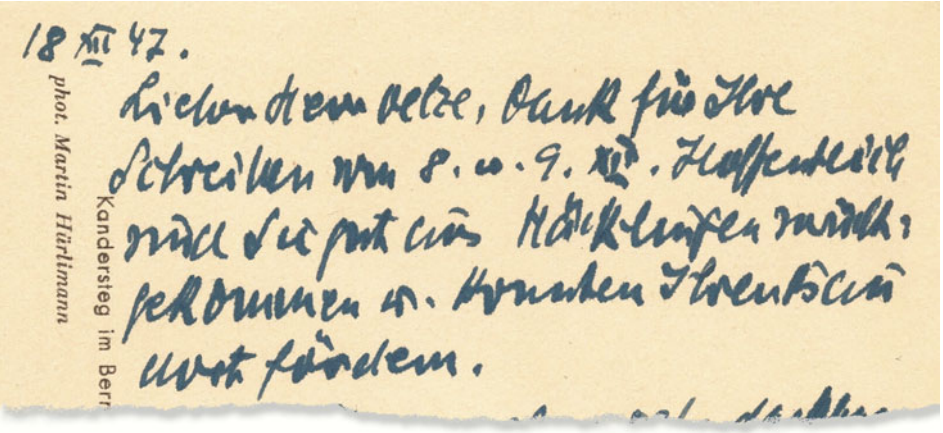
Die Seen hell, die Himmel weich,
Die Äcker rein u. glänzen leise,
doch wo sind Sieg u Siegbeweise
aus dem von Dir vertretenen Reich?

Wo alles sich durch Glück beweist
u. tauscht den Blick u. tauscht die Ringe
im Weingeruch, im Rausch der Dinge –,
dienst Du dem Gegen-Glück, dem Geist.

Und darunter: „Bedarf keiner besonderen Antwort! Guten Sonntag!“ Vielleicht muss man Oelze doch Abbitte leisten – denn was anderes als stumme Verzückung kann man empfinden, wenn man weiß, dass man, neben dem Schöpfer, als einziger Mensch auf der Welt diese kaum 24 Stunden alten Zeilen kennt, und ahnt, dass man erst einmal der einzige Zeuge bleiben wird. Übrigens, lieber Leser, damit Sie jetzt keine Angst bekommen, Zeuge sein, das heißt bei Benn nicht: verstehen, was er ganz genau damit sagen wollte. Derjenige, der bei Benn jedes Wort versteht, ist noch nicht geboren worden. „Bedarf keiner besonderen Antwort“, das bedeutet in Wahrheit, dass es auch Benn selbst nicht so genau wusste, weil da manchmal aus ihm etwas herausströmte, was größer war als er selbst.

Aber das sind die ganz besonderen Momente der Lektüre dieser Bände, wenn aus dem Hin und Her der Briefe, der Befindlichkeiten, der Belanglosigkeiten, der Empörungen (Oelzes Erregungszustand ist durchgehend hoch) und der Wundenleckereien sich ganz plötzlich Benns Verse wie gemeißelte Säulen in die Höhe schrauben. Wenn man, wie einst Oelze, hautnah miterleben kann, wie aus Benns beharrlichem Nachdenken über Nietzsche zuerst genaue Beobachtungen erwachsen – und am Schluss dann eine einzige Zeile. Er schreibt also zuerst an Oelze: „Der Geist dient dem Leben, dem furchtbaren, grossen, wilden, gefährlichen Leben, der blonden Bestie, – aber der Geist denkt nicht daran, das witterte N. So schleppte sich in ihm diese unheilbare Antinomie noch einige Jahrzehn-

* Gottfried Benn, Friedrich Wilhelm Oelze: „Briefwechsel 1932 – 1956“. Gemeinschaftsverlag der Verlage Klett-Cotta und Wallstein. Vier Bände; 2334 Seiten; 199 Euro.



18 XII 47.
Lieber Herr Oelze, Dank für Ihre
Schreiben vom 8. u. 9. XII. Hoffentlich
wird Sie pst aus Hölderlinen rasch
gesunden u. Ihnen Ihre Arbeiten
wert fördern.

phot. Martin Hürlimann
Kandersteg im Berr

D.L.A-MARBACH

Benn-Brief von 1947 (Ausriss): „Bedarf keiner besonderen Antwort“

te weiter.“ Und daraus (und aus großer Lebens- und Leidenserfahrung) wird dann irgendwann: „dienst Du dem Gegen-Glück, dem Geist“. Das verstand dann zumindest dieser zeitlebens unglückliche Oelze, dieser Diener seines Gegenglückes, dem Benn.

Auch zu Benns wohl größtem Gedicht „Teils-teils“ finden sich – worauf die Editoren nicht hinweisen – in den Briefen erste Probebohrungen und Formulierungsversuche. So im August 1939, Benn ist mal wieder einsamer als nie, da schreibt er wie aus dem Nichts: „Ein Bewusstsein, sommers, in einer Stadt, Bremen oder Berlin oder Kiel, fünfzigjährig, ohne Resultate, realisiert die Geranienkästen auf einer Caféterrasse“. Diese Wortfetzen schleppte er dann wie Nietzsche noch lange Jahre weiter mit sich herum, die Geranienkästen legte er glücklicherweise zwischendurch ab, um das Ganze dann im 1954 veröffentlichten „Teils-teils“ in diese Verse zu verwandeln: „Heute noch in einer Großstadtnacht / Caféterrasse / Sommersterne, / vom Nebentisch / Hotelqualitäten in Frankfurt“. Und aus dem „Niedersinkend das Ganze, halb in einer Richtung, halb auch regungslos“ des Briefes wird, nach langem Abwägen, nach 15 Jahren, der finale Abschiedssound seines Gedichtes: „Nun alles abgesunken / teils-teils das Ganze / Sela, Psalmenende“. Das ist der Gipfel der späten Lyrik Benns, deren Schönheit viele nur ertragen können, indem sie sie als Kitsch denunzieren.

Ja, und natürlich kann man nach der Lektüre dieser vier Bände auch die legendären Eingangsworte, dieses „In meinem Elternhaus hingen keine Gainsboroughs“ nicht mehr ohne Oelze lesen. Zwar gab es höchstwahrscheinlich im ganzen weiten deutschen Reich kein einziges Elternhaus, in dem Gainsboroughs hingen, aber das ist unwichtig, denn das ist die größte Macht der Poesie, dass sie Visionen und Wortklänge in Wirklichkeiten verwandeln kann. Und natürlich denkt Benn bei diesen Versen an Oelze, den Abonnenten der Londoner „Times“, den er manchmal zu einem „Herrn aus Ascot“ macht, zur „Excellenz im Claridge“, zum Inbegriff einer leicht manierierten Gainsborough-Figur – „Teils-teils“ ist auch ganz bewusst als Abgrenzungsgedicht zu Oelze zu verstehen. Benn braucht die angloaristokratische Projektionsfläche im Gedicht, um seine eigene einfache Herkunft zu stilisieren, um sich abzustoßen. Und wenn er etwas für ein Gedicht brauchte, dann war Benn erbarmunglos, da kannte er weder Bruder noch Schwester noch „Onkel Oelze“, nur den besten Vers.

Oelze bekommt dieses Gedicht 1954 auch nicht vorab zur Ansicht, es geht direkt an den „Merkur“ und überrascht ihn so wie die Hochzeitsanzeige, die Benn an Oelze schickt, ohne dass er in seinen Briefen die sich anbahnende Ehe erwähnt hatte – stattdessen hatte er nur stolz mit seinen diversen Affären geprotzt.

Ach, man muss in dieser vierbändigen Tauchfahrt in das Universum Benn ohnehin immer wieder schmerzhaft lernen, den Menschen von seinem Werk zu trennen, den Unsympath und Aufschneider von seiner Poesie. Wenn es ihm gerade passte, etwa in einem Brief an seine Geliebte Elinor Büller vom 27. Januar 1937, dann konnte er seinen Briefpartner Oelze, dem er kurz zuvor noch seine größten Geheimnisse und intimsten Gedichte anvertraut hatte, auch einmal kurz ans Messer liefern: „Das ist ein arroganter Halunke, den man sehr kühl lagern muß, sonst denkt er, er sei auch schon jemand.“ Wie schrieb Benn einmal über die Spezies, der auch er angehörte: „Die Krone der Schöpfung, das Schwein, der Mensch.“

Und wer war nun dieser „arrogante Halunke“, dieser „Herr Oelze“, wirklich für Benn? Ein Komplize, das vor allem. Der ihm seine politische Verführbarbeit nicht übel nahm (weil er selbst genauso verführt wurde), er war das rettende Ufer, wohin

„Es giebt keine Kontinuität menschlicher Art in meinem Dasein – ausser den blauen Briefen von Herrn Oe.“

er nicht nur immer wieder Gedichte, sondern 1945 auch seine gesamten Manuskripte der letzten Jahre senden konnte. Ein Nobelmann, den er keineswegs kühl lagerte, sondern mit dem er immer wärmer wurde. Ein gebildeter Sparringspartner, den Benn, intellektuell vereinsamt, zum Denken und Schreiben brauchte, ein Gleichgesinnter in der heißen Verehrung von Goethe und Nietzsche und des Spottes für Thomas Mann. Lustig wird es, wenn sie sich nicht einig sind – bei Henry Miller etwa, den Benn genießt und bei dem Oelze Schnappatmung bekommt. Und immer wieder bei Rilke. Oelze zitiert stets in seinen Briefen aus ihm wichtigen Gedichten des lyrischen Antipoden, doch Benn bleibt reserviert. Oelze versucht es etwa am 11. April 1949 mit der Beschwörung der Genauigkeit eines Venedig-Gedichtes von Rilke: „Wir waren einmal, in guten Zeiten, vier Wochen im October da und fanden beides: die braune Nacht, Musik, und die goldenen Tropfen über die zitternde Fläche weg.“ Doch Benn antwortet ein paar Tage später ungerührt: „Gedichte, für die man zu einer bestimmten Jahreszeit an einem bestimmten Ort gewesen sein muss, um sie ganz empfinden zu können, pflegen Schattenseiten zu haben.“ Besser und böser kann Literaturkritik nicht sein.

So geht es also in diesem Briefwechsel hin und her über die Jahrzehnte, meist voller Griesgram, zwei Irritierte und Kultivierte schauen aus ihren Höhlen auf die dumpfe und dumme Welt da draußen (egal ob es sich um das Nazi- oder das Adenauer-Deutschland handelt), Benn und Oelze stilisieren ihren Briefwechsel zu einem Gedankenaustausch in selbst gewählter Einsamkeit.

Benn erlebt im Nachkriegsdeutschland ein glänzendes, wie er es nannte, „Come-back“, die Zeitungen feiern ihn, er bekommt den Büchner-Preis – doch er verzweifelt an Druckfehlern und Rezensenten, ist „down“ oder „sehr down“, „ungewöhnlich down“, manchmal auch „marode“. Es entsteht in sechs Jahren fast ein Drittel seines gesamten lyrischen Werkes, doch Benn schildert sich Oelze gegenüber als müden Sack, der sich durch die dunklen Tage kämpft. Viele Hundert Briefe voller Abwehrzauber. Oder war er am Ende einfach der, der er zu sein vorgab? Wo endet das Selbstverständnis, wo beginnt die Selbstinszenierung? „Doppelleben“ heißt Benns Autobiografie. Aber was wird aus Einsamkeit, die Benn so existenziell erlebte und die er zelebrierte in diesem ständigen Prozessieren gegen sich selbst, wenn man merkt, dass sie für die Umwelt zu einem Markenzeichen geworden ist?

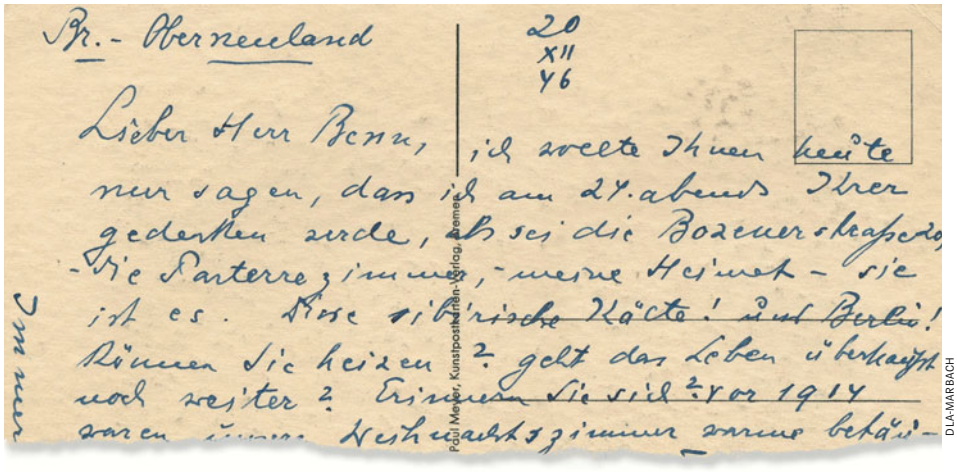
Für Oelze jedenfalls war es immer der wahre one and only Gottfried Benn, der ihm Briefe schrieb, er nahm ihn für bare Münze, und das hat sich für ihn, die Zufallsbekanntschaft, ausgezahlt in einer jahrzehntelangen Treue. Nur wenn die oelzesche Verehrung zu bedrückend wurde, dann fuhr Benn kurz seine Ellenbogen aus, und Oelze parierte ergeben: „Ich war dem Licht zu nahe gekommen – gut dass Sie mich warnten und zurückwiesen.“

Benn lief stocksteif und unnahbar durchs Leben, er trug, wenn nicht von Geburt an, so spätestens seit seinen Jahren in den Kellern der Pathologie der Westberliner Krankenhäuser eine imaginäre Halskrause, weil er zu erschüttert war von dem Schleudertrauma, das Leben heißt.

Vier Reiche hatte Benn erlebt, 296 sezierte Leichen, zwei mörderische Kriege, unzählige Affären und drei Ehen, als er im September 1950 in einem Strandhotel in Dänemark sitzt, kahl geworden und etwas wohlstandsrund, diesmal von der Tochter abgeschoben, die er einst als Kind abgeschoben hatte. Er blickt auf sein vergangenes Leben zurück und natürlich auch auf seine große politische Verblendung, seine Verführbarkeit in den Jahren 1932/33, als auch er sich von den Nationalsozialisten eine Rettung versprach – und sich erbärmlich verhielt. Er wurde Leiter der Sektion Dichtung der Preußischen Akademie der Künste und schrieb Verhängnisvolles, Aufsätze, in denen er über die Vorteile der

DLA-MARBACH

Freunde Benn, Oelze 1954: „Ein arroganter Halunke, den man sich sehr kühl lagern muss“



Br.- Oberneuland

20
XII
46

Lieber Herr Benn, ich wollte Ihnen heute nur sagen, dass ich am 24. abends Ihrer gedenken werde, als sei die Bozenerstraße 20, - die Parterrezimmer, - meine Heimat - sie ist es. Diese sibirische Kälte! und Berlin! können Sie heizen? geht das Leben überhaupt noch weiter? Erinnern Sie sich? vor 1914 waren unsere Weihnachtszimmer warme betäu-

Immer

Paul Meyer, Kunstpostkarten-Verlag, Bremen

DLA-MARBACH

Oelze-Brief von 1946 (Ausriss): „Können Sie heizen, geht das Leben überhaupt noch weiter?“

„Züchtung“ bei Menschen räsonierte, und seine „Antwort an die literarischen Emigranten“, in der er Klaus Mann verhöhnte und für die er sich später schämen wird. Er nannte die Emigranten, die vor dem Unheil Hitlers warnten, „Amateure der Zivilisation“ und hielt sich selbst für einen abgezockten Profi der geschichtlichen Prozesse.

Doch ganz schnell kippte alles um Benn herum und in ihm. Er wurde wegen seiner expressionistischen Lyrik verunglimpft, versuchte – auch mit Oelzes Hilfe – nachzuweisen, dass er nicht jüdisch ist, und erhielt postwendend Publikationsverbot.

Er wachte auf. Am 24. Juli 1934 schreibt er an Oelze: „Es giebt keine Worte mehr für diese Tragödie.“ Doch so sehr verdrängt Benn seine Verblendung später, dass er Oelze in der Nachkriegszeit einmal zu einem Zitat, das ihm geschickt worden war, irritiert und ehrlich fragen wird: „Ist das von mir?“ Antwort: Ja. Es war ein Zitat aus dem „Züchtung“-Aufsatz von 1933. Scham ist ja längst eine anerkannte Ursache für partielle Amnesie.

Oelze, der ihn darauf hinweist, sehr diskret, in einem lapidaren P. S., ist im „verworrenen Frühjahr 1933“ (Benn) den gehetzten Weg dieser Verirrung mitgegangen – und auch den sehr langen der Entwirrung danach. Das verbindet. Und so wird es Benn plötzlich klar, an jenem Septembertag am Strand von Dänemark: „Es giebt keine Kontinuität menschlicher Art in meinem Dasein – ausser den blauen Briefen von Herr Oe seit 18 Jahren.“ Und diese Kontinuität hält bis zu seinem Tode.

Zwar wird die Distanz spürbarer in den späten Jahren, weil Max Niedermayer, der junge Limes-Verleger aus Wiesbaden, nach dem Ende des Publikationsverbotes immer mehr in die Rolle des fernen Inspirators hineinwächst – und auch, weil Oelze letztlich die wundervolle Parlandolyrik der Fünfzigerjahre fremd bleibt, so wie ihm auch Benns früher Expressionismus nie nahekam. Aber die letzte Postkarte dieses Briefwechsels ging dann eben doch wieder an seinen alten, und hier muss man dann wirklich fast sagen: Freund. „Lieber Herr Oelze“, hebt also Benn an am 16. Juni 1956, todkrank, schwach, in einem Zimmer im Sanatorium in Schlangenbad mehr liegend als sitzend.

Ilse Benn ist bei ihm, seine Frau. Sie war die stille Begleiterin seiner letzten Jahre in der Bozener Straße 20 in Berlin-Schöneberg, Parterre. Hinten praktizierte Dr. Gottfried Benn, vorn die Zahnärztin Dr. Ilse Benn. Um 19 Uhr, wenn die letzten Patienten gegangen waren, machten sie eine Runde um den Bayerischen Platz, dann ging es wieder nach Hause, oder er setzte sich noch in die Kneipe an der Ecke, bestellte ein Bier. „Organismen, die Perlen hervorbringen, sind verschlossen“ oder „Leben ist Brückenschlagen über Ströme,

die vergehn“ – solche Sachen notierte er dann auf die Bierdeckel oder, spätabends, wenn Ilse schon zu Bett gegangen war, auf den Rezeptblock des „Facharztes für Haut- und Geschlechtskrankheiten“. Mit ein paar Silben schrieb er sich aus dem Parterre hinauf in den Olymp.

Doch im Frühling 1956 werden Benns Mattheit und seine Schmerzen immer schlimmer, er reist nach der Feier zu seinem 70. Geburtstag nach Schlangenbad ins „Staatliche Kurhotel H. Winter“. Und von dort stammt die letzte Karte an Oelze – die im Original aber nicht erhalten ist. In der ersten Ausgabe der Briefe Benns aus dem Jahr 1980 wurde sie nach einer Abschrift Oelzes so ediert: „Jene Stunde wird keine Schrecken haben, seien Sie beruhigt, wir werden nicht fallen wir werden steigen.“ Diese Worte schienen authentisch – zauberhafte Poesie und zugleich, in der Pose des „letzten Wortes“, bewusste Nachruhmsteuerung.

Doch nun wartet die Neuedition der Briefe mit einer kleinen Sensation auf, die sich – ganz versteckt – erst nach der Lektüre von über 2000 Seiten im Nachwort findet. In der Zwischenzeit ist nämlich eine weitere Abschrift der letzten Karte Benns aus Schlangenbad vom 16. Juni 1956 aufgetaucht, und die ist deutlich länger:

Über meinen Zustand gibt es keinen Zweifel mehr, es läßt mich aber ziemlich gleichgültig. Nur leiden will ich nicht, Schmerzen sind etwas Entwürdigendes. Meiner Frau, die mir in diesen Tagen sehr nahe ist, habe ich das Versprechen abgenommen, daß sie mir die letzte Zeit erleichtert, es wird alles rasch zu Ende gehen. Jene Stunde wird keine Schrecken haben, seien sie beruhigt, wir werden nicht fallen, wir werden steigen – Ihr B.

Ein Schlusswort. Es fehlt eigentlich nur noch Benns lapidares „Bedarf keiner besonderen Antwort“. Die Herausgeber gehen sehr diskret mit diesem Fund um, der ganz augenscheinlich einen realen Brief Benns wiedergibt, dessen Original, offenbar um Benns Frau Ilse zu schützen, wohl vernichtet wurde.

Natürlich wusste die Ärztin mit Morphium umzugehen und auch, was eine Überdosis ist. Benn lebte nur noch wenige Stunden, nachdem ihn die endgültige Krebsdiagnose erreicht hatte. Der Benn-Biograf Holger Hof vermerkt zu jenem Brief-Fund, dass Benn offenbar von seiner Frau jene „Sterbehilfe erwünschte, die sein Vater seiner Mutter in ihrem quälenden Todeskampf vor mehr als vierzig Jahren versagt hatte“.

Doch die Sterbehilfe, die offenbar an Benn vollzogen wurde, hat nicht nur eine biografische Dimension. Sondern auch eine mythologische. In seinem „Buch der Könige“ hat Klaus Theweleit Benn zum Kronzeugen jener Dichter gemacht, die für ihre Kunst über Leichen gingen – und zwar über die ihrer Frauen. Minutiös hat er beschrieben, wie Benn den Tod seiner zweiten Frau Herta von Wedemeyer, die sich in den Wirren des Kriegsendes mit Morphium umbrachte, weil sie glaubte, ihr Mann sei tot, in Poesie verwandelt hat. Die Produktion von Kunst, so Theweleits These, basiert auf Menschenopfern, den Künstlerfrauen. Auch Else Lasker-Schüler hatte Benn übrigens, 32 Jahre davor, kaum überlebt, auch ihr musste Alfred Döblin Morphium spritzen, aber nur zur Beruhigung.

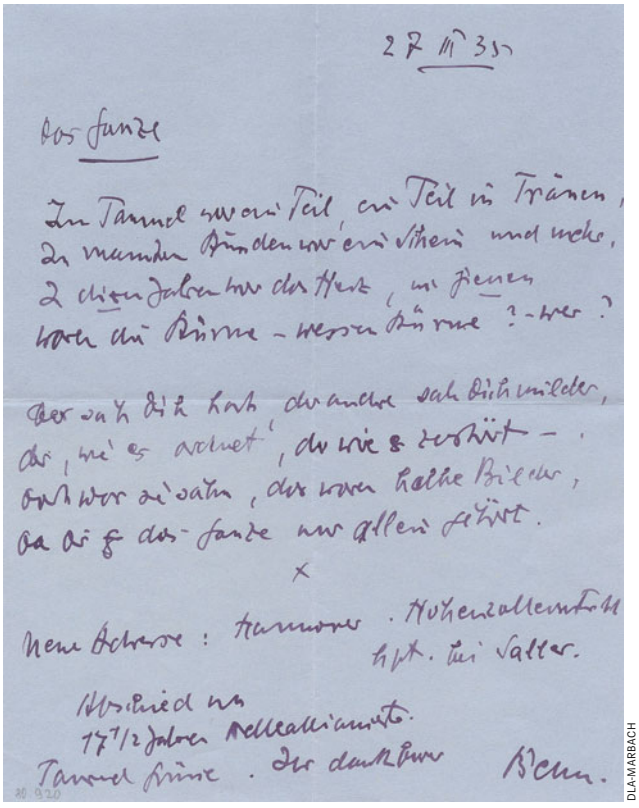
Was also bedeutet – symbolisch gesprochen – die Sterbehilfe durch die eigene Ehefrau? Ist das die finale Pointe eines kalten Patriarchen? Eines Gottfried Benn, der zuvor zweimal, 1922 und 1929, auf den Beerdigungen seiner Frauen und Gefährtinnen die nächste Freundin kennengelernt hatte? Ist das also das neue letzte Kapitel des „Buchs der Könige“, Titel: „Wer der Königsmörder ist, bestimme immer noch ich selbst“ (oder hat sich dafür schon Horst Seehofer das Copyright gesichert?).

Aus der unterlassenen Sterbehilfe an seiner Mutter hat Benn mit „Jena“ und „Mutter“ jedenfalls zeitlose Poesie gemacht, aus dem Freitod seiner Frau mit „Orpheus’ Tod“ ebenfalls. Und auch für seinen eigenen Tod hat der große Regisseur die richtigen Verse gefunden, und zwar in einem Moment, als sein Körper schon wusste, dass er von jenem Krebs erfasst war, dessen Zerstörungen der blutjunge Benn in seinen jähen und eiskalten Gedichten aus Krebsstationen und dem Leichenschauhaus 1912 erstmals in Worte gefasst hatte. Er dichtete als alter Mann: „Am schlimmsten: / nicht im Sommer sterben, / wenn alles hell ist / und die Erde für Spaten leicht“. Das waren die Verse, nach denen er sterben wollte – und eben nicht jene aus seinem Gedicht „Mann und Frau gehen durch die Krebsbaracke“, geschrieben 44 Jahre davor. Statt damals: „Hier schwillt der Acker schon um jedes Bett“, lieber nun: „Es wird alles rasch zu Ende gehen.“

Am 7. Juli 1956 stirbt Gottfried Benn in den Armen und mithilfe seiner Frau in Berlin, kurz darauf wird, bei strahlendem Sonnenschein, sein Grab am Dahlemer Waldfriedhof ausgehoben. Und Benn? Ich schätze mal: Er fiel nicht, sondern stieg. ■

FRITZ ESCHEN / ULLSTEIN BILD

Ehepaar Benn 1956
„Es wird alles rasch zu Ende gehen“



27 III 55

Das Ganze

Im Taumel war ein Teil, ein Teil in Tränen,
in manchen Stunden war ein Sitzen und Liegen,
2 Augen haben nur das Herz, in diesen
waren die Stirne – wessen Stirne? – wer?

Der sah dich hart, der andre sah dich milder,
der, wie es ordnet, der wie es zerstört –
doch war zu sehn, das waren halbe Bilder,
da ist das Ganze nur allein gehört.

×

Neue Adresse: Hannover. Hohenzollernstr. 61 pt. bei Vatter.

Abschied von
77½ Jahren Nebenalternate.
Taumel Stirne. Der dankbare Benn.

DLA-MARBACH

Benn-Brief an Oelze mit Gedicht, 1955
„Im Taumel war ein Teil, ein Teil in Tränen“

SPIEGEL testen, Prämie wählen!

JETZT 10 x DEN SPIEGEL LESEN, PRÄMIE SICHERN + 35 % SPAREN.

Prämie für Sie

Wetterstation mit Projektionsuhr

Projiziert die Zeit an Wand oder Decke. Mit Wecker, Datum, Wetterprognose und LC-Display. Zuzahlung € 1,–.

Salz- und Pfefferstreuer-Set von WMF

Streuer aus mattem Edelstahl in rustikalem Ständer aus Akazienholz. Höhe: 15 cm. Zuzahlung € 1,–.

€ 10,– DriversChoice-Tankgutschein

Der universelle Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 8000 Tankstellen einlösbar.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

Ja, ich möchte 10 x den SPIEGEL für nur € 29,90 frei Haus testen, **35 % sparen** und eine Prämie!

Meine SPIEGEL-Testvorteile:

- ✓ 10 x den SPIEGEL testen
- ✓ 35 % Preisvorteil
- ✓ Kostenfreie Lieferung
- ✓ Inklusive LITERATUR SPIEGEL
- ✓ Praktischer Urlaubsservice

Gleich mitbestellen!

☐ Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für ~~€ 3,99~~ im Einzelkauf. SD16-029

Meine Wunschprämie:

☐ Wetterstation mit Projektionsuhr, Zzlg. € 1,– (3688)
☐ WMF Salz- und Pfefferstreuer, Zzlg. € 1,– (4775)
☐ € 10,– DriversChoice-Tankgutschein (5034)

Anschrift:

☐ Frau
☐ Herr

Name/Vorname

Straße/Hausnr.

Geburtsdatum 19

PLZ

Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Wenn ich mich nach Erhalt der 8. Ausgabe nicht melde, möchte ich den SPIEGEL weiterbeziehen, dann für zurzeit € 4,40 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

☐ Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Ich nutze die bequemste Zahlungsart: per SEPA-Lastschrift*

IBAN DE

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Datum

Unterschrift X

SP16-038

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZZ00000030206

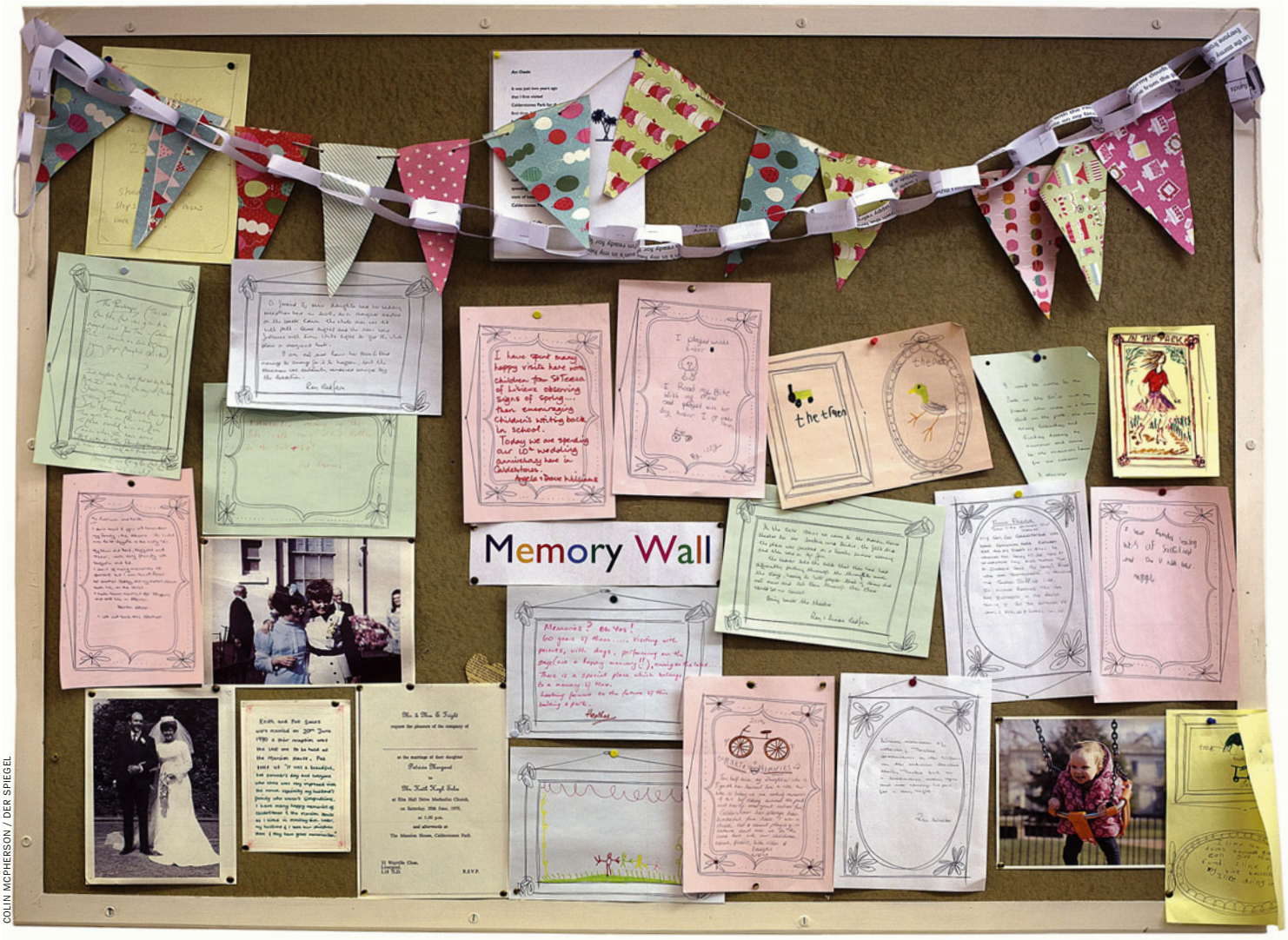
Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

040 3007-2700

abo.spiegel.de/ma1116

Der Vorzugspreis von € 0,50 für den digitalen SPIEGEL gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Meine Prämie erhalte ich direkt nach Zahlungseingang. Bei Sachprämien wird eine Zuzahlung von € 1,– erhoben. Ausgenommen sind Gutscheine und Bücher. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und Ihrem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

*** SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.



COLIN MCPHERSON / DER SPIEGEL

Pinnwand im Mansion House in Liverpool: Beim Lesen die eigene Stimme zurückgewinnen

Poesie heilt

Literatur Ein Leseprojekt in Liverpool hilft vielen Kranken und Einsamen. Auf der Buchmesse in Leipzig präsentiert sich der deutsche Ableger. *Von Volker Weidermann*

Ein großer Park, fernab des Stadtzentrums von Liverpool, der kleine John Lennon kam hier früher jeden Tag durch, um zur Schule zu gehen. Ein großes, helles Herrenhaus steht hier, der Putz blättert von der Fassade, ein Munitionsfabrikant hat es 1828 erbaut, irgendwann zog das Gartenamt der Stadt ein, dann stand es leer, und seit 2014 sind die Leser hier. „The Reader Organisation“ nennen sie sich. Und sie haben in den vergangenen Jahren so etwas wie eine literarische Revolution fortgeführt, die sie an anderer Stelle 2002 begonnen hatten. Wer in dieses alte Haus eintritt, der macht eine besondere Erfahrung. Über die Wirkungsmacht von Literatur. Wie Bücher in das Leben von Menschen eingreifen, wie Geschichten Menschen verwandeln.

Jane Davis, 60, ist das selbst passiert, vor vielen Jahren ist sie in diese Verwandlungsmaschine Literatur hineingeraten. Jetzt ist sie Direktorin von „The Reader“, blonde Haare, helle Augen, klein, schnell, voller Energie, Hände immer in Bewegung. Die von ihr entwickelte Methode heißt „Shared Reading“, geteiltes Lesen. Gemeinsames Lesen unter Anleitung mit therapeutischer Wirkung, ohne eine Therapie zu sein. Anwendungsgebiete: Demenz, chronische Schmerzen, Drogenabhängigkeit, bipolare Störung, Burnout, Isolation. 250 Freiwillige arbeiten für „The Reader“ und 125 Festangestellte. Nicht nur im Mansion House, auch an anderen Orten in Liverpool und in Großbritannien, seit Kurzem gibt es Dependancen in Belgien und Dänemark; auf der Leipziger Buchmesse, die am Donnerstag beginnt, stellen die deutschen „Shared Reader“ ihr Projekt der Öffentlichkeit vor.

Das Prinzip ist erstaunlich einfach. Die Erfolge sind groß. Man muss nur ein paar Stunden hier sein, in diesem alten Haus im Park oder in der sogenannten Feelgood Factory, einem Zweckbau am anderen Ende der Stadt, wo auch Kurse angeboten werden, um diese Energie zu spüren, die in der Literatur und dieser besonderen Methode des gemeinsamen Lesens liegt.

Sylvia Comeoford zum Beispiel, rosa Bluse, braune lange Haare, dunkle große Augen. Sie arbeitet nebenan im The Reader Cafe. Sie ist manisch-depressiv; als sie vor zwei Jahren zum ersten Mal hier einen der Kurse besuchte, war sie am Ende. Die ersten Stunden hörte sie nur zu, wie die anderen laut vorlasen. Irgendwann wollte sie auch selbst lesen. „Ich spürte, dass ich meine Stimme zurückbekam“, sagt sie. Und dass sie sich ihrer selbst Schritt für Schritt wieder bewusst geworden sei. „Die beste Medizin ist, jemanden zu haben, der dir zuhört“, sagt sie. Nein, sie ist jetzt nicht

geheilt, aber sie sei, sagt sie, mit weit weniger Medikamenten so etwas wie stabil und sicher in ihrem Leben.

Wenig später in einer Shared-Reading-Gruppe mit Claire, vielleicht 30 Jahre alt, Rosenbluse, große Brille, sie ist „Facilitator“ seit 2007. „Ich bin ein Dinosaurier hier“, sagt sie. „Facilitators“, auf Deutsch Vermittler, Unterstützer, Moderatoren, suchen die Texte aus, leiten die Gruppe. Sie ermutigen, stellen Fragen, öffnen das Gespräch, verstärken leise Stimmen, dämpfen die lauten. Zwölf Männer und Frauen sitzen beisammen und lesen „Der selbstsüchtige Riese“ von Oscar Wilde.

Leslie, eine vielleicht 60-jährige Dame mit schmalen Augen, schmalen Lippen, wippendem Zopf, die sehr nach innen schaut und die in der Vorstellungsrunde über ihre Gruppenerfahrung nur knapp gesagt hatte, „das hat mein Leben verändert“, fängt an zu lesen. Langsam, fast murmelnd, intensiv, die Geschichte jenes Riesen, der nach sieben Jahren Abwesenheit in seinen Garten zurückkommt, dort lärmende Kinder sieht, alle rauswirft und ein Schild mit der Aufschrift „Unbefugten ist der Zutritt bei Strafe verboten“ aufstellt.

Nach zwei Seiten Text unterbricht Claire, fragt nach dem Riesen, den Kindern, dem Garten. Und wie jetzt dieses Gespräch in dieser kleinen Gruppe von Menschen mit eher kleinem Bildungshintergrund verläuft, ist begeisternd. Jeder hat etwas zu sagen. Niemand prahlt mit Wissen. Es geht um den Text und was er dem Einzelnen bedeutet. Mitleid mit dem Riesen. Warum fragen ihn die Kinder nicht, ob er mitspielen will? Er ist ein Riese, er passt nirgends rein. Vielleicht ist er gar kein Riese? Er könnte doch auch jemand ganz anderes sein, eine kleine Frau zum Beispiel. Später, wenn der Garten aus Protest gegen die Kinderfeindlichkeit des Riesen einfriert, sagt eine Dame mit roten Wangen und weißem Mohairpullover: „Es ist, wie wenn die Kinder ausziehen. Er hat eine Mauer um sich gebaut. Eine Mauer zwischen sich und der Welt.“

Jeder redet hier. Jeder redet über den Text, über diesen fremden Riesen, und jeder spricht auch über sich. Das ist das Geheimnis des geteilten Lesens: offen und ungeschützt über sich zu reden, ohne über sich zu reden. Jane Davis sagt: „Nimm das Buch als Spiegel, als Schild oder als Tür.“ Also: Betrachte dich selbst darin, oder schütze dich mit ihm, oder gehe hindurch auf die andere Seite der Mauer.

Und: Nein, es sei keine Therapie, sagt sie auch. Zum geteilten Lesen kommen Menschen, die zu keiner Therapie gehen würden. Oder Menschen, die solche Therapieprofis sind, dass sie genau wissen, was der Therapeut hören will. Literatur ist das Überraschende. Literatur ist nicht vorauszuberechnen. Und jeder Leser liest jeden Text auf andere Weise. Und weil es darauf ankommt, eine Verbindung herzustellen zwischen dir und dem Text, entstehen daraus Wahrheit und Bedeutung.

Jane Davis, die sich das alles ausgedacht hat, ist in einem Pub aufgewachsen. Ihre Eltern ließen sich scheiden, als sie zehn Jahre alt war; die Mutter, Alkoholikerin, überließ die Tochter sich selbst. Sie machte schreckliche Erfahrungen als Kind, in der Schule war sie miserabel. „Aber gelesen habe ich immer“, sagt sie. „Und ich weiß aus meiner Kindheit im Pub, wie klug sogenannte einfache Menschen sind. Ich kannte einen Seefahrer, der Kant las und sich mit einer blonden jungen Frau über Liedtexte von Johnny Cash unterhielt.“

Die Scheu, den Respekt vor den Gebildeten, vor der universitären Welt, das kennt sie auch. Jane Davis hat sich emporgekämpft, hat ein Literaturstudium begonnen, doch die akademische Welt blieb ihr fremd und fern. Sie spürte selten, was das mit ihr zu tun hatte. Diese Texte, das Reden darüber. Sie hat dann jahrelang in der Erwachsenenbildung gelehrt. Es war gut. Aber es fehlte etwas. Das Persönliche. „Es muss persönlich sein!“, sagt sie heute. Und: „Es ist niemals Kunst um der Kunst willen, sondern Kunst um deinetwillen, wie D. H. Lawrence gesagt hat.“

Sie hat selbst einmal diese Literaturerfahrung gemacht. Als sie „Shikasta“ von Doris Lessing las. „Danach wusste ich: So kann es nicht weitergehen. Das Leben muss einen Zweck haben. Es muss irgendwie für etwas gut sein, dass ich hier auf der Welt bin.“ Sie gründete mit zwei Freundinnen The Reader Organisation: „Wir waren alle keine Karrierefrauen, hatten Kinder, arbeiteten halbtags.“ Sie bewarb sich um Geld bei einer Stiftung. „Wie viel wollen Sie?“, hat man sie gefragt. Sie, bescheiden: „500 Pfund.“ Das wurde abgelehnt, zu mickrig war der gewünschte Betrag. „Wir wollen hier Bibliotheken retten, Literatur am Leben halten. Das ist eine große Sache!“ Gut, dachte sich Jane Davis, beantragte 100 000 Pfund und bekam 89 000. Damit ging es los.

Seitdem wächst die Organisation von Jahr zu Jahr. Mehr als 4500 Facilitators sind inzwischen ausgebildet worden, die Ausbildungskurse tragen zur Finanzierung der Organisation bei, außerdem kommt Geld von Stiftungen, vom National Health Service, von Organisationen, zu denen sie ihre professionellen Leser schicken. Sie geben Kurse in Gefängnissen, Seniorenheimen, Krankenhäusern, auf Demenzstationen, in Suchtkliniken und Anwaltskanzleien.

„Es geht darum, im Kleinen eine bessere Gesellschaft zu schaffen!“, sagt der Literaturprofessor Phil Davis, Ehemann von Jane. Er ist eher klein, graue Locken, blaues Hemd, schnell, witzig. Er begleitet The Reader mit wissenschaftlichen Methoden. Er filmt die Kurse, zeigt das Ergebnis den Teilnehmern, er hat Hirn-Scans von Shakespeare-Lesern beim Lesen gemacht. Er hat wissenschaftliche Aufsätze darüber geschrieben, wie das Shakespeare-Vokabular die Hirnaktivitäten erhöht, wie ein „neurologischer Sturm“ im Hirn entsteht. Wenn bei Shakespeare plötzlich bekannte Worte anders verwendet werden. Wie im „King Lear“: „Him have you madded!“

COLIN MCPHERSON / DER SPIEGEL

COLIN MCPHERSON / DER SPIEGEL

Leserinnen, Projektleiterin Davis
„Es ist Kunst um deinetwillen“

„Auf dem Bildschirm sieht das aus wie die Herzfrequenz bei einem Infarkt.“ Im Hirn herrscht dann Alarm. Plötzliche Aufmerksamkeit.

Darum geht es vor allem: sich beim lauten Lesen mit anderen seiner selbst auf neue Art bewusst zu werden. Sich selbst neu zu sehen. „Zum Beispiel, wenn man Sätze beginnt, deren Ende man noch nicht kennt.“ Ein neues, kraftvolles, aktives Vokabular zu entdecken und zu nutzen. Krea-

„Na, großartig. Deinen Laptop hast du im Büro stehen lassen. Mitsamt den Business-Charts, die du zu Hause überarbeiten wolltest. Und auch mitsamt dem **digitalen SPIEGEL,** den du heute Abend lesen wolltest. Schön, den SPIEGEL kannst du zum Glück auch auf deinem Tablet lesen. Oder deinem Smartphone. Und deine Frau hat ihn auf ihrem PC. Denn der digitale SPIEGEL ist auf **bis zu 5 verschiedenen Geräten** zugleich lesbar. Und das ist nun **wirklich großartig.“**

Der digitale SPIEGEL.
Bequem flexibel lesen.

5 x testen nur € 9,90!

abo.spiegel.de/flexibel

SD16-048

Exklusiv: Mit der SPIEGEL-ID jede Ausgabe auf bis zu 5 verschiedenen Geräten lesen.

Kostenloser Zugriff auf den neuen digitalen LITERATUR SPIEGEL.

Mit vielen multimedialen Inhalten und zusätzlicher Visual Story. Ab jetzt auch viele Artikel vorlesen lassen!

Alle E-Books aus dem SPIEGEL-Verlag inklusive.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

tives Lesen, aktives Lesen. „Ein schlechtes, dunkles Gefühl in etwas Helles, Neues, anderes verwandeln. So wie es Schriftsteller beim Schreiben ihrer Werke tun, das versuchen wir mit unseren Mitteln zu simulieren.“ Oder, wie es die manisch-depressive Sylvia formuliert: „Scheiße in etwas Wertvolles verwandeln.“

Diese Erfahrung, dass die Literatur, das Lesen, das Schreiben für etwas gut sein kann, direkt eingreift in das Leben von Kranken, Einsamen, Ausgebrannten, das sei, sagt Phil Davis, eine mitreißende Erfahrung. „Mir reicht es einfach nicht, in dieser kalten Welt zu leben! Ich will in einer wärmeren Welt leben! Ist das zu viel verlangt?“

Dem Schriftsteller George Saunders berichteten sie von einer ihrer Gruppenerfahrungen, gelesen wurde dessen Geschichte „Zehnter Dezember“. Saunders schrieb zurück: „Ich hänge mir eure Mail über den Schreibtisch. Und lese sie an all den Tagen, an denen ich zweifle, ob Literatur überhaupt jemanden braucht.“ Und der Autor Tobias Wolff schrieb: „Ich will ja nicht für Klugheit gelobt werden, aber zu wissen, dass man einen anderen Menschen tief berührt hat, dass man ihn inspiriert hat, neu zu denken und zu fühlen, das ist es, wofür ich schreibe.“

Als Thomas Böhm und Carsten Sommerfeldt erstmals das Mansion House in Liverpool besuchten, waren sie sofort entzündet. Böhm hat viele Jahre das Kölner Literaturhaus geleitet, das Berliner Literaturfestival mitorganisiert, Sommerfeldt war Pressesprecher beim Berlin Verlag, dann bei Droemer. Seit einiger Zeit schon wollten sie die alte Idee des Lesekreises auf neue Art beleben. Wollten raus aus den alten Formen der Literaturvermittlung. Bereits am ersten Abend fragten Jane und Phil, ob die beiden das nicht in Deutschland machen wollten.

Sie sitzen in den hellen Räumen des sogenannten impact-HUB am Kreuzberger Ende der Berliner Friedrichstraße, wo kreative Weltverbesserer und Gründer sozialer Projekte zusammenarbeiten. Große Brillen, weiße Bärte, sie wirken wie zwei Männer, die lange etwas gesucht haben. „Das ist eine Literaturerfahrung, wie ich sie noch nie erlebt habe“, sagt Böhm. „Shared Reading ist der Königsweg vom Autor zum Leser“, sagt Sommerfeldt. Er hat sich in Liverpool zu einem Facilitator ausbilden lassen, gibt schon jetzt einmal pro Woche hier in Kreuzberg einen Kurs.

In Leipzig auf der Buchmesse werden sie ihr Projekt eines Shared Reading in Deutschland erstmals der Öffentlichkeit vorstellen. Die Leipziger Messe ist ja weniger eine Geschäfts- als eine große Lesermesse. Also der perfekte Ort für die Präsentation des Lesens als gesundheitsbildende Macht.

Angstlust

Theaterkritik *Edgar Selges Hamburger Solo mit Michel Houellebecqs „Unterwerfung“ ist das Bühnenereignis der Saison.*

Stets von Neuem hangelt sich der Mann die Bühnenwand hoch, erst noch mit Schwung, bald zunehmend matt, und immer redet er von seiner Begeisterung für alles Sexuelle. Von Frauenbrüsten, Hintern und Geschlechtsteilen. François nennt er sich, der da einen Theaterabend lang auf und ab kraxelt an einer Wand, in die ein Hohlraum in Form eines Kreuzes gemeißelt ist. Im Hamburger Schauspielhaus spielt der Schauspieler Edgar Selge diesen François, die Hauptfigur in Michel Houellebecqs Roman „Unterwerfung“. Er ist ein abgezehrter, aber blendend gelaunter Held. Er redet von den Freuden, die ihm die Sexualität zeit seines ungeliebten Dozentenlebens bescherte. Von den Studentinnen, die sich ihm, selbst als er schon weit über 40 Jahre alt war, bereitwillig zum Beischlaf zur Verfügung stellten. Von den Erektionen, die ihm das Betrachten von Pornovideos verschaffte. Und von jener Nacht, in der er zum letzten Mal mit seiner jüdischen Freundin Myriam schlief, bevor sie auswanderte – aus einem Frankreich, in dem der Islam Staatsreligion geworden ist und allen Männern die Vielweiberei mit Musliminnen empfohlen wird. François findet das prima: Die seien „ergeben und gefügig“.

Der Roman „Unterwerfung“ erzählt mit frivoler Coolness, wie sich die politischen Machtverhältnisse in einem Kernland Europas verschoben haben: Die gemäßigten Parteien Frankreichs haben, um die rechtsradikale Front-National-Chefin Marine Le Pen zu verhindern, dem Muslimbruder Mohammed Ben Abbes ins Präsidentenamt verholfen. Die säkulare Republik ist abgeschafft, die Scharia Gesetz. Das Buch ist im Januar 2015 erschienen, just an dem Tag, als islamistische Terroristen in die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ eindrangen und zwölf Menschen ermordeten. Der Roman wurde als böser Blick in die nahe Zukunft gefeiert und als Pamphlet verdammt – und ist ein Bestseller, der sich bis heute mehrere Hunderttausend Mal verkauft hat. In der Bühnenversion des Hamburger Schauspielhauses ist die „Unterwerfung“ eine Sensation, wie sie im deutschsprachigen Theater nur selten vorkommt.

Der Schauspieler Selge wühlt sich in diesem Monolog zweieinhalb Stunden lang durch die Gedankenwelt eines Mannes, der von sich behauptet, er empfinde weder Trauer noch Verzweiflung, und der moralisch ein komplettes Wrack ist. Nach jeder Vorstellung stehen die Zuschauer im Parkett und klatschen minutenlang Applaus. Seit der Uraufführung Anfang Februar sind die Vorstellungen auf Wochen ausverkauft, sobald neue angesetzt werden, sind innerhalb kurzer Zeit sämtliche Karten vergriffen.

Es ist die Glanznummer eines tollen Schauspielers, die da zu bestaunen ist; der Sieg durchaus konventioneller Theaterkunst; vor allem aber der Triumph einer Angstlust, die viele Zuschauer angesichts der von Houellebecq geschilderten Horrorvision zu befallen scheint. Selge in der Rolle des François verkauft den Zuhörern das Ende der Aufklärung voller Übermut. Er bejubelt die Islamisierung des Abendlandes. Kulturen würden nie von außen zerstört, jede Kultur gehe allein „an sich selbst zugrunde“.

Die Regisseurin (und Schauspielhaus-Intendantin) Karin Beier versucht gar nicht erst, die Provokationen des Krawallautors Houellebecq aufzudonnern oder abzumildern. Ihre Aufführung ist so zupackend und minimalistisch wie das rotierende Kreuz im Bühnenbild von Olaf Altmann. Man sieht einem Mann dabei zu, wie er sich stets von Neuem hinaufschwingt in das Hamsterrad seiner trüben Existenz und wie er immer wieder auf einem schmalen Stück Bühnenrampe landet. Manchmal sind seine Worte mit arabischen Gesangsfetzen unterlegt und manchmal mit elektronischem Klanggeblubber. Den braunen Anzug, den er auf dem Leib trägt, legt er nach und nach ab, bis er nur noch Unterwäsche auf den bleichen Knochen hat. Dann schmiert er sich weiße und rote Schminke ins Gesicht, als wäre er ein Clown.

Warum reißen sich die Theaterbesucher darum, einem Helden zu lauschen, der die Ideen der Aufklärung verhöhnt? Selges François doziert mit dem rechten Zeigefinger, er taumelt und tanzt. Einmal rennt er sogar ins Parkett und sucht die Verbrüderung mit dem Publikum. Der Wahnwitz, der diesen Helden reitet, mag ein Schreckgespenst sein. Die meisten Zuschauer verlachen dieses Gespenst – aber man wird den Verdacht nicht los, dass sich einige auch ernsthaft vor ihm fürchten.

KLAUS LEFEBVRE

Künstler Selge in „Unterwerfung“: Glanznummer eines tollen Schauspielers

Edgar Selge liefert eine fabelhafte Einzelkämpferleistung ab, ohne um Zustimmung zu buhlen oder seine Figur zu verraten; aus dieser Diskretion entsteht die Kraft der Hamburger „Unterwerfung“. Im Mai präsentiert das Theatertreffen in Berlin die angeblich besten Aufführungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Weil die Kritikerjury, die für die Einladung zuständig ist, ihren Meldeschluss ein paar Tage vor der Premiere platziert hat, wird Karin Beiers Inszenierung in diesem Jahr nicht in Berlin zu sehen sein. In einer Epoche der „rasant schnellen Wendungen“, von der Houellebecq im Programmheft spricht, ist das ein Zeichen absurder Schwerfälligkeit.

Wolfgang Höbel

Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) **E-Mail** spiegel@spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR Klaus Brinkbäumer (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Susanne Beyer, Dirk Kurbjuweit, Alfred Weinzierl

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* René Pfister, Michael Sauga, Christiane Hoffmann (stellv.). *Redaktion Politik und Wirtschaft:* Dr. Melanie Amann, Sven Böll, Markus Dettmer, Horand Knaup, Ann-Katrin Müller, Ralf Neukirch, Cornelia Schmergal, Christoph Schult, Anne Seith, Britta Stuff, Gerald Traufetter, Wolf Wiedmann-Schmidt. *Autoren, Reporter:* Markus Feldenkirchen, Konstantin von Hammerstein, Marc Hujer, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

DEUTSCHLAND *Leitung:* Cordula Meyer, Dr. Markus Verbeet, Annette Großbongardt (stellv.); Hans-Ulrich Stoldt (Meldungen). *Redaktion:* Michael Fröhlingsdorf, Hubert Gude, Charlotte Klein, Petra Kleinau, Guido Kleinhubbert, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Miriam Olbrisch, Andreas Ulrich, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Jan Fleischhauer, Gisela Friedrichsen, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Bruno Schrep, Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig. *Redaktion:* Sven Becker, Markus Deggerich, Maximilian Popp, Sven Röbel, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autoren, Reporter:* Stefan Berg, Martin Knobbe, Jörg Schindler

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Susanne Amann (stellv.), Markus Brauck (stellv.). *Redaktion:* Simon Hage, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-Kathrin Nezik, Jörg Schmitt. *Autoren, Reporter:* Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Britta Sandberg, Juliane von Mittelstaedt (stellv.), Mathieu von Rohr (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Katrin Kuntz, Jan Puhl, Sandra Schulz, Samiha Shafy, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Clemens Höges, Ralf Hoppe, Susanne Koelbl, Dr. Christian Neef (Moskau), Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Katrin Elger, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Laura Höflinger, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Sebastian Hammelehle (stellv.). *Redaktion:* Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Anke Dürr, Ulrike Knöfel, Tobias Rapp, Daniel Sander, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Dr. Martin Doerry, Wolfgang Höbel, Thomas Hüetlin, Dr. Joachim Kronsbein, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidermann, Marianne Wellershoff

GESELLSCHAFT *Leitung:* Ullrich Fichtner, Matthias Geyer. *Redaktion:* Fiona Ehlers, Özlem Gezer, Hauke Goos, Maik Großekathöfer, Barbara Hardinghaus, Maren Keller, Ansbert Kneip, Dialika Neufeld, Bettina Stiebel, Jonathan Stock, Takis Würger. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Jochen-Martin Gutsch, Guido Mingels, Alexander Osang, Cordt Schnibben, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Rafael Buschmann, Lukas Eberle, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Dr. Susanne Weingarten (stellv.); *Redaktion:* Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Eva-Maria Schnurr

KOORDINATION INVESTIGATIV Jürgen Dahlkamp (juergen_dahlkamp@spiegel.de), Jörg Schmitt (joerg_schmitt@spiegel.de)

KOORDINATION MEINUNG Markus Feldenkirchen, Christiane Hoffmann

MULTIMEDIA Jens Radü; Alexander Epp, Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard Riedmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Anke Jensen (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block; Christian Albrecht, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Ursula Junger, Sylke Kruse, Maika Kunze, Katharina Lüken, Stefan Moos, Reimer Nagel, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

PRODUKTION Solveig Binroth, Christiane Stauder, Petra Thormann; Christel Basilon, Petra Gronau, Martina Treumann

BILDREDAKTION Michaela Herold (Ltg.), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz

E-Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 212 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Jens Kuppi, Reinhilde Wurst (stellv.); Michael Abke, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Louise Jessen, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm

Sonderhefte: Rainer Sennewald

TITELBILD Suze Barrett, Arne Vogt; Svenja Kruse, Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Barbara Schmid, Fidelius Schmid, Benrather Straße 8, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Martin Hesse, Simone Salden, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Anna Clauß, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Jan Friedmann, Büchsenstraße 8/10, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. +1 617 9452531

BRÜSSEL Peter Müller, Christoph Pauly, rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, Fax 2311436

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt, Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Christoph Scheuermann, 26 Hanbury Street, London E1 6QR, Tel. +44 203 4180610, Fax +44 207 0929055

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. +34 650652889

MOSKAU Matthias Schepp, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61, Fax 22849-62

NEW YORK Philipp Oehmke, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. +1 212 2217583, Fax 3026258

PARIS Julia Amalia Heyer, 12 Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. +33 1 58625120, Fax 42960822

PEKING Bernhard Zand, P. O. Box 170, Peking 100101, Tel. +86 10 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. +55 21 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Thomas Schulz, 1 Post Street, Suite 2750, San Francisco, CA 94104, Tel. +1 212 2217583

TEL AVIV Nicola Abé, P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. / Fax +972 3 6835339

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Asagaya Minami 2-31-15 B, Suginami-ku, Tokio 166-0004, Tel. +81 3 6794 7828

WARSCHAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warschau, Tel. +48 22 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Holger Stark, Gordon Repinski, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Susmita Arp, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wilkens, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Dr. André Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensicki, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Dr. Vassilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 70 vom 1. Januar 2016
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. 040 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Verantwortlich für Vertrieb: Stefan Buhr

Verantwortlich für Herstellung: Silke Kassuba

Druck: Stark Druck, Pforzheim

FSC MIX Papier FSC® C008208

VERLAGSLEITUNG Jesper Doub, Dr. Michael Plasse

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel

INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSBLOG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

DER SPIEGEL (USPS no 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: German Language Publications Inc, 153 S Dean St, Englewood NJ 07631, 1-855-457-6397. Periodicals postage is paid at Paramus NJ 07652. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631.

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: 040 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Hinweise für Informanten
Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort „Investigativ“
E-Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können.
Der dazugehörende Fingerprint lautet:
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: 040 3007-2687 Fax: 040 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte, Fotos, Grafiken
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: 040 3007-2869 Fax: 040 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland: The New York Times Syndicate
E-Mail: Lara.Takenaga@nytimes.com Tel.: +1 212 556-5119

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 228,80
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl. sechsmal UNI SPIEGEL
Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland
Mengenpreise auf Anfrage.
Der digitale SPIEGEL: 52 Ausgaben € 202,80
(der Anteil für das E-Paper beträgt € 171,60)
Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Kundenservice Persönlich erreichbar
Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 4,40 pro gedruckte Ausgabe
❑ für € 3,90 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 3,30)
❑ für € 0,50 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,48) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar. Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

E-Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.
Hinweise zu den AGB und meinem Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP16-003, SD16-006
SD16-008 (Upgrade)

IMAGO

NIKOLAUS HARNONCOURT, 86

Die Leidenschaft für das Neue im Alten, die Suche nach dem Richtigen sowie der Feuereifer, die Erkenntnisse seinen Musikern und seinem Publikum weiterzugeben, trieben ihn an. Der Österreicher Harnoncourt, der große Revolutionär der Musik, hat die Art und Weise, wie wir heute Musik hören, nachhaltig geprägt. Ohne seinen Einsatz, dem Kern der Überlieferung nahezukommen, klängen Monteverdi, Bach und Mozart heute weit weniger aufregend. Der Spross einer alten europäischen Adelsfamilie, der mit vollem Namen Johannes Nicolaus Graf de la Fontaine und d'Harnoncourt-Unverzagt hieß, begann als Cellist bei den Wiener Symphonikern. Der Orchesterdienst wurde ihm zunehmend unerträglich. Mit seiner Frau Alice, einer Violinistin, gründete er 1953 ein eigenes Ensemble, den Concentus Musicus. Der verschrieb sich der Aufführung Alter Musik mit Originalinstrumenten und in der historischen Spielpraxis. Nach Jahren der Anfeindung setzte sich Harnoncourt mit seiner Art des Musizierens durch, etablierte sich als Autorität und wurde nach und nach auch von den großen Orchestern als Gastdirigent geschätzt, wo er sein Repertoire allmählich zur Romantik und Moderne erweiterte. Viele seiner Aufführungen und Aufnahmen haben Musikgeschichte geschrieben. Nikolaus Harnoncourt starb am 5. März in St. Georgen im Attergau. kro

SAM MIRCOVICH / REUTERS

NANCY REAGAN, 94

Sie war Amerikas große Ehefrau, bis zum Schluss, das war die beste Rolle ihres Lebens. Nancy Reagan spielte sie nicht ohne Hang zum Kitsch, aber so glaubwürdig, so hingebungsvoll, dass sie zum Mythos der amerikanischen Konservativen wurde. Dabei war sie eigentlich eine unwahrscheinliche Heldin der Rechten, geboren im liberalen New York City als Tochter einer Schauspielerin und eines Autohändlers. Eine Frau, die selbst Schauspielerin wurde und ihr Glück in Hollywood suchte. Dort traf sie 1949 Ronald Reagan, ebenfalls Schauspieler, der schon einmal verheiratet war. Sie wurden ein Paar, trennten sich wieder, bevor Nancy Davis 1952 Reagans zweite Frau wurde. Als First Lady war sie umstritten, wegen ihrer extravaganten Kleider und wegen ihres sonst eher unauffälligen gesellschaftspolitischen Engagements. Umso größer war ihr Einfluss nach innen, auf ihren Mann, mit dem sie nicht nur die Iran-Contra-Affäre durchstand, sondern auch das Attentat 1981. Einen Politiker Reagan, heißt es, hätte es ohne sie nie gegeben. Mehr als ein halbes Jahrhundert ist sie die treue Frau an seiner Seite geblieben, erst als Schauspielerin, dann als First Lady, schließlich als Pflegerin und Nachlassverwalterin seines konservativen Erbes. Nancy Reagan starb am 6. März in Los Angeles. mah

MARIANNE FRITZEN, 91

Sie war die „Mutter des Widerstands" im Wendland. Im Elsass aufgewachsen, lebte sie auch in Berlin und Taipeh, bevor sie nach Lüchow zog und 1973 mit anderen die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg gründete. Gegen die Pläne, im Wendland einen Atomreaktor, später eine Wiederaufarbeitungsanlage und ein Endlager für Atommüll zu bauen, setzte die schlaue Taktikerin das Konzept des gewaltfreien Widerstands. Mit Erfolg: Wiederaufarbeitung in Gorleben wurde verhindert, über den Standort eines Endlagers wird neu diskutiert. Bis 2000 war Fritzen Mitglied der Grünen, dann gingen diese ihr zu viele Kompromisse ein. Das ihr angetragene Bundesverdienstkreuz lehnte sie ab. Sie wollte keine Ikone des Widerstands sein: „Man tut es, weil man es tun muss, weil man gar nicht anders kann", sagte sie. Marianne Fritzen starb am 6. März in Lüchow. mbs

INGRID & WERNER LOWIN / DPA

GILLIS LUNDGREN, 86

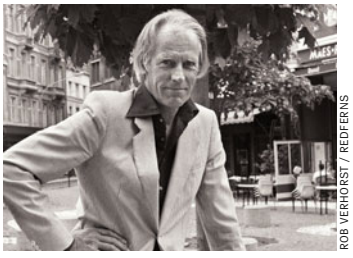
„Meine Philosophie war immer, Lösungen für die Alltagsbedürfnisse von jedermann anzubieten", beschrieb der schwedische Designer den Anspruch an seine mehr als 200 entworfenen Möbelstücke. Das bewies er vor allem mit seinem Meisterstück, dem seit 1979 weltweit rund 60 Millionen Mal verkauften Billy-Regal von Ikea. 1953 hatte ihn das Möbelhaus als vierten Mitarbeiter angestellt. Sein praktischer Sinn lieferte bald eines der Erfolgsrezepte: die flachen Pakete. Nach einem Fotoshooting nämlich sollte Lundgren einen Tisch versandfertig machen. Da der zu sperrig war, verstaute er die Beine abgeschraubt. Gillis Lundgren starb am 25. Februar. kle

RAY TOMLINSON, 74

Auf den verwegenen Gedanken des US-Programmierers, jemandem 1971 eine Nachricht per Computer – damals noch groß wie Schränke – zu senden, musste man erst mal kommen. Die erste E-Mail schickte Tomlinson an einen Rechner nebenan – irgendeine hingeklapperte Buchstabenfolge. Es widerstrebte dem stillen Techniker auch, sich nachträglich etwas Klangvolles auszudenken. Sicher ist nur: In der Adresse tauchte ein sonderbares Zeichen auf, ein @ – bis dahin bekannt als kaufmännisches Symbol –, das den Empfänger vom Namen des Zielcomputers absetzte. 20 Jahre später wurde der „Klammeraffe" zum Logo der digitalen Revolution. Da hatte der Tüftler längst andere Probleme gelöst, die dem Aufbau des Internets im Weg standen. Ray Tomlinson starb am 5. März in Lincoln, Massachusetts. mdw

GEORGE MARTIN, 90

Erst nach einer Bedenkzeit nahm er als Plattenmanager 1962 diese „nicht sehr vielversprechende" Band aus Liverpool beim EMI-Label Parlophone unter Vertrag. Selbst in klassischer Musik vorgebildet, beteiligte Martin sich fortan als Produzent maßgeblich am Entstehungsprozess von Beatles-Alben wie „Revolver", „Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band" und „Abbey Road". Vielen galt er als „fünfter Beatle". Martin arbeitete zudem mit anderen Popgrößen zusammen. So produzierte er Elton Johns 1997er Version von „Candle in the Wind" zu Ehren von Prinzessin Diana, eine der bestverkauften Singles aller Zeiten. Sir George Martin, 1996 zum Ritter geschlagen, starb am 8. März nahe Swindon in Südwestengland. kle


ROB VERHORST / REDFERNS

Kostbare Mädchen

Das Supermodel **Naomi Campbell,** 45, glaubt, dass ihre Freundinnen – darunter Kate Moss, Christy Turlington und Cindy Crawford – großen Anteil an ihrem Erfolg hatten. „Meine Mädchen“, so Campbell zum „Sunday Times Magazine“ über den Beginn ihrer Karriere, „sagten: ‚Wenn ihr uns in der Show haben wollt, müsst ihr Naomi nehmen.‘“ Deshalb buchten die großen Designer sie immer öfter. Campbell war schließlich das erste schwarze Model, das auf dem Cover der französischen „Vogue“ gezeigt wurde. Aus ihrem im April erscheinenden biografischen Bildband „Naomi Campbell“ (1500 Euro) vermag sie kein Lieblingsbild zu benennen. Die Erinnerungen an die Zeit mit den anderen Mädels seien das Kostbarste für sie, sagt die Tochter einer Tänzerin. Sie habe früh begriffen, dass sie mit ihrer dunklen Haut keine lukrativen Aufträge für Kosmetikwerbung erwarten könne, schreibt sie in ihrem Buch: „Ich musste mit anderen Dingen Geld verdienen.“ Campbells Vermögen wird heute auf 34 Millionen Pfund geschätzt. Auch ihre Weggefährtinnen sind reich; doch im Unterschied zu Kate, Cindy und Christy hat Naomi keine Kinder. Aber das, versicherte Campbell dem „Sunday Times Magazine“, müsse nicht so bleiben: „Ich werde Mutter, wenn ich so weit bin. Ich lasse mich von niemandem hetzen, ich habe meinen eigenen Rhythmus.“ ks

GLOBE / INTERTOPICS

LIA TOBY / WENN.COM

Teufel noch mal

Der Hollywoodstar **Geena Davis,** 60, („Thelma & Louise“) bekommt es mit übernatürlichen Kräften zu tun. In einer Neuauflage des Horrorklassikers „Der Exorzist“ wird sie als Mutter zu sehen sein, von deren Familie nach und nach der Teufel Besitz ergreift. Der Fernsehfilm, als Pilot einer Serie geplant, geht auf den Bestsellerroman von William Blatty zurück. Die Erstverfilmung aus dem Jahr 1973 war einer der größten Kinoerfolge der Siebziger und fand mehrere Fortsetzungen und Remakes. Nun soll die Geschichte um eine brutale und qualvolle Teufelsaustreibung aktualisiert werden. Davis soll eine moderne Frau spielen, die auch im Angesicht des Bösen nicht vom Glauben abfällt. lob

Bond geht immer

Der Brite **Tom Hiddleston,** 35, ist bereits als Gott bekannt: In mehreren „Thor"-Filmen stellt der Schauspieler Loki dar, dabei zuständig für Lügen und Täuschung. Jetzt, kurz vor der Londoner

KEITH MAYHEW / ACTION PRESS

Premiere des Science-Fiction-Films „High-Rise", kam der Eton-Schüler ins Gespräch für eine Rolle, die sogar die eines Gottes übertreffen dürfte: als möglicher neuer James Bond. Dies wäre „eine außergewöhnliche Möglichkeit", sagt Hiddleston. Die Gerüchteküche um einen neuen Superagenten brodelt schon länger. Daniel Craigs Zeiten als Bond seien gezählt, heißt es. Einmal wird behauptet, Craig sei den Produzenten zu alt mit 48 Jahren. Dann wird kolportiert, Craig habe gesagt, er würde sich lieber die Pulsadern aufschneiden, als noch einmal als Bond anzutreten. Gleichzeitig ist zu lesen, er behalte sich die Möglichkeit vor, seine Einstellung jederzeit zu ändern. Wer tatsächlich als Nächstes den Spion im Dienste Ihrer Majestät darstellen darf, bleibt wohl vorerst ein Geheimnis. Hiddleston kann sich immerhin schon mal über Unterstützung freuen: Die Leser des Magazins „Time" wählten ihn aus 155 Schauspielern auf Platz 12 der besten zukünftigen Bonds. ks

Liebhaber des Originals

Der amerikanische Philanthrop **Bill Gates,** 60, stellte sich am vergangenen Dienstag für mehrere Stunden auf der Social-News-Plattform Reddit Fragen aus aller Welt. Registrierte Benutzer der Website durften den Computerpionier unter dem Motto „Ask Me Anything" befragen. Gates forderte dazu zum vierten Mal auf. Die Teilnehmer erkundigten sich nach seiner aktuellen Lektüre, Konsumgewohnheiten ebenso wie nach seinen Zukunftswünschen in Sachen Technik. Für diesen Reddit-Auftritt stellte Gates ein Highschool-Jahrbuchfoto von 1973 en détail nach und veröffentlichte beide Bilder gemeinsam. Das Ergebnis ist verblüffend. Viele Requisiten scheinen Originale zu sein, Gates' Kleidung wirkt fast perfekt kopiert – aber sein Gesichtsausdruck unterscheidet sich. Während Schüler Bill, damals wohl 17 Jahre alt, ernsthaft in die Kamera schaut, kann sich der Milliardär heute ein Grinsen nicht verkneifen. ks

BILL GATES

JOANNA NOTTEBROCK / DER SPIEGEL

Die Augenzeugin

„Ich muss uns retten"

Die Busfahrerin **Marzena Szojda,** 41, hat das Eishockeyteam der Grizzlys Wolfsburg vor einem Unglück bewahrt: Auf der Fahrt zu einem Auswärtsspiel brach ihr Kollege am Steuer zusammen. Da griff Szojda ein.

„Wir hatten gerade eine Pause gemacht und fuhren seit etwa 20 Minuten auf der A3 Richtung Aschaffenburg, als ich merkte: Etwas stimmt nicht. Wir waren auf der mittleren Spur, links überholten uns Autos, rechts reihte sich Lkw an Lkw. Ich saß auf dem Beifahrersitz. Mein Kollege hielt viel zu wenig Abstand zu dem Lastwagen vor uns. Als uns nur noch wenige Meter vom Heck trennten, sagte ich: „Wo willst du hin? Warum bremst du nicht?" Als er nicht reagierte, drehte ich mich zu ihm um. Total verkrampft saß er da, wie versteinert. Er starrte nur nach vorn. Ein richtiger Tunnelblick. Plötzlich zuckte er, riss das Steuer nach rechts. Der Bus scherte aus, schlingerte auf die rechte Fahrbahn. Zum Glück tat sich neben uns eine Lücke auf, und wir krachten nicht in ein anderes Fahrzeug. Doch mein Kollege stoppte nicht, er zog den Bus immer weiter nach rechts bis an die Leitplanke. Da griff ich ein.

Ich fahre seit fünf Jahren Reisebusse, habe einige Sicherheitstrainings gemacht, gelernt, wie man zuverlässig eine Vollbremsung durchführt, wie man Hindernissen ausweicht – aber nicht, was man machen muss, wenn der Kollege am Steuer zusammenbricht. Ich wusste nur: Ich muss uns retten. Ich musste den Bus abbremsen. Doch wir fuhren bestimmt 90 Kilometer die Stunde, und so ein Bus ist 14 Meter lang, der wiegt über 16 Tonnen. Den kann man nicht so leicht stoppen. Da ich meinen Kollegen nicht vom Fahrersitz schieben konnte, stand ich neben ihm im Gang, lenkte mit der rechten Hand und zog mit der linken die Handbremse. Wir schlidderten über den Standstreifen, rechts die Leitplanke, links Lastwagen. Mir blieb nur ein enger Korridor. Ich hörte die Mannschaft schreien, Metall schrammte gegen Metall. Nach einigen Hundert Metern konnte ich den Bus endlich zum Stehen bringen.

Wir haben sofort einen Krankenwagen und die Polizei gerufen. Um nicht die Autobahn zu blockieren, fuhr ich langsam weiter. Der nächste Rastplatz lag nur sieben Kilometer entfernt. Dort kümmerten sich gleich Ärzte um meinen Kollegen. Die Diagnose: ein leichter Schlaganfall. Ich fuhr den Bus dann weiter nach München.

Die Mannschaft musste ja spielen. Und ich wollte keine Angst zeigen. Sonst kann ich in dem Job nicht mehr weiterarbeiten."

Aufgezeichnet von Christopher Piltz

„Es rächt sich, dass bei der europäischen Einigung jahrzehntelang Wirtschaftsprobleme im Mittelpunkt standen. Eine belastbare gemeinsame Haltung zu Menschenrechtsfragen wurde nie gebildet."

Winfried Burger, Erzieher in einer Wohngruppe für unbegleitete junge Flüchtlinge, Ebensfeld (Bayern)

Bodenlose Unmenschlichkeit

Nr. 10/2016 Wir schaffen das
... offene Europa ab und riskieren unsere Zukunft

Das Titelbild verwendet ausgerechnet das Castel del Monte des weltoffenen Staufers Friedrich II., um die Festung Europa zu illustrieren. Es diente eher kulturellen Zwecken, war als Festung kaum geeignet – Burggraben und Zugbrücke fehlten, einer Belagerung hätte es nicht standgehalten. Aber vielleicht ist es ja die versteckte, doch geschichtsbewusste Aussage: Es gibt keine taugliche Festung mit Mauern für Europa.
Rolf Monnerjahn, Emmelshausen (Rhld.-Pf.)

Eine Seltenheit, dass mal ein SPIEGEL-Titel danebenliegt: Stellt mal Frau Merkel unten vor den Stacheldraht – die Festung Europa haben die errichtet, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen und damit Merkel und die europäische Idee verraten haben.
Gustav Baitinger, Woldegk (Meckl.-Vorp.)

Die CDU war maßgeblich an der Verwirklichung der EU beteiligt. Mit dem Starrsinn von Angela Merkel wird die CDU nun wohl maßgeblich an der Zerstörung der europäischen Idee mitwirken.
Detlef M. Hartmann, Hamburg

Sie haben da etwas verwechselt. „Wir schaffen das … offene Europa ab und retten unsere Zukunft" sollte es wohl heißen.
Alfred Ehlers, Bad Lippspringe (NRW)

Angesichts der Millionen Flüchtlinge, die im Libanon, in Jordanien und der Türkei gestrandet sind, ist es ein Treppenwitz, dass der reiche Kontinent Europa mit seinen 500 Millionen Einwohnern nicht in der Lage sein soll, ein oder auch zwei Millionen Leute zu verteilen. Wie ist es möglich, dass die EU ihre Existenz aufs Spiel setzt bei einer durchaus lösbaren Aufgabe?
Vanja Mocniak, Hamburg

„Sag mir, wer deine Freunde und Partner sind, und ich sage dir, wer du bist!" Freunde und Partner der Kanzlerin sind derzeit der autokratisch regierende türkische Präsident Erdoğan, dessen Premier Davutoğlu, der als lahme Ente gehandelte US-Präsident Obama sowie Frankreichs finanzschwacher Präsident Hollande. Die von der EU forcierte und von Merkel als „alternativlos" vorangetriebene Partnerschaft mit der Türkei besteht hauptsächlich darin, mit ihr um Bares zu feilschen.
Jürgen Engelhardt, Stephanskirchen-Schloßberg (Bayern)

Es sollten sich nur alle Verantwortlichen der Wirkung von Maßnahmen und Botschaften auf die Mühsamen und Beladenen von Afghanistan bis Bangladesch und von Algerien bis Burundi bewusst sein. Die angeblich verkraftbaren drei Millionen Flüchtlinge würden sich dann so schnell vervielfachen, dass statt der Europafahne eine weiße gehisst werden müsste: die bedingungslose Kapitulation, nein, nicht vor den Flüchtlingen als Menschen, sondern vor den nicht mehr zu bewältigenden Herausforderungen der Integration, der Finanzierung, der Wohnungsknappheit, des Arbeitsmarktes, der Sicherheit.
Gerhard Baierl, Sünching (Bayern)

DIMITAR DILKOFF / AFP

Flüchtlinge an griechisch-mazedonischer Grenze

Das Fluchtproblem kann ausschließlich über die Bekämpfung der Ursachen bearbeitet werden, alles andere ist bodenlose Unmenschlichkeit. Die Wähler von AfD/NPD und so weiter müssen erzogen werden in der Weise, dass die Zivilgesellschaft, der sie den Krieg erklärt haben, desto mehr Menschen aufnimmt, je lauter diese Leute schreien: für jede Wählerstimme an diese Hassparteien mindestens einen Flüchtling mehr.
Ernst Soldan, Arzt, Flüchtlingshelfer, Norderstedt (Schl.-Holst.)

Berührt und beschämt

Nr. 9/2016 Ein junger Iraker flieht nach Deutschland – und kehrt nach 100 Tagen frustriert in die Heimat zurück

Von den vielen Artikeln zum Flüchtlingsthema war dieser einer der besten. Der entscheidende Satz ist „Aber wenn ich euren Krieg kämpfe …" Diese fatale Sicht vieler Betroffener und auch mancher Europäer muss zurechtgerückt werden. Da hilft kein verständnisvolles Schönreden, und auch die Selbstbeschuldigung wegen kolonialer Vergangenheit oder des schrecklichen George-W.-Kriegs kann den Völkern des Nahen und Mittleren Ostens ihre Eigenverantwortlichkeit nicht abnehmen.
Ludwig Fensch, Köln

Der gescheiterte Traum dieses Menschen hat mein Herz berührt und mich beschämt. Allzu schnell urteilten viele hier zuweilen über Leute, die „ohne Not" einwandern, und unterschieden engherzig zwischen denen, die aus Kriegsgebieten fliehen, und anderen, die sich hier kostenlos behandeln lassen wollen. Das nicht weniger schreckliche Katastrophengebiet eines zusammengebrochenen Wirtschafts-, Gesundheits- und Sozialwesens haben Sie empathisch und Empathie hervorrufend, dabei niemals gönnerhaft oder distanzlos geschildert.
Vera Ruhrus, Köln

Mit welchen Erwartungen kommen diese Leute denn zu uns? Schon nach 100 Tagen gibt Ajad auf. Dieser Artikel ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich bis an ihre Grenzen aufopfernd einsetzen.
Gisela Neudeck, Wiesbaden

Danke. Keine Vorwürfe oder Anklagen, weder an den Flüchtling noch an die Deutschen. Ich als Leser habe die Freiheit, mir ein eigenes Bild machen zu dürfen.
Brigitte Mann, Petersberg (Hessen)

Ihr Bericht hat mich sehr berührt. Ich möchte mich nicht in die Reihe der Bedenkenträger einreihen. Es sollte doch möglich sein, mithilfe von Spenden von Kollegen Ajad medizinisch hier zu helfen.
Dr. med. Werner Mischke, Hamburg

Warum nicht bundesweit?

Nr. 9/2016 Parteichef Horst Seehofer kritisiert im SPIEGEL-Gespräch Merkels Flüchtlingspolitik

Ein weitgehend fair geführtes Interview. Seehofers differenzierte Ausführungen zeigen, dass er einer der wenigen Spitzenpolitiker ist, die nüchtern und volksnah geblieben sind. Sonst kein Freund der CSU, halte ich deren Position in der Flüchtlingskrise für die beständigste, rationalste und auch humanste. Statt die AfD zu fördern, wird durch Seehofers klare Positionierung deren Aufstieg in Bayern gebremst.
Maik Harms, Hamburg

Seehofer nimmt wenigstens das Heft des Handelns in die Hand und wird konkret, während sich die Kanzlerin hinter Wunschvorstellungen verschanzt. Sie hätten ihm noch die Frage stellen sollen, warum sich die CSU nicht bundesweit aufstellt, um eine zutiefst undemokratische Partei wie die AfD zu verhindern.
Matthias Schieben, Trier

DIETER MAYR / DER SPIEGEL

CSU-Vorsitzender Seehofer

Seehofer ist der Prototyp eines Brandstifters im Gewand eines Biedermannes. Nicht Merkel hat durch ihre humanitäre Flüchtlingspolitik die BRD radikalisiert, sondern solche Politiker wie Seehofer, Stoiber, Klöckner et cetera. Diese schüren durch ihre Aussagen und ihr Hofieren von Orbán, Putin und anderen den Rechtsradikalismus. Vor allem verführen sie die Normalbürger, die sich bestätigt fühlen, zu einem rechtsnationalen Denken und Handeln.
Jürgen Neunaber, Oldenburg (Nieders.)

Seehofer sollte mal sich und den Angstbürgern von Pegida, AfD und Co. klarmachen, dass ein vor Krieg Flüchtender etwas anderes ist als ein Migrant. Erstgenannte möchten zurück in ihre Heimat, sobald dort wieder Frieden herrscht. Ihnen Asyl zu verwehren ist inhuman und unzulässig.
Petra Vieweg, Berlin

Bei dem Flüchtlingsdrama fehlt gerade noch die Kritik Seehofers an den Journalisten der „öffentlich-rechtlichen Medien“. Wir können dankbar sein, dass wir so umfassend von diesen informiert werden. Welche Folgen es hat, wenn freier und objektiver Journalismus fehlt, das hat unser Land von 1933 bis 1945 erfahren müssen.
Lothar Radloff, Neustadt a. Rbge.

Wer ständig Journalisten Vorwürfe macht, trägt in schwierigen Zeiten nicht zur Stabilisierung der Demokratie bei – ganz im Gegenteil. Er ist ein Brunnenvergifter. Dass sich Seehofer mit seinen Äußerungen auf die Ebene von „Lügenpresse“-Rufern begibt, ist seinem Amt als MP nicht würdig.
Prof. Frank Überall, Deutscher Journalisten-Verband, Berlin

Grandiose Gedanken

Nr. 9/2016 Essay von Martin Walser

Walsers Text gibt Zuversicht, dass doch viele Gleichgesinnte da sind, die Herzklopfen bekommen oder den Kopf schütteln, wenn sie von Attacken auf Hilfsbedürftige erfahren, um nur ein Beispiel zu nennen. Unwissen/Halbwissen war schon immer, ist und bleibt gefährlich, womit man wieder bei der Wichtigkeit der Sprache ist.
Elisabeth Küttel, Chemnitz

Es sind grandiose Gedanken, mit denen sich eigentlich jeder Mensch nachhaltig beschäftigen müsste. Es steht weit mehr als nur das Gebot der Nächstenliebe auf dem Spiel. Ich danke Herrn Walser für diese Anregungen, die sicher nicht nur ich als Bereicherung empfinde.
Marion Detzler, Mühltal (Hessen)

„Wunderbar“ oder „peinlich“?

Nr. 9/2016 Brief an eine Berlinerin, die ein Gesetz für öffentliches Stillen fordert

Die Kombination aus Unsicherheit und Anmaßung ist gut getroffen. Frauen bekommen weltweit täglich Kinder unter teilweise sehr harten Bedingungen, da verfügt keine Frau über den Luxus, sich über Lappalien zu mokieren. Traurig, diese Fehlleitung des Begriffs von Diskriminierung.
Jessica Kalle, Königstein (Hessen)

Wunderbar deutliche Worte findet Herr Gutsch. Sicherlich, ich höre förmlich das Zischen: „Er ist ein Mann. Kann er gar nicht beurteilen!“ Ich habe meine vier Kinder gestillt und jederzeit einen geeigneten Ort gefunden. Kommt ja immer darauf an, wie sehr man das Ganze zelebriert.
Sabine Ebert, Itzehoe (Schl.-Holst.)

Ich habe im SPIEGEL in 50 Jahren noch nie einen derart hämischen und persönlich beleidigenden Beitrag wie diesen gefunden. Auch mir (68) geht das herrschende Dogma des Stillens manchmal auf die Nerven, aber deswegen kann man doch nicht eine junge Frau derartig bloßstellen.
Barbara Heinken, Bremerhaven

ALAMY / MAURITIUS IMAGES

Stillende Mutter

Wenn ein Mann einen so diskriminierenden Text in einem so überheblichen Tonfall veröffentlicht, bei dem selbst ich als junge Frau alarmiert bin, liegen Sie falsch, wenn Sie schreiben, Deutschland habe gerade viel und vor allem viel Wichtigeres zu tun.
Berit Busch, Freiburg im Breisgau

Eine Glanzleistung dieser Brief, einfach die klare Wahrheit. Denn durch dieses Verhalten, diesen Egoismus, diese Gier nach Mehr-haben wird eine Gesellschaft herangezogen, die zusammenbrechen muss.
Roger Brand, Friedberg (Hessen)

Ihr Artikel ist peinlich, unlustig und plump überspitzt. Wegen Stillens vor die Tür gesetzt zu werden, weil das jemand vielleicht unappetitlich findet, ist klar diskriminierend. Und uns als wohlstandsgesättigte Generation von Müttern zu bezeichnen ist der schwache Versuch, über den Mangel an Relevanz des Artikels hinwegzutäuschen.
Dr. Christina Müller, Bonn

Plötzlich sind Menschen, die sich natürlich verhalten, zu fordernd? Eine Mutter, die einfach nur ihr Kind ernährt, vollbringt einen Kulturkampf? Sie sollte Rücksicht nehmen. Worauf? Auf die Unverschämtheit von Gutsch, der nicht weiß, dass Kinder gestillt werden, wenn sie Hunger haben?
Dr. Lutz Zwiorek, Lahntal (Hessen)

Schöner kann man unser deutsches Ringen um die Lösung solcher Luxusprobleme kaum auf den Punkt bringen.
Andreas Kohl, Waldalgesheim (Rhld.-Pf.)

Bizarre Fantasien

Nr. 9/2016 Autofahrer müssen künftig womöglich schon bei geringerer Promillezahl zum Idiotentest

Ihr Artikel wirkt reißerisch, weil nicht darauf hingewiesen wird, dass ein Strafgericht den Führerschein nur dann entzieht, wenn eindeutige Beweise vorliegen, dass massive Fahrfehler allein auf den Alkoholpegel zurückzuführen sind. Dies ist bei 0,3 Promille eher hypothetisch, da ein Strafgericht im Zweifel für den Angeklagten spricht.
Markus Widl, München

Schade, dass Sie mit wenigen Begriffen, wie eine „Art Verhör“ und „die Delinquenten“, die weit verbreitete Sichtweise über die Medizinisch-Psychologische Untersuchung (MPU) färben und bestärken. Ein Teil meiner Klienten hätte leichter, schneller, weniger kostenintensiv zu einem für sie günstigen Untersuchungsergebnis kommen können, herrschten nicht bizarre Fantasien über die MPU vor.
Domenica Graf, Dipl.-Psych., Frankfurt am Main

Bei einer durch das Amtsgericht verhängten Sperrfrist von etwa einem Jahr kann die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis bei erforderlichen Zweitgutachten bis zu drei Jahre dauern. Entsprechend der Schematisierung der Fahrverbote sollten die gerichtlichen Sperrfristen genügen. Die unwürdigen „Idiotentests“ sind entbehrlich; zumal nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Anordnung eines Zweitgutachtens aus Gründen der Gewinnmaximierung erfolgt.
Jürgen Voigt, Rechtsanwalt, Dortmund

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe **(leserbriefe@spiegel.de)** gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter **www.spiegel.de** zu archivieren.

Tiere töpfern im Haus Ruhrnatur

Aus der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“

Aus der „VdK-Zeitung“: „Um das Risiko einer Darmkrebserkrankung zu vermindern, sollte man sich ausreichend bewegen, gesund, ballaststoffreich und zuckerarm ernähren, Fertiggerichte und Fleisch essen.“

Junge Spender lecken Blut

Aus der Hofer „Frankenpost“

Aus einer Anzeige über das Pockinger Rathaus: „Magnetische Wände ermöglichen es, ganz einfach Plakate, Diagramme, Aufzeichnungen an die Wand zu hängen. Ein Beamter an der Decke projiziert Pläne auf eine Leinwand.“

Aus dem Buch von Franca Magnani „Ciao Bella!“: „Das erste Ergebnis war die Langspielplatte ‚Canti da cortile e del tabarin‘, es folgten Spirituals, Protestlieder, Brechts Horst-Wessel-Lied.“

Einfache Verhaltenstherapie bei Schlafstörungen durch Hausärzte

Aus der Fachzeitschrift „Der Hausarzt“

Aus dem Bonner „General-Anzeiger“: „Auch die Abrechnung von Handwerkerleistungen für die Reparatur einer Toilette und eines Elektrikers ist in den Augen des Beklagten nicht genügend belegt.“

Aus dem Naturkostmagazin „Schrot und Korn“: „So wie Panajotis und seine Helfer, für die es nach der Arbeit auf dem Feld direkt in die Ölpresse geht.“

Aus einer Werbung für die Bündener Gebäudereinigung D. Weber

DER SPIEGEL
Wissen

Coaching
Ich will so werden, wie ich bin

Sehnsucht
Wovon träumt das Urlaubs-Ich?

Kinder
So entwickeln sie ein starkes Selbst

www.spiegel-wissen.de

Zitate

Die „Frankfurter Allgemeine“ zum SPIEGEL-*Bericht „Schmutz in der Schweiz“ über das DFB-Gutachten der Kanzlei Freshfields zum Korruptionsverdacht bei der Fußball-WM 2006 und zu weiteren ungeklärten Fragen (Nr. 10/2016):*

Zumal die Akte noch einen Hinweis enthält, den Freshfields gar nicht thematisiert hat: dass die kompliziert verschleierte Zahlung von 6,7 Millionen Euro im Jahr 2002, um die sich die Affäre rankt, über ein altes Schweizer Beckenbauer-Netzwerk geflossen ist. Dem SPIEGEL ist es zuerst aufgefallen: Die Millionen wurden über ein Konto nach Qatar weitergeleitet, das von der Kanzlei Gabriel & Müller in Sarnen im Schweizer Kanton Obwalden geführt wurde. In Sarnen-Bitzighofen hatte Franz Beckenbauer Ende der siebziger Jahre eine Wohnung.

Die „Süddeutsche Zeitung“ zur SPIEGEL-*Meldung „Seehofers Anti-Söder-Strategie“ (Nr. 10/2016):*

Vergangene Woche verdichteten sich die Gerüchte, Seehofer habe ein Interesse daran, den in den USA lebenden Guttenberg an die Spitze der Bundestagsliste zu setzen und ihm schon in diesem Jahr den Parteivorsitz anzutragen. Nun bringt der SPIEGEL die Nachricht, Seehofer wolle sich bereits in diesem Herbst vorzeitig als Parteivorsitzender bestätigen lassen. Das hätte den charmanten Nebeneffekt, dass Seehofer dann bis 2018 – dem Zeitpunkt seines angekündigten Abschieds als Ministerpräsident – in Doppelfunktion und unverminderter Stärke weiterhin beide Ämter innehätte.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ zur SPIEGEL-*Berichterstattung über Doping im deutschen Leistungssport:*

Freiburg war über vier Jahrzehnte hinweg das Zentrum systematischer Manipulationen im westdeutschen Leistungssport. Erst als das deutsche Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL im Jahr 2007 aufdeckte, dass Freiburger Universitätsärzte das einstige deutsche Vorzeige-Radteam Telekom/T-Mobile mit Doping versorgt hatten, endete die Praxis des Betrugs. Die Universität und deren Klinik sahen sich unter dem Druck der Medien gezwungen, unabhängige Expertenkommissionen einzuberufen, die sich mit der Doping-Historie der sportmedizinischen Einrichtungen in der Stadt befassen sollten. Die erste Kommission überprüfte zwei Jahre lang die SPIEGEL-Story und kam am Ende zum Ergebnis: Sie stimmt.

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

Warum drückt man eigentlich die Daumen, wenn man jemandem Erfolg wünscht?

Union Investment

Wir können nicht alles erklären, aber wie Investmentfonds mehr aus Ihrem Geld machen können, schon

- Egal, ob Sie anlegen, ansparen oder für die Zukunft vorsorgen möchten, wir haben eine passende Lösung für Sie
- Auch mit kleinen Beträgen: Schon ab 25,– Euro monatlich sind Sie dabei
- Sie bleiben flexibel, denn Ihr Geld ist grundsätzlich bewertungstäglich verfügbar

Wenn Sie mehr wissen möchten, fragen Sie Ihren Berater bei der Volksbank Raiffeisenbank.
Oder besuchen Sie uns auf www.geld-anlegen-klargemacht.de.

Geld anlegen klargemacht

Weitere Informationen, die Verkaufsprospekte und die wesentlichen Anlegerinformationen erhalten Sie kostenlos in deutscher Sprache bei allen Volks- und Raiffeisenbanken oder direkt bei Union Investment Service Bank AG, Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt am Main, unter www.union-investment.de oder telefonisch unter 069 58998-6060. Stand: 1. Februar 2016.

Einfach QR-Code scannen und auf unserer Internetseite informieren.

ERSTER SEIN!

Jetzt das neue SAMSUNG Galaxy S7 bestellen!

SAMSUNG
Galaxy S7

Kostenlos dazu bis 31. März!

SAMSUNG
Gear VR

NEU!

ab **0,– €***

Internet made in Germany

Expertenrat? Jederzeit: 1 ANRUF GENÜGT

In Ruhe ausprobieren: 1 MONAT TESTEN

Defekt? Morgen neu! 1 TAG AUSTAUSCH VOR ORT

02602 / 96 96

1&1

1und1.de

*Bei Abschluss einer 1&1 All-Net-Flat ab 9,99 €/Monat mit Bestellung eines SAMSUNG Galaxy S7 oder S7 edge ab 10,– € mehr pro Monat, ggf. zzgl. einmaligem Gerätepreis (Höhe geräteabhängig) vom 11.03. - 31.03.2016. 24 Monate Vertragslaufzeit. Bereitstellungspreis 29,90 €, keine Versandkosten. Tarifpreis im E-Netz. Preise inkl. MwSt. Lieferung der Brille erfolgt automatisch und voraussichtlich im April 2016. 1&1 Telecom GmbH, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur

Schicksale 25 Jahre nach dem Brandanschlag von Hünxe – wie geht es den Opfern, wie den Tätern? II

Schriftsteller Bestsellerautor Frank Schätzing über seine Begeisterung für das Lese-Festival Lit.Cologne VI

Bonn Erstmals lenkt ein Oberbürgermeister mit Migrationshintergrund eine deutsche Großstadt VIII

Asylbewerber

Flüchtlingshelfer unterschlägt Geld

In einer Erstaufnahmeeinrichtung am Flughafen Düsseldorf soll ein Sozialbetreuer Gelder unterschlagen haben. Mahmoud K., ein deutscher Staatsbürger, war in der Unterkunft dafür zuständig, Flüchtlingen Geld zu übergeben, das ihnen zustand. Mitte vorigen Jahres hat er offenbar mehr als 1200 Euro in Empfang genommen, aber nicht komplett an die Asylbewerber weitergegeben. Er habe ihnen gesagt, die Auszahlung verzögere sich. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat inzwischen einen Strafbefehl gegen Mahmoud K. erwirkt, der allerdings noch nicht rechtskräftig ist. Der Vorfall ist heikel, da es einen Mitarbeiter der Firma European Homecare betrifft. Das Unternehmen war in die Kritik geraten, weil von ihm beauftragte Wachmänner in einem Flüchtlingsheim in Burbach Bewohner misshandelt hatten. European Homecare versichert über seine Anwälte, der Mitarbeiter sei fristlos entlassen worden. Zudem habe man den Fehlbetrag in Höhe von rund 800 Euro an die Flüchtlinge ausgezahlt. fis

Fußnote

1,5 Mio.

Besucher hatte die Zeche Zollverein im vergangenen Jahr. Von 1851 bis 1986 wurde in der Essener Schachtanlage Steinkohlenbergbau betrieben. Danach entstanden dort das Ruhr Museum und Ausstellungsräume für Gegenwartskunst. Seit 2001 gehören die Schachtanlagen und die Kokerei zum Weltkulturerbe. bas

Chicharito

FEDERICO GAMBARINI / DPA

Fußball

Chicharito, ein Schnäppchen

Warum 11,5 Millionen Euro Ablöse für den Stürmer preiswert sind

Bayer Leverkusen hat mit der Verpflichtung seines Stürmerstars Javier Hernández Balcázar, genannt Chicharito, offenbar ein sehr gutes Geschäft gemacht. Dies geht aus dem 13 Seiten umfassenden Leihvertrag hervor, den Manchester United und Real Madrid im Spätsommer 2014 für den Torjäger abgeschlossen hatten und der dem SPIEGEL von der Enthüllungsplattform Football Leaks zugespielt wurde. Ein Jahr vor seinem Wechsel in die Bundesliga war Chicharito am 1. September 2014 auf Leihbasis für eine Saison von Manchester nach Madrid gewechselt. Real überwies demnach für diesen zeitlich begrenzten Deal eine Gebühr von drei Millionen Euro in zwei Tranchen auf ein Konto von Manchester United bei der National Westminster Bank. Darüber hinaus sicherte sich Real Madrid eine Kaufoption für den Spieler: Sollten sich die Spanier bis Ende Januar 2015 entscheiden, Chicharito zum 1. Juli 2015 fest unter Vertrag zu nehmen, würden 23 Millionen Euro Ablöse fällig. Für den Fall, dass Madrid erst bis Ende April 2015 die Kaufoption ziehen würde, sollte sich die Transfersumme auf 25 Millionen Euro netto erhöhen. Weil Real auf einen Kauf Chicharitos verzichtete, kam Bayer Leverkusen zum Zug – für dem Vernehmen nach bescheidene 11,5 Millionen Euro Ablöse an Manchester United unterschrieb der Mexikaner einen Dreijahresvertrag. In Deutschland kam Chicharito, der mit einer spanischen Formel-1-Reporterin liiert ist, von Beginn an bestens zurecht: Nach 14 Toren in 20 Bundesligaspielen liegt der Marktwert für den Toptransfer, dem auf Twitter über sechs Millionen Menschen folgen, bei rund 18 Millionen Euro. Bei Bayer wissen sie genau, was sie an dem 27-Jährigen haben. Geschäftsführer Michael Schade: „Wir hatten hohe Erwartungen an ihn – die hat er übertroffen.“ rab, wul

Sohn Muhammad, Vater Fauzi Saado

RALPH SONDERMANN /DER SPIEGEL

Narben auf der Seele

Schicksale Vor 25 Jahren wurde die Familie Saado in Hünxe Opfer eines Brandanschlags. Die neue Gewaltwelle gegen Flüchtlinge lässt das dramatische Geschehen wieder aufleben – bei den Saados, aber auch bei einem der Täter.

Das Grauen schien verarbeitet, nicht vergessen, aber einigermaßen weggepackt, es war ja auch viel Zeit vergangen seitdem. Aber jetzt ist es wieder präsent, die Bilder im Fernsehen haben es hervorgezerrt, Bilder von brennenden Asylbewerberheimen, Bilder von fanatischen Mobs, Bilder aus Bautzen und Clausnitz, aus Bamberg und Altena.

Fauzi Saado, 52, ein älterer Herr mit schütterem Haar und ein paar Kilo zu viel um die Hüften, hat sie von seinem Sofa aus gesehen – und heute will er reden. „Man muss darüber reden“, sagt der gebürtige Libanese, „es darf nie wieder geschehen.“

Seit Monaten kommen die Erinnerungen bei ihm wieder hoch, die Flammen, die Schreie seiner Tochter, das ausgebrannte Kinderzimmer. „Die Bilder sind noch im Kopf, sie waren immer im Kopf“, sagt er. Das Reden ist nicht einfach für Fauzi Saado. Immer wieder stockt die Stimme. Wie leicht hätte er eines seiner Kinder verlieren können, in dieser Nacht zum 3. Oktober 1991.

Gegen ein Uhr flog ein Molotowcocktail durch ein Fenster in jenes Zimmer der Flüchtlingsunterkunft, in dem seine Töchter Zeinab, Salma und Muqaddis sowie sein Sohn Muhammad schliefen. Nach Sekunden brannte es lichterloh.

Fauzi Saado war noch wach, rannte hinüber ins Kinderzimmer, sah Zeinabs Schlafanzug brennen, versuchte die Flammen mit einer Decke zu ersticken, schrie seiner Frau zu, sie solle mit den anderen Kindern nach draußen, nahm Zeinab auf den Arm und legte sie vor dem Haus auf den Bürgersteig. Dann rannte der Vater zurück in die brennende Wohnung und holte Muqaddis. Dann Salma.

Drinnen brannte jetzt alles, der Rauch ließ seine Augen tränen. Da hörte er Muhammad rufen. Noch einmal rannte er in das Inferno, doch er fand den Jungen nicht. Es dauerte Sekunden, die sich anfühlten wie eine Ewigkeit, bis er seinen Sohn in dem kleinen Bett, versteckt unter der Decke fand.

Als die Feuerwehr kam, war die Familie schon in Sicherheit. „Wenn ich das damals nicht selbst geschafft hätte, wären meine Kinder wahrscheinlich gestorben“, sagt Fauzi Saado.

Das Drama sollte als der „Brandanschlag von Hünxe“ in die Geschichtsbücher eingehen, genannt in einem Atemzug mit den Anschlägen von Rostock-Lichtenhagen, Solingen und Mölln. Die Polizei ermittelte drei Täter zwischen 18 und 19 Jahren: Uwe Bauer, Ludger Schwarz und René Kowalski*.

In der Nacht zum Tag der Deutschen Einheit hatten sie zusammen mit ein paar anderen Rechtsextremen eine Kiste Bier und zwei Flaschen Johnnie Walker geleert – und dann einen folgenschweren Entschluss gefasst: Sie wollten „Asylanten vertreiben“.

Die drei zapften aus dem Tank eines Mofas Benzin ab und füllten es in Flaschen. Hinüber, bis zum Asylbewerberheim in Hünxe, waren es mit dem Auto nur wenige Minuten.

Schwarz, Bauer und Kowalski erhielten Jugendstrafen zwischen dreieinhalb und

* Namen geändert.

„INDUS investiert gezielt in den Mittelstand. Die Zusammenarbeit mit der WGZ BANK öffnet uns dabei viele Türen."

Jürgen Abromeit
Vorstandsvorsitzender
INDUS Holding AG

INITIATIVBANKING FÜR DEN MITTELSTAND

Als führender, wachstumsorientierter Finanzinvestor für Unternehmensbeteiligungen im deutschen Mittelstand erwirbt die INDUS Holding AG hauptsächlich inhabergeführte Gesellschaften und unterstützt diese bei ihrer unternehmerischen Entwicklung.

„Zum Erwerb von Unternehmensbeteiligungen greifen wir auf langfristige Kreditmittel der WGZ BANK zurück, die uns auch bei Auslandsaktivitäten sowie Themen rund um unsere INDUS-Aktie begleitet. Auch bei unserer Beteiligung an der OBUK Haustürfüllungen GmbH & Co. KG öffnet uns die WGZ BANK neue Türen", so Jürgen Abromeit, Vorstandsvorsitzender der INDUS Holding AG.

WGZ BANK – die Initiativbank für den Mittelstand: **0211/778-2112**
initiativbanking@wgzbank.de

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

WGZ BANK
Die Initiativbank

GEORG LUKAS

ARNO WOLTER / NRZ / FUNKE FOTO SERVICES

Tochter Zeinab 1992, ausgebranntes Kinderzimmer: „Dieses Auslachen, es war richtig schlimm“

fünf Jahren. Kowalski nahm sich nach seiner Entlassung das Leben, Schwarz tauchte unter, hat keinen festen Wohnsitz, Bauer lebt wieder am Niederrhein. Nur wie lebt er, und was denkt er, gerade in diesen Wochen, wo wieder Brandsätze fliegen vor Unterkünften von Asylbewerbern?

Als Fauzi Saado 1988 vor dem Bürgerkrieg im Libanon floh, wollte er nur „leben, wie die anderen auch“. Verwandte und Bekannte hatten ihm erzählt, dass Deutschland ein schönes Land sei. „Sie haben eine Demokratie und helfen. Und sie haben keinen Krieg“, meinte Fauzi.

Seine Frau, er und die älteren Kinder landeten erst in Essen, dann schickte das Ausländeramt sie nach Hünxe, einen verschlafenen Ort mit 13 000 Einwohnern und vielen backsteinverklinkerten Häusern am Niederrhein.

Neben Fauzi hat sein Sohn Muhammad Platz genommen, ein Mann von fast 30 Jahren, der inzwischen selbst drei Kinder hat. Ein Kinnbart umrahmt sein Gesicht. Man sieht ihm an, dass er gern lacht, aber in seinen Zügen liegt auch Traurigkeit. „Wir reden jetzt wieder mehr darüber“, sagt er. „Wenn wir die Nachrichten schauen, dann ist es wieder da.“

Muhammad war damals vier Jahre alt. „Ich weiß das noch ganz genau“, im Zimmer habe es gebrannt, er habe die Bettdecke mit beiden Fäusten gegriffen und sie über den Kopf gehalten. Er habe geschrien – bis der Vater die Decke weggezogen habe.

„Es ist wie ein Film, der sich vor meinen Augen abspielt“, erzählt Muhammad. Zu dem Film gehört der Weg nach draußen, auf dem Arm seines Vaters. Und der Anblick seiner Schwester Zeinab, die auf dem Gehweg liegt.

„Sie lag da, alles an ihr war verbrannt“, erinnert sich Muhammad, „ich habe ihre verkohlten Beine gesehen.“ Auch er macht nun eine Pause. „Und dann war der Geruch“, Muhammad verzieht das Gesicht, „Ich kann das nicht beschreiben. Es ist unbeschreiblich.“

30 Prozent der Haut von Muqaddis waren verbrannt. Bei Zeinab waren es 80 Prozent. Sie kämpft nach vielen Operationen bis heute mit den Folgen.

Die beiden Frauen sind heute verheiratet. Sie haben Kinder und leben in anderen Städten. Sie wollen nicht mehr über damals sprechen, zumindest nicht öffentlich.

Vor zwei Jahren haben sie es einmal getan, gegenüber einem Team von SPIEGEL TV. „Alles, was wir uns aufgebaut hatten, wurde gelöscht, in einer Sekunde“, sagte Muqaddis, „ich hasse diesen Tag.“

Und Zeinab erzählte, wie sie mit den Schmerzen aufwuchs. Dass sie immer weite Sachen anzog und viel zu Hause blieb, um nicht mit anderen Kindern zusammen zu sein. „Die Schulzeit war schlimm“, sagte Zeinab. Die Schüler sprachen sie auf die Narben an, sie schauten sie im Schwimmbad an, hänselten sie. „Dieses Auslachen, es war richtig schlimm.“ Noch heute klingt ihre Stimme heiser, die Stimmbänder haben sich nicht vollständig regeneriert.

Nach dem Schuldspruch bekamen Muqaddis und Zeinab ein Schmerzensgeld von 255 000 Mark zugesprochen, zu zahlen von den Tätern. Doch bis heute haben sie davon so gut wie nichts gesehen. René Kowalski verstorben, Ludger Schwarz verschwunden. Uwe Bauer angeblich verarmt. Sie überwiesen nur wenige Hundert Euro.

Während für Muqaddis die Täter „das Allerletzte“ sind, würde Zeinab gern wissen, was sie heute über ihre Tat denken.

Als Familie Saado im Herbst 2014 über einen Anwalt wegen des ausstehenden Schmerzensgelds Kontakt zu Bauer aufnahm, bekam sie eine lapidare Antwort. Seine finanzielle Situation habe sich „leider nicht verbessert“. Er werde demnächst „ergänzende Sozialleistungen beantragen“. Bis auf Weiteres bitte er darum, die Forderung zurückzustellen und „auf weitere Vollstreckungsmaßnahmen zu verzichten“. Von Reue zeugte das Schreiben nicht.

Zeinab, so sagte sie in die Fernsehkamera, würde ihn gern fragen, ob es ihm leidtue. „Und ich möchte gern wissen, wie er lebt“, sagte Zeinab, „hat er Kinder?“

Uwe Bauer hat zwei Kinder. Die Familie wohnt in einem kleinen, ein wenig verwitterten Backsteinhaus. Hinten im Garten steht eine Rutsche für die Kinder.

An einem Abend der vergangenen Woche geht die Sonne langsam unter, als Bauer gemeinsam mit seiner Frau und den beiden Kindern mit dem Auto nach Hause kommt. Die ältere Tochter läuft nach vorn zur Einfahrt. Bauer steigt auf der Beifahrerseite aus.

Er ist ein großer, kräftiger Mann, trägt eine Schirmmütze und eine Outdoorjacke. Die dunkelblonden Haare, die unter der Mütze hervorragen, sind mit grauen Strähnen durchsetzt. Er hat dunkle Ringe unter den Augen. „Ja, ich bin es“, sagt er.

Als ihm klar wird, dass es um den Brandanschlag von 1991 gehen soll, wird er zunächst aggressiv. „Hört das denn niemals auf?“, ruft er. „Uwe“, mahnt ihn seine Frau. Und noch mal, etwas dringender: „Uwe, komm.“

Doch er folgt ihr nicht ins Haus. Er sagt, dass das alles mehr als 20 Jahre her sei. Dass er nicht reden wolle.

Und dann tut er es doch. Manchmal kippt seine Stimme, als würde er gleich schluchzen und weinen. Manchmal sind es nur Satzfetzen, die er hervorbringt, so wie ihm offenbar die Erinnerung nun in Fetzen durch den Kopf rast. Und es gibt Augenblicke, in denen er ganz klar ist. „Ich kann es nicht ungeschehen machen“, sagt er dann, „auch wenn ich nichts lieber tun würde.“ Er weiß, dass er das Leben von Familie Saado ruiniert hat – und sein eigenes gleich mit.

Nach der Haft zog er wieder ins nördliche Ruhrgebiet, wurde zum Alkoholiker, begann mit harten Drogen; am Ende war er heroinabhängig. „Wegen der Drogensachen“ kassierte er zuletzt noch einmal eine Bewährungsstrafe.

Inzwischen sei er weitestgehend runter von den Drogen, sagt er. Er hat ein Entzugsprogramm gemacht und Methadon genommen. Doch die Dämonen, die ihn an seine Beteiligung an dem Anschlag erinnern, lassen ihn nicht los. „Jeden Abend, wenn ich ins Bett gehe, geht es wieder los“, sagt er. Ein paarmal habe er sich zur Psychotherapie angemeldet und dann geknifen: „Was soll mir so jemand denn sagen?“

Wenn Uwe Bauer heute an den Oktober 1991 zurückdenkt, will er sich nicht als Neonazi sehen. Er habe als Waver begonnen, sich dann als Punk versucht und sei schließlich bei den Rechtsextremen gestrandet. Er hätte auch irgendwo anders landen können, es ergab sich eben so. Seine Freunde und er kifften und soffen. Sie klopften ihre rechten Sprüche, ab und zu landeten sie im „PG“, wie sie den Polizeigewahrsam nannten. „So war das damals“, sagt Bauer.

An jenem Abend vor dem Anschlag trank einer mit ihrer Clique, der eigentlich nicht dazugehörte: Ludger Schwarz. „Manchmal frage ich mich, ob alles so passiert wäre, wenn der Ludger nicht da gewesen wäre“, seufzt er. Wäre es dann nicht passiert? Bauer macht eine Pause. „Ich weiß es nicht.“

Vor dem Asylbewerberheim stand René Kowalski hinten. Ludger Schwarz und Uwe Bauer warfen die Molotowcocktails auf das Haus. Einer von ihnen landete an der Wand, der andere flog durchs Fenster. „Manchmal wünsche ich mir, dass es Ludgers Wurf war, der durch das Fenster gegangen ist“, sagt Bauer, „dann frage ich mich, ob heute alles anders wäre.“

SPIEGEL TV

Brandstifter Bauer 1991
Allein bleiben, abstürzen, früh sterben

Wessen Flasche flog denn durch das Fenster? Bauer schaut nach unten, scharrt mit dem Fuß. „Ich weiß es nicht“, murmelt er, „aber das würde es ja auch nicht weniger schlimm machen. Ich war ja dabei.“

So geht es zu in seinem Kopf, seit fast 25 Jahren. Er kann sich nicht erklären, warum sie das alles taten. Er ist sich ein Rätsel. Und zu dem Unerklärlichen von damals kommt hinzu, dass vor den Saados schon einmal eine libanesische Familie in der Asylunterkunft lebte. „Und mit dem Sohn dieser Familie bin ich zur Schule gegangen, der war mein Freund“, ruft er. „Ich war da zum Mittagessen.“

Vielleicht will er damit sagen, dass er doch gar kein Neonazi war, aber er lässt den Satz so stehen. Er ist jetzt in einem Stadium, in dem er von Thema zu Thema springt. Stammelt, dass jetzt wieder alles zurückkomme, dass er sich betäuben müsse.

Entschuldigt hat sich Bauer bis heute nicht bei den Saados. Er wisse nicht, wie viele Male er in Gedanken einen Brief entworfen habe. Wie viele Male er sich vorgenommen habe, jetzt etwas zu schreiben, und es dann doch nicht tat. „Ob es mir leidtut? Es tut mir leid“, sagt Bauer. „Aber es gibt keine Worte, die das, was wir ihnen angetan haben, entschuldigen können.“

Bauer hat in Hünxe keinen Freundeskreis mehr. Er hat keinen Sportverein, er meidet den Ort, weil ihn da alle anschauen, glaubt er. Nach der Haft, in den Jahren des Absturzes, hatte er einen Plan gefasst: allein bleiben, abstürzen, früh sterben.

Aber jetzt hat er eine Frau und zwei Kinder und will ein guter Vater sein. „Ich bin doch eigentlich kein schlechter Mensch“, sagt er. Er sagt, dass er sich gern engagieren würde, zusammen mit seiner Tochter helfen, vielleicht bei einem Integrationsprojekt mitmachen. Dann schaut er auf den Boden und schweigt.

Seit Monaten versucht er, sich von den Nachrichten abzukapseln. Aber natürlich verfolgt er die Anschläge. „Jetzt geht die ganze Scheiße wieder los“, sagt er.

Nicht weit von seinem Wohnort entfernt wird gerade eine neue Asylunterkunft gebaut. Die Menschen, die dort einziehen sollen, werden nicht wissen, was in Hünxe einst geschah. „Mein größter Albtraum ist, dass da wieder die Dinger reinfliegen und es wieder brennt“, sagt er.

Bauer will, sobald es ihm finanziell ein wenig besser geht, wieder Geld an die Familie überweisen. Die Gesamtsumme wird er freilich niemals abbezahlen können.

Das weiß auch Fauzi Saado. Vom Staat bekommt Zeinab monatlich 500 Euro Opferrente, Muqaddis 129 Euro. Aber die Wunden seiner Töchter, das Trauma der Familie, die Narben auf der Seele sind ohnehin mit Geld nicht zu heilen. Der Vater sagt, er schlucke jeden Tag einen Cocktail aus Beruhigungsmitteln und Antidepressiva, er zeigt wie zum Beweis seine Hausapotheke. Er ist wieder bei den Bildern im Kopf, bei der Angst, die zurückgekehrt ist.

„Ja, wahrscheinlich sind das zu viele Menschen für Deutschland“, sagt Fauzi, „aber ich verstehe die Deutschen nicht, dass sie so etwas machen.“

Er macht eine Pause, als ringe er um die richtigen Worte. Sein Deutsch ist nach Jahrzehnten im Land gut, aber nicht perfekt. „Menschen sind doch Menschen“, bringt er schließlich hervor. Fidelius Schmid

„Abrissbirne für Elfenbeintürme“

Schriftsteller Bestsellerautor Frank Schätzing über den erfolgreichsten Lese- und Plaudermarathon des Landes, die Lit.Cologne – und warum sich Künstler um Flüchtlinge kümmern

LUZPHOTO / FOTOGLORIA

192 Veranstaltungen umfasst das Literaturfest Lit.Cologne, über 100 000 Besucher werden bis zum 19. März an ungewöhnlichen Orten in Köln erwartet: Gelesen, gesungen und gespielt wird etwa im Dom, dem NS-Dokumentationszentrum, auf Rheinschiffen und in Theatern. Zu den Gästen gehören neben **Frank Schätzing,** 58, Nobelpreisträger Orhan Pamuk, Monika Maron, Elke Heidenreich und Martin Walser.

SPIEGEL: Herr Schätzing, am Sonntagabend werden Sie über den frierenden Frankenstein sprechen, Tage später schlüpfen Sie in die Rolle eines syrischen Flüchtlings. Erklären Sie uns doch bitte die Lit.Cologne.
Schätzing: Ganz einfach. Die Lit. hat Autoren und Leser vom Muff der klassischen Literaturlesung befreit. Sie ist das Monterey Pop Festival des geschriebenen Wortes. Bis dahin kauerte man in Buchhandlungen zwischen Reiseführer- und Kochbuchregal, wagte sich kaum zu räuspern, während manch großartiger Autor im Schein einer Lesefunzel tat, was er am wenigsten konnte und wollte, nämlich vorlesen.
SPIEGEL: Bei der Lit.Cologne lesen doch auch Autoren vor.
Schätzing: Die es können und Lust darauf haben. Den anderen stellt man prominente Partner an die Seite, die den Lesepart übernehmen und sie live interviewen. Da geschehen kleine Wunder. Viele Autoren, die ungern vorlesen, blühen im Gespräch auf.
SPIEGEL: Wieso waren Sie nicht von Anfang an dabei, im Jahr 2001?
Schätzing: Natürlich hörten wir Kölner Autoren von diesem neuen Festival. Und da Köln ein bisschen zur Nabelschau tendiert, gingen wir felsenfest davon aus, alle eingeladen zu werden. Wurden wir aber nicht.
SPIEGEL: Waren Sie verärgert?
Schätzing: Einige waren sauer. Ich fand das cool. Literatur ist ja kein ursächlich kölsches Phänomen, aber viele missverstanden Lit.Cologne als Vehikel der Kölner Autorenszene. Bis klar wurde, „Cologne“ definierte schlicht den Austragungsort. Es ging um Weltliteratur. Die drei Jungs, die dahinterstanden, wollten ein internationales Festival etablieren. Auf rheinische Befindlichkeiten nahmen sie keine Rücksicht.
SPIEGEL: Wie stark war der Gegenwind?
Schätzing: Anfangs? Orkanstärke. Keine Unterstützung der Stadt, totgeschwiegen in den Kölner Medien. Dafür jede Menge beleidigte Mienen.
SPIEGEL: 2004 kam „Der Schwarm“ heraus und wurde ein Megaerfolg. Und Sie durften endlich zur Lit.Cologne.
Schätzing: Und die schlugen gleich den Gürzenich vor …
SPIEGEL: … Kölns gute Stube mit 1200 Plätzen.
Schätzing: Das Höchste, was ich bis dahin hatte, waren mal 80 Leute in Köln-Longerich und 20 in Hamburg. Da kratzt man sich schon am Hinterkopf. Aber ich bin für abgedrehte Ideen immer zu haben. Und dann bekamen wir die Hütte tatsächlich voll.
SPIEGEL: Und Sie haben nicht nur vorgelesen, sondern eine Show daraus gemacht?
Schätzing: Mir schwebte eine Art Kinolesung vor. Mit suggestiven Soundtracks, Videointeraktion, 15 Meter breiter Leinwand …
SPIEGEL: Wurden Ihre Wünsche umgesetzt?
Schätzing: Die zuckten nicht mal. Sie sagten nur, prima, dann verbinden wir dich mit unserer Technikabteilung. Was die Livedramatisierung von Literatur angeht, haben wir wohl Pionierarbeit geleistet.
SPIEGEL: Ist das Publikum hier anders als in Ihren „normalen“ Lesungen?
Schätzing: Nein, genauso. Kenntlich vor allem durch die, die fernbleiben. Puristen, die schon „Eventisierung!“ schreien, wenn ein Buchtext von Iris Berben oder Matthias Brandt vorgelesen wird, gehen nicht zur Lit. und schon gar nicht zu mir. Die wollen ihren Elfenbeinturm, und die Lit. ist die Abrissbirne für Elfenbeintürme. Hier darf Literatur funkeln im größeren Spektrum. Patti Smith war hier, Gorbatschow, Willemsens Talk mit Lagerfeld ist legendär. Es ist dieser Mix, der das progressivste, breitest gemischte Publikum anzieht, das ein Literaturfestival sich wünschen kann.
SPIEGEL: Im Mittelpunkt der 16. Lit.Cologne stehen die Flüchtlinge. Wird das nicht ein bisschen viel?
Schätzing: Zu viel was? Realität? Eine Million Menschen sind hier, und gerade vertiefen sich Gräben zu Schluchten. Wir müssen Brücken bauen.
SPIEGEL: Und das soll Ihnen gelingen, indem Sie auf der Benefizgala in der Lanxess Arena Texte über die Flucht lesen?
Schätzing: Wir nutzen das wichtigste Verständigungs- und Differenzierungsmittel, das uns gegeben ist: Sprache. Flüchtling droht gerade zum Gattungsbegriff zu werden, wir verlieren das Einzelschicksal aus den Augen. Da kommen Menschen unterschiedlichster Herkunft, Sozialisierung, Bildung. Was wissen wir voneinander? Sprachlosigkeit trennt. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, uns gegenseitig unsere Geschichten erzählen zu können.
SPIEGEL: Der Erlös geht an die Til Schweiger Foundation, für deren Gründung der Schauspieler viel Kritik einstecken musste.
Schätzing: An dieser Stelle sei mal gesagt, dass Til mit seiner Initiative einen super Job macht! Er wird mit regionalen Organisationen Sprachkurse organisieren und finanzieren. Jetzt hoffen wir, dass möglichst viele Menschen Tickets sponsern. Für Jugendliche, deutsche wie zugewanderte.
SPIEGEL: Warum ist Ihnen das jüngere Publikum so wichtig?
Schätzing: Kids sind unvoreingenommen. Sie kommen nicht mit Hass auf die Welt. Noch können wir beeinflussen, ob diese jungen Menschen Hoffnungs- oder Problemträger werden. Niemand will in Deutschland Pariser Vorstadtverhältnisse, aber wenn wir heute nicht auf Integration setzen, wird uns genau das blühen. Und keine Sorge: Die Gala wird kein Betroffenheitsmarathon. Interview: Barbara Schmid

Kritisch, investigativ, **regional!**

6 x DEN SPIEGEL MIT REGIONALTEIL FÜR NUR € 19,90 TESTEN.

Prämie zur Wahl

NEU: mit 8 Seiten NRW extra

€ 10,– Gutschein für Sie

Sie haben die Wahl: Der DriversChoice-Tankgutschein ist bei über 8000 Tankstellen einlösbar. Oder nutzen Sie Ihren Amazon.de Gutschein* für Bücher, CDs, Spiele und vieles mehr.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

* Amazon.de ist kein Sponsor dieser Werbeaktion. Amazon.de Gutscheine („Gutscheine") sind für den Kauf ausgewählter Produkte auf Amazon.de und bestimmten Partner-Webseiten einlösbar. Sie dürfen nicht weiterveräußert oder anderweitig gegen Entgelt an Dritte übertragen werden, eine Barauszahlung ist ausgeschlossen. Aussteller der Gutscheine ist die Amazon EU S.à r.l. in Luxemburg. Weder diese noch verbundene Unternehmen haften im Fall von Verlust, Diebstahl, Beschädigung oder Missbrauch eines Gutscheins. Gutscheine können auf www.amazon.de/einloesen eingelöst werden. Dort finden Sie auch die vollständigen Geschäftsbedingungen. Alle Amazon ® ™ & © -Produkte sind Eigentum der Amazon.com, Inc. oder verbundener Unternehmen. Die Gutscheine sind bis zu dem angegebenen Ablaufdatum einlösbar. Es fallen keine Servicegebühren an.

Ja, ich möchte 6 x den SPIEGEL für nur € 19,90 frei Haus testen, über **27 % sparen und eine Prämie!**

Meine SPIEGEL-Testvorteile:

- ✓ 6 x den SPIEGEL testen
- ✓ Über 27 % Preisvorteil
- ✓ Kostenfreie Lieferung
- ✓ Inklusive LITERATUR SPIEGEL
- ✓ Praktischer Urlaubsservice
- ✓ NEU: mit NRW-Regionalteil

Gleich mitbestellen!

☐ Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für ~~€ 3,99~~ im Einzelkauf. SD16-043

Meine Wunschprämie:

☐ 10 € Amazon.de Gutschein (5065)
☐ € 10,– Tankgutschein (5034)

Anschrift:

☐ Frau
☐ Herr

Name/Vorname

Straße/Hausnr. Geburtsdatum 19

PLZ Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen) E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Wenn ich mich nach Erhalt der 4. Ausgabe nicht melde, möchte ich den SPIEGEL mit NRW-Regionalteil weiterbeziehen, dann für zurzeit € 4,40 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

☐ Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Ich nutze die bequemste Zahlungsart: per SEPA-Lastschrift*

DE
IBAN

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Datum Unterschrift ✗ SP16-030

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZZ00000030206

Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

040 3007-2700

abo.spiegel.de/nrw

Der Vorzugspreis von € 0,50 für den digitalen SPIEGEL gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Meine Prämie erhalte ich direkt nach Zahlungseingang. Das Angebot gilt nur in Nordrhein-Westfalen. Bei Sachprämien wird eine Zuzahlung von € 1,– erhoben. Ausgenommen sind Gutscheine und Bücher. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Hinweise zu den AGB und Ihrem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Exot aus Lengsdorf

Bonn Oberbürgermeister Ashok Sridharan wundert es, wenn er als Integrationserfolg gefeiert wird – er hat fast sein ganzes Leben in der Stadt verbracht.

Wie er dasitzt, auf dem Podium im großen Veranstaltungsraum eines Bonner Bankhauses, erinnert er an Imagefilme global operierender Unternehmen: dunkler Anzug, Hornbrille, gestreifte Krawatte und eine Figur, der sportliches Training anzusehen ist. Die Haut hat einen Bronzeton, „anders“ nennt Ashok-Alexander Sridharan sie. Nach Erfolg sieht dieser Mann aus, weltläufig, modern.

Seit Oktober 2015 regiert er die Stadt; an diesem Abend trifft er im Bankhaus auf Abgesandte von Verbänden. Die Damen und Herren vertreten Interessen von Energieversorgern, Landwirten oder Rollladenherstellern, einer spricht für Beschäftigte des Verteidigungsministeriums. Nach wie vor unterhalten alle Bundesministerien einen Sitz in der ehemaligen Hauptstadt; der Aufwand ist enorm, und in Berlin ist daher gerade wieder viel von Umzugsplänen die Rede.

In Bonn allerdings gilt an diesem Abend nur eine Meinung: Ein vollständiger Exodus der Ministerien? Darf niemals geschehen! Die Lobbyisten leben vom Kontakt zur Macht, sie müssten ebenfalls umziehen, ihr Familienalltag hängt an der Standortfrage. Aber eben auch das Steueraufkommen und das Prestige der Stadt. „Ich teile Ihr Anliegen“, sagt Sridharan also. „Wir sind, da seien Sie versichert, auf die Gespräche mit der Bundesregierung vorbereitet.“

Erstmals seit 21 Jahren steht wieder ein Christdemokrat an der Bonner Spitze, sein überraschend klarer Wahlsieg fand bis ins Ausland Interesse: Einen wie ihn gab es noch nie in einer deutschen Großstadt – einen Oberbürgermeister mit Migrationshintergrund. Der Vater Inder, die Kindheit zweisprachig in Deutsch und Englisch, als Junge schon reiste Sridharan regelmäßig nach Chennai, dem ehemaligen Madras. Ein Bruder lebt in Australien, eine Cousine in Brasilien; Freunde in Neuseeland und den USA. Der 50-jährige Jurist ist zudem Fachmann für Verwaltung. Er verkörpert, so wirkt es, jenen Politikertypus, der in Kommunen viel zu häufig fehlt: versiert, gewandt – und ein Beispiel gelungener Integration.

OLIVER BERG / DPA

Menschen aus **NRW**

Einiges war schiefgelaufen unter seinen Vorgängern. Den Bau eines großen Kongresszentrums begleiteten Skandale und Millionenverluste, alteingesessene Unternehmen wie jüngst Haribo wanderten ab, und die Pläne für ein Festspielhaus, das den Geburtsort Ludwig van Beethovens auf dem internationalen Musikmarkt stärker verankern sollte, endeten in Streitigkeiten. Mehrfach geriet die Stadt zudem ins Visier des Verfassungsschutzes. Vor allem Bad Godesberg, das frühere Viertel der Diplomaten, gilt als ein Zentrum für gewaltbereite Salafisten.

Dann die Flüchtlinge: Innerhalb der vergangenen sieben Monate vervierfachte sich deren Anzahl auf fast 3800, kein anderes Thema beschäftigt Sridharan gleichermaßen. In den Wochen vor Karneval hat er Handzettel mit Verhaltensregeln für das Brauchtum verteilen lassen, er sah es als einen Teil der Willkommenskultur an. Registrierung, Unterbringung, Betreuung, gerade hat der Stadtrat 58 zusätzliche Verwaltungsstellen bewilligt, Sridharan ist darüber erleichtert, auch wenn es ihm nun noch schwerer fallen dürfte, den Haushalt wie angekündigt zu konsolidieren.

Über 1,7 Milliarden Euro Schulden, die Ansprüche der Bürger an Kultur, Sport und Bildung sind hoch, unter den 321 000 Einwohnern sind viele noch an den hochsubventionierten Standard aus Hauptstadtzeiten gewöhnt. Die Frage nach einem neuen Bonner Selbstverständnis ist auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht abschließend beantwortet. Die Konzernzentralen der Telekom und der Deutschen Post stehen für weltweite Dienstleistungen, als „Uno-Stadt“ beherbergt Bonn 18 Organisationen der Vereinten Nationen und Menschen aus 176 Ländern. Ein Mann wie Sridharan, darauf fußt sein Erfolg, könnte den globalen Anspruch verkörpern und so die Stadt in ihre Zukunft führen.

Die Einheimischen können ziemlich sicher sein, dass er den Rahmen ihrer Welt am Rhein dabei kaum sprengen wird: Sein internationales, leicht exotisches Image ruht fest auf einer Bonner Bilderbuch-Biografie konservativer Art. Er ist in der Stadt geboren, die Mutter entstammt einer alteingesessenen Familie aus dem Ortsteil Lengsdorf, der indische Vater war Diplomat, die Erziehung bewusst katholisch. Jesuitenkolleg, Abitur, Bundeswehr, Jurastudium, Heirat, Verwaltungskarriere, drei Kinder – alles in und rund um Bonn. 1993 trat Sridharan in die CDU ein, bis zu seiner Wahl versah er 13 Jahre lang das Amt des Kämmerers in Königswinter, einer kleinen Stadt unterhalb des Drachenfelsens auf der anderen Rheinseite.

Wer ihn nach Fremdenfeindlichkeit fragt, erntet ein Kopfschütteln. Einmal sei er als Jugendlicher dumm angesprochen worden: „Du wissen wo Hertie?“ Der Herr solle erst mal richtig Deutsch lernen, antwortete Sridharan da, dann könne er sich gern wieder an ihn wenden. „Ich habe mich immer als Deutscher gefühlt. Und ich bin immer als der Ashok aus Lengsdorf wahrgenommen worden. Die Frage nach Integration hat sich mir nicht gestellt.“

Dass dieser Mann seine Bekanntheit trotzdem in erster Linie den indischen Wurzeln verdankt, erzählt mehr über die Sehnsucht nach Erfolgsgeschichten aus dem Einwanderungsland Bundesrepublik als über ihn.

Katja Thimm

FRIEDHELM SCHULZ

Stadtoberhaupt Sridharan (M.), Karnevalisten: Jesuitenkolleg, Bundeswehr, Jurastudium